

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

41. Sitzung

Hannover, den 26. Januar 2000

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde3847

a) Ökosteuer ist ungerecht, unsozial und ökologisch unsinnig - Antrag der Fraktion der CDU
- Drs. 14/13353848
Möllring (CDU).....3848, 3852
Golibrzuch (GRÜNE)3849
Mühe (SPD).....3850, 3851
Schwarzenholz (fraktionslos).....3851
Aller, Finanzminister3852

b) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen (Artikel 21 des Grundgesetzes) - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/13363853
Frau Harms (GRÜNE)3853, 3854, 3862, 3865
Plaue (SPD)3855, 3863
Schwarzenholz (fraktionslos).....3857
Wulff (Osnabrück) (CDU)3857
Gabriel, Ministerpräsident.....3860, 3865
Fischer (CDU)3866

Tagesordnungspunkt 2:

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1311 - Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1341 und Drs. 14/13433867
Beschluss.....3867

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung:

Einsetzung eines 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Antrag der Abg. Wulff (CDU) und Frau Harms (GRÜNE) sowie weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1230 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 14/13293867
Busemann (CDU).....3867
Schwarzenholz (fraktionslos)3872
Golibrzuch (GRÜNE)3873, 3878
Groth (SPD)3874, 3876
Möllring (CDU)3877
Glogowski (SPD).....3879
Beschluss3879
(Erste Beratung: 40. Sitzung am 17.12.1999)

Tagesordnungspunkt 4

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über Altersteilzeit im Dienstrecht - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/12503879
Bartling, Innenminister3879, 3880
Frau Leuschner (SPD)3881
Krumfuß (CDU)3883
Hagenah (GRÜNE)3885
Ausschussüberweisung3886

Erklärung außerhalb der Tagesordnung nach § 77 der Geschäftsordnung

Eveslage (CDU).....3886

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG) - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1326 3887

Frau Steiner (GRÜNE)..... 3887, 3893

Inselmann (SPD)..... 3888, 3894

Dr. Stumpf (CDU) 3890

Schwarzenholz (fraktionslos) 3892

Ausschussüberweisung 3895

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Fahrgastfreundlicher Schienenpersonennahverkehr in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/526 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1174

und

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Flächendeckende Verkehrsverbünde für Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/305 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1176 3895

Wenzel (GRÜNE)..... 3895, 3899, 3900

Schirmbeck (CDU) 3896

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 3898, 3899, 3899

Biel (SPD)..... 3899

Beschluss 3901

(zu 6. Erste Beratung: 21. Sitzung am 17.02.1999,
zu 7. Erste Beratung: 15. Sitzung am 12.11.1998)

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Schnelle Bahnverbindung von Hamburg nach Berlin über Uelzen - Stendal - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1030 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1245 3901

Biel (SPD), (Berichterstatter)..... 3901

Wenzel (GRÜNE)..... 3902, 3903, 3907

Beckmann (SPD) 3903

Wojahn (CDU)..... 3903

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr 3904

Schurreit (SPD) 3906

Beschluss 3908

(Direkt überwiesen am 07.10.1999)

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung:

Rechnung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs Epl. 14 Kap. 14 01 für das Haushaltsjahr 1997 - Antrag des Niedersächsischen Landesrechnungshofs - Drs. 14/1201 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1308 3908

Beschluss 3908

(Direkt überwiesen am 03.12.1999)

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Hauptschule stärken - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/874 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1314 3908

Koch (CDU), Berichterstatter..... 3908

Frau Vogelsang (CDU) 3909

Meinhold (SPD)..... 3912

Frau Litfin (GRÜNE)..... 3914

Jürgens-Pieper, Kultusministerin..... 3915

Beschluss 3916

(Erste Beratung: 31. Sitzung am 15.07.1999)

Tagesordnungspunkt 11:

Besprechung:

Sport und Sportförderung in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/1069 - Antwort der Landesregierung - Drs. 14/1191..... 3916

Frau Lau (SPD)..... 3917

Pörtner (CDU)..... 3921

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE)..... 3923, 3925

Bartling, Innenminister 3926, 3929, 3929, 3930

Frau Litfin (GRÜNE)..... 3929

McAllister (CDU) 3929

Tagesordnungspunkt 12:

Einzig (abschließende) Beratung:

Sicherung und Ausbau des Regional- und Forschungsflughafens Braunschweig - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/876 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1316..... 3931

Beckmann (SPD), Berichterstatter..... 3931

Frau Mundlos (CDU)..... 3932

Frau Steiner (GRÜNE) 3934

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr..... 3935

Schwarzenholz (fraktionslos) 3936

Wendhausen (SPD) 3937

Beschluss 3938

(Direkt überwiesen am 12.07.1999)

Tagesordnungspunkt 13:

Einzig (abschließende) Beratung:

Reaktivierung der Moorexpressstrecke im Landkreis Osterholz - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1050 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1317 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1346.....3938

Rühl (CDU), Berichterstatterin.....3938

Frau Rühl (CDU).....3938

Brauns (SPD)3940

Wenzel (GRÜNE).....3941

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr3941

Beschluss.....3942
(Direkt überwiesen am 05.10.1999)

Tagesordnungspunkt 14:

Einzig (abschließende) Beratung:

Integration behinderter Kinder in der Schule - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1116 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1327.....3943

Körtner (CDU), Berichterstatterin3943

Klare (CDU).....3944, 3945

Frau Litfin (GRÜNE)3946

Jürgens-Pieper, Kultusministerin3947

Frau Seeler (SPD).....3948

Beschluss.....3950
(Ohne erste Beratung überwiesen in der 36. Sitzung am 11.11.1999)

Vom Präsidium:

Präsident	Wernstedt (SPD)
Vizepräsident	Gansäuer (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsidentin	Litfin (GRÜNE)
Schriftführer	Biel (SPD)
Schriftführerin	Eckel (SPD)
Schriftführerin	Hansen (CDU)
Schriftführer	Lanclée (SPD)
Schriftführerin	Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Schliepack (CDU)
Schriftführer	Sehrt (CDU)
Schriftführerin	Vogelsang (CDU)
Schriftführer	Wolf (SPD)
Schriftführer	Wulf (Oldenburg) (SPD)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Gabriel (SPD)	Staatssekretär Schneider, Staatskanzlei
Innenminister Bartling (SPD)	Staatssekretär Lichtenberg, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Aller (SPD)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Merk (SPD)	Staatssekretärin Witte, Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales
Kultusministerin Jürgens - Pieper (SPD)	Staatssekretär Dr. Lemme, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Bartels (SPD)	
Justizminister Dr. Weber (SPD)	
Minister für Wissenschaft und Kultur Oppermann (SPD)	
Umweltminister Jüttner (SPD)	Staatssekretär Schulz, Niedersächsisches Umweltministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Senff	

Beginn: 10.32 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 41. Sitzung im 19. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode und wünsche Ihnen einen guten Morgen.

(Zurufe: Guten Morgen!)

Für alles, was in diesem Jahr - manche meinen: in diesem neuen Jahrhundert -

(Zuruf von den GRÜNEN: Jahrtausend!)

vor uns steht, wünsche ich allzeit eine glückliche Hand.

Ich stelle sogleich die Beschlussfähigkeit fest.

Geburtstag hat heute der Abgeordnete Schumacher. Er wird 47 Jahre alt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bitte Sie, zur Tagungsordnung Folgendes zur Kenntnis zu nehmen: Die Tagesordnung liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden.

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Beratungsgegenstände vor.

Außerdem liegen zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt. Sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt abgestimmt werden muss. - Ich stelle fest, dass das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 19 Uhr enden.

Ich möchte Sie noch auf zwei Ausstellungen hinweisen. In der Wandelhalle zeigt das Institut für Solarenergieforschung Hameln/Emmerthal eine Ausstellung über seine Arbeit und über Lösungs-

ansätze für die zunehmenden Probleme in den Bereichen der Energieversorgung und des Klimaschutzes. In der Portikushalle ist die Ausstellung der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte in Niedersachsen anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens „Bild-Störung! - Der lange Weg vom Tollhaus zur Werkstatt für Behinderte“ zu sehen. Ich empfehle beide Ausstellungen Ihrer Aufmerksamkeit, vor allem die letzte, zu der auch eine wunderschön zu lesende und informative Broschüre ausgelegt ist.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen 12 Uhr wird erinnert.

Es folgen nunmehr geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Hansen:

Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung Herr Ministerpräsident Gabriel für den heutigen Nachmittag sowie von der Fraktion der CDU Herr Eveslage für den Nachmittag, Herr Haselbacher und Herr Meier.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Für diese Aktuelle Stunde liegen zwei Beratungsgegenstände vor, nämlich a) Ökosteuer ist ungerecht, unsozial und ökologisch unsinnig - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1335 - und b) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen. (Artikel 21 des Grundgesetzes) - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1336.

Wie Sie wissen, stehen insgesamt 60 Minuten zur Verfügung, die gleichmäßig auf die drei Fraktionen aufzuteilen sind, d. h. jede Fraktion kann über höchstens 20 Minuten verfügen. Wenn mehrere Themen zur Aktuellen Stunde vorliegen, so wie heute, dann bleibt es jeder Fraktion überlassen, zu

entscheiden, wie sie ihre 20 Minuten für die einzelnen Themen verwendet.

Jeder Redebeitrag, auch von Mitgliedern der Landesregierung, darf höchstens fünf Minuten dauern. Nach vier Minuten Redezeit werde ich durch ein Klingelzeichen darauf hinweisen, dass die letzte Minute der Redezeit läuft.

Erklärungen und Reden dürfen nicht verlesen werden.

Ich eröffne die Beratung zu

a) Ökosteuer ist ungerecht, unsozial und ökologisch unsinnig - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1335

Wer bringt ein?

(Möllring [CDU]: Ich habe den Zettel da hingelegt, Herr Präsident!)

- Ach, hier liegt er. - Bitte, Herr Kollege Möllring!

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Ende des Jahres 1999 ist in Deutschland mal wieder eine Schallmauer gefallen: Der Spritpreis sprang erstmalig über 2 DM.

(Unruhe)

- Der Spritpreis lag erstmals über 2 DM, und dazu will ich Ihnen Folgendes sagen: 2 DM für den Liter Sprit, das bringt zwar Geld in die Staatskasse, aber die ökologische Lenkungswirkung ist gleich null. - Das ist ein alter Spruch des damaligen Ministerpräsidenten Schröder,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

der heute an Richtigkeit noch nichts eingebüßt hat.

Die Ökosteuer ist nicht ökologisch sinnvoll, weil sie keine Lenkungswirkung entfaltet; denn es gibt ja die irrsinnige Situation, dass Kleinverbraucher mit ihr belastet werden, Großverbraucher aber entlastet werden. Das typische Beispiel: Das Zementwerk braucht keine Ökosteuer zu zahlen, obwohl es ein Energieverschwender ersten Ranges ist, aber der Kleinhaushalt muss voll Ökosteuer bezahlen.

Die Ökosteuer ist auch eine Belastung unserer heimischen Wirtschaft - das hat Herr Schröder vor ein paar Jahren ebenfalls schon sehr richtig ausgeführt -, weil sie Arbeitsplätze vernichtet, aber nicht in gleichem Umfang Arbeitsplätze schafft. Unsere mittelständische Wirtschaft wird von dieser Steuer stärker betroffen, als es im Ausland üblich ist. Das beste Beispiel sind unsere Transporteure und Fuhrunternehmer, die hier in Niedersachsen immerhin 380.000 Beschäftigte haben und durch diese Ökosteuer, die in Wahrheit nur sozusagen eine Geldschöpfung des Staates ist, unverhältnismäßig stark belastet werden. Wir sehen jetzt schon, dass das, was uns bei der Handelsmarine passiert ist, nämlich dass reihenweise ausgeflaggt wurde,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

auch bei unseren Spediteuren passiert, dass sie nämlich nach Luxemburg, nach Holland oder nach Polen gehen; diese Unternehmen gehen uns in Niedersachsen verloren.

Das Gleiche gilt für unseren starken Wirtschaftszweig, die Landwirtschaft. Nun ist der Landwirtschaftsminister nicht da; er müsste als einer der Ersten protestieren. Allein die Landwirte in Niedersachsen werden mit 0,9 Milliarden DM, also mit 900 Millionen DM, durch diese Steuer belastet, und das bringt manchen Betrieb an die Grenze seiner Existenzmöglichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja nicht so, dass die Landwirte mit steigenden Einnahmen zu kämpfen haben. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie haben Einnahmeverluste - nicht nur die Getreide-, Schweine- und andere Preise sinken in den Keller -, und die Kosten werden durch den Staat erhöht, ohne dass hierfür ein Ausgleich geschaffen wird.

Nun ist die so genannte Ökosteuer ja eingeführt worden, um Arbeitskraft zu verbilligen, sprich: die Rente zu finanzieren. In Wahrheit wird hier aber halbe-halbe gemacht. 35 Milliarden DM erwartet Eichel bis zum Jahr 2003 aus der Ökosteuer, aber nur 17,5 Milliarden DM davon werden wirklich für die Rentenfinanzierung verwendet. Man sollte auch noch einmal darüber diskutieren, ob dieses System nicht in sich verkehrt ist.

Zu jeder Mark an Steuern, die zusätzlich auf Energie gezahlt wird, kommen noch 16 % Mehrwertsteuer hinzu. Das ist ja das Irrsinnige, dass auf eine Steuer noch einmal Mehrwertsteuer fällig

wird, sodass statt 6 Pf, die mehr für das Benzin zu zahlen sind, in Wahrheit 7 Pf mehr zu zahlen sind.

Nun können Sie mir natürlich entgegenhalten, dass es auch in der CDU durchaus immer wieder Ideen für eine ökologisch sinnvolle Steuer gegeben hat, die auch einen Steuerungsgehalt aufweist,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

d. h. den Ressourcenverbrauch verteuert. So etwas ist doch aber nicht im nationalen Alleingang möglich. Vielmehr muss schon das gesamte Euro-Land mitziehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es hat doch keinen Zweck, dass wir in Deutschland den Ressourcenverbrauch verteuern, während sich in unseren Nachbarländern nichts Vergleichbares tut. In einem solchen Fall ist die Steuerreform falsch. Deshalb sollten wir, so meine ich, gemeinsam für eine Umkehr kämpfen, was bedeutet, dass wir, wenn überhaupt, die so genannte Ökosteuer gleichmäßig, aber auch gleichzeitig auf den Verbrauch aller Ressourcen legen, dass Großverbraucher nicht außen vor gelassen werden, während Kleinverbraucher belastet werden.

(Möhrmann [SPD]: Wie würden Sie dann hier reden?)

- Dann würde ich das als einigermaßen vernünftige Sache bezeichnen, Herr Möhrmann. Es hat doch den Gipfel von Rio gegeben. Dort hat man sich über den CO₂-Ausstoß unterhalten und auf internationaler Ebene Beschlüsse zur Senkung des CO₂-Verbrauchs gefasst. Was macht aber diese Bundesregierung? - Sie nimmt die Steinkohle aus der Ökosteuer heraus, was umweltpolitisch sehr, sehr bedenklich ist. Warum wird die Steinkohle herausgenommen? - Nur um Rücksicht auf Nordrhein-Westfalen zu nehmen. Der saubere Strom aus Wasserkraft und der nicht mit CO₂-Emissionen verbundene Atomstrom werden belastet, während die Steinkohle außen vor bleibt. Das ist doch keine vernünftige Politik.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang gibt es auch bereits erste verfassungsrechtliche Bedenken. Wir werden ja sehen, ob das verfassungsrechtlich hält. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, die Grundunruhe ist heute Morgen noch zu groß. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Golibrzuch das Wort.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir brauchen ökologisch ehrliche Preise. Das heißt in den nächsten Jahren: Indirekte Steuern wie Mehrwert- und Mineralölsteuer hoch und Lohn- und Einkommensteuer runter!

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Mein Zitat!)

- An dieser Stelle hatte ich eigentlich mit Beifall vonseiten der CDU-Fraktion gerechnet. Herr Wulff, gut, dass Sie sich daran erinnern. Das ist Ihr Zitat aus dem Landtagswahlkampf von Ende 1997.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Lesen Sie weiter!)

- Ich habe das bis zu Ende gelesen, und ich weiß, dass Sie seit Ihrem Einzug in den Landtag 1994 gerade in umweltpolitischen Fragen besonders mutig waren. Mir ist noch ein Interview in Erinnerung, das Sie der „Neuen Presse“ gegeben haben und in dem Sie im Zusammenhang mit dem Sommer-Smog gefordert haben, dass bei Bedarf emissionsträchtige Industriezweige sogar stillgelegt werden müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war besonders mutig. Wenn das damals auch nur entfernt Ihre Meinung gewesen ist, dann können Sie sich doch heute nicht ernsthaft an einer solchen platten Kampagne beteiligen, die im Konrad-Adenauer-Haus für die anstehenden Landtagswahlkämpfe eronnen worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie beklagen auf der einen Seite Sonderregelungen für einzelne Branchen und fordern auf der anderen Seite im Prinzip eine Sonderbehandlung für Autofahrer. Nun kann man sagen: Okay, das ist alles Taktik. Damals war Gerhard Schröder gegen die Ökosteuer, und Sie waren dafür. Heute ist Gerhard Schröder irgendwie für die Ökosteuer, und Sie sind dagegen.

(Widerspruch bei der CDU)

Aber jenseits von taktischem Vorgehen muss es doch so etwas wie Überzeugung geben. Wir sind aus Überzeugung für die Ökosteuer!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind aus Überzeugung für die Ökosteuer, weil es jenseits von Sonderregelungen aus unserer Sicht vernünftig ist, den Umweltverbrauch zu verteuern. Wir sind auch für die Ökosteuer, weil es aus unserer Sicht vernünftig ist, eine Gegenfinanzierung zur Senkung der Lohnnebenkosten bereitzustellen.

Natürlich kann man über einzelne Sonderregelungen kritisch diskutieren. Das tun auch wir. Einzelne Fachpolitiker fragen auch bei uns immer wieder: Ist es gerechtfertigt, die Landwirtschaft so zu belasten? Müsste nicht auch hier stärker durch eine Entlastung der Sozialkassen gegenfinanziert werden? Ist es richtig, vielleicht sogar noch weitere Steuernachlässe zugunsten des ÖPNV in das Gesetzeswerk einzufügen? - Ich bin dafür, solche Forderungen immer weiter zu diskutieren. Ein solches Gesetzeswerk ist schließlich nicht für die Ewigkeit gemacht. Allerdings zeigen auch immer wieder Vertreter betroffener Branchen, dass es auch anders geht. Willi Heineking gehört mit seiner Biodieselflotte dazu. Deshalb sage ich Ihnen: Wir machen mit dieser Ökosteuer weiter. Wir verbessern die Wettbewerbsfähigkeit von Willi Heineking. Nach allem, was ich gelesen habe, kommt das dann auch der CDU in Niedersachsen zugute.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Mühe das Wort.

Mühe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, was an diesem Thema aktuell sein soll. Das ist ein alter Hut.

(Busemann [CDU]: Jeden Tag wieder!)

Wir reden über die Auswirkungen eines Gesetzes vom Herbst 1998. Das Einzige, was aktuell ist, ist, dass die Benzin- bzw. Spritpreise in den letzten drei Wochen um 20 Pfennig gesunken sind.

(Zuruf von der CDU: Gesunken?)

Bei Ihrem Antrag handelt es sich um ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver. Sie wollen von den Sorgen und Nöten, die Sie haben, mit blankem Populismus ablenken.

Ich möchte nun einige Argumente für die Ökosteuer vorbringen. Wir sagen: Die Ökosteuer ist gut, richtig und sinnvoll. Sie hält zum Energiesparen an. Das ist gut für die Umwelt, das ist gut für die Natur, und was gut für die Umwelt und für die Natur ist, ist gut für die Menschen und gut für unser Land.

7,5 Milliarden DM, meine Damen und Herren, werden durch die Ökosteuer eingenommen. Aber dieses Geld landet eben nicht in den Kassen von Herrn Eichel, sondern es kommt Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zugute.

(Beifall bei der SPD)

Wir senken die Beiträge zur Rentenversicherung um einen Prozentpunkt, einen halben Prozentpunkt für die Arbeitgeber und einen halben Prozentpunkt für die Arbeitnehmer. Das senkt die Lohnnebenkosten. Das ist ökonomisch und zugleich auch ökologisch gut.

Meine Damen und Herren, für eine Familie mit zwei Kindern - 5.000 DM Monatseinkommen - bedeutet die Senkung der Lohnnebenkosten eine Ersparnis von 300 DM. Zum ersten Mal seit 1981 werden die Lohnnebenkosten gesenkt.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es geschafft, dass die Lohnnebenkosten von 34 % im Jahre 1981 auf 42 % im Jahre 1998 gestiegen sind.

(Busemann [CDU]: Und was ist mit dem Rentenbezieher, wenn er zur Tankstelle fährt?)

Meine Damen und Herren, diese Ökosteuer ist ein wichtiges Element unserer Steuer- und Familienpolitik insgesamt. Wir haben mit der Steuerreform zu Steuererleichterungen beigetragen, und wir haben die Erhöhung des Kindergeldes durchgesetzt. Nimmt man das einmal alles zusammen - Ökosteuer, Steuererleichterungen und Kindergelderhöhung -, dann bedeutet das für eine Familie mit zwei Kindern eine jährliche Entlastung von über 2.000 DM. Das ist sozial, und das ist gerecht.

Ich möchte nun auf die Spritkosten eingehen. Dazu sollten wir uns einmal ansehen, wie sich die Situa-

tion im europäischen Vergleich darstellt. Deutschland: 1,85 DM bis 1,90 DM, Dänemark: 2,12 DM, Niederlande: 2,10 DM, Frankreich: 2,02 DM, Italien: 2,00 DM, Belgien: 1,95 DM, Österreich: 1,70 DM, die Schweiz: 1,62 DM.

Wir liegen also in einem guten Mittelfeld.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun gern noch einmal die Grundkonzeption der Ökosteuer vortragen.

(Möllring [CDU]: Das kannst du nicht! Das ist doch konzeptionslos!)

Der Einsatz des Faktors Arbeit muss durch eine Senkung der Lohnnebenkosten relativ verbilligt werden. Der Energie- und Rohstoffverbrauch darf durch eine schrittweise Anpassung der Energiepreise relativ verteuert werden. Beides muss intelligent zu einer aufkommensneutralen Lösung verbunden werden. So lautet die Aufgabe. Dieses Zitat stammt nicht aus der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von Bonn oder Berlin.

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Mühe, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schirmbeck?

Mühe (SPD):

Nein, danke. - Das ist Originalton Wolfgang Schäuble. Ihr Vorsitzender hat das als Aufgabe proklamiert. Aber er konnte das nicht in der eigenen Partei durchsetzen.

Meine Damen und Herren, ich habe zu den Einzelheiten der Ökosteuer einiges gesagt, will aber doch einmal das in Erinnerung rufen, was in den vergangenen Jahren passiert ist. 1989 hat die CDU die Mineralölsteuer von 48 Pfennig auf 57 Pfennig, also um 9 Pfennig erhöht, 1990 von 57 Pfennig auf 60 Pfennig - 3 Pfennig -, im Sommer 1990 von 60 Pfennig auf 82 Pfennig, 1994 von 82 Pfennig auf 98 Pfennig. Meine Damen und Herren, insgesamt hat die CDU die Mineralölsteuer in einem Zeitraum von sechs Jahren um 104 % erhöht. Vor diesem Hintergrund erregen Sie sich hier über eine moderate und richtige Erhöhung der Energiekosten. Das ist doch wohl unglaublich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man kann an der Stelle nur eines sagen, und hier passt der Spruch wieder genau: Die größten Kritiker der Elche sind selber welche.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat der Kollege Schwarzenholz für bis zu zwei Minuten das Wort.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ökosteuer war geplant aus ökologischen Gründen. An den ökologischen Gründen, die Energiepreise zu verteuern, gibt es nichts zu deuteln. Insofern hat das Zitat von Herrn Schäuble, das der Kollege soeben gebracht hat, inhaltlich seine volle Berechtigung.

Nur, Rot-Grün in Berlin muss sich fragen lassen, wie die Regelungen ausgestaltet worden sind. Wir von der PDS haben einmal nachgerechnet, wie sich das in den Haushalten auswirken wird.

(Lachen bei der SPD und bei der CDU - Zurufe von der CDU)

Wir haben insbesondere nachgerechnet, wie sich die Ökosteuer in den kleineren Haushalten auswirkt. Die Kollegen in der sozialdemokratischen Fraktion sollten vielleicht einmal zuhören.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie die Auswirkungen der Ökosteuer hochrechnen auf das Jahr 2003, dann ergibt sich für einen Vier-Personen-Haushalt, der in einer 80 m² großen Wohnung lebt und der ein Auto besitzt, eine Mehrbelastung, eine zusätzliche Zahlung von 47,94 DM. Eine Familie, die brutto 5.500 DM verdient, kommt immerhin noch auf ein Minus von 23,44 DM. Wenn man einmal ein Plus erreichen will, dann muss man einen Ein-Personen-Haushalt mit einem Nettoeinkommen von 8.500 DM betrachten. Das Plus für diesen Haushalt liegt dann bei 28,90 DM.

Sie haben den folgenden Fehler begangen: Anstatt die Primärenergiesteuer einzuführen, ist durch die vielen Subventionen, die in den industriellen Bereich gelenkt worden sind, eine Abschöpfungssteuer entstanden, die die ökologischen Ziele in das Gegenteil verkehrt.

Wenn Sie hier in Niedersachsen mit Jugendlichen darüber diskutieren, wie sie es empfinden, dass die Mobilität für sie direkt teurer wird, obwohl es in der Fläche keine Möglichkeit gibt, auf das Auto zu verzichten, weil es kein vernünftiges Nahverkehrssystem gibt und niemand von Rot-Grün in Berlin bereit ist, in ein solches Nahverkehrssystem Einnahmen der Ökosteuer zu lenken, obwohl diese Forderung ursprünglich im Programm der Grünen stand, dann fragt man sich natürlich, warum Sie so vorgehen. Ich meine, dass Sie deshalb so vorgehen, weil die Regierung Schröder unter der Ideologie des Herrn Schröder natürlich nicht bereit ist, Unternehmen real zu belasten. Man wälzt die Belastungen auf die kleinen Leute, die kleinen Haushalte ab. Insoweit ist diese Ökosteuer so, wie sie derzeit ausgestaltet ist, eine reine Abschöpfungssteuer.

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal der Kollege Möllring.

Möllring (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Mühe, aber auch Freund Golibruch: Das, was Schäuble gesagt hat, ist richtig, und das wollten wir ja auch durchsetzen. Tatsache ist aber, dass die Ökosteuer völlig ungerecht ausgefallen ist, dass der große Energieverbraucher sogar dann, wenn er schmutzige Energie produziert, entlastet wird und der Kleinverbraucher belastet wird. Das ist doch keine gerechte Steuer, die wir haben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens wollen wir, wenn wir schon eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft haben, auch die Steuern in etwa angleichen. Herr Mühe, es mag ja richtig sein, dass der Spritpreis mal so hoch und mal so hoch ist. Nur, solange die französischen Bauern mit Heizöl fahren, ist die Ökosteuer für die Bauern in Niedersachsen und in Deutschland eine erhebliche Belastung, die zu weiterem Höfesterben führen wird. Darüber reden wir.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir von Ökologie sprechen, dann müssen wir doch auch vom Öffentlichen Personennahverkehr sprechen. Der Städtetag hat doch errechnet, dass die Träger des ÖPNV pro Jahr eine halbe Milliarde DM zusätzlich nur für die Ökosteuer aufbringen müssen. Diese Belastung wird natürlich auf die Preise umgelegt. Das heißt, dass die Regelungen auch an dieser Stelle umweltfeindlich und

nicht ökologisch sind. Das prangern wir an. Eine Steuer, die sich ökologisch nennt, muss doch wenigstens im Kern versuchen, eine ökologische Wandlung herbeizuführen. Das versucht sie allerdings nicht. Es handelt sich dabei nur um eine Geldschröpfung des Staates.

Wenn es denn auf die Rente angerechnet würde - Frau Bührmann hat mir ja mein Auto vorgehalten -, könnte ich wenigstens sagen, dass ich für Opa rase, damit der seine Rente kriegt. Aber darum geht es doch gar nicht. Es geht doch darum, dass von den 35 Milliarden DM, die im Jahre 2003 erhoben werden, gerade einmal 17,5 Milliarden DM, also nur jede zweite DM, die Lohnnebenkosten entlasten, während der andere Teil zur Finanzierung von Eichels Etats bzw. des Haushalts des dann amtierenden Ministers gedacht ist. Man weiß ja nie, wie schnell bei Ihnen die Finanzminister wechseln.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat Herr Finanzminister Aller um das Wort gebeten.

(Schirmbeck [CDU]: Fahren Sie wenigstens mit Rapsöl?)

Aller, Finanzminister:

Ich bin davon ausgegangen, dass wir die Diskussion um die Ökosteuer heute mit aktuellen Erkenntnissen anreichern und will mich auf den Teil auch begrenzen. Nachdem Herr Schwarzenholz betont hat, dass die PDS gerechnet habe, war ich vorübergehend versucht zu glauben, dass auch Herr Möllring sagen werde, dass die CDU gerechnet habe. Das war aber nicht der Fall.

(Mühe [SPD]: Die haben andere Kas-sen!)

Herr Möllring, Tatsache ist, dass die CDU heute erklärt hat, sie sei gegen dieses Konzept der ökologischen Steuerreform, diese sei nicht gerecht und nicht ausgewogen. Wir müssen uns aber einig darüber sein, dass das eine andere Form ist als das, was CDU und FDP in ihrer Regierungszeit gemacht haben. Die haben auch über Steuererhöhungen abgeschöpft, nämlich eine halbe D-Mark Erhöhung des Steueranteils pro Liter in sechs Jahren, und diese Einnahmen ausschließlich zum Stopfen

von Steuerlöchern benutzt. Das ist bewiesen, das ist Tatsache.

(Eveslage [CDU]: Das behauptet er!)

Herr Mühe hat soeben deutlich gemacht, dass die Konzeption der Ökosteuer unter anderem den Schwerpunkt auf die Subventionierung der Renten legt und damit zur Absenkung der Lohnnebenkosten führt. Das ist etwas anderes als das, was die Regierung unter Kohl mit der FDP gemacht hat.

Trotzdem bleibt der Steuerungseffekt. Es ist unstrittig, dass das Ganze etwas kostet. Das ist vielleicht der aktuelle Beitrag, der für die weitere Diskussion um die Landesfinanzen, die Bundesfinanzen und die Haushalte interessant werden wird. Denn wer die Ökosteuer so, wie sie angelegt ist, nicht will, Herr Möllring, wer sie jetzt nicht will, weil sie in Europa noch nicht umgesetzt ist, der muss sagen, wie er die Finanzierung der Renten sicherstellt, und der muss sagen, wie die Milliarden, die Ihres Erachtens in den Haushalt einfließen werden, anderweitig aufgebracht werden können. Nur damit Sie insoweit Ihre Hausaufgaben erledigen können, nenne ich Ihnen die Mehreinnahmen, die sich nach derzeitiger Planung im Jahr ergeben werden: im Jahre 2000 4 Milliarden DM, im Jahre 2001 8,1 Milliarden DM, im Jahre 2002 12,3 Milliarden DM, im Jahre 2003 16,5 Milliarden DM. Das sind insgesamt rund 41 Milliarden DM, die Sie heute mit einem kurzen Redebeitrag in der Aktuellen Stunde abschreiben. Sie haben nun die herzhafte Aufgabe, diese 40 Milliarden DM auf der genannten Zeitschiene anderweitig aufzubringen, um die Lohnnebenkosten zu senken, die Renten zu schonen und damit Ihren Beitrag zur Gegenfinanzierung zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Ihr Auftrag. Den haben Sie soeben angenommen und werden ihn auch zu erbringen haben. Das Gleiche gilt für die 11 Milliarden DM, die durch die Stromkostenerhöhung entstehen werden. Dann haben Sie schon einmal 50 Milliarden DM auf der Sollseite verbucht. Ich bin sicher, dass Sie die Habenseite dagegenstellen werden. Das ist die neue Erkenntnis, die ich heute aus der Diskussion gewonnen habe. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt 1 a) beendet.

Wir kommen zu

b) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen (Artikel 21 des Grundgesetzes) - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1336

Zunächst hat für die Einbringung das Wort Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal lassen Sie mich klarstellen, weshalb wir im Niedersächsischen Landtag eine Auseinandersetzung um die Parteienfinanzierung beantragen. Es geht uns Grünen überhaupt nicht darum, niedersächsische Spezialaspekte dieses Finanzskandals der CDU zu thematisieren. Gegen Manfred Carstens, den ehemaligen Staatssekretär und Vorsitzenden des Landesverbandes Oldenburg der CDU, ermittelt der Staatsanwalt. Ich glaube, dass die Angelegenheit da in guten Händen ist. Darum brauchen wir uns hier nicht zu kümmern.

(Möllring [CDU]: Seit wann denn? - Möllring [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wir hätten lieber eine Generaldebatte, auch mit Ihrer Zustimmung, dazu gehabt. Es wäre besser gewesen, wenn Sie sich darauf eingelassen hätten. Uns geht es in dieser Aktuellen Stunde darum, zu klären, ob - - -

Präsident Wernstedt:

Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring zulassen?

Frau Harms (GRÜNE):

Nein, das möchte ich jetzt nicht. Ich möchte jetzt erst einmal anfangen zu reden. Vielleicht hören Sie erst einmal zu.

(Möllring [CDU]: Sie können doch den Carstens hier nicht verleumden! Der ist doch Zeuge!)

Es geht uns darum, zu diskutieren, ob aus dem Finanzskandal der CDU die angemessenen Konsequenzen gezogen worden sind, warum sie nicht gezogen worden sind und welche Gefahren für die Demokratie drohen, wenn weiter so zögerlich gehandelt wird.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass der Applaus der Kaufmannschaft in Hamburg für Helmut Kohl und der Applaus der CDU in Bremen – tausende von CDU-Leuten haben noch einmal für den Ehrenmann Helmut Kohl applaudiert – das lauteste Alarmsignal für alle in der CDU dafür gewesen ist, dass bisher nicht angemessen reagiert worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch dann, wenn Sie, Herr Wulff, versuchen, die Rolle des Chefaufklärers zu spielen – ich anerkenne, dass Sie das versuchen –,

(Möllring [CDU]: Das versucht er nicht, das tut er!)

dann kann ich Ihnen nur mit Herrn von Beust entgegenhalten: Ich kann das Wort „Aufklärung“ von den Mitgliedern der CDU-Spitze nicht mehr hören. Das hat Ihr Kollege von Beust gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich will Ihnen einmal die zentralen Fragen nennen, die ein Aufklärer aus meiner Sicht schon längst hätte beantwortet haben müssen. Ich meine, dass Sie die Fragen beantworten müssen: Was hat eigentlich ein Ehrenmann wie Helmut Kohl – wenn er das denn noch ist, wenn er das je war – mit Typen wie diesem Schreiber zu tun? Wie kann Herr Schreiber noch immer Mitglied der CSU sein? Was sind das überhaupt für Männer, denen Helmut Kohl Anonymität zugesichert hat? Warum brauchen diese Männer, diese Typen, wie ja auch CDU-Mitglieder sagen – Herr Eylmann spricht von Ganoven –, Anonymität?

(Möllring [CDU]: Vielleicht sind es ja auch Frauen!)

Ins Zentrum möchte ich gerne die Frage stellen, ob die „FAZ“ mit ihrer Mutmaßung tatsächlich Recht hat, dass Helmut Kohl möglicherweise kriminelle Machenschaften gedeckt hat.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass die CDU nach dem, wie sich die Situation seit Anfang November entwickelt hat, allein nicht in der Lage ist, diese Fragen zu beantworten und den Skandal zu klären. Die CDU stellt nach wie vor ganz offensichtlich so etwas wie eine christlich demokratische Grundordnung über die freiheitlich demokratische Grundordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist für mich inzwischen klar: Helmut Kohl hat das Grundgesetz gebrochen. Helmut Kohl hat wiederholt gegen das Parteiengesetz verstoßen. Obwohl Helmut Kohl fünf Mal den Eid auf die Verfassung geleistet hat, hat er die Verfassung gebrochen. Er hat es – das ist das Schlimme daran – nicht getan, um sich persönlich zu bereichern. Wir haben hier ausführlich über die Glogowski-Affäre geredet. Es gibt jetzt die Schlagzeilen über Minister Schleußer in Nordrhein-Westfalen; auch dabei zeichnet sich übrigens wohl so etwas wie eine Rücktrittsnotwendigkeit ab. Aber das ist nicht das Schlimmste im Zusammenhang mit den Affären, die Politikern vorgeworfen werden. Helmut Kohl hat die Verfassung gebrochen, um den politischen Gegner – die so genannte Linke in der Bundesrepublik – im demokratischen Wettstreit um die Regierungsmacht auszuhebeln. Zuletzt ist ganz offensichtlich in Hessen mit schmutzigem Geld finanziert worden, dass die CDU an die Macht gekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, solche Verfassungsbrüche dürfen auf keinen Fall folgenlos bleiben. Ob diese CDU-Krise tatsächlich eine CDU-Krise bleibt oder ob sich daraus eine Staatskrise entwickelt, das hat damit zu tun, wie wir tatsächlich Konsequenzen aus diesem Skandal ziehen. Ich bin der Meinung, dass sehr deutliche Konsequenzen gezogen werden müssen. Ich meine, dass wir die Grundlagen der Parteienfinanzierung ganz streng überprüfen müssen. Ich hielte es für richtig, noch einmal zu überprüfen, ob eine staatliche Parteienfinanzierung nicht besser ist und ob in der Ausein-

andersetzung im Wahlkampf weniger Geld für Parteien nicht mehr sein könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, dass bedingungslose Transparenz eingeführt werden muss, was die Finanzierung angeht. Ich meine auch, dass wir uns im Detail neu über Regelungen für Minister und Abgeordnete einigen müssen. Auch dabei steht für mich ganz vorne die Einführung von Transparenz. Ich meine, dass wir unsere gesamten Bezüge offen legen müssen. Das muss sich durch alle Ebenen des demokratischen Systems ziehen; das fängt in Landtagen an und geht bis in das Europaparlament. Wir müssen zeigen, von wem wir unser Geld bekommen. Ich meine, dass der Wähler wirklich bei jeder Wahl sehen muss, wer außer den Bürgern die Abgeordneten noch finanziert, und entscheiden können muss, ob er diese Doppelfinanzierung wirklich möchte.

Eine ganz wichtige Regelung sehe ich außerdem in einer Befristung von Mandatszeiten. Ich meine, man sollte Gerhard Schröder tatsächlich beim Wort nehmen. Er hat gesagt: Eigentlich sind zwei Legislaturperioden für einen Kanzler genug. - Wir machen im Moment die Erfahrung, dass Politik als lebenslanger Beruf ganz offensichtlich nicht nur Menschen beschädigt, sondern im Zweifelsfall auch das gesamte System, auf dem unsere Demokratie aufgebaut ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Plaue.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die große deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ hat das Desaster, in dem die CDU im Augenblick steckt, in ihrer jüngsten Ausgabe mit dem Begriff „GAU“ überschrieben. Ich möchte die Frage stellen, ob es wirklich ein Unfall gewesen ist, der an das Licht der Öffentlichkeit gekommen ist. Es ist vielleicht in dem Sinne ein Unfall, wie die Auguren gehofft haben, dass das, was sie getan haben, nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Ansonsten ist von einem Unfall nicht viel zu spüren. Einen zielgerichteten, ganz konsequenten Verstoß gegen Recht und Gesetz würde ich jedenfalls nicht einen Unfall nennen.

In den Krisen, denen unser parlamentarisches System bisher ausgesetzt war, und in den Skandalen, die es in der Nachkriegsrepublik gegeben hat, ist es bisher jedenfalls nicht vorgekommen, dass der Ehrenvorsitzende einer Partei aus dem Amt gedrängt wurde. Es ist bisher auch noch nicht passiert, dass sich ein Parteivorsitzender vor dem Parlament und der deutschen Öffentlichkeit dafür entschuldigen musste, dass er die Öffentlichkeit und das Parlament über seine tatsächlichen Beziehungen zu jenem Herrn Schreiber bewusst in die Irre geführt hat. Es ist schließlich auch noch nicht vorgekommen, dass eine Generalsekretärin erklären musste, dass in dem Bericht der Wirtschaftsprüfer Begriffe über das Finanzgebaren ihrer Partei enthalten sind, die Züge von Geldwäsche erkennen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dies ist ein Desaster für die CDU, aber es ist auch ein Tiefschlag für alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Die Parteien müssen auf demokratischen Wettstreit ausgerichtet sein. Dazu gehört auch das Risiko, dass man einmal eine Wahl verliert und sich in der Opposition wiederfindet. Wenn der Machterhalt um jeden Preis sichergestellt werden muss, dann führt das zu den Auswüchsen, die wir im Augenblick zu Recht unter dem Begriff „System Kohl“ diskutieren und kritisieren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kohl und Kanther haben das Parteiengesetz und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit Füßen getreten. Weil das so ist, Rebecca Harms, weiß ich nicht, ob es wirklich erforderlich ist, dass wir uns neue Regeln geben.

Es gibt Regeln, die das, was passiert ist, eigentlich verbieten. Es gibt Gesetze, die verbieten, dass man Spenden, die man bekommt, durch dunkle Kanäle an der Öffentlichkeit vorbeileitet. Ich habe es nicht für möglich gehalten, meine Damen und Herren, dass nach dem, was wir im Zusammenhang mit dem Flick-Skandal diskutiert haben und woraus wir eigentlich Erkenntnisse in Bezug auf unser Verhalten abgeleitet haben, noch einmal eine solche Situation entstehen konnte.

Es geht leider - das möchte ich deutlich sagen - zurzeit in der öffentlichen Diskussion und in der öffentlich diskutierten Wahrnehmung nicht nur um Kritik an der CDU bzw. an den Verursachern, sondern es wird sehr schnell das Unwort von „den

Politikern, die alle etwas am Stecken haben“ gebraucht. Ich meine, dies ist ungerecht gegenüber den vielen tausenden, ja zehntausenden ehrenamtlichen und hauptamtlichen Politikerinnen und Politikern, die tagtäglich ihre Pflicht tun und nicht verdient haben, dass sie in diesen Sumpf mit hineingezogen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ausgerechnet jene konservativen Law-and-order-Politiker, die nicht müde geworden sind, zur Verteidigung des Rechtsstaats Kronzeugenregelung, Beugehaft, große Lauschangriffe und - nicht zu vergessen - Antigeldwäsche-Gesetze einzusetzen, haben das Recht gebrochen - wie sie gesagt haben: zum Wohle der Partei.

(Zuruf von Frau Pothmer [GRÜNE])

In der Tat haben sie das Wohl der Partei über das Wohl des Staates und über das Wohl von Recht und Gesetz gestellt. So etwas darf es nicht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das höchste Ehrenwort, das ein Politiker geben kann, sind der Eid auf die Verfassung und der Eid auf die Gesetze vor diesem Parlament oder vor dem Deutschen Bundestag und vor dem deutschen Volke. Was ist von einem Ehrenwort zu halten, das Herr Dr. Kohl gegeben hat, wenn er das Ehrenwort an vermeintliche Parteispender für höher erachtet als das Ehrenwort gegenüber dem deutschen Volke? - Nichts ist davon zu halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist bleibender Schaden entstanden. Als politische Parteien müssen wir alle danach streben, dass dieser Schaden begrenzt wird. Wir müssen durch unser Verhalten dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in das fassen, was ich rechtsstaatliches Verhalten nenne.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wulff, hier sind keine Fehler gemacht worden, wie Sie und Herr Schäuble es den Menschen einzureden versuchen wollen, sondern es sind ganz bewusst Handlungen gegen Recht und Gesetz eingeleitet worden. Dies ist nicht zu rechtfertigen. Der dadurch entstandene Schaden wird sich in den Kassen der CDU widerspiegeln. Es kann sein, dass Ihre Partei dadurch in existentielle Probleme gerät.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ich meine, dass unser demokratisches System in der Nachkriegsrepublik entscheidend davon geprägt war, dass es an der Basis zwei große Volksparteien gegeben hat und noch gibt - eine konservative Volkspartei und eine fortschrittlich-soziale Volkspartei.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es auch in Zukunft eine große konservative Volkspartei in Deutschland geben muss. Aber nirgendwo steht geschrieben, dass diese Partei CDU heißen muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass durch Aufklärung und in der Tat auch durch Erneuerung eine Rechtfertigung dafür entsteht, dass die CDU auch noch in Zukunft existiert. Sie selbst müssen die CDU aus dem Sumpf herausführen.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass der immaterielle Schaden, der entstanden ist, viel größer ist. Ich bin auch der Meinung, wir können diesen immateriellen Schaden nur dadurch abbauen und wieder gutmachen, dass wir den Menschen das bieten, was sie wirklich wollen, Herr Kollege Wulff, nämlich Aufklärung, und zwar wirkliche Aufklärung. Die Menschen wollen wissen, ob der sechste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland käuflich gewesen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie wollen wissen, von wem und wofür Helmut Kohl die Millionen bekommen hat. Sie wollen wissen, woher das Geld eigentlich stammt, das die hessische CDU - über die Schweiz und Liechtenstein, und zwar mit der unglaublichen Lüge, es seien Erblasser jüdischen Glaubens gewesen, die ihr das Geld vermacht hätten - in einen schmutzigen Wahlkampf hineingesteckt hat, den sie dann in Hessen gewonnen hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen auch wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ob der französische Konzern Elf Aquitaine Wahlkampfhilfe geleistet hat und gegebenenfalls wofür dies geschehen ist.

Solange diese Fragen nicht beantwortet sind, solange Sie, Herr Kollege Wulff, und Ihre Freundinnen und Freunde im Parteivorstand keine Anstalten machen, die Betroffenen wirklich dazu zu zwingen, diese Fragen zu beantworten, wird der Schaden für diese Parteiendemokratie bestehen bleiben.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat der Abgeordnete Schwarzenholz für bis zu zwei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich gelesen habe, dass die Fraktionen der SPD und der Grünen verabredet haben, gemeinsam diesen Schwerpunkt heute zum - wenn möglich sogar alleinigen - aktuellen Tagesordnungspunkt zu erklären, habe ich mich natürlich gefragt, ob es denn tatsächlich von ihnen etwas zu hören geben wird, das strukturell Antworten auf diese Herausforderung bzw. diese katastrophale Situation gibt. Ich habe aber nichts gehört.

(Frau Harms [GRÜNE]: Stimmt nicht! Du hast nicht zugehört, Christian!)

Als ich mir dann in Erinnerung gerufen habe, dass die Fraktionen der SPD und der Grünen im Landtag verabredet haben, die Beratung von atompolitischen Anträgen auszusetzen und sich in Schweigen zu hüllen und dass die Fraktion der Grünen seit Monaten darauf verzichtet, atompolitische Schwerpunkte auf die Tagesordnung zu setzen,

(Frau Harms [GRÜNE]: Wir haben im letzten Plenum zu Stade debattiert!)

obwohl in Niedersachsen die Genehmigung von Endlagern, der PKA und von anderem droht, frage ich mich: Wird die Situation der CDU nicht in Niedersachsen dazu benutzt, um von den tagespolitischen Auseinandersetzungen und dem, was diesem Land von der Bundesregierung droht, abzulenken? Ist das Ganze nicht ein ziemlich perfides Ablenkungsmanöver?

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das wäre es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie konkrete Vorschläge, die auch Mut erforderten, auf den Tisch gelegt hätten, z. B. Vorschläge, die in eine ganz andere Richtung gingen als das, was der Kollege Plau eben gesagt hat, nämlich Vorschläge, die darauf hinausliefen, Parteispenden zu begrenzen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ja! Das habe ich gerade doch gesagt!)

Warum sagen wir nicht, das es keine Spenden über 20.000 DM geben darf und dass das Finanzierungssystem der Parteien so zu regeln ist, dass sie funktionieren können? Dann sind eben die Kampagnen herunterzufahren, und es hängen nicht so viele Wahlplakate. Was wäre denn dabei das Problem?

Ich glaube das, was Sie gesagt haben, Herr Plau, nicht. Das geht an der Realität vorbei. Sie wissen selbst, welchen Problemen auch Ihre Partei in der Vergangenheit in bestimmten Fragen auch im Zusammenhang mit der Flick-Affäre ausgesetzt war. Sie wissen selbst, was zurzeit in Nordrhein-Westfalen läuft. Wenn wir keine strukturellen Vorschläge machen, die wirklich tief greifend sind, werden wir nicht die Möglichkeit haben, den Menschen glaubhaft zu machen, dass diese Republik nicht käuflich ist. Denn das ist das eigentlich Verheerende an dieser Katastrophe.

Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass - wie in Hessen - mit einer derartigen Form von krimineller Energie gezielt Geld verschoben wird. - Ich weiß, dass es den meisten Kollegen von der CDU genauso geht. - Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Die bisherigen Mechanismen haben versagt. Ich meine, auch wir als Parteien sind gefordert, Vorschläge zu machen. Das müssen aber radikale Vorschläge sein, und es dürfen nicht solche allgemeinen Erklärungen, wie sie Herr Plau heute auf den Tisch gebracht hat, sein.

(Plau [SPD]: Erzählen Sie mal was über die Erblasser der PDS, Herr Kollege!)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun der Kollege Wulff.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wulff (Osnabrück) (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Harms und Herr Plau haben dargelegt - und zwar völlig zu Recht -, dass wir uns in einer ernsten Lage befinden. Die eigentliche Ernsthaftigkeit liegt darin, dass das Handeln in meiner Partei daran mitgewirkt hat, dass das Vertrauen in Parteien und vor allem auch Politiker noch weiter abgenommen hat und dass uns als

angeblich „denen da oben“ alles zugetraut wird. Das ist von dauerhaftem Schaden und wird uns alle noch beschäftigen müssen.

Ich meine, dass wir infolge dieser Vorgänge eine sehr breite Debatte über Rechtsstaatlichkeit - für jede Person in jedem Amt zu jeder Zeit, für jedermann und auch jede Partei - und eine Debatte über die Werte, die unser Gemeinwesen zusammenhalten, brauchen. Das gilt für mich und meine gesamte Partei. Hoffentlich wird dann deutlich werden, was der Philosoph Toqueville vor rund 170 Jahren über die Demokratie in Amerika geschrieben hat, nämlich: Die Grundsätze der tiefen Achtung vor dem Recht sind unentbehrlich. Sie gelten für alle. Man kann von vornherein sagen, dass da, wo sie fehlen, die Republik bald verschwunden ist.

Das gilt, und das muss in dieser Diskussion herausgearbeitet werden. Deshalb bekennen wir uns zu Verfehlungen, und deshalb hat sich Wolfgang Schäuble im Deutschen Bundestag vor der Öffentlichkeit entschuldigt. Wir bekennen uns zu dem Begriff, den manche nicht mehr hören können, der rückhaltlosen Aufklärung, weil wir das Problem haben, dass wir einem gewissen Kartell des Schweigens gegenüberstehen, das uns bei dieser Aufklärung nur unzureichend oder gar nicht behilflich ist.

Wir werden auch die Konsequenzen zu tragen haben. Die materiellen Konsequenzen sind bereits angesprochen worden. Das Parteiengesetz sieht Sanktionen vor. Wir werden ferner strukturelle Konsequenzen zu ziehen haben. Hierzu werden wir unser Finanzstatut ändern, die Verantwortung der Parteivorstände und die innerparteiliche Demokratie wieder herstellen und nach meiner Überzeugung wenige Punkte des Parteiengesetzes zu diskutieren haben.

Herr Plaue, Sie haben Recht, die Gesetze sind tauglich. Deshalb müssen nicht Gesetze verändert werden, sondern es müssen sich die Leute ändern, die sich an die Gesetze zu halten haben. Aber ich meine schon, dass man möglicherweise an Eides statt erklären lassen muss, über welche Konten in welchen Zeiträumen Parteien verfügen, denn dann können Parteien nicht durch das Verhalten Einzelner über Jahre hinweg getäuscht werden.

Die immateriellen Schäden sind weitaus größer, nämlich der Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Es gab aber auch personelle Konsequenzen.

Wir haben unseren Ehrenvorsitzenden verloren. Sie haben Herrn Lafontaine verloren; Sie können das nachempfinden.

(Mühe [SPD]: Das ist aber ein kleiner Unterschied! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es ist nicht das Gleiche, und es ist auch keine Gleichsetzung, aber es ist eine tiefe Zäsur in der Geschichte einer Partei. Einige von Ihnen, die das vielleicht eher nachvollziehen können, sind ja auch gerade ruhig geblieben. Wir haben uns von Mitarbeitern getrennt, und wir haben uns vor allem von Abgeordneten getrennt, weil dies unausweichlich gewesen ist. Wir sagen nicht, dass Herr Kanther das Opfer einer „Medientreibjagd“ gewesen ist, sondern er ist das Opfer seiner eigenen Handlungen, seiner eigenen Verfehlungen, seiner Gesetzesverstöße. Es war eben kein „Kunstgriff“, sondern es war ein Skandal, dass man die Rückführung von Geldern so begründet hat, wie man sie begründet hat.

Ich sage Ihnen deutlich: Die Vorgänge dürfen sich nicht wiederholen. Ich habe sie für undenkbar gehalten, insbesondere nach der Debatte über die damalige Krise der Parteiendemokratie, die es in den 70er-Jahren gegeben hat. Aber ich sage auch: Vertrauen muss Gegenstand menschlichen Zusammenlebens bleiben. Es darf nicht durch Misstrauen gegenüber jedermann ersetzt werden. Das würde die Menschlichkeit der Zusammenarbeit rauben.

Ich weise vor dem Hintergrund dieser Schilderung, dass wir die Konsequenzen zu verantworten und zu tragen haben, ausdrücklich zurück, wenn es zu pauschalen Diffamierungen einer bedeutenden, der großen Volkspartei CDU und zu abenteuerlichen Verdächtigungen kommt, beispielsweise gerade von Manfred Carstens. Der taucht dort als einer derer auf, die man gerne einmal als Zeuge über bestimmte Entscheidungen der Bundesregierung sprechen würde. Es gibt keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen ihn. Das ist eine schlichte Unwahrheit gewesen, Frau Harms. Ich nehme Parteifreunde gegen Unwahrheiten und falsche Verdächtigungen in Schutz.

(Beifall bei der CDU)

Das Fehlverhalten Einzelner führt weder zu einer Sippenhaftung noch zu Kollektivschuld. 85.000 Mitglieder der CDU Niedersachsen haben sich nichts zuschulden kommen lassen. Vor diese stel-

len wir uns ebenso wie vor die Millionen Wähler der Union, die in diesen Tagen besonders leiden, weil die Rechtsstaatlichkeit zu unserer Kernkompetenz gehört. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Dafür werden wir Sorge tragen, meine Damen und Herren. Das möchte ich sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen auch für Parteien eine Kultur des Spendens. Bürgerinitiativen brauchen nicht offen zu legen, von wem sie sich in welchem Umfang finanzieren lassen. Parteien müssen das offen legen, und dazu bekennen wir uns. Das haben wir nämlich so eingeführt. Wir wollen, dass sich auch in Zukunft in den Kreisverbänden die Spender dazu bekennen, dass sie spenden. Denn eine Kreispartei bekommt keine einzige Mark öffentlicher Mittel für Kommunalwahlkämpfe. Sie muss aber Gelder an die Landes- und an die Bundespartei abführen, und sie ist damit in einer besonders schwierigen Lage der Finanzierung, um weiter Dienstleister und Bürgerbüro für die Menschen zu bleiben.

Meine Damen und Herren, Selbstgerechtigkeit ist wahrlich fehl am Platz. Wenn hier ein PDS-Redner spricht, dann muss man daran erinnern dürfen, dass bei Ihnen der Ehrenvorsitzende Hans Modrow heißt, der rechtskräftig als Wahlfälscher verurteilt ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn hier die Grünen sprechen, dann muss man daran erinnern dürfen, dass Sie auf Ihrem nächsten Bundesparteitag Ihren Beschluss ändern werden, dass aus der steuerfreien Abgeordnetenpauschale Abführungen an die Partei im Umfang von 3,5 Millionen DM geleistet werden. Im Hinblick auf die SPD möchte ich erwähnen, dass es ein großer Gewinn für die Debatte wäre, wenn wir in Zukunft nicht nur vor anderen Haustüren, sondern auch vor der eigenen Haustür wachsam blieben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

Ich rechne überhaupt nichts gegeneinander auf. Gleichsetzungen vermeide ich.

(Zuruf von Plaque [SPD])

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, glauben Sie im Ernst, dass es an Ihnen vorbeigehen wird, dass zwar Herr Schleußer gestern eingeräumt hat, die deutsche Öffentlichkeit und das Parlament

über Wochen belogen zu haben, aber Herr Clement erklärt hat, dass dies kein Grund für Rücktritt, für Austritt aus der Landesregierung oder sonstige Konsequenzen sei?

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Die schwarzen Kassen bei der Westdeutschen Landesbank für die Reisen der Kabinettsmitglieder sind ein eindeutiger Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung und die nordrhein-westfälische Verfassung. Deshalb müssen Sie sagen: Auch der Verfassungsbruch der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen hat für uns Bedeutung, nicht nur der behauptete Verfassungsbruch bestimmter CDU-Politiker im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre der CDU.

(Plaque [SPD]: Behauptung? - Weitere Zurufe von der SPD)

Im Rechtsstaat gilt ja immer noch - ich gehe aber davon aus, dass es sich um einen Bruch der Verfassung handelt - - - -

(Zurufe von der SPD)

- Wissen Sie, was uns wirklich aufregt? Uns regt die Tatsache auf, dass man sich im gesamten Parlament nicht auf bestimmte Verfahren verständigen kann. Wir setzen gleich einen Untersuchungsausschuss ein, der Affären aufklären soll, der persönliche Bereicherungen abtesten soll, der das Versagen als Aufsichtsratsvorsitzender, die Fälschung und Manipulation von Rechnungen und Parteienfilz untersuchen soll. Sie aber machen Folgendes: Bevor die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses abgeschlossen sind, sprechen Sie von Medienhetze, von falschem Handeln der Staatskanzlei, und der Ministerpräsident entsendet diesen Mann, dem Versagen als Aufsichtsratsvorsitzender vorgeworfen wird, in den Aufsichtsrat der Norddeutschen Landesbank. Das ist eine wirkliche Provokation.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich zum Schluss: Wir sollten uns gemeinsam bemühen, dass jeder in seinem Bereich - auch bei der Kontrolle der anderen - ein wenig sensibler wird, als er bisher gewesen sein mag. Ich leide persönlich darunter - das können Sie vielleicht nachvollziehen -, dass wir zwar als Union gebraucht werden, aber uns im Moment den Sachfragen und der inhaltlichen Auseinandersetzung im

Wettstreit der Ideen nicht so zuwenden können, wie wir es gerne würden.

(Zuruf von der SPD)

Ich leide auch ein Stück darunter, dass wir in dieser schwierigen Situation unserer Demokratie nicht einmal einen Bundespräsidenten haben, der völlig unbescholten und ohne Belastungen durch Skandale in diese Debatte eingreifen könnte.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Das ist doch nicht zu glauben! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist eine schwere Belastung. Deshalb sollten wir uns bemühen, die Dinge in der Ernsthaftigkeit zu diskutieren, wie Herr Plaue und Frau Harms dieses gemacht haben. Dazu wollte ich einen Beitrag leisten, damit nicht der Eindruck entsteht, hier seien Heilige und Engel auf der einen Seite und sozusagen in Sippenhaft zu nehmende Täter auf der anderen Seite. Das wäre ein falsches Bild der Wirklichkeit. Wir sollten daran nicht mitwirken.

(Starker Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Gabriel.

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eines vorweg: Herr Kollege Wulff, ich nehme Ihnen ausdrücklich ab, dass Sie sich insgesamt um Redlichkeit in dieser Debatte bemühen, und ich habe großen Respekt vor der Art und Weise, wie Sie dies nicht ohne innerparteiliche Risiken in Ihrer Partei und Ihrer Fraktion versuchen durchzusetzen und durchzuhalten. Das ist keine einfache Aufgabe. Jemanden, der mit einer Partei nicht nur intellektuell, sondern natürlich auch emotional verbunden ist, muss das ungeheuer treffen, was passiert ist. Ihre berufliche Herkunft macht deutlich, was es für Sie bedeuten muss, wenn Rechtsstaatlichkeit in dieser Angelegenheit infrage gestellt wird.

Aber, Herr Kollege Wulff, ich glaube nicht, dass wir eine Rechtsstaatdebatte brauchen. Wir brauchen auch keine Wertedebatte. Der Rechtsstaat steht nicht infrage, und die Werte, die wir brauchen, stehen in unserer Verfassung. Es geht darum, dass wir darauf achten müssen, dass die Repräsentanten dieses Staates und der Parteien durch ihr Handeln den vorhandenen Rechtsstaat achten,

ihren Amtseid ernst nehmen und die Werte, die in der Verfassung stehen, nicht nur in Sonntagsreden vor sich hertragen, sondern auch zum Gegenstand ihrer aktiven Politik und ihres aktiven Handelns machen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wehre ich mich dagegen, dass der Rechtsbruch, der Verfassungsbruch, sozusagen das Überschreiten jeder Grenze beim Umgang mit den in unserer Verfassung vorgegebenen Werten jetzt zu einer allgemeinen Staats- und Demokratiekrise oder Wertedebatte hochgezogen wird. Das hat damit nach meiner Auffassung überhaupt nichts zu tun.

Gestatten Sie mir zwei Bemerkungen zu Ihren politischen Randbemerkungen. Erstens weise ich zum Thema Ehrenvorsitz darauf hin, dass die SPD bis heute einen Ehrenvorsitzenden hat, auf den sie weiterhin stolz sein kann.

(Beifall bei der SPD)

Er heißt nicht Oskar Lafontaine, sondern Willy Brandt.

Zweitens. Es war ja zu vermuten, dass heute Stichwörter wie „Schleußer“ oder „Hochzeitsfeier“ in die Debatte gebracht werden. Das ist auch in Ordnung, weil alle diese Themen dazu beitragen, dass in der Bevölkerung der Eindruck entsteht, Politik befasse sich nur noch mit sich selbst. Es gibt in der Wahrnehmung der Bevölkerung offensichtlich häufig keinen, jedenfalls keinen gravierenden Unterschied zwischen dem, was wir bei der Parteispendenaffäre diskutieren, und dem, was bei anderen Affären diskutiert wird. Machen wir uns keine Illusionen. Aber, Herr Kollege Wulff, es gibt - jedenfalls in der Parlamentsdebatte - den Auftrag, nicht nur die öffentliche Wahrnehmung für sich in Dienst zu nehmen, sondern zumindest auch darauf hinzuweisen, dass es sich in dem einen Fall um Geldwäsche handelt, bei der eine Regierungspartei wie eine kriminelle Vereinigung gehandelt hat, bei der in der Tat hunderttausende von Mitgliedern dieser Partei für offenbar kriminelles Handeln in Dienst genommen werden, und dass es sich bei dem anderen Fall um persönliches Handeln außerhalb von Strafrecht und außerhalb von Verfassung und Rechtsbruch handelt.

(Beifall bei der SPD)

Zwischen Amigo und Amore gibt es nicht nur einen sprachlichen, sondern auch einen qualitativen Unterschied, Herr Wulff.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski
[CDU]: Wie meinen Sie das?)

- Das wissen Sie genau, Frau Pawelski. Ihre Zwischenrufe zeigen ja, dass Sie wissen, worum es dabei geht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in der jetzigen Debatte wird im Wesentlichen darüber diskutiert, dass wir mehr Ehrlichkeit, neue Gesetze, rückhaltlose Aufklärung brauchen. Ich meine, dass diese Forderungen in Wahrheit nichts anderes sind als ein Ausdruck von Hilflosigkeit und übrigens wieder der Beleg dafür, dass sich Politik nur mit sich selbst beschäftigt. Die gesamte Diskussion geht wieder nur darum: Wie gehen Politiker mit Politik und mit Politikern um? Ich meine, das greift zu kurz. Wir brauchen keine neue Ehrlichkeit oder eine Debatte darüber, sondern wir brauchen eigentlich nur die alte. Die Diskussion über die neue Ehrlichkeit nimmt uns ohnehin niemand ab, wenn sich das Handeln nicht ändert. Wir brauchen auch keine neuen Gesetze, sondern Leute, die sich daran halten. Rückhaltlose Aufklärung, Herr Wulff, ist notwendig. Aber dies nur zu fordern, reicht eben nicht aus. Wir brauchen auch die Ahndung dessen, was dort in den Parteien - in diesem Fall in der CDU - passiert ist. Da muss ich Ihnen ganz offen sagen: Die Aufforderung, den Ehrenvorsitz ruhen zu lassen, kann nicht die schärfste Waffe bei der Aufklärung sein.

(Beifall bei der SPD)

Da muss - gestatten Sie mir diese Bemerkung - die CDU einmal vom Feinwaschmittel zum Vollwaschmittel übergehen.

Meine Damen und Herren, ich meine, dass diese Debatte relativ kurz sein wird. Ich glaube nicht, dass sie die Bundesrepublik wirklich langfristig erschüttern wird. Aber was übrig bleiben wird, ist die Vermutung der Bevölkerung, dass sich Politik und all das, was sich in den traditionellen Institutionen der parlamentarischen Demokratie tummelt, nur um sich selber und nicht mehr um die öffentlichen Interessen kümmert.

Wir werden das möglicherweise wieder aus den Zeitungen herausbekommen. Aber stellen Sie sich einmal vor, es wäre nicht zu diesem Skandal gekommen. In den Köpfen und Herzen der großen

Mehrheit unserer Bevölkerung wäre die Vermutung, Parlamentarier und Parteipolitiker kümmern sich nicht um das öffentliche Interesse, sondern nur um sich selbst, weiterhin vorhanden, und zwar nicht nur an den Stammtischen.

In unserer Gesellschaft gibt es doch inzwischen eine tiefe Spaltung. Auf der einen Seite gibt es sehr viele Menschen, die sich in Nachbarschaftshilfen, in Bürgerinitiativen, in Umweltverbänden und in Kulturkreisen um öffentliche Interessen kümmern. Hier gibt es sehr viel öffentliches Engagement. Aber all dieses Engagement versteht sich als privates Engagement, in bewusster Distanz zu den traditionellen Institutionen von Politik und parlamentarischer Demokratie. Auf der anderen Seite gibt es Politiker und Parteien, die sich in ihren Gruppierungen genauso abkapseln, die inzwischen im Wesentlichen Inzucht betreiben. Hier gibt es inzwischen kaum noch Austausch mit denjenigen, die sich für öffentliche Interessen außerhalb von Parlamenten, außerhalb von Parteien, außerhalb von Regierungsinstitutionen kümmern. Beides entwickelt sich auseinander. Die einen finden durch solche Skandale sozusagen immer wieder die Bestätigung dafür, dass es besser ist, nicht mitzumachen. Um in der modernen Terminologie zu bleiben: Sie verhalten sich ein wenig wie Shareholder unseres Staates, deren Shares immer teurer werden, wobei der Value immer schlechter wird, und die an der Hauptversammlung nicht mehr teilnehmen, die das Depotstimmrecht denen überlassen, die noch zu Wahlen gehen - in Zukunft vielleicht 50 %, 40 % oder 30 % -, und die sich auch selbst nicht mehr als Mitarbeiter in den klassischen Institutionen parlamentarischer Demokratie anbieten.

Wenn es uns über die Aufklärung der Skandale hinaus nicht gelingt, diese beiden Teile unserer Gesellschaft wieder zusammenzuführen, die Zivilgesellschaft auf der einen und die Institutionengesellschaft der parlamentarischen Demokratie auf der anderen Seite wieder miteinander zu verzahnen, dann wird es keine Veränderung hinsichtlich der Glaubwürdigkeitskrise der Politik geben. Dann wird es vielleicht keine neuen Zeitungsskandale geben, aber das tiefe Misstrauen gegenüber denen, die sich in die Politik begeben, bleibt bestehen, und parlamentarische Demokratie bleibt nicht lebendig und schon gar nicht kreativ.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es meine Bitte, dass wir über diese Aktuelle Stunde hinaus unsere Möglichkeiten als Niedersächsischer Land-

tag nutzen und klären, welche Handlungsmöglichkeiten wir neben den selbstverständlichen Appellen zu neuer Ehrlichkeit und zur Aufklärung haben, um zu dieser Verzahnung mit den vielen Menschen zu kommen, die sich an öffentlichen Interessen beteiligen wollen, die mitarbeiten wollen, aber nicht in Berührung zu dem kommen wollen, was wir in der Institution von Politik und Demokratie vorhalten. Diese Frage wäre ebenfalls eine Aktuelle Stunde und eine längere Debatte wert. Das müsste uns länger beschäftigen als die Frage, in welcher Krise sich die CDU befindet. Ich bin sicher, dass die Bundesrepublik Deutschland am Ende stabil genug ist, um auch solche skandalösen Vorgänge wie die um Helmut Kohl, Kanther, Koch und andere zu überleben.

Die Unschuldsvermutung, Herr Kollege Wulff, gilt nur so lange, wie jemand die eigene Schuld nicht eingestanden hat. Sie ist eingestanden. Nun geht es um Aufklärung. Aber danach brauchen wir mehr als nur eine Debatte von Politikern mit Politikern. Wir dürfen nicht durch die Art und Weise des Umgangs mit diesem Thema schon wieder den Beweis dafür liefern, dass wir uns lediglich um uns selber kümmern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich konnte Ihnen, ehrlich gesagt, am Ende nicht mehr recht folgen. Ich hatte den Eindruck, Sie reden über das Thema, über das Sie in den letzten Wochen öfter einmal und auch gerne geredet haben. Ich fand die Platzierung unter der Überschrift der Parteienfinanzierung und der Transparenz eigentlich falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zurück zum Thema. Gestern habe ich den Kommentar eines „FAZ“-Redakteurs gelesen, der das, was Kohl gemacht hat, zusammengefasst als „ideellen Hochverrat“ bezeichnet. Ich hatte dies schon angesprochen und gesagt: Es geht nicht um Bereicherung, sondern um etwas viel Schlimmeres, nämlich um das Aushebeln des politischen Gegners im demokratischen Wettstreit mit schmutzigem Geld.

Ich habe auch nach der Einlassung des Kollegen Plae und der des Ministerpräsidenten den Eindruck, wenn nicht in der Presse Gott sei Dank seit Wochen so konsequent und so hart skandalisiert würde, so könnte dieser Skandal der CDU, der angeblich die Republik erschüttert, ganz schnell wieder wegrutschen. Ich bin völlig anderer Auffassung als Sie, Herr Plae, und ich bin auch völlig anderer Auffassung als Sie, Herr Gabriel. Ich meine, dass die Regelungen, die wir haben, nicht ausreichen, um solche Skandale zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine, dass die Parteienfinanzierung tatsächlich auf den Prüfstand gestellt werden muss, und ich möchte, dass so weit geprüft wird, dass wir am Ende die Frage beantworten können, ob es nicht wirklich besser wäre, zur staatlichen Parteienfinanzierung zurückzukehren,

(Möllring [CDU]: Da, wo die Grünen jetzt schon sind!)

um auszuschließen, dass Parteien oder auch einzelne Politiker gekauft werden. Die staatliche Parteienfinanzierung hatte ja genau diesen Ansatz: dass das verhindert werden sollte.

Ich finde auch, dass die Skandale Schleußer, Glogowski und andere, die hier auch zu Recht erwähnt werden, zeigen, dass über das Verhalten von Abgeordneten und Ministern natürlich noch längst nicht das letzte Wort gesprochen worden ist. Es gibt nicht die Vorschrift, dass Transparenz hergestellt werden muss, es gibt nicht die Vorschrift, dass z. B. Abgeordnete auch ihre Steuererklärungen veröffentlichen müssen,

(Zurufe von der CDU)

es gibt keine Vorschriften darüber, wer welches Mandat am besten besetzt und wie man Aufsichtsratsstätigkeiten begrenzt. Wir erleben in Niedersachsen insofern gerade wieder einen neuen Skandal durch die Hintertür: in Sachen Glogowski und NORD/LB.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines zu Herrn Schwarzenholz: Wir beabsichtigen, dem Niedersächsischen Landtag unsere grundsätzlichen Forderungen nach Veränderungen der Parteienfinanzierung und nach Veränderungen des Abgeordnetengesetzes vorzulegen. Ich glaube auch nicht, dass dies in der Öffentlichkeit als Beschäftigung mit sich selber angesehen wird, sondern ich

glaube, dass das etwas ist, worauf die Öffentlichkeit wartet. Die Abkehr von Politik, die Frustration über das, was Politiker sich leisten, bekommt man anders nicht in den Griff.

Eines möchte ich am Ende noch zu Herrn Wulff und der CDU sagen, weil Sie, Herr Wulff, wieder für sich in Anspruch genommen haben, so konsequent aufzuklären. Sie haben Tag für Tag viel mehr Neues auf den Tisch bekommen, als Sie Woche für Woche behauptet haben aufzuklären. Die Schwierigkeit, die Sie damit haben, das System Kohl tatsächlich los zu werden, zeigt sich meiner Meinung nach an einer grundsätzlichen Fehlentscheidung der letzten Tage: Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum die CDU juristische Schritte gegen Herrn Weyrauch einleitet, diese juristischen Schritte gegen Herrn Kohl aber nicht ergreifen will. Ich glaube, dass ich nicht die Einzige bin, die das mit großem Unverständnis sieht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, dass vor dem Gesetz alle gleich sind und dass dieser Gleichheitsgrundsatz natürlich auch für ehemalige Bundeskanzler gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Plaue hat noch einmal ums Wort gebeten.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rebecca Harms, ich glaube, wir sollten nicht in den Fehler verfallen, dass wir Dinge, die eigentlich klar sind, unklar stellen. Die Verhaltensregeln der Abgeordneten sowohl des Deutschen Bundestages als auch des Niedersächsischen Landtages sind klar und eindeutig: Jede Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden muss offen gelegt werden.

(Möllring [CDU]: Nein, nicht jede Mitgliedschaft!)

Jede Mitgliedschaft, aus der eventuell eine Abhängigkeit konstruiert werden könnte - lesen Sie die Verhaltensregeln nach -, ist aufzuführen. Das wird uns nicht davor bewahren, dass der Eine oder Andere eventuell gegen diese Regeln verstößt. Aber egal welche Regeln Sie aufbauen, solche Leute wird es immer geben.

Es ist auch völlig klar, Frau Kollegin Harms, dass die Frage, wie mit Parteispenden, wie mit Geld der Parteien umzugehen ist, eindeutig beantwortet ist. Jede Politikerin, jeder Politiker weiß, dass, wenn sie oder er eine Spende bekommt, diese Spende anzugeben ist und, wenn sie eine bestimmte Größenordnung überschreitet, der Spender sogar namentlich zu benennen ist. Und dagegen ist verstoßen worden, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht ein neues Regelwerk, sondern die Anwendung des bestehenden Regelwerkes ist das, was wir einfordern müssen, wofür wir kämpfen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es ist auch nicht richtig, dass hier zusammengerührt wird, was nicht zusammengehört. Herr Kollege Wulff, Sie werden sich nicht damit helfen, dass Sie den Sumpf, in dem Sie stecken, dadurch anreichern, dass Sie trübes Wasser aus weiteren Verdächtigungen hinzuleiten. Darum kann es nicht gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier über einen, vielleicht über den größten Politikskandal nach dem Ende des zweiten Weltkrieges. Und da irgendwelche Flugreisen oder was auch immer mit hineinzurühren, halte ich materiell für verfehlt, weil Sie damit bestimmte Eindrücke erwecken. In der Tat, die haben alle Dreck am Stecken. Aber in Nordrhein-Westfalen wird aufgeklärt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist der Unterschied zu dem, was wir hier erleben.

(Beifall bei der SPD - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Also wirklich, Herr Plaue!)

- Wissen Sie, Herr Kollege Wulff, ich hatte in den letzten Tagen genügend Gelegenheit, Fernsehen zu gucken. Das lag einfach daran, dass ich mich ein bisschen erholen musste. Deshalb habe ich sehr viel gehört und gesehen, was ich als Politiker sonst vielleicht nicht zu Ohren oder zu Gesicht bekomme. Ich fand es schon sehr spannend, wie Sie sich in den letzten eineinhalb Wochen verhalten haben. Vorweg: Auch ich unterstelle Ihnen, dass Sie wirklich einen ehrlichen Anspruch haben, da aufzuklären und zu versuchen, die Partei aus diesem Sumpf herauszuholen.

(Möllring [CDU]: Das brauchen Sie nicht zu unterstellen! Das können Sie für bare Münze nehmen!)

Aber ich möchte auch gerne einmal die Effizienz Ihres Tuns hier zur Diskussion stellen. Sie haben gestern vor acht Tagen ausweislich des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ gesagt - ich habe das Zitat persönlich gehört, deswegen weiß ich, dass es stimmt -:

„Es ist wichtig, dass wir Schuld und Verantwortung personifizieren. Wir wollen die zur Rechenschaft ziehen, die persönlich gegen Gesetze verstoßen haben.“

Fünf Tage später beschließt der CDU-Bundesvorstand, gegen Helmut Kohl keine rechtlichen Schritte einzuleiten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Das ist so erklärt worden, Herr Kollege Wulff. Wenn Sie sagen, das stimmt nicht, dann stellen Sie es richtig. Sonst klafft hier zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine riesengroße Lücke, die Sie zu erklären haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen der „Welt“ am 20. Januar auf die Frage, ob es denn glaubwürdig sei, dass die junge Politikkergeneration in der CDU alles auf die Alten schiebt und keine eigene Verantwortung zu erkennen gibt:

„Es wäre eine historische Unwahrheit, wenn wir einfältig in Schuldige und Unschuldige aufteilen würden. Es haben alle, die in Verantwortung gestellt sind, sich zu fragen, wer was gewusst hat, wer was hätte wissen können, und daraus folgt die Frage, warum man nicht früher intensiv nachgefragt hat.“

Sehr wahr, Herr Wulff. Fangen Sie bitte in Ihrem eigenen Landesverband an,

(Fischer [CDU]: Was?)

wo die Bundesvorstandsmitglieder sitzen, die hätten nachfragen können, es aber offensichtlich nicht getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Fischer, wenn Sie dazwischenrufen: Ich kann Ihnen sagen, es gibt nach dem Bericht

von Ernst & Young, der gesagt hat, man könne bei vielen dieser Barspenden nicht nachvollziehen, woher sie gekommen sind und wohin sie geflossen sind, auch Nachfragen an Ihren Landesverband.

(Möllring [CDU]: Wo denn?)

- Ich sage, es gibt Fragen. Ich finde, man kann diese Fragen stellen, und Herr Fischer kann sie dann hoffentlich auch beantworten und das erklären.

Den ersten Punkt will ich Ihnen sagen.

(Möllring [CDU]: Sie müssen sich erst einmal informieren, bevor Sie hier reden!)

- Ich habe, im Gegensatz zu Ihnen vielleicht, Ihre Rechenschaftsberichte gelesen.

(Möllring [CDU]: Die habe ich auch gelesen!)

Es gibt bei Ihnen, bei der CDU in Niedersachsen, 1990 ein exorbitant hohes Spendenaufkommen: 8,5 Millionen DM. Es sind weniger als 300.000 DM an Großspenden in dem Jahr ausgewiesen worden. Ich würde gern einfach von Ihnen erklärt wissen wollen, auch als ehemaliger Schatzmeister einer kleinen Gliederung einer Partei, wie es Ihnen gelungen ist, das herzustellen. Darauf haben Sie eine Antwort zu geben, Herr Kollege Fischer.

(Möllring [CDU]: Das steht im Rechenschaftsbericht!)

- Das steht da eben nicht drin, Herr Kollege Möllring.

(Möllring [CDU]: Natürlich steht das da drin! Das ist eine schlichte Verleumdung, was Sie hier machen! - Frau Pawelski [CDU]: Schmutzschleuder!)

Der zweite Punkt. Da gibt es einen Landesverband - der Landesverband Oldenburg, der ist hier schon genannt worden -, der über Jahre hinweg zwar Zinseinnahmen, aber keine dazugehörigen Vermögensbestandteile im Rechenschaftsbericht ausweist. - Da werden Fragen aufgeworfen, die Sie zu klären haben, meine sehr verehrten Damen und Herren. Nicht zuletzt, Herr Kollege Fischer, möchte ich Sie direkt fragen: Wenn bei Ihnen alles in Ordnung ist, warum schicken Sie dann den

Maulkorberlass an Ihre Untergliederungen und sagen, die sollen sich zu dem Thema nicht mehr äußern?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Harms.

Frau Harms (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Fragen zur niedersächsischen CDU und zu möglichen Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang, die der Kollege Plaue gestellt hat, möchte ich mich nicht weiter äußern, wobei auch ich finde, dass diese Fragen offen sind und dass die beantwortet werden müssen. Äußern möchte ich mich zum Grundsätzlichen.

Wenn mit den Regelungen zur Parteienfinanzierung alles in Ordnung ist, wenn das Abgeordnetengesetz alles Fehlverhalten eigentlich ausschließt, wie kann es dann zu so vielen und auch so großen Skandalen überhaupt kommen? Wir melden hier also ganz grundsätzliche Zweifel an.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich melde an dieser Stelle noch eine ganz andere Befürchtung an, und ich werde mich mit meiner Fraktion darum bemühen, da das Schlimmste zu verhindern. - In der letzten Zeit wird unglaublich oft betont, und zwar auch vom Bundeskanzler, dass die Krise der CDU keine Krise des Staates sei. Ich meine, dass darüber noch nicht entschieden ist, wie ich das eben schon angesprochen habe. Zurzeit droht die Politik, sich aus diesem grundsätzlichen Konflikt, aus den grundsätzlichen Fragen, die aufgeworfen worden sind, zurückzuziehen, und es droht tatsächlich die Wiederholung der Geschichte. Wir haben in den letzten Wochen festgestellt, dass die Flick-Affäre, die zuletzt eine ähnliche Erschütterung in diesem Lande ausgelöst hat, weitgehend ohne Konsequenzen geblieben ist. Bei den grundsätzlichen Veränderungen, die ich fordere, geht es zurzeit darum, ob dieser Parteienskandal möglicherweise so folgenlos bleiben wird wie die Flick-Affäre. Ich meine, dass das nicht so kommen darf. Dafür sollten demokratische Parteien tatsächlich gemeinsam die Verantwortung übernehmen. - Danke.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Noch einmal der Ministerpräsident.

Gabriel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Harms, wenn das eine Diskussion, eine Debatte ist, dann kann man ja versuchen, Missverständnisse zu klären und Gemeinsamkeiten und Trennendes herauszufinden. Vorhin haben Sie gesagt, Sie wüssten gar nicht, warum ich das und das gesagt habe, das sei Ihnen unklar. Soeben haben Sie aber nichts anderes gemacht. Stellen Sie sich für eine Sekunde die Situation vor, dass es den Parteispendenskandal der CDU nicht gegeben hätte! - Glauben Sie ernsthaft, dass in der Bevölkerung nicht unterschwellig das gleiche Misstrauen gegenüber Parteien, und zwar gegenüber allen, existiert hätte? Es gibt doch jetzt eine aufgeregte öffentliche Debatte deshalb, weil für ganz viele Menschen der Beweis für das angetreten worden ist, was sie schon vorher immer vermutet haben.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Das ist eine historische Fehleinschätzung!)

- Es kann ja sein, dass das eine Fehleinschätzung ist. Aber es muss doch einen Grund dafür geben, dass auch in Ihrer Partei keine jungen Leute mehr dazukommen. Das ist doch nicht ein Problem einzelner Parteien und nicht sozusagen ein singuläres Problem in der aktuellen Situation.

Ich habe überhaupt nichts dagegen, dass wir auch rechtliche Konsequenzen ziehen, dass wir Transparenz in Gehälter hineinbringen, dass wir die Frage stellen, wer in welchem Aufsichtsrat sitzen darf. Nicht, dass wir uns missverstehen! Das ist sozusagen die notwendige Bedingung.

(Zuruf von Frau Harms [GRÜNE])

- Entschuldigung, in Ihren Augen ist die Unschuldsumutung immer nur dann angebracht, wenn es um Ihre Politiker geht,

(Beifall bei der SPD)

und ist die Schuld bei allen anderen immer schon bewiesen. Ich finde übrigens, dass der Kollege Schwarzenholz von der PDS da eine klarere Haltung hat.

Ich habe also kein Problem damit, dass wir versuchen, solche Regelungen zu finden. Wir werden

das übrigens auch in Niedersachsen machen. Natürlich müssen wir uns auch das Ministergesetz anschauen. Das ist aber nicht die Frage. Wenn Sie wirklich mehr wollen, wenn Sie die Frage stellen wollen, ob es eine Krise der Demokratie gibt, dann habe ich dazu die herzliche Bitte, dass Sie nicht so kurz denken, zu glauben, eine Krise der Demokratie sei mit mehr Transparenz bei Abgeordnetenbezügen bewältigt. Sie denken doch sonst nicht so kurzfristig. Sonst sind Sie doch in der Lage, ein Stück weit über den Tellerrand hinauszudenken.

Ich plädiere dafür, dass wir uns - abgesehen von den notwendigen Veränderungen - einmal die Frage stellen, was die hinreichenden Bedingungen sind, damit die Menschen wieder genug Vertrauen in unseren Staat fassen. Hier haben Sie anscheinend Angst vor der eigenen Courage. Machen Sie bei der Debatte hierüber doch genauso mit! Es gibt heute keinen Alleinvertretungsanspruch der Grünen mehr für Kontakte mit Bürgerinitiativen, weil Sie dort im Zweifel genauso unglaubwürdig geworden sind wie alle anderen auch.

Meine Bitte also, dass Sie nicht nur über Parteispendingen reden,

(Frau Harms [GRÜNE]: Wir haben da ja noch eine lange Tagesordnung!)

dass Sie, Frau Harms, nicht nur das tun, was Sie in diesem Landtag inzwischen gern machen, nämlich sich lediglich mit sich selbst zu beschäftigen, sondern dass Sie sich auch einmal mit der Frage befassen, welche Auffassung die Bürgerinnen und Bürger von Ihrem eigenen Verhalten und von dem der anderen Parteien haben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Gestatten Sie mir jetzt noch einen Satz zum Schluss der Debatte.

(Zurufe von der SPD: Herr Fischer!)

- Entschuldigung, Herr Fischer, das habe ich nicht gesehen.

(Zuruf von Fischer [CDU])

Erlauben Sie mir also noch einen Satz zu der Debatte: Unabhängig von den Regelungen, die geän-

dert werden sollten oder müssten, werden wir Politiker in Zukunft wohl alle in stärkerem Maße gefordert sein, nicht nur uns selbst gegenüber, sondern auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, wer wir eigentlich sind und welche Grundsätze wir haben, an denen wir uns dann auch messen lassen wollen. Das ist jetzt unabhängig von den sonstigen Dingen. Das heißt: Wir werden wahrscheinlich noch häufiger darüber reden.

Herr Fischer!

(Buß [SPD]: Jetzt kommt die Wahrheit ans Licht!)

Fischer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aussagen von Herrn Plaue

(Möhrmann [SPD]: Die Fragen!)

empfinde ich mir gegenüber als persönliche Beleidigung.

In den 13 Jahren, in denen ich Generalsekretär bin, und in all den Jahren, in denen ich sonst in der Partei gearbeitet habe, habe ich mich grundsätzlich an das Parteienfinanzierungsgesetz gehalten.

(Buß [SPD]: „Grundsätzlich“ heißt, das ist nicht ausgeschlossen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Es hat bei mir keinen einzigen Rechenschaftsbericht gegeben, der den Bedingungen des Parteienfinanzierungsgesetzes nicht entsprochen hat.

Es hat in der Zeit, in der ich Generalsekretär bin - ich gehe davon aus, dass das auch in der Zeit davor der Fall gewesen ist, aber ich spreche jetzt jedenfalls für den Zeitraum seit 1986 -, nur ordnungsgemäße Verbuchungen für alle Einnahmen und Ausgaben gegeben.

Es hat in der gesamten Zeit, in der ich Generalsekretär bin, nicht eine Mark aus dem Ausland gegeben.

Es hat für die CDU in Niedersachsen zu keinem Zeitpunkt eine Verbuchung von irgendeinem schwarzen Konto gegeben.

Wie ich Ihnen schon einmal gesagt und begründet habe, habe ich für alle Beträge von mehr als 10.000 DM - für geringere Beträge konnte ich das

für diesen Zeitraum nicht mehr nachvollziehen - eine Belegprüfung durchführen lassen.

Ich finde es unglaublich, in welcher Art und Weise Sie mit diesen pauschalen Fragestellungen und Angriffen mich persönlich zu diffamieren versuchen. Genau das können wir nicht gebrauchen. Wir klären das auf. - Ich finde das fies.

(Starker Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Wer sich so aufregt - na, na, na! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2:

19. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 14/1311 - Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1341 und Drs. 14/1343

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 28. Januar, zu beraten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen.

Ich rufe also zunächst die Eingaben aus der 19. Eingabenübersicht in der Drucksache 1311 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse also über die Ausschussempfehlung zu den Eingaben in der Drucksache 1311 abstimmen, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Wer insoweit der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen.

Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3:

Zweite Beratung:

Einsetzung eines 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - Antrag der Abg. Wulff (CDU) und Frau Harms (GRÜNE) sowie weiterer Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1230 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 14/1329

Der Antrag in der Drucksache 1230 wurde in der 40. Plenarsitzung am 17. Dezember 1999 dem Ältestenrat zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen. Oder möchte doch jemand? - Damit kommen wir zur Beratung.

Ich gebe Ihnen die Redezeiten bekannt: Die SPD hat zehn Minuten, die CDU ebenfalls zehn Minuten, die Grünen fünf Minuten, die Landesregierung fünf Minuten.

(Möllring [CDU]: Wir haben doch insgesamt 60 Minuten und nicht nur 30 Minuten! - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist ein Fehler! 30 Minuten sind in irgendwelchen schwarzen Kanälen weggekommen! - Unruhe)

Wer möchte sprechen? - Herr Kollege Busemann.

Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab vielleicht ein Wort zur Geschäftsordnung, Herr Präsident. - Nach meinem Kenntnisstand ist für dieses Thema eine Gesamtredezeit von 60 Minuten vorgesehen. Ob wir diese Zeit ausschöpfen, liegt an uns. Ich gehe aber davon aus, dass ich etwas länger reden darf als zehn Minuten.

Meine Damen und Herren, Verfehlungen des Ministerpräsidenten Glogowski, schwerpunktmäßig im November des vergangenen Jahres bekannt geworden, haben am 26. November 1999 zum Rücktritt des Ministerpräsidenten geführt. Damals angekündigt und in einem Antrag vom 7. Dezember 1999 auch wahr gemacht, haben wir von der CDU gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von den Grünen einen Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gestellt. Hierzu hat es in diesem Hause eine erste Beratung in der Debatte am 17. Dezember 1999 gegeben.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Ich gehe davon aus, dass der Ausgangsantrag jedermann bekannt ist, dass wir also deutlich gemacht haben, was unser Anliegen ist. Ich gehe davon aus, dass auch die Debattenbeiträge vom 17. Dezember 1999 noch in Erinnerung sind, dass jeder weiß, warum hier ein erheblicher Aufklärungsbedarf besteht und warum es einen Untersuchungsausschuss geben muss.

Meine Damen und Herren, es war wichtig und richtig, dass man sich im Vorfeld dieser Sitzung und auch im Vorfeld der Sitzung des Ältestenrates zusammen gesetzt hat, um durch redaktionelle Veränderungen und durch Besprechung des Untersuchungsthemas klar zu machen, was gefragt werden soll und was nicht. Meiner Meinung nach war die Zusammenarbeit hier fruchtbar. Deshalb darf ich mich namens meiner Fraktion beim Gesetzgebungs- und Beratungsdienst und auch bei der Landtagsverwaltung dafür bedanken, dass man sich mit uns so viel Mühe gemacht hat. Ich darf mich auch bei den Kollegen von den Grünen und von der SPD bedanken. Herr Kollege Rabe, man ist ja nicht in allen Punkten einer Meinung. Ich glaube aber, dass wir eine Vorlage erarbeitet haben, die uns deutlich macht, wo das Plateau unserer späteren Tätigkeit liegen wird. Das war, meine ich, so schlecht gar nicht.

Meine Damen und Herren, der Kernauftrag des Untersuchungsausschusses wird sein, aufzuklären, inwieweit Herr Glogowski seine Amtspflichten verletzt hat und er die Grundsätze über die Vermeidung von Vorteilsannahmen nicht beachtet hat. Damit wird schon deutlich gesagt, worum es geht. Der Rahmen der Pflichten - das ist vorhin auch schon einmal angeklungen - ergibt sich aus dem Grundgesetz, aus der Landesverfassung, den Landesgesetzen wie insbesondere dem Niedersächsischen Ministergesetz und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Da wir hier bemerkenswerterweise eine gewisse Vorgeschichte haben, ergibt sich das in besonderem Maße auch aus dem Bericht von Professor Simon anlässlich der Familienfilzaffäre vor einigen Jahren, in dem einiges festgehalten worden ist. Ich möchte einmal daraus zitieren. Herr Simon spricht dort von dem alten beamtenrechtlichen Grundsatz: „Meide jeden bösen Schein.“ Das ist der trefflichste Satz, den man in diesem Zusammenhang überhaupt erwähnen kann.

Der Rahmen der Messlatte wird auch durch den Korruptionsbericht der Landesregierung beschrieben. So steht es auch im Untersuchungsauftrag. Ich habe in den letzten Wochen mit etwas Schmunzeln bemerkt, dass der Eine oder Andere innerhalb der SPD die Urheberschaft des Korruptionsberichtes so ein bisschen von sich weisen will. Dazu muss ich einmal sagen: Wenn man solche Dinge in Auftrag gibt, beschließt und verkündet, dann muss man sich irgendwann auch daran binden lassen und auch selbst daran halten.

(Zustimmung von Möllring [CDU])

Meine Damen und Herren, ich darf für die CDU-Fraktion festhalten, dass wir uns in dem Untersuchungsauftrag, den wir hoffentlich gleich beschließen werden, inhaltlich voll wieder finden. Wir können also das abfragen, was notwendig ist und von uns als erforderlich angesehen wird.

Ich möchte jetzt noch einmal ausdrücklich den einen oder anderen Punkt des Untersuchungsauftrags ansprechen. Zum einen ist dies die Abschiedsfeier für einen Vorstandsvorsitzenden der Stadtwerke in Braunschweig im Jahr 1999. Sie kennen die Hintergründe. Das Interessanteste und Brisanteste und meiner Meinung nach auch Verwerflichste daran ist, dass all das in Braunschweig eine Vorgeschichte hatte, bis hin zur so genannten Oktoberfestsaure im Jahr 1988. Das Schlimme ist, dass man aus diesen Vorgängen von damals nichts gelernt hat, sondern die Dinge - weil man sich seiner Macht immer sicher glaubte - so weiter getrieben hat und offensichtlich nichts begriffen hat.

Ein weiterer Komplex wird ein Thema berühren, das uns hier seit Monaten auch schon in einem anderen Zusammenhang beschäftigt, nämlich die Auftragsvergabe für einen sechsten Rettungshubschrauber im Lande Niedersachsen. Diesbezüglich ist der Untersuchungsauftrag etwas eingeschränkt, zumindest in dem Kontext, den Herr Glogowski hier beigetragen hat: Hat er auf die Ausschreibung bzw. das Vergabeverfahren in irgendeiner Form Einfluss genommen? Es gibt nämlich nicht wenige, die da sagen: Als Herr Glogowski seinerzeit aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, haben sich die Dinge bezüglich der Auftragsvergabe plötzlich von da nach da gewendet. - Das wollen wir überprüfen; das muss überprüft werden.

Ferner geht es natürlich um den großen Komplex von erhaltenen Vergünstigungen. Dazu ist Etliches

bekannt geworden. Das macht sich fest - jeder-mann kennt es schlagwortartig - an der Hochzeits-feier am 15. Mai 1999 im Altstadt-Rathaus, an der Hochzeitsreise vom 31. März bis zum 14. April 1999 nach Ägypten, am Besuch der Oper Aida in Kairo und am Besuch der Oper Don Giovanni in Wien. All das sind Ereignisse, angesichts deren sich der Verdacht aufdrängt, dass hier eine Förde-rung, ein Sponsoring, eine Begünstigung oder wie auch immer durch Firmen stattgefunden hat. Des-halb muss das aufgeklärt werden.

Ich darf an dieser Stelle eine kleine Randbemer-kung machen. Offensichtlich haben es sozialdemo-kratische Politiker mit der Oper in Wien nicht so sehr. Sie bringt ihnen irgendwie kein Glück. Ich weiß nicht, woran das liegt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt - ich will ihn hier jetzt nicht vertiefen - wird die Vor-teilerlangung in Form der Nutzung der Wohnung im Gästehaus der Landesregierung hier in Hanno-ver sein. Auch das werden wir abzuklären haben.

Weil es hier eine so deutliche Häufung von Ver-fehlungen gegeben hat und weil sich aufgrund der Vermengung vieler Funktionen auch der Verdacht aufdrängt, dass es nicht nur in der Zeit, in der Herr Glogowski Ministerpräsident gewesen ist, sondern auch schon in der Zeit seit 1990, seit er Minister gewesen ist, noch weitere Vergünstigungen ge-geben hat, waren und sind wir der Auffassung, dass hier - das war dann vielleicht ein Vorschlag zur Güte - bis zum 1. Januar 1992 überprüft werden muss, inwieweit auch schon damals Vorteilsan-nahmen und Vergünstigungen seitens des Kollegen Glogowski von Unternehmen, Instituten und ande-ren Einrichtungen irgendwo hier im Lande Nieder-sachsen vorgekommen sind, wie immer das dann auch zusammenhängen mag. Dabei sind wir uns auch interfraktionell darüber einig gewesen, dass Bagatellvorgänge außen vor bleiben sollen. Die interessieren uns nicht weiter. Wir müssen im Einzelfall vielleicht klären, welche Vergünstigun-gen in Anbetracht des Amtes üblich und angemes-sen waren und welche nicht. In Bagatellbereiche -das sage ich auch hier im Lichte der Öffentlich-keit - wollen wir uns ausdrücklich nicht hineinfragen.

Ein interessanter und aufklärungsbedürftiger Kom-plex wird sicherlich auch die Frage nach der Fülle von Mandaten, Ehrenämtern und vergleichbaren Positionen sein, die Herr Glogowski als Minister-präsident oder Minister in der Vergangenheit inne

gehabt hatte und auch heute noch weitgehend inne hat. In den letzten Monaten ist diesbezüglich der Begriff „Spinnennetz“ aufgekommen. Ich möchte das jetzt nicht werten. Diese Fülle der Verflech-tungen lässt eine solche Formulierung aber durch-aus zu. Deshalb wird in Kapitel III unter den Zif-fern 1 und 2 nach der Anzahl der Positionen ge-fragt, nach den daraus erwachsenen Einnahmen und danach, wie damit umgegangen worden ist, sowie danach, ob Ministerpräsident Glogowski Vergünstigungen für sich erhalten oder aufgrund der Verflechtungen für Dritte oder andere, mit denen er positionsmäßig vielleicht verankert war, besorgt hat. Das wird interessant sein. Im Zusam-menhang damit wird die Frage geklärt werden, ob es im Lande Niedersachsen immer gerecht zuge-gangen ist.

Ich darf Ihnen auch noch Folgendes sagen: Ich bin fast sicher, dass dieser Untersuchungsgegenstand auch deutlich machen wird, wie gefährlich und unverantwortlich es geradezu ist, wenn ein Mini-sterpräsident des Landes Niedersachsen auf ver-schiedenen Ebenen - sei es auf kommunaler Ebene, sei es auf der Ebene der Partei oder der Wirtschaft oder in Aufsichtsräten - so viele Funktionen inne hat. Das kann der ordentlichen Wahrnehmung eines Amtes absolut nicht gut tun. Es kommt zu Verzettelungen. Am Ende weiß der Betroffene gar nicht, wo er gerade ist, wofür er gerade zuständig ist, was er zu tun oder zu lassen hat. Hier wird die Befragung - da bin ich mir sicher - sicherlich Auf-klärung bringen.

Meine Damen und Herren, ferner müssen wir uns - das ist der Auftrag III, Ziffern 3 bis 5; das gehört irgendwo dazu - damit befassen, welches die tat-sächlichen Gründe für den Rücktritt von Minister-präsident Glogowski gewesen sind. In den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass sich Gerhard Glogowski zu seinen Verfehlungen nicht bekennt. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass er auch gar nicht den Kern des Problems begreift. Wenn wir uns einmal seine Rücktrittserklärung anschauen - ich werde sie gleich zitieren -, kann man nur sagen, dass er eine persönliche Verant-wortung gar nicht sieht. Ich darf jetzt aus seiner Rücktrittserklärung vom 26. November 1999 Fol-gendes zitieren:

„In den letzten Tagen ist öffentlich ei-ne Vielzahl von Vorwürfen gegen mich erhoben worden. Alle Vorwürfe finden sich als Vermutungen, Ger-üchte oder bloße Behauptungen wi-

der. Eine für alle anderen Bürgerinnen und Bürger geltende Unschuldsvermutung und die Möglichkeit, sich in einem geordneten Verfahren auch verteidigen zu können, scheint für Politiker in meinem Amt nicht mehr vorgesehen zu sein.“

Aus dieser Aussage wird auch deutlich - dies gilt ja bis heute -, dass Gerhard Glogowski überhaupt keine Einsicht zeigt. Er hat diese Fehler nicht eingestanden. Er zeigt auch kein Unrechtsbewusstsein. Dann ist es irgendwo auch schlimm, wenn so getan wird, als ob dies nur eine Medienkampagne ist. Ich bin ein Opfer einer solchen Kampagne. Dieser Kampagne konnte ich nicht mehr entrinnen. - Aus diesem Geiste heraus konnte man in den letzten Wochen ja vernehmen, dass schon wieder ein politisches Come-back geplant wird. Da werden schon wieder Funktionen in Braunschweig angepeilt. Dann will man in der Partei weiter tätig sein. Dann kommt es auch zu anderen Positionen. Das ist heute Morgen schon angesprochen worden. Auch dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Schlimm finde ich auch, dass die Rücktrittserklärung damals absolut in Abstimmung und offenbar auch in Übereinstimmung mit dem jetzigen Herrn Ministerpräsidenten Gabriel abgegeben worden ist. Wer dachte, dass man sich mit der Annahme von Positionen jetzt zurückhalten würde, dass man vielleicht ein solches Verfahren abwarten würde,

(Unruhe)

wer dachte „Da gibt es vielleicht Parteiliebe, vielleicht einen Ministerpräsidenten, die mal sagten: Mit Aufsichtsratsposten ist es in diesen Tagen vielleicht nicht so glücklich; wir lassen das mal lieber.“, der sieht sich sehr getäuscht. Nicht einmal zwei Monate nach dem Rücktritt

(Zustimmung von Wulff (Osnabrück)
[CDU])

erhält Herr Glogowski offenbar wieder als Vertreter des Landes einen Aufsichtsratsposten bei der NORD/LB. Peinlicher, finde ich, geht es überhaupt nicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Eben noch hat Herr Ministerpräsident Gabriel hier von der Krise der Demokratie gesprochen und davon, dass Vertrauen zurückgewonnen werden müsse usw.

(Frau Harms [GRÜNE]: Zivilgesellschaft!)

und dann das in dieser Phase der Politik! Herr Ministerpräsident - ich weiß nicht, ob er noch da ist; ach, da hinten ist er -, das Amt des Ministerpräsidenten ist ein schweres Amt. Man macht manches richtig, man macht das eine oder andere falsch. Ich kann Ihnen sagen: Das war Ihr erster schwerer Fehler. Sie haben diese Position kraftvoll vergeben, aber es war ein Zeichen außerordentlicher politischer Schwäche, dass Sie diesen NORD/LB-Posten so vergeben haben.

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die „Welt“ vom 20. Januar 2000 titelt „Um Glogowski muss sich niemand Sorgen machen“, aber bei der Sozialdemokratie sieht das anders aus. Ich zitiere: Gerhard Glogowski weiß, wie seine Parteiliebe bei ihrer Ehre zu packen sind. Sozialdemokraten haben nun mal eine soziale Ader und bemühen sich, niemanden ins soziale Nichts fallen zu lassen. Davon profitiert auch Glogo. - Weiteres Zitat: Der erzählt herum, er sei seit seinem Rücktritt kurz vor dem Verhungern.

(Frau Harms [GRÜNE]: Aber die Bauchschmerzen hat Axel Plaue!)

Herr Gabriel, Sie sind ja auch schon mal Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat eines Konzerns gewesen. Wie denken eigentlich Arbeitnehmer über solche Einlassungen, auch vor dem Hintergrund dessen, was hier auch geldlich im Spiel ist? - Ich finde: Das ist ein Jammer.

Es heißt dann an anderer Stelle: Bleibt nur die Frage, wie es zur Wiederberufung in den Aufsichtsrat der NORD/LB kommen konnte und warum der einstige Landesvater noch immer in so vielen anderen solcher Gremien sitzt. Seine große Erfahrung hat ihn dafür prädestiniert, heißt es in der Staatskanzlei. Von Filz in der SPD bis zu schlechtem Gewissen der Genossen reichen andere Interpretationen. - Das müssen Sie schon irgendwo mit sich selber abmachen! Ob man sich um Glogowski Sorgen machen muss, das weiß ich nicht, aber um die SPD hier im Lande muss man sich Sorgen machen.

(Unruhe bei der SPD)

- Ja, das kann ich Ihnen aber sagen!

(Mühe [SPD]: Kümmert euch um euch! Da habt ihr genug zu tun! Das ist unglaublich!)

- Nun seien Sie mal vorsichtig! Ich bin ja noch bei dem Kapitel, in dem es um die wahren Rücktrittsgründe geht. Wenn die Verschaffung eines Aufsichtsratspostens - das ist ja dann der zehnte oder elfte in der Litanei; so muss es ja wohl sein - wie eine Art Schmerzensgeldzahlung für den Verlust des Amtes zu verstehen ist, dann muss ich sagen: Ich weiß nicht, ob das die richtige Methode ist.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Herr Minister - so muss ich ja jetzt sagen -, das mit den Zwischenrufen können Sie jetzt doch auch anders moderieren. Sie sitzen ja eigentlich nicht mehr da, sondern haben eine andere Funktion.

(Senff [SPD]: Ich fühle mich hier nach wie vor wohl!)

Also: Lassen Sie das bitte! Ich weiß nicht, ob das noch einen Ordnungsruf wert ist, aber lassen Sie das!

Meine Damen und Herren, wir werden im Rahmen des Untersuchungsauftrags zu klären haben, was die wahren Rücktrittsgründe sind, ob es die bekannten Verfehlungen sind, ob es andere Dinge sind, ob es vielleicht der Wunsch der eigenen Partei war, zu sagen: Da ist jemand möglicherweise diesem Amt doch nicht gewachsen; es stehen, vielleicht in diesem Jahr, vielleicht im Jahr 2003, Neuwahlen an; andere wollen auch mal, also helfen wir bei der ganzen Geschichte mal nach. - Das wird ein interessantes Kapitel werden. Da wird uns aus der Parteizentrale oder aus der Staatskanzlei oder aus dem Kabinett der eine oder andere durchaus Interessantes berichten können.

Der Ministerpräsident hatte in der Debatte im Dezember den Begriff „Dolchstoß“ gebraucht. Ich weiß nicht, ob das vergleichbar ist. Die Geschichte wiederholt sich nicht immer, und die Akteure sind auch nicht immer gleich bedeutend. Aber wenn das denn irgendwo von der Richtung so vorgegeben ist, dann kann ich mir vorstellen, dass man sich in der Sozialdemokratie schon wird fragen müssen, wie man mit dem Ministerpräsidenten Glogowski umgegangen ist und ob das denn auch Raum für Legendenbildung in die Richtung ist oder ob die Legende nicht in eine andere Richtung gebildet werden muss., Dann ist es keine Legende, sondern ist es Wahrheit, dass hier ein Ministerpräsident von

seiner eigenen Partei blitzschnell im Eilverfahren innerhalb einer Woche gestürzt wurde.

(Zustimmung bei der CDU)

Das Thema Krisenmanagement wird eine Rolle spielen. Das Thema Manipulation, z. B. Manipulation aus der Staatskanzlei heraus, wird eine Rolle spielen. Es gibt sogar Hinweise, dass vielleicht schon im Vorfeld der Veranstaltung der Stadtwerke interessanterweise aus der Staatskanzlei heraus recherchiert wurde, ob es bei Herrn Glogowski nicht das eine oder andere gäbe. Das finden wir ganz interessant. Das aufzuklären lohnt sich sicherlich, und das interessiert vielleicht auch die SPD und den Betroffenen selber.

Meine Damen und Herren, zu den technischen Belangen dieses Untersuchungsausschusses will ich Ihnen noch Folgendes sagen:

Ich erwarte seitens der Landesregierung - so ist es ja auch der Auftrag laut Beschlussvorlage - einen Bericht, hoffentlich dann auch in Kürze, damit wir das richtige Fundament für unsere weitere Arbeit haben. Es ist seit Ende November, spätestens seit Dezember bekannt, dass es einen Untersuchungsausschuss geben wird. Ich gehe davon aus, dass sich die Landesregierung schon darauf eingestellt hat, einen möglichst umfassenden, vollständigen Bericht zu erstellen. Ich sagen Ihnen offen: Wir halten nichts von der Sonderermittlung. Fertig scheinen die ja auch noch nicht zu sein. Das ist uns auch völlig egal. Wir erwarten einen Bericht der Landesregierung, sei es mit Unterschrift „Gabriel“ oder mit Unterschrift des Chefs der Staatskanzlei, und wir erwarten einen solchen Bericht recht bald, damit es zügig an die Arbeit gehen kann; denn wir jedenfalls haben ein Interesse daran.

Das Zweite - das hat ebenfalls mit der Zügigkeit der Arbeit zu tun - ist die Frage der angemessenen Größe eines Untersuchungsausschusses. Alle Erfahrungswerte und Ratschläge von berufener Seite gehen dahin - so auch unser Ursprungsantrag -, einen Ausschuss mit neun Mitgliedern einzusetzen, sodass im Ausschuss fünf SPD-Mitglieder, drei CDU-Mitglieder und ein vollstimmberechtigtes Mitglied der Grünen sind. Alles spricht dafür. Kein vernünftiges Sachargument spricht dagegen. Ich weiß gar nicht, was es nun soll - das deutete sich ja irgendwann an und soll ja heute möglicherweise auch so beschlossen werden -, die Zahl der Mitglieder auf sieben zu stützen. Das wird die Arbeit für alle schwerer machen.

Es wird Probleme bei der Stellung von Vertretern geben, weil es immer mal andere Termine gibt. Ich weiß nicht, was der sachliche Grund ist. Will man die Grünen abstrafen? Will man Herrn Golibrzuch, weil er in der Angelegenheit vielleicht zu fleißig war, diskreditieren oder abstrafen?

(Frau Harms [GRÜNE]: Das schaffen die nicht!)

Das mag der Grund sein. Ob das vernünftig ist, kann ich aber nun wirklich nicht sagen.

Ich will dazu noch Folgendes sagen und komme damit zum Schluss: Wir werden in diesem Punkt möglicherweise kontrovers abstimmen, aber vielleicht ist in der SPD, Herr Plaue oder auch Herr Ministerpräsident Gabriel, so viel Souveränität vorhanden, dass Sie sagen: Wir können uns ja über alles streiten, aber ein Ausschuss mit neun Mitgliedern kann es wirklich sein. - An solch einem Punkt dürfte es doch eigentlich kein Problem geben. Also: Überprüfen Sie sich noch einmal, und stimmen Sie dann gleich vielleicht doch für einen Ausschuss mit neun Mitgliedern! - Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Das Wort hat der Herr Kollege Schwarzenholz für bis zu drei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist bekannt, dass ich mich nicht an den Vorverurteilungen beteiligt habe, die zum Teil in inquisitorischer Form auch hier im Parlament vorgenommen worden sind. Ich habe allerdings Fragen aufgeworfen. Nachdem ich die Beschlussempfehlung des Ältestenrats wie die anderen Kollegen auch bekommen habe, habe ich sie mir etwas genauer daraufhin angesehen: Ist denn das gegebene Versprechen, insbesondere aus der SPD-Fraktion, dass die Vorwürfe tatsächlich durch das gesamte Parlament auch in einer angemessenen Form aufgeklärt werden können, eingelöst worden? - Ich stelle fest, dass das bei den inhaltlichen Festlegungen fast vollständig bejaht werden kann. Die Vorgaben des Untersuchungsauftrages sind, meine ich, tatsächlich im Wesentlichen unumstritten. Sie bieten die Grundlage, Fragen nachzugehen, die es ermögli-

chen, tatsächlich festzustellen, welche Verknüpfungen sich in erster Linie ergeben haben. Das sind natürlich auch sehr wichtige Fragen.

Ich verweise nur darauf, dass solche Fragen zum Teil auch in Bereiche hineingehen, auf die man im ersten Augenblick gar nicht kommt. So hat z. B. das OVG Lüneburg in der letzten Woche beschlossen, dass ein Vertrag über Müllverbrennung, der im Landkreis Northeim zustande gekommen ist, der sachlich nicht gerechtfertigt war und einen Schaden von 14 Millionen DM für den Landkreis ergeben hat, nicht dazu führen darf, dass die Kosten auf die Gebührenzahler umgelegt werden. Wir wissen, dass auch in der Stadt Braunschweig ein Vertrag über Müllverbrennung zustande gekommen ist, der ebenfalls zu einem relativ hohen Schaden geführt hat. Die Frage ist: Welche Verknüpfungen ergeben sich? - Ich behaupte nicht, sondern ich frage! Das sind Fragen, denen nachzugehen ist. Die in Abschnitt III. der Drucksache 1329 enthaltenen Festlegungen ermöglichen es grundsätzlich, diesen Fragen nachzugehen. Insofern, meine ich, ist der Punkt relativ gut abgearbeitet.

Aber wenn man sich anguckt, welche Bedingungen die Mehrheit für die Zusammensetzung dieses Ausschusses festgelegt hat und welche Regeln sie für diesen Ausschuss verfasst hat, dann habe ich erhebliche Zweifel.

(Glocke des Präsidenten)

Erstens ist mir, obwohl ich die Fraktionen ausdrücklich darum gebeten hatte, verwehrt worden, zumindest beratend in diesem Untersuchungsausschuss mitzuwirken, weil das die Voraussetzung dafür ist, um in dem Untersuchungsausschuss Fragen zu stellen. Aber nicht nur, dass mir und damit dem einzigen fraktionslosen Abgeordneten die Mitwirkung an der Aufklärung verwehrt wird, nein, es geht sogar so weit, dass wesentliche Teile des Parlamentes durch einen Geschäftsordnungstrick von bestimmten Teilen der Beratungen im Untersuchungsausschuss ausgeschlossen werden können. In § 3 der Geschäftsordnung für den 18. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss wird festgelegt, dass andere Abgeordnete als die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses grundsätzlich bei nichtöffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses als Zuhörer anwesend sein dürfen, aber ein Fünftel der Mitglieder reicht aus, um diese Abgeordneten auszuschließen. Ich habe neulich im

Innenausschuss erlebt, wie eine solche Regelung angewendet wird.

(Glocke des Präsidenten)

Dort ist nämlich bei der Beratung des Falles eines Asylbewerbers, der durch Polizeischüsse ums Leben gekommen ist, Vertraulichkeit ausgerufen worden, mit der Folge, dass die Abgeordneten, die nicht dem Ausschuss angehörten - in diesem Fall war ich der Einzige -, den Sitzungsraum verlassen mussten. Dann kann noch nicht einmal in den Fraktionen berichtet werden. Wenn solche Vorschriften so Anwendung finden und dann auch noch so kleinliche Schikanen kommen, wie den Grünen kein Stimmrecht zu gewähren, dann gehe ich davon aus, dass Sie das, was Sie in dem inhaltlichen Teil versprechen, durch die Anwendung solcher Geschäftsordnungstricks wieder aushebeln wollen. Es ist nicht zu erwarten, dass dieser Untersuchungsausschuss in den Formen ein faires Verfahren bringen wird.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Das Wort hat der Kollege Golibruch.

Golibruch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verzichten mit diesem Untersuchungsauftrag auf die Aufklärung von Vorgängen, die wir eindeutig dem privaten Bereich von Herrn Glogowski zuordnen. Dazu gehören Immobiliengeschäfte. Dazu gehört die gesamte Frage der Abschreibungsprojekte in den neuen Bundesländern. Das alles spielt für uns keine Rolle. Wir wählen eine zeitliche wie auch inhaltliche Begrenzung. Die zeitliche Begrenzung erstreckt sich auf den Zeitraum der Regierungsmitgliedschaft des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Gerhard Glogowski vom März 1990 bis zum Zeitpunkt seines Rücktritts Ende November des vergangenen Jahres. Die inhaltliche Begrenzung - das hat der Kollege Busemann bereits ausgeführt - betrifft die so genannte Bagatellgrenze, d. h. Vorgänge, die sozusagen jenseits von Relevanz sind, die uns einfach nicht beschäftigen sollen.

Deshalb trifft der Vorwurf, den Sie von der SPD-Fraktion uns gegenüber in den Beratungen erhoben haben, nicht zu, dass sich dieser Untersuchungsauftrag durch eine fehlende Bestimmtheit auszeichne. Wir meinen: Wenn es Unklarheiten über

Rechnungsbelege für Reisen nach Kairo oder Wien gibt, dann ist das ein ausreichender Anhaltspunkt, andere Reisen, etwa nach Nizza oder Polen, abzutesten. Wenn sich Interessenkollisionen aus den vielfältigen Ämtern, Aufsichtsratsmandaten, Ehrenämtern und Beiratsfunktionen, die Herr Glogowski ausgeübt hat, ergeben, dann ist es zulässig, mit diesem Untersuchungsauftrag nach möglichen Vorteilen zu fragen, die einzelne Unternehmen oder Herr Glogowski selbst aus einem solchen Zuschnitt erhalten haben.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir uns auch mit der Rolle beschäftigen, die Herr Glogowski in diesen unterschiedlichen Aufsichtsratsfunktionen ausgeübt hat. Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang auch sagen, wie befremdlich es auf unsere Fraktion wirkt, dass Sie dem Landtagsabgeordneten Glogowski jetzt wieder den Sitz im Aufsichtsrat der Norddeutschen Landesbank zugebilligt haben. Herr Plaue, Sie haben gerade in der vorherigen Debatte gesagt: Im Unterschied zur CDU wird in Niedersachsen aufgeklärt. - Aber der Eindruck, der an dieser Stelle entsteht, ist ein ganz anderer. Im Vorfeld der parlamentarischen Untersuchung, ja sogar im Vorfeld der Arbeit des von Ihnen so hoch geschätzten Sonderermittlers erteilen Sie Generalpardon.

(Beifall bei den GRÜNEN - Plaue [SPD]: Ich bin gar nicht in der Funktion, um hier Generalpardon zu erteilen!)

Der Eindruck, der entsteht, ist Folgender: Es interessiert Sie gar nicht mehr, ob Herr Glogowski möglicherweise, was ja Teil des Untersuchungsauftrages ist, seine Aufsichtsratsfunktion bei den Stadtwerken Braunschweig dazu genutzt hat, die Rechnungslegung für die so genannte Edelsause nach unten zu korrigieren. Es entsteht der Eindruck, dass es Sie gar nicht mehr interessiert, ob es stimmt, dass es sogar Versuche aus der Staatskanzlei gegeben hat, die ordnungsgemäße Abführung überschüssiger Beträge aus Aufsichtsratsvergütungen an die Landeskasse zu verhindern, dass durch das Aufsichtsratsmitglied also mehr als 10.800 DM behalten werden. Wir meinen zumindest aus unserer Sicht: Solange solche Fragen nicht beantwortet sind - zum Punkt Braunschweiger Edelsause hat Herr Herbst noch nicht einmal einen Auftrag -, ist es eine notwendige Personalentscheidung, das Aufsichtsratsmandat bei der NORD/LB zumindest nicht mit Herrn Glogowski zu besetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen, dass mich die Auswirkungen eines solchen Beschlusses, die Auswirkungen einer solchen Personalentscheidung sehr beschäftigen. Ich glaube nämlich, dass Sie mit Ihrer Entscheidung Herrn Glogowski in seiner bizarren Annahme bestärken, dass Verfehlungen unterhalb der Ebene des CDU-Parteispendenskandals einen Rücktritt von politischen Ämtern eigentlich nicht mehr zu begründen vermögen.

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

Ich möchte nun noch gern etwas zu der Verkleinerung des Ausschusses sagen. Der Kollege Busemann hat das bereits angesprochen. Der 18. Parlamentarische Untersuchungsausschuss wäre, so meine ich, wohl der erste - jedenfalls hatten wir das seit langer Zeit nicht -, bei dem einer antragstellenden Fraktion

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Arroganz der Macht!)

von der Landtagsmehrheit das Stimmrecht verweigert wird. Diese Mehrheit argumentiert, man wolle einen möglichst kleinen und deshalb effektiven Untersuchungsausschuss. Das kann man nur ernst nehmen, wenn man unterstellt, dass der eine zusätzliche Sozialdemokrat unser Arbeitstempo nennenswert verlangsamen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich darf Ihnen sagen, dass ich angesichts des Aufklärungsinteresses, das die niedersächsische SPD in dieser Frage bisher an den Tag gelegt hat, diese Befürchtung jedenfalls nicht teile.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Was Sie betreiben, ist keine Arbeitsökonomie, sondern das ist schlichtweg das parlamentarische Muskelspiel einer halbstarke Landtagsmehrheit. Ich glaube, Sie überschätzen den Verdruss, den Sie uns damit bereiten, und Sie unterschätzen den Eindruck von Kleinmut und Unfairness, den Sie in der Öffentlichkeit damit hinterlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Plaue [SPD]: Wenn Sie uns halbstarke Verhalten vorwerfen,

dann muss ich kindliches Verhalten zurückwerfen!)

Wir jedenfalls, Herr Plaue, sehen das sportlich und begreifen Ihr Vorgehen für unsere Arbeit im Untersuchungsausschuss als zusätzliche Motivation.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Der Kollege Groth hat das Wort. Bitte schön!

Groth (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Sozialdemokraten möchte ich zunächst Folgendes feststellen: In dem Untersuchungsausschuss wird es unser Anliegen sein, die erhobenen Vorwürfe und die Sachverhalte, die dazu gehören, aufzuklären, zu bewerten und dann die Entscheidungen zu treffen, die eventuell geboten sind. Sie sind, anders als wir, in der Lage - auch Ihre heutigen Beiträge haben das wieder deutlich gemacht -, Bewertungen schon vorzunehmen, bevor Sie Sachverhalte aufgeklärt haben.

(Zuruf von Oestmann [CDU])

Da haben Sie uns einiges voraus. Wir meinen, auch wenn wir die vorhergegangene Debatte mit einbeziehen, dass es gut wäre, wenn wir uns auf den Grundsatz „erst Sachaufklärung und dann Bewertung“ verständigen würden. Herr Golibrzuch, Sie sind dazu nicht in der Lage.

(Zuruf von Frau Pothmer [GRÜNE])

Sie haben das in der Antragsgemeinschaft mit der CDU-Fraktion auch durch die Art und Weise bewiesen, in der Sie beantragt haben.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Abstrafaktion!)

Sie haben unter Abschnitt I. Sachaufklärung und Bewertung durcheinander gebracht, wie dies bei keinem Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in diesem Landtag jemals zuvor geschehen ist. Was Sie abgeliefert haben, war dringend zu korrigieren. Wir sind der Auffassung, dass wir im Untersuchungsausschuss erst untersuchen und dann bewerten, aber nicht das Spiel fortsetzen, was Sie auch heute wieder angeboten haben, nämlich vorweg zu bewerten.

Die Landesregierung und die SPD-Fraktion waren der Meinung, dass die sich in der Woche vom 20. bis 26. November häufenden Vorwürfe der Untersuchung bedürften. Wir waren der Auffassung, dass das auch mit einem Sonderermittler zu machen gewesen wäre. Wir und auch die Landesregierung wollten jemanden haben, der regierungsfern ist, der objektiv sein kann und der die Sachverhalte untersuchen, aufklären und abarbeiten kann. Wir bedauern, dass Sie nicht zunächst die Ergebnisse dieser Untersuchung abgewartet haben. Wir gehen nämlich davon aus, dass viele Ihrer Bewertungen in sich zusammenfallen werden und wir erst nach der Untersuchung durch Herrn Herbst und seinen Kollegen wissen, was vielleicht tatsächlich noch als untersuchungswerter Sachverhalt übrig bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu waren Sie nicht bereit. Dazu hätten Sie unseres Erachtens aber sehr gut bereit sein können, nachdem Gerhard Glogowski nach der Kritik die politische Konsequenz gezogen hatte, auch um das Amt zu schützen, nämlich nachdem er zurückgetreten war. Unseres Erachtens hätte es ausgereicht, wenn ein Sonderermittler die erhobenen Vorwürfe sauber abgearbeitet hätte.

(Frau Pruin [CDU]: Unseres Erachtens nicht! - Zuruf von Lindhorst [CDU])

- Herr Lindhorst, innerhalb der CDU wählen Sie - es liegen ganz andere Sachverhalte vor -

(Lindhorst [CDU]: Ich habe mit den Grünen gesprochen!)

mir Herrn Herzog, Herrn Tietmeyer und Herrn Kirchhof Sonderermittler. Sie machen innerhalb der CDU genau das Verfahren auf, das die Landesregierung ausgewählt und Ihnen vorgeschlagen hatte. Sie messen mit zweierlei Maß.

(Möllring [CDU]: Nein!)

Sie müssen selbst bewerten, ob es tauglich ist, das vorhin von Herrn Wulff eingeworbene neue Vertrauen in Politik herzustellen, wenn man den politischen Freund anders als den politischen Gegner bewertet.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Herr Busemann, Sie haben heute hier ausgeführt, dass Sie sich in dem Untersuchungsauftrag wiederfinden. Ich bin erstaunt, dass Sie das so unkritisch gegenüber sich selbst sagen können, denn es ist wohl unstrittig, dass der Untersuchungsauftrag erst in die Nähe von Verfassungskonformität gebracht werden musste. Sie wissen, dass der Erstantrag in weiten Teilen nicht haltbar war. Es ist interessant, dass Sie diesen Umstand ausblenden und hier lieber über Vorwürfe und Assoziationen philosophieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten vom Landtag für den Ausschuss eine Generalvollmacht haben, um die Rechte des Parlamentes auszuschließen und im Untersuchungsausschuss zu bestimmen, in welche Richtung Sie ausweiten, ergänzen und fortführen. Das war nicht zulässig. Das ist korrigiert worden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben in vielen Punkten gegen die gebotene Bestimmtheit des Untersuchungsauftrages verstoßen. Fast jeder Ihrer Untersuchungsaufträge ist korrigiert worden und hoffentlich in die Nähe der Verfassungskonformität gebracht worden. Ihre Untersuchungsaufträge stimmten in weiten Punkten nicht mit geltendem Recht überein.

Herr Golibrzuch, Sie haben ausdrücklich die alten Fragen 8 und 9 hervorgehoben. Wir hatten bisher immer den Eindruck, dass es Ihnen um Kritik am Ministerpräsidenten ging. Sie wollen nun schwerpunktmäßig seine Amtszeit als Innenminister untersuchen. Das sind acht Jahre politisches Handeln von Gerhard Glogowski, in denen Sie doch gar nicht so viel Anlass hatten, ihn zu kritisieren.

(Schröder [GRÜNE]: Ununterbrochen!)

- Sie nehme ich da gern aus, Herr Schröder. Auf Sie komme ich gleich noch einmal gesondert zu sprechen. - Sie von der CDU haben mit diesem Innenminister in der Vergangenheit doch in vielen Sachfragen politisch übereingestimmt. Nun wollen Sie diese politische Zeit zum Zentrum der Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses machen. Das ist politisch nicht ganz logisch und verlässt möglicherweise hier und da auch die Regeln des politischen Anstandes. Wenn man in einer Phase, in der er Ministerpräsident gewesen ist, meint Grund und Anlass zu haben, Kritik zu üben, dann verletzt man meines Erachtens die Regeln des

politischen Anstandes, wenn man in die Untersuchungsarbeit acht Jahre einbezieht, in denen man mit seiner politischen Arbeit eigentlich einverstanden war.

Herr Schröder, ich möchte gerne auf Sie eingehen. Ich habe mich gewundert, dass auch Sie den Antrag unterschrieben haben. Der Antrag enthielt ja Möglichkeiten der Fahndung, die etwas mit Rasterfahndung und Schleppnetzfangung zu tun haben.

(Schröder [GRÜNE] lacht)

Es ist, wenn man den Wortlaut der alten Ziffer I. liest, schon reizvoll, dass Sie den Antrag mit unterschrieben haben. Sie würden sich hier mit Entrüstung melden, wenn ähnliche Fahndungsaufträge gegen einen Bürger dieser Republik praktiziert würden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn diese Fahndungsmethoden aber gegen einen kritisierten Spitzenmann der Sozialdemokraten angewendet werden sollen, unterschreiben Sie die Forderung nach Schleppnetzfangung, Rasterfahndung, wenn es die richtigen Leute treffen soll.

(Schröder [GRÜNE]: Ich glaube, Sie wissen nicht, was Rasterfahndung ist!)

- Ich wäre Ihnen sehr dankbar dafür, wenn Sie davon ausgehen würden, dass ich das wohl weiß. Ich weiß aber auch, dass Sie in Ihrer Haltung in dieser Angelegenheit nicht kontinuierlich sind.

Wir haben im Ältestenrat deutlich gemacht, dass wir nach wie vor verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Fragen 8 und 9 haben. Sie betreffen in einer Weise Zeiträume, die derzeit auch nach Auffassung der Christdemokraten so weit zurückliegen, dass niemand so lange Belege über Einnahmen aufbewahrt und vorlegen kann. Sie nehmen für sich selbst in Anspruch, Belege nur ab 1993/1994 vorlegen zu müssen. Bei Glogowski wollen Sie aber, dass er Belege ab 1990 beibringt.

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Groth, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Groth (SPD):

Nein, danke.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Was haben Sie denn bei den Spielbanken gemacht? Bei den Spielbanken sind Sie bis 1971 zurückgegangen!)

Auch ein Privatmann - Herr Wulff, auch das wissen Sie - muss sowohl nach BGB als auch im steuerlichen Bereich Belege nicht länger als fünf Jahre aufbewahren.

(Widerspruch bei der CDU - Coenen [CDU]: Zehn Jahre!)

Sie gehen hier in einen Zeitraum zurück, der es dem Zeugen im Untersuchungsausschuss ausgesprochen schwer machen wird.

Zusammengefasst machen auch Ihre Beiträge von heute deutlich: Das Haus der CDU brennt. Sie merken, dass die politische Statik bundesweit ins Wanken kommt. Sie wollen diesen Ausschuss offensichtlich auch mithilfe der Umfänglichkeit des Auftrages instrumentalisieren, um hier Sachverhalte, die überhaupt nicht mit dem Schlamassel zu vergleichen sind, den CDU-Spitzenleute auf Bundesebene zu vertreten haben, in der öffentlichen Wahrnehmung auf die gleiche Augenhöhe zu bringen.

Wir versprechen Ihnen, dass Ihnen das nicht gelingen wird.

(Beifall bei der SPD)

Denn nach wie vor gilt für den Sozialdemokraten Gerhard Glogowski, dass er das Parlament nicht belogen hat. Nach wie vor gilt für Gerhard Glogowski, dass er von Waffenhändlern kein Geld angenommen hat. Nach wie vor gilt, dass er sich bereit erklärt hat, an der Aufklärung mitzuwirken. Er wird sich nicht hinter dubiosen Ehrenworten verstecken. Nach wie vor gilt auch, dass er seinen Amtseid beachtet, auch nachdem er nicht mehr im Dienst ist.

Es ist wohl deutlich, dass Sie versuchen, Dinge gleichzumachen, die nicht gleich sind.

(Jahn [CDU]: Und das ist dann wohl das Untersuchungsergebnis!)

- Herr Jahn, man muss hier dann auch die Möglichkeit haben, zu unterscheiden, um Gerhard Glogowski abzusetzen von dem, was Sie ihm in Ihren öffentlichen Rechtfertigungen für den Schlamassel auf Bundesebene immer wieder durch geschickte Assoziationen versuchen mit um den

Hals zu hängen nach dem Motto: Seht doch da! Es sind nicht nur wir schlimmen Christdemokraten. Es gibt auch bei euch so welche. - Das ist unfair, ungleich und muss hier benannt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Schluss die formalen Fragen ansprechen. Wir sind einig, dass wir im Untersuchungsausschuss zunächst einen Bericht der Landesregierung haben möchten. Anders als Sie meinen wir, dass die Landesregierung uns zumindest auch den Bericht von Herrn Herbst und seinem Kollegen zur Verfügung stellen sollte oder ihn in ihren Bericht integrieren müsste. Wir meinen, dass das für uns eine wichtige Arbeitsgrundlage wäre.

Wir glauben, dass es richtig ist, auch für diesen Untersuchungsausschuss wieder sieben Mitglieder und ein Grundmandat vorzusehen. Meine Damen und Herren, Sie müssten einmal die Protokolle lesen. Ich kann sie Ihnen zur Verfügung stellen. Sie haben eben alle applaudiert, als es darum ging, einen Neunerausschuss einzurichten. Als hier über das Celler Loch gesprochen wurde oder als hier über den Spielbankenausschuss gesprochen wurde, waren es Vertreter der CDU, die mit Vehemenz gesagt haben, dass Siebenerausschüsse die effektiven Ausschüsse seien und Neunerausschüsse die falsche Empfehlung seien.

(Wulff [Osnabrück] [CDU]: Jetzt sind Sie überzeugt worden! Das hat bei Ihnen zehn Jahre gedauert! - Plaue [SPD] - zu Wulff [Osnabrück] [CDU] -: Immerhin! Aber ihr habt euch ja jetzt auch gedreht! Einer muss einmal stehen bleiben!)

Sie haben auch mitgetragen, dass die letzten Untersuchungsausschüsse in diesem Hause Siebenerausschüsse waren. Es ist ein Ammenmärchen, wenn hier behauptet wird, dass ein nicht stimmberechtigtes Mitglied im Ausschuss nicht redeberechtigt und nicht antragsberechtigt sei. Mit dem Rede- und Antragsrecht hat das Mitglied mit Grundmandat jede Möglichkeit, für Aufklärung zu sorgen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Warum soll er nicht abstimmen?)

Es ist also gar keine Behinderung bei den Möglichkeiten, in dem Ausschuss für Aufklärung zu sorgen, gegeben. Das wissen Sie natürlich auch,

aber Sie wollen ein Ammenmärchen öffentlich pflegen.

Von dem Kollegen der PDS wurde kritisiert, die Geschäftsordnung sei hier von der Mehrheit zur Benachteiligung anderer eingesetzt worden. Mit Ausnahme der Frage hinsichtlich eines Siebener- oder eines Neunerausschusses ist dies die Geschäftsordnung, die die jeweiligen Untersuchungsausschüsse in den letzten Jahren hatten und die in diesem Parlament in Einzelfällen auch mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig verabschiedet wurden. Hierbei ist keine einseitige Handschrift qua Mehrheit enthalten. Insofern ist diese Äußerung falsch.

Wir wären Ihnen dankbar, meine Damen und Herren von der CDU, aber auch von den Grünen, wenn Sie im Untersuchungsausschuss den Grundsatz, den Herr Wulff vorhin von anderen eingefordert hat, nämlich dass man im Umgang mit dem politischen Gegner die Unschuldsvermutung gelten lässt, bis denn das Gegenteil bewiesen oder ein Eingeständnis erfolgt ist, bitte auch gegenüber sich selbst fordern würden. Bisher, lieber Herr Möllring, können wir davon nur ganz wenig erkennen: Sie kennen die Ergebnisse schon. Sie bewerten schon. Sie haben die Ergebnisse, nach Ihren öffentlichen Äußerungen zu urteilen, schon längst fertig. - Das ist eine vordemokratische Verhaltensweise. Kommen Sie also zu den Forderungen und Grundsätzen Ihres eigenen Vorsitzenden auch dann zurück, wenn es um den politischen Gegner geht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Herr Kollege Möllring, Sie haben das Wort.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Groth, zu Ihnen würde mir auch manches einfallen, was ist jetzt heruntergeschluckt. Aber eines will ich sagen: Es ist das erste Mal, dass eine antragstellende Fraktion nicht mit Stimmrecht im Untersuchungsausschuss sitzt. Das haben Sie ganz offensichtlich nur deshalb abgelehnt - Sie haben hier bisher keine einzige Begründung dafür genannt -, weil Sie nicht mehr genug Leute haben, um die Ausschüsse überhaupt fach-

kundig zu besetzen, was man ja schon an der Sprecherrolle sieht.

(Beifall bei der CDU – Plaue [SPD]
lacht)

Ich will Sie Folgendes fragen: Wie ist denn der Untersuchungsbericht von Herrn Herbst, der jetzt wider Erwarten noch nicht vorliegt, zustande gekommen? Herr Staatssekretär Schneider hat am 2. Dezember an Herrn Herbst geschrieben: Sehr geehrter Herr Herbst, kurz nachdem wir beide - also Herbst und Schneider - den Beauftragungsbrief unterzeichnet hatten, rief Ministerpräsident Glogowski aus dem Urlaub bei mir an und verwies auf eine nicht ganz zutreffende Formulierung. – Das heißt, dass Herr Glogowski an dem Untersuchungsauftrag mitgewirkt hat, der seine Verfehlungen aufdecken soll.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das kann doch nicht wahr sein!)

Das ist doch ein In-Sich-Geschäft. Was soll denn noch mit diesem Bericht herauskommen?

(Beifall bei der CDU)

Herr Groth, wir reden hier nicht von Vorverurteilung. Wir werden im Untersuchungsausschuss auch klären müssen, wann Herr Wehrmeyer angefangen hat, Sachen über Herrn Glogowski zusammenzutragen, die man ihm anhängen kann, ob es also vor den ersten Zeitungsveröffentlichungen war oder ob es nachher war. Es gibt sehr viele Hinweise dafür, dass bereits vorher entsprechende Dossiers darüber erstellt worden sind. Das werden wir aufklären müssen. Das kann natürlich nur der Untersuchungsausschuss machen, und wir hoffen dabei auf Ihre Mithilfe.

Zum Aufsichtsratsmandat bei der NORD/LB: Die Sause zum Oktoberfest nach München war ja nicht Herrn Glogowskis erste Verfehlung im Aufsichtsrat. Davor - nun hören Sie einmal genau zu - gab es den Plan für ein Heizkraftwerk, das von den Stadtwerken Braunschweig gebaut werden sollte. Im Zusammenhang mit solchen Heizkraftwerken sind immer furchtbar viele Gutachten erforderlich. Siehe da: Den einen Gutachter fand man. Er saß im Aufsichtsrat und hieß Gerhard Glogowski. Weil der Gutachter Gerhard Glogowski kein Geschäftskonto hatte, hat man ihm das Honorar in bar ausgezahlt.

(Frau Pawelski [CDU]: Koffer!)

Als er dann vergessen hatte, das zur Steuer anzumelden, aber die Stadtwerke es ordnungsgemäß als Betriebsausgabe verbucht hatten, ist das in die Steuerfahndung gekommen, und dann sind die Steuern und das Bußgeld nachbezahlt worden. Dies sind doch Tatsachen, die Sie nicht wegräumen können. Darauf bauen die anderen Sachen innerhalb der Stadtwerke natürlich auf. Da hätte man hellhörig werden sollen. Wir hätten erwartet, dass sich jemand hier hinstellt und sagt: Mit Ende meiner Ministerpräsidentenzeit ist auch das Ende meiner politischen Tätigkeit erreicht. Ich habe jetzt genug auf dem Kerbholz, und ich belaste die Republik nicht weiter.

(Beifall bei der CDU – Plaue [SPD]:
Das sollten Sie einmal Herrn Schäuble sagen, bevor Sie hier solch einen Schwachsinn erzählen! Flegelhaft ist das! Pharisäerhaft nenne ich so etwas! – Adam [SPD]: Frechheit!)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Golibrzuch!

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei allem, was Herr Groth hier gesagt hat - Herr Groth hat ja auf Rechnungsbelege und auf Aufbewahrungsfristen abgehoben -, muss ich Ihnen sagen: Als CDU Deutschland würde ich mir Ihre Rechtsauffassung sofort zu Eigen machen, weil das natürlich bedeutet, dass man nur noch einen sehr begrenzten Aufklärungszeitraum hat.

Eines ist mir aber wichtig als Differenz zu dem, was Herr Groth gesagt hat, zu betonen: Auch wir halten einen Bericht der Landesregierung zu den Vorwürfen für notwendig. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Aber wir wollen mit der Arbeit des Untersuchungsausschusses nicht darauf warten, bis der Bericht von Herrn Herbst vorgelegt wird, der bestimmte Teile des Untersuchungsauftrages ja überhaupt nicht erfasst - Stichwort „Edelsause“ -, sondern wir wollen möglichst zügig - d. h. meinetwegen schon übernächste Woche - mit der Arbeit, mit dem Studium von Akten und auch mit der Zeugenvernehmung beginnen. Wir wollen nicht bis Ostern oder bis wann auch immer darauf warten, dass die Landesregierung dem Ausschuss einen Bericht vorgelegt hat. Es geht nicht, dass Sie die Arbeitsaufnahme des Ausschusses mit Ihrer Mehrheit im Ausschuss davon abhängig machen.

Das ist eine Verzögerung, die zumindest wir nicht akzeptieren werden. Ich fordere Sie auf, im Sinne dessen, was Sie immer verlangt haben, nämlich einer zügigen Aufklärung sogar im Sinne der Betroffenen, diesen Ausschuss mit uns gemeinsam möglichst rasch seine Arbeit beginnen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Das Wort hat der Kollege Glogowski.

Glogowski (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Möllring, Sie haben hier vorhin die Unwahrheit hinsichtlich dessen gesagt, was Sie über Vorgänge bei den Stadtwerken Braunschweig gesagt haben. Ich möchte Sie auffordern, das entweder zu belegen oder sich hier zu entschuldigen. Sie müssen sich für diese Angelegenheit entschuldigen. Man sollte nicht im Vorfeld eines Untersuchungsausschusses mit solchen Behauptungen und Unterstellungen beginnen, um damit einen anderen Menschen niederzumachen. Man sollte das nicht so gestalten. Von daher wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie hier Ordnung schaffen würden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Wir kommen zu den notwendigen Abstimmungen. Ich schlage vor, dass wir zunächst über die im Ältestenrat strittigen Punkte II. Nr. 5, III. Nr. 1 und V. sowie dann über die Beschlussempfehlung im Übrigen abstimmen.

Dementsprechend rufe ich jetzt Ziffer II. Nr. 5 auf. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Hat die SPD mit Nein gestimmt?

(Plaue [SPD]: Ja!)

- Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

(Groth [SPD]: Beschlossen! – Plaue [SPD]: Wir haben ihr zugestimmt!)

- Meine Damen und Herren, Ziffer II. Nr. 5 ist so beschlossen.

Jetzt rufe ich die Ziffer III. Nr. 1 auf. Wer dieser zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Ziffer V. auf. Wer der Ziffer V. zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch dies ist so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Beschlussempfehlung in der Drucksache 1329 im Übrigen auf. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einer Neinstimme ist der Untersuchungsauftrag damit beschlossen. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 4

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über Altersteilzeit im Dienstrecht - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 14/1250

(Unruhe)

Herr Minister Bartling hat dazu das Wort. Bitte schön!

Bartling, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach sehr umfangreichen Vorarbeiten wird heute der Entwurf eines Gesetzes über Altersteilzeit - - -

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister, eine Sekunde!

(Glocke des Präsidenten)

Bartling, Innenminister:

Ich warte gern, bis alle draußen sind.

(Wulff (Osnabrück [CDU]: Dürfen wir auch hier bleiben, oder müssen wir raus? Ich möchte aber gern hier bleiben!)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bitte verlassen Sie den Saal! Dann können wir dem Minister zuhören.

(Heiterkeit - Zuruf von der CDU:
Nicht alle! – Weiterer Zuruf von der
CDU: Der Minister muss aber
hierbleiben!)

- Diejenigen jedenfalls, die dem Minister nicht zuhören möchten. Das Haus bleibt auch beschlussfähig, wenn alle hinausgehen und der Minister bleibt. - Bitte schön!

Bartling, Innenminister:

Der Präsident hat das Hausrecht, Herr Wulff. Deswegen kann ich das nicht beurteilen.

Meine Damen und Herren! Nach umfangreichen Vorarbeiten wird heute der Entwurf eines Gesetzes zur Altersteilzeit im Dienstrecht in den Landtag eingebracht, mit dem die Altersteilzeit für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter eingeführt werden soll.

Mit dem Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung, einen wichtigen arbeitsmarktpolitischen Beitrag in Niedersachsen zu leisten. Altersteilzeit soll möglichst ohne die Bereitstellung zusätzlicher Personalmittel auch dazu genutzt werden, Spielraum für die Einstellung von Nachwuchskräften zu schaffen und damit sowohl den Arbeitsmarkt zu entlasten als auch zur Verjüngung der Altersstruktur in den Behörden und Kollegien beizutragen. Dadurch wird es auch möglich sein, dass im öffentlichen Dienst ein zusätzlicher Beitrag zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen geleistet wird. Das gilt insbesondere für die Bereiche, in denen der Nachwuchs intern ausgebildet wird, wie etwa im Polizeivollzugsdienst.

Meine Damen und Herren, Altersteilzeit kann aber auch als Personalsteuerungsinstrument dienen. Durch die Reduzierung der Arbeitszeit kann der tatsächliche Personalbestand erheblich schneller einem veränderten Bedarf angepasst werden, als dies bei Vollzeitbeschäftigung bis zum Eintritt in den Ruhestand möglich ist. Das zeigen insbesondere die Erfahrungen mit der Ende 1997 ausgelaufenen Vorruhestandsregelung, der so genannten 58er-Regelung. Durch diese Regelung, die ausdrücklich zum Personalabbau bestimmt war, konnte mit dem Ausscheiden der Beamtin oder des Beamten auch die entsprechende Planstelle eingespart werden. Dagegen soll durch die Altersteilzeit zwar auch das vorzeitige Ausscheiden lebensälterer Beschäftigter begünstigt werden; im Vordergrund steht aber nicht der Personalabbau. Die

Einführung der Altersteilzeit ist daher auch nicht in erster Linie ein Instrument zur Durchführung des von der Landesregierung beschlossenen Programms zum Abbau von 5.527 Stellen. Vielmehr geht es um die Einstellung junger Nachwuchskräfte und die Weiterbeschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Reformarbeitsmarktes. Diese können dann dort eingesetzt werden, wo ein aktueller Personalbedarf noch besteht oder im Rahmen der Staatsmodernisierung neu entstanden ist oder entstehen wird.

Die Altersteilzeit - als besondere Form der Teilzeit - unterscheidet sich von der allen Beamtinnen und Beamten bereits schon immer möglichen Teilzeitbeschäftigung durch besondere bundesrechtlich vorgegebene Regelungen bei der Besoldung und bei der Versorgung. Neben den Dienstbezügen, die für eine Teilzeitbeschäftigung üblicherweise gewährt werden, wird ein nicht ruhegehaltstauglicher steuerfreier Zuschlag gezahlt. Dienstbezüge und Zuschlag betragen zusammen 83 % der bei einer Vollzeitbeschäftigung zustehenden Nettodienstbezüge. Ferner werden Zeiten einer Altersteilzeit nicht nur zu fünf Zehnteln, sondern zu neun Zehnteln der regelmäßigen Arbeitszeit als ruhegehaltstaugliche Dienstzeit berücksichtigt.

Der vorgelegte Gesetzentwurf regelt die Altersteilzeit nach den bisher zwingenden bundesrechtlichen Vorgaben. Antragsberechtigt sind daher nur Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die zuvor in einem Zeitraum von fünf Jahren mindestens drei Jahre mit der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigt waren. Darüber hinaus sind diejenigen antragsberechtigt, die ihre Arbeitszeit nur um höchstens ein Zehntel verringert haben oder die aufgrund begrenzter Dienstfähigkeit mit herabgesetzter Arbeitszeit beschäftigt waren. Diese Antragsberechtigten sollen wie Vollbeschäftigte behandelt werden.

Der größte Teil der Teilzeitbeschäftigten erhält durch diesen Gesetzentwurf allerdings nicht die Gelegenheit, von der Altersteilzeit Gebrauch zu machen. Dieser Personenkreis konnte in den vorliegenden Entwurf der Landesregierung noch nicht einbezogen werden, weil bei der Beschlussfassung die Modalitäten, nach denen Teilzeitbeschäftigte beim Bund einbezogen werden könnten, noch nicht erkennbar waren. Die Landesregierung würde es aber sehr begrüßen, wenn im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten doch noch ermöglicht würde, nachdem der Bund zwischenzeitlich mit Verabschiedung des

Gesetzes zur Fortentwicklung der Altersteilzeit für den Bereich der Arbeitnehmer die Voraussetzungen zur Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigten in die Altersteilzeit geschaffen hat. Auch das Bündnis für Arbeit und Ausbildung hat sich - das ist in den Medien bereits bekannt geworden - auf seiner letzten Sitzung am Montag für eine solche Ausweitung ausgesprochen.

Der Gesetzentwurf, der bis zum 1. September 2004 befristet ist, sieht einen stufenweisen Einstieg in die Altersteilzeit vor. Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes werden zunächst die 57-jährigen antragsberechtigt sein. Ab dem Jahr 2002 haben dann die 56-jährigen und ab dem Jahr 2004 die 55-jährigen die Möglichkeit, Altersteilzeit zu beantragen. Ausgenommen von dem stufenweisen Einstieg sind Beamtinnen und Beamte im Polizeivollzugsdienst, im Einsatzdienst der Feuerwehr, des Justizvollzugsdienstes und Schwerbehinderte. Dieser Personenkreis ist mit Erreichen des 55. Lebensjahres sofort antragsberechtigt.

Vorgesehen ist, die Altersteilzeit grundsätzlich im Block abzuleisten. Das bedeutet, dass die Beamtin oder der Beamte in der ersten Hälfte des Zeitraums vollbeschäftigt tätig bleibt und dafür in der zweiten Hälfte vom Dienst freigestellt wird. Das Blockmodell ist attraktiv, weil es den Dienststellen die Personal- und Stellenbewirtschaftung erleichtert. Den Beamtinnen und Beamten ermöglicht es, vor Erreichen der Altersgrenze ohne Versorgungsab-schlag aus dem aktiven Dienst auszuschneiden.

Meine Damen und Herren, für Lehrkräfte gilt das so genannte Teilzeitmodell. Sie müssen bis zum Eintritt in den Ruhestand mit der um die Hälfte reduzierten Unterrichtsverpflichtung weiterarbeiten. Dadurch wird es sofort möglich, Nachwuchskräfte einzustellen und das Durchschnittsalter der Lehrerkollegien zu senken.

Die bundesrechtlich vorgegebene Garantie von 83 % der Vollzeitnetto-bezüge verursacht bei Einstellung einer Ersatzkraft prinzipiell Mehrkosten, auch wenn die Ersatzkraft aufgrund des geringeren Lebensalters und der Einstellung im Eingangsamt einen relativ geringeren Besoldungsanspruch hat. Eine Kompensation z. B. durch befristete oder unbefristete Wiederbesetzungs- und Beförderungssperren im Lehrkräftebereich durch einen meines Erachtens nicht unangemessenen Eingriff in die Altersermäßigungsregelung ist daher unabdingbar. Gleichwohl wird eine völlige Kostenneutralität voraussichtlich nicht erreichbar sein. Die Landes-

regierung geht davon aus, dass die vorgeschlagene Regelung über den Gesamtzeitraum von 15 Jahren bei dem heutigen Besoldungsniveau Mehrausgaben von etwa 50 bis 55 Millionen DM verursachen wird. Dies entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Mehrbelastung von etwa 3,5 Millionen DM. Im Bereich der Lehrkräfte werden die Mehrkosten, die für die zur Aufrechterhaltung der Unterrichtsversorgung notwendigen Ersatzeinstellungen entstehen, durch eine Reduzierung der für Lehrkräfte vorgesehenen Altersermäßigung ausgeglichen werden.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Niedersachsen ist mit den Verbänden verabredet worden, dass das Land zur Verwirklichung der arbeitsmarktpolitischen Zielsetzungen bereit ist, die genannten Mehrausgaben bereitzuhalten. Mit diesem - für einen befristeten Zeitraum vertretbaren - zusätzlichen Personalaufwand kann aber aus unserer Sicht ein fühlbarer Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit geleistet werden. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre intensive Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Kollegin Leuschner hat das Wort. Bitte schön!

Frau Leuschner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, dass dieses Thema eher etwas trocken ist, aber es ist für viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen sehr wichtig.

Wir begrüßen den Entwurf des Gesetzes über Altersteilzeit im Dienstrecht für Beamtinnen und Beamte in Niedersachsen. Bereits in unserer gemeinsamen Entschließung zum Fortgang der Verwaltungsreform in Niedersachsen vom Januar 1999, der alle Fraktionen im Landtag ihre Zustimmung erteilt haben, haben wir zum Ausdruck gebracht, dass durch eine gezielte Nutzung von Altersteilzeit bei einer angestrebten weitgehenden Kostenneutralität die Einstellung von Nachwuchskräften ermöglicht werden soll.

Der nun vorliegende Gesetzentwurf zur Altersteilzeit soll auch Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen, meine Damen und Herren.

Für Tarifräfte haben die Tarifvertragsparteien des öffentlichen Dienstes auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes bereits 1998 die Möglichkeit eröffnet, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sie vollbeschäftigt sind, ab dem 55. Lebensjahr nur noch die Hälfte ihrer wöchentlichen Arbeitszeit erbringen müssen und dafür 83 % des Nettogehalts eines Vollbeschäftigten erhalten. Dies war ein richtungsweisender Schritt, um insbesondere älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihren Übergang in den Ruhestand zu erleichtern und um dort, wo es möglich ist, junge Menschen einzustellen. Im September 1998 hat der Bund die Möglichkeit der Altersteilzeit, die bis zum 31. Juli 2004 befristet ist, auf die Beamtinnen und Beamten und Richterinnen und Richter übertragen.

Meine Damen und Herren, es liegt jetzt ein Gesetzentwurf vor, der dies auch in Niedersachsen möglich macht. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Wir schaffen durch diese besondere Form von Teilzeitarbeit eine spürbare Entlastung, für ältere Beamtinnen und Beamte einen sinnvollen Einstieg in den Ruhestand und ermöglichen steuerbare, haushaltsrechtlich vertretbare Neueinstellungen, die wir ja alle wollen und begrüßen.

Nun werden Sie, meine Damen und Herren von der Opposition - das nehme ich an -, sicherlich gleich sagen, dass es bis zur Einbringung des Gesetzentwurfs zu lange gedauert habe und dass dieser von der Bundesregelung erheblich abweiche.

(Althusmann [CDU]: Das stimmt!)

Ich glaube, Ihre Argumente zu kennen, und ich möchte dazu etwas anmerken; Ihre Reaktion kam ja auch prompt. Die Landesregierung hat einen guten, abgestimmten Gesetzentwurf vorgelegt, der aus Kostengründen vertretbar ist und auf die spezifischen Bereiche der Landesverwaltung Rücksicht nimmt. Darauf, meine Damen und Herren, muss es uns ankommen. Dieser Abstimmungsprozess braucht aber eine gewisse Zeit.

Im Rahmen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Niedersachsen wurde mit den Gewerkschaften Übereinstimmung erzielt, dass die nach Inanspruchnahme von Altersteilzeit frühzeitig frei werdenden Stellen für Neueinstellungen genutzt werden sollen. Aus arbeitsmarktpolitischen Gründen und zur Verjüngung der Altersstruktur werden Nachwuchskräfte benötigt. Die Landesregierung hat sich abweichend von der Bundesregelung für

einen stufenweisen Einstieg in die Altersteilzeit entschieden. Er soll mit den Beamtinnen und Beamten, die das 57. Lebensjahr vollendet haben, beginnen. Ab dem 1. Januar 2002 werden die 56-jährigen und ab dem 1. Januar 2004 die 55-jährigen antragsberechtigt sein.

Altersteilzeit soll in Niedersachsen - das hat der Minister bereits ausgeführt - als Blockmodell gewährt werden. Eine Ausnahme stellt der Bereich der Lehrerinnen und Lehrer dar, den ich später noch kurz erläutern werde. Das Blockmodell bedeutet, dass in der ersten Hälfte des Bewilligungszeitraums die Beamtinnen und Beamten Vollzeit arbeiten und - das ist auch schon gesagt worden - in der zweiten Hälfte in den Genuss einer vollen Freistellung kommen. So ist auch die Inanspruchnahme für einzelne Verwaltungsbereiche besser steuerbar. Das ist wesentlich, wenn wir die Verwaltungsreform effektiv fortsetzen wollen. Ich meine, dass sich dieses sehen lassen kann und eine echte Entlastung sowohl für den Antragsteller als auch für die Dienststellen darstellt. Wir wollen, dass nur die- oder derjenige Altersteilzeit beantragen kann, die oder der nach diesem Zeitraum unmittelbar in den Ruhestand geht. Durch dieses Blockmodell können Beamtinnen und Beamte die ersten Jahre in Vollzeit arbeiten, und sie werden z. B. ab dem vollendeten 60. Lebensjahr vom Dienst freigestellt. So können sie vor Erreichen der Altersgrenze ohne Versorgungsabschlag - darauf kommt es an - aus dem aktiven Dienst ausscheiden.

Für die Dienststellen hat das erhebliche Vorteile. Es erleichtert die Personal- und Stellenbewirtschaftung, weil ein längerer planbarer Zeitraum zur Verfügung steht. Dieser Zeitraum, meine Damen und Herren, kann genutzt werden, um die Nachbesetzung frei werdender Stellen zu gewährleisten. Häufig müssen ja junge Beamtinnen und Beamte erst noch ausgebildet oder weiterqualifiziert werden. Auch bei organisatorischen Maßnahmen, die wir alle im Rahmen der Aufgabenkritik wollen, kann künftig bei Aufgabenverlagerung oder -wegfall zielgerichteter reagiert werden.

Bei diesem Blockmodell kommt es in der ersten Hälfte des Bewilligungszeitraums zu Einsparungen bei den Personalausgaben. Die Mehrausgaben fallen erst in der zweiten Hälfte an. Auch dies ist gezielt planbar. Wir können also genau feststellen, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt werden, über welche Qualifikationen sie verfügen

müssen und wo in Zukunft Arbeit wegfallen oder sie in Zukunft anders erledigt werden kann.

Ein besonderer Bereich, der schwierig zu regeln war - das verstehe ich -, ist der Schulbereich. Wir begrüßen, dass hier drei Maßnahmen greifen sollen: erstens die zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Lehrkräfte, zweitens eine Verbesserung der Altersstruktur der Lehrerkollegien und drittens eine spürbare Entlastung älterer Lehrkräfte. Der Schuldienst macht es allerdings erforderlich, die Altersteilzeit für diesen Bereich speziell zu regeln. Die Landesregierung weicht hier vom Vorrang des Blockmodells ab. Diese Abweichung wird von meiner Fraktion unterstützt. Lehrkräften soll weitgehend - bis auf Funktionsstelleninhaberinnen und -inhaber - das Teilzeitmodell angeboten werden. So können wir auch weiterhin Unterrichtsversorgungen gewährleisten, gleichzeitig eine schnelle Verbesserung der Altersstruktur der Lehrerkollegien erreichen und Frührentenentgelten entgegenwirken.

Meine Damen und Herren, diese und andere Abweichungen vom Blockmodell werden sicherlich im Laufe der Mitberatungen eingehend erörtert werden. Ich möchte diesen Beratungen nicht vorgreifen.

Ein wichtiger Bereich muss aus der Sicht der SPD-Fraktion noch geregelt werden - das werden wir auch tun -, und zwar die Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigten in die Regelung über die Altersteilzeit. Es kann und darf nicht sein, dass Teilzeitbeschäftigte langfristig von der Regelung zur Altersteilzeit ausgeschlossen bleiben. Zwar ist mir bekannt, dass weder im Tarifbereich noch im Bundesbeamtengesetz, wohl aber seit Beginn des Jahres im Altersteilzeitgesetz die Einbeziehung von Teilzeitbeschäftigten enthalten ist. Für die SPD-Fraktion wäre es jedoch aus der Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung gerecht, diesen Personenkreis mit einzubeziehen. Besonders bei Frauen ist die aktuelle Teilzeitquote höher als bei Männern. Das heißt, ein Ausschluss von Teilzeitbeschäftigten, meine Damen und Herren, würde überwiegend Frauen treffen. Wir müssen alles unternehmen, um dieser Benachteiligung entgegenzuwirken. Meine Fraktion wird so schnell wie möglich eine entsprechende Änderung anstreben und diese dann einbringen, um die Teilzeitbeschäftigten zu integrieren.

Ich bin der Meinung, dass der Gesetzentwurf insgesamt eine gute Regelung ist, die zügig im feder-

führenden Ausschuss und in den mitberatenden Ausschüssen beraten werden soll. Ich würde mich freuen, wenn man in den Beratungen einen breiten Konsens unter den Fraktionen erzielen könnte. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Das Wort hat jetzt der Kollege Krumfuß.

Krumfuß (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf für die CDU-Landtagsfraktion sagen, dass wir den Gesetzentwurf begrüßen. Frau Leuschner, ich hätte es nicht gesagt, aber da Sie darauf hingewiesen haben, dass es uns eventuell ein wenig zu lange gedauert hat, möchte ich dazu etwas sagen. Uns hat es in der Tat ein wenig zu lange gedauert. Ich hoffe, dass wir jetzt umso zügiger in die Beratung eintreten können und einen Konsens finden, von dem wir, wie ich meine, gar nicht so weit entfernt sind, wenn ich daran denke, dass der Gesetzentwurf auf Bundesebene einstimmig beschlossen worden ist.

Mit diesem Gesetzentwurf soll auch Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richtern entsprechend den Regelungen im Arbeitnehmerbereich die Möglichkeit eingeräumt werden, Altersteilzeit in Anspruch zu nehmen. Die Kollegin hat bereits darauf hingewiesen. Ich möchte nicht mehr auf die Einzelheiten eingehen, aber sagen, wo wir noch Kritikpunkte sehen. Die Anhörung der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und der Gewerkschaften hat ja ergeben, dass es durchaus noch Aufgaben gibt, die wir zu bewältigen haben. Ich bin aber davon überzeugt, dass sie zu lösen sind.

Wir haben beispielsweise in der Begründung des Gesetzentwurfes festgestellt, dass dieses Teilzeitmodell nicht nur als gleitender Übergang in den Ruhestand, sondern auch - das ist ganz wichtig; auch darauf ist bereits hingewiesen worden - als ein Personalsteuerungsinstrument anzusehen ist, mit dem die Personalstärke effektiver den sich, bedingt durch die Reform, verändernden Verwaltungsstrukturen angepasst werden kann. Ich meine, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Aber, Frau Kollegin, dabei darf es nicht zu einem Einbahnstraßenverkehr kommen. Sicherlich ist es wünschenswert,

dass Verwaltungen planerisch auf einer besseren Seite sind. Das begrüßen wir auch. Aber es darf nicht so sein, dass dadurch Personalentscheidungen fallen, die so vom Gesetz nicht gewünscht sind.

Unter Berücksichtigung zwingender bundesrechtlicher Vorgaben wird im Gesetzentwurf die Altersteilzeit geregelt. Da gibt es den neuen § 80 b des Niedersächsischen Beamtengesetzes. In Anbetracht der überschrittenen Zeit sollte ich den Inhalt der Nrn. 1 bis 4 nicht wiederholen.

(Frau Leuschner [SPD]: Wir wissen es!)

Frau Leuschner hat dies bereits eingehend dargestellt. Deshalb komme ich gleich zu den Punkten, zu denen wir Anmerkungen machen wollen.

Auf Bewilligung der Altersteilzeit besteht kein Anspruch. Vielmehr ist nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden, und dieses pflichtgemäße Ermessen müssten wir vielleicht noch genauer definieren, um festzustellen, wie groß dieser Ermessensspielraum in Wirklichkeit ist.

Die Altersteilzeit soll grundsätzlich im Block abgeleistet werden. Auch das haben wir gehört. Der Block der Dienstbefreiung darf nicht vor dem anderen Block stehen. Ich meine, dass dies auch richtig und wichtig ist. Aber die CDU-Landtagsfraktion hat aus bildungspolitischer Sicht doch noch eine Einschränkung zu machen. Die bisher vorgesehenen Regelungen führen nämlich dazu, dass die bisherige Altersermäßigung der Lehrkräfte, die in der Vergangenheit schon einmal gekürzt wurde - jetzt ab dem 55. Lebensjahr eine Unterrichtsstunde, ab dem 60. Lebensjahr zwei Unterrichtsstunden -, drastisch reduziert wird. Künftig wird nur noch eine Stunde Altersermäßigung ab dem 60. Lebensjahr gewährt. Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Lehrkräfte die einzige Beamtengruppe, die die Mehrkosten der Altersteilzeit selbst erwirtschaften muss, und dies vor dem Hintergrund der stark überalterten Lehrerschaft in Niedersachsen.

(Zurufe von der SPD: Das stimmt nicht! Das wissen Sie!)

- Melden Sie sich, wenn Sie eine Zwischenfrage haben. Vielleicht habe ich noch Zeit, Fragen zu beantworten. Daraus können wir alle nur lernen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Wir sind hier aber nicht in der Schule!)

Dadurch müssen Lehrkräfte, die Altersteilzeit nicht in Anspruch nehmen wollen, durch von oben verordneten Verzicht auf Altersermäßigung die Altersteilzeit ihrer Kolleginnen und Kollegen mitfinanzieren. Ich meine, das ist schon ein wichtiger Punkt, und dies ist auch gar nicht einmal so strittig. Hinzu kommt ferner, dass Teilzeitbeschäftigte - im Schulbereich ist jede dritte Lehrkraft teilzeitbeschäftigt - grundsätzlich von der Altersteilzeit ausgeschlossen sind. Sie haben ja schon angemerkt, dass es Gruppen gibt, die von der Altersteilzeit ausgeschlossen sind. Ich möchte die Damen und Herren der SPD-Landtagsfraktion auffordern, im Ausschuss mit uns gemeinsam noch einmal über diese Dinge nachzudenken.

Nun habe ich gesagt, dass uns in der Anhörung die Gewerkschaften und die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände einiges in unser Stammbuch geschrieben haben. Den Gewerkschaften geht es beispielsweise um die Auswirkungen der Finanzierungsregelungen und auf die Zahl der Neueinstellungen. Auch das gehört ja dazu, wenn ich von den Strukturen spreche, die sich verbessern. Außerdem haben uns die Gewerkschaften ins Stammbuch geschrieben, dass Altersteilzeit kein Steuerungsinstrument für Personalabbau sein dürfe. Meine Damen und Herren, lassen Sie uns darüber auch noch einmal nachdenken.

Ich will auch noch einmal ganz kurz auf die kommunalen Spitzenverbände eingehen. Sie haben grundsätzlich keine Bedenken gegen den Gesetzentwurf erhoben. Das wissen wir. Aber sie haben darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der Regelungen in den kommunalen Gebietskörperschaften auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen werde bzw. könne, da angesichts der notwendigen Sparbemühungen bereits in erheblichem Umfang abgebaut worden sei - wir fordern das ja täglich ein -, sodass es mit Rücksicht auf eine funktionsgerechte und bürgerfreundliche Verwaltung nicht möglich sein werde, weitere Stellen über einen längeren Zeitraum unbesetzt zu lassen. Ich meine, es ist lohnenswert, auch über diesen Teilaspekt noch einmal nachzudenken.

Soweit ich mich erinnere, war es am 29. Oktober letzten Jahres, als der Kollege Althusmann in einer Sitzung darauf hingewiesen hat, dass derjenige, der

dienstunfähig sei und das entsprechende Alter erreicht habe, die Altersteilzeit wähle, da die Besoldungsregelung - 83 v. H. der Nettodienstbezüge - günstiger sei. Ministerialrat Scholz hat daraufhin zugegeben, dass es hier Überschneidungen gibt.

(Frau Leuschner [SPD]: Ist das aus dem Ausschuss?)

- Wie bitte?

(Frau Leuschner [SPD]: Zitieren Sie aus dem Ausschuss?)

- Nein, aus einem Gespräch, das ich mit anderen Kolleginnen und Kollegen und mit Vertretern des Ministeriums hatte.

Ich komme auf die Kostenfrage zurück. Wir haben ja neben den besoldungs- und versorgungsrechtlichen Auswirkungen auch die Kostenfrage zu beurteilen. Weitestgehend soll ja eine kostenneutrale Lösung angestrebt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass das Land auch in seinem eigenen Bereich - ohne die Lehrkräfte - über den Gesamtzeitraum von 15 Jahren - damit ist das heutige Besoldungsniveau berücksichtigt - mit Mehrausgaben von etwa 50 Millionen DM bis 55 Millionen DM zu rechnen hat, was einer durchschnittlichen jährlichen Mehrbelastung von ca. 3,5 Millionen DM entspricht. Berechnungsgrundlage ist hierbei, dass bis zu 25 % des anspruchsberechtigten Personals Altersteilzeit in Anspruch nehmen wird. Ebenfalls dies, so meine ich, ist zu sehen, auch wenn wir grundsätzlich von Kostenneutralität ausgehen.

(Frau Leuschner [SPD]: Nein, nein! Sie anstreben! Das sind Prognosen!)

- Haben Sie eine Zwischenfrage, Frau Kollegin Leuschner,

(Frau Leuschner [SPD]: Nein!)

oder war es nur ein lautes Nachdenken? Wenn Sie mir eine Hilfestellung geben wollen, bin ich natürlich dankbar.

(Frau Leuschner [SPD]: Ich habe gesagt: Das sind Prognosen!)

- Das sind Prognosen. Nichts anderes habe ich gesagt.

(Lachen bei der SPD)

- Ich danke Ihnen für Ihre Kollegialität.

Wir sollten uns bemühen, das noch vorhandene Kritikpotential zu minimieren. Hierzu habe ich einiges gesagt. Ich hoffe auf eine offene und konstruktive Beratung und bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Herr Kollege Hagenah, bitte sehr!

Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Altersteilzeit im Landesdienst ist ein wichtiger Beitrag zum Bündnis für Arbeit und zur Verwaltungsreform. Alle wollen sie, alle warten darauf, aber selbst diese parteiübergreifend positiv bewertete Initiative wird von der SPD-Landesregierung durch Verzögern und Kleinkochen noch vor der Einführung ohne Not ramponiert.

(Zustimmung von Frau Pothmer [GRÜNE] - Frau Leuschner [SPD]: Ich habe es gewusst!)

- Ohne Not, Frau Leuschner. - Die Altersteilzeit kommt zu spät. Das Nachsehen haben die Anspruchsberechtigten und die heute noch arbeitslosen potentiellen neuen Landesbediensteten, die jetzt länger vor der Tür warten müssen.

(Frau Leuschner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Der Kreis der Berechtigten wird künftig kleingehalten. Im Gegensatz zum Bund, der schon vor mehr als einem Jahr mit der Altersgrenze von 55 eingestiegen ist, wird dies in Niedersachsen erst ab 2004 möglich werden. Dann erst werden auch die 55-jährigen in die Altersteilzeit mit einbezogen werden.

Jeder äußere Anlass zur weiteren Verzögerung der Umsetzung wird genutzt. Anstelle zügig ein Gesetz in Anlehnung an den Bund vorzulegen und je nach rechtlicher Möglichkeit - z. B. im Bereich Teilzeit - nachzubessern, warten Sie bewusst - nur ein Schelm, der Böses dabei denkt -, um Geld zu sparen.

(Frau Leuschner [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Was am Ende herauskommt, ist eine Reform wie aus dem Schlussverkauf, Frau Leuschner: abgehangen und mit diversen verdeckten Mängeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen das an der Herausnahme der Professoren aus der Altersteilzeit verdeutlichen. Die Landesregierung lehnt eine Einbeziehung dieser Berufsgruppe wegen ihrer hohen Zeitflexibilität ab.

(Frau Leuschner [SPD]: Das ist auch richtig!)

Würde dieses beliebte Vorurteil für alle Professoren gelten, dann würde niemand von denen die Altersteilzeit nutzen. Warum weniger Geld verdienen, wenn ich ohnehin kaum da bin?

(Frau Leuschner [SPD]: Ich wusste gar nicht, dass Sie Ihr Herz für die Professorinnen und Professoren entdeckt haben!)

Das Argument läuft damit völlig ins Leere und vergisst, Frau Leuschner, dass Fachhochschulprofessoren sogar eine Lehrverpflichtung haben, die der von Gymnasiallehrern entspricht. Warum werden sie in der Altersteilzeit nicht gleichgestellt?

Die Landesregierung spricht von einer drohenden Verschärfung des Generationswechsels an den Universitäten durch die Altersteilzeit. Das ist völlig absurd. Würde nicht gerade durch die Altersteilzeit - analog zur Lehrerregelung - ein Einstellungskorridor eröffnet, bei dem auf halbe Stelle gewechselte ältere Professoren die junge Generation von Lehrkräften einführen und unterstützen könnten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder, Frau Leuschner und Herr Minister, wollen Sie im Zuge der Altersteilzeit womöglich gar nicht neue Lehrkräfte oder neue Professoren einstellen? Nur dadurch käme es nämlich tatsächlich zu einem krassen Bruch. Sonst sind die Argumente aus Ihrem Hause völlig aus der Luft gegriffen.

Ihre Begründungen für die Ausnahmefälle sind fadenscheinig und lassen nur einen Schluss zu: Die Altersteilzeit soll auf möglichst kleiner Flamme köcheln, wenig bewirken und möglichst wenig kosten.

Lassen Sie uns in den Ausschussberatungen diese unsinnigen Ausnahmen aus dem Gesetzentwurf entfernen und ihn möglichst schnell in Kraft set-

zen, damit die Altersteilzeit kein Placebo bleibt, sondern Wirkung erzielt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Ausschuss für Verwaltungsreform und öffentliches Dienstrecht mit diesem Gesetzentwurf zu befassen. Mitberatend sollen folgende Ausschüsse sein: der Ausschuss für innere Verwaltung, der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für Wissenschaft und Kultur und der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Frau Leuschner hatte gebeten, auch noch den Kultusausschuss zu beteiligen. Dagegen spricht, meine ich, nichts. Gibt es andere Vorstellungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das einmütig so beschlossen.

Ich bedanke mich herzlich für das lange Ausharren. Ich wünsche Ihnen jetzt einen guten Appetit. Wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder.

Unterbrechung: 13.23 Uhr.

Wiederbeginn: 14.32 Uhr.

Vizepräsidentin Litfin:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung fort.

Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, dass der Herr Kollege Eveslage darum gebeten hat, nach § 77 unserer Geschäftsordnung eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abzugeben. Ich gebe dem Kollegen Eveslage jetzt Gelegenheit dazu.

Eveslage (CDU):

Frau Präsidentin, ich danke Ihnen dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit Empörung eine Behauptung des Abgeordneten Plau von der SPD-Fraktion zurückweisen, die er heute Morgen gemacht hat. Ich tue das als Abgeordneter aus dem CDU-Landesverband Oldenburg und als Mitglied des Landesvorstandes der CDU.

Herr Plau hat heute Morgen behauptet, der CDU-Landesverband Oldenburg habe in seinen Rechenschaftsberichten angegeben, über kein Vermögen

zu verfügen, und dennoch Einnahmen aus Vermögen in seinen Rechenschaftsberichten regelmäßig, über mehrere Jahre, angeben.

Ich nehme an, dass sich Herr Plaue auf den Bericht des Bundestages bezieht. Wenn Herr Plaue diesen Bericht richtig gelesen hätte, dann hätte er festgestellt, dass auf Seite 43 für den Jahresbericht 1997 - das gilt für die Vorjahre und auch für das Jahr 1998 entsprechend, aber natürlich mit anderen Zahlen - ein Gesamtbesitzposten - das ist das Vermögen - von 2.177.356 DM angegeben ist. Das ist das Vermögen des Landesverbandes, der Landesgeschäftsstelle, der angeschlossenen Vereinigungen auf Landesebene, der Kreisverbände und der den Kreisen zugeordneten Vereinigungen der Partei. Aus diesem Vermögen, worunter sich auch Girokonten, durchlaufende Gelder auf ganz normalen Konten und auch fest angelegte Gelder auf den dort angegebenen Konten, wie im Rechenschaftsbericht nachzulesen ist, befinden, sind Zins-einkünfte von 25.820 DM angefallen.

Das ist etwas ganz Normales, was jede Partei in Niedersachsen, wenn natürlich auch mit jeweils anderen Zahlen, für sich nachweisen kann und was dem Landesverband Oldenburg von der dafür beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk auch bestätigt worden ist.

Das Gleiche gilt für das Jahr 1998 - ich könnte die Zahlen hier vortragen - und für die Vorjahre.

Ich möchte Herrn Plaue, der leider jetzt nicht anwesend ist, von dieser Stelle aus auffordern, die Behauptungen, die er heute Morgen in den Raum gestellt hat,

(Unruhe bei der SPD - Beckmann [SPD]: Er hat Fragen gestellt, die Sie jetzt beantwortet haben!)

von diesem Rednerpult aus zurückzunehmen und sich dafür offiziell zu entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Vielen Dank, Herr Eveslage. Vielen Dank auch, meine Damen und Herren, dass Sie zugehört haben.

Wir setzen nun die Tagesordnung in der geplanten Reihenfolge fort und kommen zu

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG) - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1326

Zur Einbringung hat sich die Kollegin Steiner gemeldet, der ich das Wort erteile.

Frau Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt Ihnen vor, das Niedersächsische Abfallgesetz um einen neuen § 45 a zu ergänzen, der die Kontrollmöglichkeiten der Polizei im Abfallbereich verbessern soll. Was als nüchterner Gesetzestext mit dem Ziel verbesserter Überwachung der Abfallströme daher kommt, hat brisante Hintergründe. Erinnern Sie sich noch an den Strafprozess im letzten Jahr gegen die niedersächsischen Giftmüllschieber? - Der Jurist Junge-Hülsing, der Geschäftsführer Willenbruch und der Betriebsleiter der Syker Tankreinigung und Abfallentsorgung wurden im April 1999 wegen umweltgefährdender Abfallbeseitigung und Betruges zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten, so viel konnte nachgewiesen werden, den giftigen Inhalt von 1.840 Tanklastzügen, beladen mit Lösemitteln, Ölschlamm, hochbelasteten Schmiermitteln und anderen Chemikalien, unterwegs zu einfachem Altöl umdeklariert und sich das Giftgemisch von dem Verwertungsbetrieb Schwarze Pumpe in Brandenburg als Sekundärrohstoff bezahlen lassen. Vorher hatten sie bereits von den entsprechenden Gewerbebetrieben hohe Beträge für die sachgerechte Entsorgung von Giftmüll kassiert.

Es geht noch weiter: Gepresste hochbelastete Rückstände aus Öl- und Kraftstoffbehältern, so genannte Filterkuchen, vermischt mit anderen Abfällen, hatten die Giftmüllschieber nicht nur einer Deponie in Sachsen-Anhalt, sondern auch noch einem Kompostwerk bei Meißen angedreht, wo das toxische Gemisch in die Humusherstellung gelangte.

Schaden: 10 Millionen DM für die Schwarze Pumpe, verseuchtes Grundwasser und vergifteter Kompost für die Allgemeinheit.

Das ist nur ein makabres Beispiel dafür, wie aus besonders überwachtungsbedürftigen Abfällen, sprich: Sonderabfällen, unbedenkliche Abfälle zur

Deponierung oder Verwertung wurden. Die Abfallbranche ist im letzten Jahrzehnt zu einem profitablen Bereich für freiberufliche Abfallmakler und zum Tummelplatz für zwielichtige Profitgeier geworden.

Einerseits wird eine Grauzone für halblegale Operationen ausgenutzt, die aus unterschiedlicher Bewertung von Abfällen und Verwertungswegen in den einzelnen Bundesländern resultiert, andererseits finden absolut kriminelle Aktionen statt, wie ich sie zu Beginn beschrieben haben. Die Liste solcher Aktionen ließe sich beliebig verlängern: Abstellen von Giftmüllfässern auf Autobahnparkplätzen, wie in Franken geschehen, Vermischung von Hafenschlick, teerölgetränkten Bahnschwellen mit Erde - das alles für die Kompostierung - sowie illegale Exporte von Sondermüll. Die Gewinnspanne in diesem Bereich ist häufig höher als im Drogen- und im Waffenhandel.

„Umweltkriminalität ist eine dynamische Zukunftszweige.“ Zu dieser Bewertung kam die Leiterin der hessischen Zentralstelle für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität, Frau Becker-Toussaint. Die polizeiliche Kriminalstatistik belegt diese Feststellung. Im Jahr 1998 lag der Schwerpunkt der Umweltkriminalität mit 31.000 Fällen auf der umweltgefährdenden Abfallbeseitigung, was gegenüber 1997 eine Steigerungsrate von 4,6 % bedeutet.

So undurchschaubar die Strukturen im Entsorgungsbereich sind, so eingeschränkt ist das Instrumentarium zur Aufklärung von Delikten. Häufig muss Umweltkriminalität erst vom Ergebnis her aufgerollt werden, wenn der Schaden bei der Deponierung und der Boden- und Wasserbelastung schon eingetreten ist. Dies war auch bei dem erwähnten Skandal der Fall. Erst eine Razzia und Telefonüberwachung führten zu den Tätern zurück und ermöglichten Anklage und Verurteilung.

Die Quote aufgeklärter Delikte bei umweltgefährdender Abfallbeseitigung ließe sich erhöhen, wenn bereits im Vorfeld, d. h. auch bei den Transporten, eingegriffen werden könnte. Die Polizei hat bereits Fachkräfte für diesen Bereich und hat - das soll nicht unterschätzt werden - entsprechendes Engagement gezeigt. Bislang hat die Polizei in Niedersachsen jedoch kein eigenes Anhalte- und Kontrollrecht auf dem Gebiet des Abfallrechts. Unregelmäßigkeiten und Verstöße werden eher zufällig entdeckt, sozusagen als Abfallprodukte bei sonstigen Kontrollen des Güterverkehrs. Das aber ist

nicht ausreichend und für eine effektive Kontrolle zu wenig. Andere Bundesländer wie z. B. Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg, die das ermöglichen, sind hier schon weiter.

Wir möchten der Polizei mit dieser Gesetzesänderung die Möglichkeit geben, gemeinsam mit den Fachleuten der Abfallbehörden bei Abfalltransporten effektive Kontrollen auszuüben. Die Aufklärungsquote bei Abfalldelikten könnte steigen. Der präventive Aspekt ist ebenfalls nicht zu unterschätzen. Prävention kann in diesem Fall auch Abschreckung sein. Wenn sich die Aufklärungsquote im Vorfeld erhöht und das Risiko größer wird, lässt manch einer vielleicht die Finger davon.

Erforderlich ist daneben auch der Aufbau einer wirksamen Controlling-Struktur bei der Abfallbehörde. Natürlich gibt es bei der Bekämpfung illegaler Abfallentsorgung noch weitere Handlungsfelder und noch weiteren Handlungsbedarf. Die von uns vorgeschlagene Erweiterung des Abfallgesetzes ist ein Mosaikstein, um das Wachstum der Umweltkriminalität einzudämmen.

Ich glaube, ich habe Ihnen genügend Gründe vorgestellt, um dieser Gesetzesänderung zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Inselmann.

Inselmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, meiner Ansicht nach geht der Gesetzentwurf der Bündnisgrünen von einer falschen Annahme aus. Ich möchte jetzt einmal aus der Begründung zu dem Gesetzentwurf zitieren. Dort heißt es - Frau Steiner hat es eben auch noch einmal deutlich gemacht -:

„Den Abfallbehörden und den Polizeibehörden fehlt bisher die notwendige Gesetzesgrundlage, um speziell auf den Abfallbereich ausgerichtete verdachtsunabhängige Straßenkontrollen“

- darum geht es -

„in Kooperation durchführen zu können. Diese Regelungslücke soll mit der hier vorgeschlagenen Änderung des Nds. Abfallgesetzes geschlossen werden.“

Stattdessen aber gilt: Einer neuen Anhaltebefugnis der Polizei zur Durchführung entsprechender Kontrollen bedarf es nicht. Die Polizei ist auch heute schon ermächtigt - ich werde das gleich belegen -, im Rahmen von Verkehrskontrollen oder im Rahmen von Kontrollen nach § 12 Abs. 6 des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes so genannte verdachtsunabhängige Kontrollen bei Kraftfahrzeugen durchzuführen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Meiner Polizei reicht das aber nicht!)

- Dazu kommen wir noch. - Sie hat dabei die Möglichkeit, mitgeführte Sachen in Augenschein zu nehmen und sich Ausweispapiere sowie im Rahmen einer Plausibilitätsprüfung gegebenenfalls auch mitgeführte Berechtigungsscheine - das ist ganz wichtig - aushändigen zu lassen. Diese Befugnisnormen gelten unabhängig vom Vorliegen einer konkreten Gefahr oder eines Anfangsverdachts für eine Straftat. Außerdem, meine Damen und Herren, gilt § 13 Abs. 3 des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes. Danach hat auf Verlangen derjenige, der verpflichtet ist, einen Berechtigungsschein mit sich zu führen - in der Regel sind das die Abfalltransporteure -, diesen Berechtigungsschein der Polizei oder der Verwaltungsbehörde auszuhändigen. Unabhängig davon kann die Polizei bei dem Verdacht von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten auch entsprechende Überprüfungen vornehmen.

Mein sehr verehrten Damen und Herren, damit wir uns richtig verstehen: Dem inhaltlichen Anliegen des von der Landtagsfraktion der Grünen eingebrachten Gesetzentwurfs stimmen wir ausdrücklich zu, nämlich Abfalltransporte in Zukunft stärker als in der Vergangenheit zu kontrollieren. Dass wir uns darin einig sind, Umweltkriminalität zu bekämpfen, ist, meine ich, selbstverständlich. Dass wir dazu alle notwendigen Schritte unternehmen müssen, eint uns hier in diesem Landtag, glaube ich. Ich glaube aber, dass der Weg und die Begründung, die die Grünen hier vorschlagen, nicht die Richtigen sind.

Eine eigenständige Anhaltebefugnis - das ist der Fachbegriff - für die Fachbehörden auf der unteren

Ebene - sprich: für die unteren Abfallbehörden auf Kreis- oder Stadtebene - ist unseres Erachtens nicht erforderlich. Wir halten sie sogar für falsch und für schädlich; denn sie würde dazu führen, dass neben der Polizei auch die unteren Abfallbehörden ein Eingriffsrecht in den fließenden Verkehr bekommen. Das kann meiner Meinung nach aber politisch nicht gewollt sein. Wir sollten das ausschließlich der Polizei vorbehalten. Andernfalls würde das zu einer geringeren Akzeptanz und auch zu einer Verwirrung der Verkehrsteilnehmer und -teilnehmerinnen führen.

Ich möchte auch noch sagen, dass wir glauben, dass die Grünen auch noch in einem weiteren Punkt ihres Antrags einen Denkfehler begangen haben. Ich möchte das einmal so ausdrücken. Oder sie haben die praktischen Erfahrungen nicht geprüft, die wir in Niedersachsen vorzuweisen haben. Auch heute schon werden - das wird auch immer bekannt gemacht - Großkontrollen mit dem Schwerpunkt Kriminalitätsbekämpfung durchgeführt. Ich möchte einmal ein Beispiel nennen: Im November 1999 ist auf der Bundesautobahn 1 eine sehr aufwendige Kontrollaktion durchgeführt worden. In diesem Zusammenhang muss ich sagen, dass diese Aktionen generell sehr aufwendig sind. Daran haben sich folgende Fachbehörden beteiligt - sie waren auch erfolgreich, wie das vorliegende Ergebnis zeigt -: die Ausländerämter zweier Landkreise, zwei Bezirksarbeitsämter, ein Staatliches Gewerbeaufsichtsamt - wichtig auch für den Abfallbereich -, und ein Hauptzollamt. Dem Gedanken der Zusammenarbeit oder der besseren Kooperation zwischen den unterschiedlichen Behörden und den einzelnen Ebenen ist hier schon deutlich entsprochen worden. Was die Grünen hier anregen wollen, ist in der Praxis also schon realisiert worden und ist konkreter Gegenstand polizeilichen Handelns. Ich habe hier nur ein Beispiel genannt. Es gibt auch noch verschiedene andere Beispiele.

Ich möchte nicht verhehlen, dass wir in den Ausschüssen noch darüber reden können - wir sind da ganz offen -, ob wir die gegenwärtige Praxis noch weiter optimieren können, ob es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Wenn die Anhörung das ergeben sollte, sind wir diesbezüglich offen. Wir müssen aber feststellen, dass wir nach Auffassung der Polizei und des MI schon heute zwischen den unterschiedlichen Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen einen optimierten Kooperationsprozess verzeichnen können.

Ich möchte noch eines hinzufügen. Wir glauben, dass auf keinen Fall eine Änderung des Abfallgesetzes notwendig ist, wie sie von den Grünen vorgeschlagen wird, sondern dass es ausreicht, die so genannte Zuständigkeitsverordnung Abfall zu ändern, wenn man denn diesen Weg gehen will. Es sollte also nicht das Gesetz geändert werden, sondern nur die Verordnung. Nach Prüfung der Verordnung sind wir aber der Auffassung - wir haben diesbezüglich extra noch einmal beim Innenministerium nachgefragt -, dass diese Zuständigkeitsverordnung nicht geändert werden muss, weil die Polizei bereits heute über diese Kompetenzen verfügt.

Nun möchte ich gern einräumen - deshalb sind die Grünen auf diese Idee gekommen sind, das mag sie ein wenig verwirrt haben -, dass sich in den Ergebnissen des Arbeitskreises 19 der Dritten Regierungskommission - dort hat das ja seinen Ursprung - sich eine Äußerung eines Vertreters der Gewerkschaft der Polizei dahin gehend findet, dass die Polizei diese Zuständigkeit gar nicht hätte. Dies ist falsch, meine Damen und Herren. Vom Innenministerium ist deutlich dargelegt worden, dass die Polizei über die entsprechenden Kompetenzen und Zuständigkeiten verfügt. Ich habe die Beispiele genannt: §§ 12 und 13 des Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetzes. Die Polizei hat also die Kontrollmöglichkeiten und die Kompetenzen.

Wenn es hier Zweifel gibt, werden wir ja in der Anhörung noch hören, ob die Auffassung der Grünen richtig und die Auffassung des Niedersächsischen Innenministeriums falsch ist. Ich kann mir das nicht vorstellen. Das wird sich aber noch zeigen.

Es ist richtig, so glauben wir jedenfalls, dass die Polizei die Kompetenz hat. Im Übrigen: Sie führt die Kontrollen ja durch, wie ich gerade an dem Beispiel mit der Bundesautobahn 1 aus dem November 1999 belegt habe.

Letzte Bemerkung zu dem, was die Grünen in ihrem Antrag zu den Kosten schreiben. Auch das ist nicht aufrechtzuerhalten, meine Damen und Herren. Natürlich ist es nicht kostenneutral. Wenn ich der Logik des Antrags der Grünen folge, dann bedeutet das nämlich, dass zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamten geschult werden müssen. Das ist nicht kostenneutral, meine Damen und Herren, sondern das kostet Geld.

Wenn ich der Logik Ihres Antrags weiter folge, dann heißt das, dass die Polizei technisch aufzurüsten und in den Stand zu versetzen ist, das zu machen, was heute die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter machen können. Über den Haushalt des Innenministeriums müssten also Laborkapazitäten und Gerätschaften angeschafft werden, um das in die Praxis umzusetzen. Wir halten das für falsch, weil dann solche Dinge praktisch doppelt angeschafft würden und doppelt vorgehalten würden, nämlich einmal über den Umwelthaushalt, über die Gewerbeaufsichtsämter, und zum anderen über die Polizei. Wir halten den Weg für richtiger, der heute in Niedersachsen gegangen wird, nämlich den einer engen Verzahnung, einer engen Kooperation der unterschiedlichen Behörden, die dann an solchen großen Kontrolltagen gemeinsam tätig werden und auch Abfalltransporte mit kontrollieren, mit überwachen.

Meine Damen und Herren, vom heutigen Standpunkt aus, nach der heutigen Kenntnislage, nach dem, was wir prüfen konnten, sehen wir keinen Anlass, das Abfallgesetz zu ändern, und auch keinen Anlass, die niedersächsische Zuständigkeitsverordnung zu ändern. Wir glauben, dass die heutige Gesetzes- und Verordnungslage ausreicht. Wir sind aber gern bereit, das in der Anhörung und in den weiteren Ausschussberatungen konstruktiv zu begleiten, und sind natürlich offen gegenüber neuen Erkenntnissen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Die Redezeit der Fraktion der CDU wird durch den Kollegen Dr. Stumpf in Anspruch genommen, dem ich das Wort erteile.

Dr. Stumpf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Steiner, Ihre Darstellung der Situation teilen wir. Wie auch die Darstellung von Herrn Inselmann eben gezeigt hat, gibt es im Zusammenhang mit Abfalltransporten und beim Umgang mit Abfall überhaupt sicherlich Handlungen, die nicht gesetzeskonform sind. Ich habe nach wie vor den Eindruck - das kann ich Ihnen so sagen -, dass die Aufsicht nicht in ausreichender Weise durchgeführt wird. Insofern ist das Ziel, das Sie mit Ihrem Antrag ansteuern, nach meiner Auffassung richtig, und diesem Ziel müssen wir uns auch intensiv widmen. Wenn Sie mit dem Antrag die Aufsicht

qualitativ verbessern wollen und außerdem die Transparenz von Vorgängen im Zusammenhang mit der Entsorgung von Abfällen verbessern wollen, dann hat dieser Antrag einen Grund. Aber den Weg, den Sie vorschlagen, halte ich ebenso wie der Kollege Inselmann für nicht akzeptabel. Darüber muss man dann im Ausschuss vertieft reden.

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz fördert die Handlungsfreiheit bei den betroffenen Entsorgern und Erzeugern. Die haben durch dieses Gesetz in vielerlei Hinsicht mehr Freiheiten bekommen. Häufig wird aber vergessen, dass die Rechte, die ihnen eingeräumt worden sind, auch mit Pflichten verbunden sind. Genau da, meine ich, muss man ansetzen; denn da, wo Pflichten nicht erfüllt werden, ist eine verstärkte Aufsichtstätigkeit notwendig. Auch das muss in diesem Zusammenhang bedacht werden. Ihr Antrag ist geeignet, um das im Ausschuss vertieft zu besprechen.

Wie wir immer wieder hören oder auch in den Zeitungen lesen, gibt es durchaus dubiose Entsorgungswege und Geschäfte im Zusammenhang mit Abfallerzeugern und -entsorgern. Auch hier, meine ich, muss eine tiefer gehende qualifizierte Kontrolle durchgeführt werden, eine bessere, als sie heute stattfindet, damit sich die Realitäten deutlich verbessern und damit es nicht mehr zu solchen Meldungen in der Zeitung kommt.

Das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz verzichtet auf das Erfordernis einer Transportgenehmigung für die Fälle, in denen ein Entsorgungsbetrieb zertifiziert wird. Dafür steht die Entsorgungsfachbetriebsverordnung. Diese Zertifizierung wird von fast allen Entsorgungsbetrieben angestrebt und auch erreicht, und da liegt ein gewisses Problem. Ich kenne solch ein Beispiel aus meinem Bereich. Es kann nicht sein, dass ein Betrieb eine Zertifizierung erhält und damit eigentlich annähernd unbeschränkt transportieren und mit Abfällen umgehen darf, wenn er nicht einmal eine baurechtliche Nutzungsgenehmigung für sein Grundstück hat. An diesem Beispiel erkennt man, dass es im Bereich von Zertifizierung und Aufsicht erhebliche Mängel gibt. Da muss man tiefer rein. Da muss man von staatlicher Seite sicherlich auch gründlicher kontrollieren und überprüfen, ob von den Betroffenen im Zusammenhang mit diesen Freiheiten, die sich aufgrund der Zertifizierung ergeben und die ich auch für richtig halte, mit den Rechten also, auch die Pflichten wahrgenommen werden. Hier muss die Aufsicht eindeutig verbessert werden.

Das gilt sowohl für die Transportaufsicht als auch insbesondere für die Erzeugerüberwachung. Ihre Beispiele, Frau Steiner, bestätigen genau, dass die Erzeugerüberwachung verbessert werden muss; denn von einem Aufsichtsbeamten oder einer -beamtin können Sie nicht erwarten, dass er oder sie an der Autobahn oder an der Landstraße Behältnisse öffnet und die Inhalte überprüft. Das ist technisch unmöglich. Das ist praktisch unmöglich. Das ist auch analytisch gar nicht machbar. Insofern muss da angesetzt werden, wo der Abfall erzeugt wird, wo er konditioniert wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Behörde verstärkt wird und genau da verstärkt Kontrollen durchführt.

Den Weg, den Sie vorschlagen, nämlich Durchführung dieser Kontrollen durch die Polizei, halte ich genau wie Herr Inselmann für nicht sinnvoll und für inakzeptabel. Stellen Sie sich das einmal vor! Wie soll die Polizei, die schon heute unter chronischem Personalmangel leidet, die die Aufgaben in ihrem originären Zuständigkeitsbereich gar nicht wahrnehmen kann, jetzt auch noch quantitativ und qualitativ die Probleme im Zusammenhang mit Abfalltransporten und mit Entsorgung lösen? - Das ist schier unmöglich, es sei denn, man ist bereit, die Polizei durch erhebliche Mittel personell - - -

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Aber Ladendiebe verfolgen!)

- Das ist eine Aufgabe der Polizei. Auch Ladendiebe müssen verfolgt werden; denn da beginnt die Kriminalität.

(Weitere Zurufe von Frau Stokar von
Neuforn [GRÜNE])

- Frau Kollegin, genau an der Stelle beginnt die Kriminalität. Wenn man da nicht nachsetzt und wenn man da nicht vorbeugend tätig wird, dann lässt sich der Staat etwas zuschulden kommen. Aber in dem Bereich, über den wir gerade reden, mit Polizeieinsätzen zu operieren, ist falsch, weil man Fachbehörden hat, die viel qualifizierter sind.

(Zustimmung von Frau Zachow
[CDU])

Herr Inselmann, an einer Stelle möchte ich Ihnen widersprechen. Die Polizei ist zwar sicherlich in der Lage und hat auch die Kompetenz, Fahrzeuge auf der Straße anzuhalten,

(Unruhe)

aber sie hat nicht die Kompetenz, Abfälle qualitativ zu überprüfen. Dazu müsste die Polizei in qualitativer und quantitativer Hinsicht, vor allem qualitativ, erheblich ertüchtigt werden.

(Zustimmung von Frau Zachow
[CDU])

Wenn ich die Begründung des Antrags noch richtig im Kopf habe, Frau Steiner, dann steht darin, dass die Polizei auf der Straße u. a. die Behältnisse öffnen und Proben ziehen soll.

(Unruhe)

Da muss ich jetzt einmal etwas härter sagen: Sie haben keine Ahnung davon, was es überhaupt bedeutet,

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Analysen aus solch einem Behältnis zu nehmen, auch qualifiziert zu nehmen. Fachleute wissen, dass die Probenahme schon die halbe Analyse ist. Wenn die Probenahme falsch gemacht wird, dann ist die Analyse zu einem großen Teil falsch und nichts wert. Deshalb ist es auch aus Kompetenzsicht, aus qualitativer Sicht falsch, hierbei die Polizei einzusetzen.

Wenn Sie den Vorschlag unterbreiten, dass Polizei und Fachbehörde gemeinsam Kontrollen durchführen - im Fachjargon nennt man das Pärchenkontrollen -,

(Unruhe)

dann müssen Sie auch beide Behörden personell ertüchtigen, und das kostet sündhaft viel Geld. Das haben wir alle nicht; das können wir gegebenenfalls woanders besser einsetzen.

Also: Ihr Vorschlag, sich um die Aufsicht zu kümmern, ist gut. Diesen Vorschlag unterstützen wir, und da werden wir im Ausschuss konstruktiv mitberaten. Den Weg aber, den Sie vorschlagen, werden wir ablehnen. Bei der konstruktiven Umgangsweise, die wir, glaube ich, im Umweltausschuss haben, werden wir auch diesbezüglich zu einem gemeinsamen positiven Ergebnis kommen. - Schönen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Der fraktionslose Kollege Schwarzenholz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm eine Redezeit von bis zu zwei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann ein Problem beschreiben und dennoch eine Lösung vorschlagen, die untauglich ist. Das ist mit dem vorliegenden Gesetzentwurf geschehen. Damit wird eine Form von Pseudoaktivismus entfaltet, wobei die antragstellende Fraktion

(Zuruf von Frau Stokar von Neuforn
[GRÜNE])

selbst weiß, dass das Ding ins Leere geht.

Es gibt eine Reihe von Fällen, in denen auch ich versucht habe, tätig zu werden, in denen wir einmal analysieren müssen, wo die Schwachstellen liegen. Ich erinnere z. B. daran, dass aus dem Braunkohletagebau der BKB in großem Umfang hochgiftige Schwellen ausgebaut und gehäckselt worden sind und dann nach Sachsen-Anhalt verschleppt wurden. Ich habe dazu eine Landtagsanfrage gemacht. In diesem Fall ist deutlich geworden, dass auch Landesbehörden hier in Niedersachsen die Frage nicht beantworten können, warum das nicht funktioniert. Der Abfallverursacher hat keine Kontrolle ausgeübt. Die Bergbaubehörden, die in diesem Falle die Untersuchungsbehörden sind, haben keine Kontrollen ausgeübt. In diesem Fall ist das Wirtschaftsministerium betroffen. Das war nicht Ihr Ministerium, Herr Kollege Jüttner. Insgesamt gesehen gibt es keine wirksamen Abläufe.

Was soll denn die Polizei machen? Ich habe einmal mit der Polizeistation in Peine einen Fall diskutiert und mir die Abläufe schildern lassen: An der A 2 tritt der Staat als Baustellenleiter auf, und in riesigem Umfang wird vergifteter Boden eingebaut. Anlieger merken das, weil etwas heraussuppt. Die Polizei hatte niemals eine Chance - das wird sich auch durch diesen Gesetzentwurf nicht ändern - das ernsthaft festzustellen. Das zu glauben, ist eine Illusion.

(Zuruf von Frau Stokar von Neuforn
[GRÜNE])

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird eine Sicherheitsillusion vermittelt, die nicht zu schaffen

ist. Es gibt ein Begleitscheinsystem, es gibt ein formalisiertes System, das aber nicht mit Leben gefüllt ist. Wenn ich mir einmal vor Augen führe, was aufgrund der Deregulierung in den verschiedenen Behörden an bürokratischen Ressourcen freigesetzt worden ist - als Beispiel: ein Großteil der Sonderabfallentsorgung ist zusammengebrochen, die Pyrolyse in Salzgitter wird gerade abgerissen -, dann frage ich mich, warum wir diese Ressourcen nicht einsetzen, um ein wirksames Überwachungs- und Kontrollsystem aufzubauen,

(Glocke der Präsidentin)

und zwar vor allem dadurch, dass man den Verursacher stärker in die Verantwortung nimmt und gegebenenfalls gegen ihn finanziell wirksam vorgeht. In diese Richtung zielt der Gesetzentwurf überhaupt nicht. Der Gesetzentwurf behandelt zwar ein interessantes Thema, er liefert aber keine interessanten Antworten.

Ich stimme allerdings dem Vorsitzenden des Umweltausschusses, Herrn Dr. Stumpf, in Folgendem zu: In der Art, in der wir im Umweltausschuss arbeiten, wird die Beratung des Gesetzentwurfs eine gute Gelegenheit bieten, den Ist-Zustand und die Fehler in diesem Sektor vernünftig zu analysieren. Der Fraktion der Grünen ist zu danken, dass sie wenigstens das ermöglicht hat.

Vizepräsidentin Litfin:

Frau Kollegin Steiner hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Frau Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Schöne an der Debatte ist, dass von allen Fraktionen und dem fraktionslosen Abgeordneten zumindest der Handlungsbedarf anerkannt wird. Dieser ist unbestreitbar. Ich habe nicht umsonst darauf hingewiesen, dass dieser Deliktbereich eine hohe Wachstumsrate aufweist. Von daher ist der Handlungsbedarf gestiegen. Man kann nicht einfach auf Erlasse und Verordnungen verweisen, die schon sechs, sieben oder acht Jahre alt sind, und sagen: Es funktioniert doch alles prima.

Wenn wir einen Antrag oder einen Gesetzentwurf erarbeiten, dann sagen wir nicht einfach: Das hört sich ganz schlüssig an, das machen wir einmal. Vielmehr machen wir uns erst einmal über die Grundsätze und die Ausgangspositionen schlau. Von daher sehe ich mich nach wie vor in der Lage

zu sagen: Wir haben Recht mit der Forderung, die wir erheben, nämlich der Polizei in Zusammenarbeit mit den Abfallbehörden verdachtsunabhängige Kontrollen im Abfallbereich zu ermöglichen. Ich unterstreiche „Abfallbereich“.

Ich habe mir einmal eine Länderumfrage angeschaut, die zwei Jahre alt ist. Darin werden die Zuständigkeiten in Bezug auf Kontrollen von Abfalltransporten verglichen. Niedersachsen hat danach die Regelung: ganzheitliche Kontrollen mit dem Landesamt für Umweltschutz, ansonsten im Rahmen der Straßenverkehrsordnung und im Rahmen der Gefahrenabwehr, basierend auf dem Gefahrenabwehrgesetz, wenn Ladungen als gefährliche Güter gekennzeichnet sind.

Können Sie sich vorstellen, dass Junge-Hülsing und Konsorten ihre Ladungen als gefährliche Güter kennzeichnen? - Mit Sicherheit nicht! Hier gibt es eine Lücke - darauf heben wir mit unserem Gesetzentwurf ab -, die man füllen muss. Mit der Frage „Gesetz oder Verordnung?“ werde ich mich später noch einmal befassen.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das Landeskriminalamt Niedersachsen in seiner Konzeption zur Abfallproblematik - das LKA ist sicherlich keine Institution, die man vernachlässigen sollte - wörtlich feststellt: Auf dem Gebiet des Abfallrechts hat die niedersächsische Polizei aber kein eigenes Anhalte- und Kontrollrecht. - Was stimmt denn nun? Das sind Punkte, die wir im Ausschuss im Zusammenhang mit der Anhörung werden erörtern müssen. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass effektive Kontrollmöglichkeiten für die Polizei in Bezug auf Abfalldelikte nicht gegeben sind und dass von daher die Argumentation, die Sie, Herr Inselmann, vorgetragen haben, auf unseren Gesetzentwurf nicht zutreffen kann.

Ich fand es nett, dass Sie auf die Möglichkeit der Großkontrollen hingewiesen haben und auch darauf angespielt haben, dass man dabei auch nach Abfallrecht kontrollieren könne. An besagter Großkontrolle in Wildeshausen habe ich nämlich teilgenommen. Ich habe mir das angeschaut und konnte mich genau darüber informieren, dass es Abfallprodukte gab, die man untersuchen konnte. Das ergab sich allerdings im Rahmen der normalen Güterkontrolle. Daraus resultierte der Wunsch auch von meiner Seite, die Kontrollmöglichkeiten auch in Zusammenarbeit mit den Abfallbehörden und auch für die Polizei - sei es als Schwerpunktaktionen oder als Einzelaktionen - zu vergrößern.

Zu der Darstellung von Herrn Inselmann, die Kooperation sei vollzogen, kann man feststellen, dass das von denjenigen, die diese Kooperation vollziehen sollen, als nicht ausreichend betrachtet wird. Ich hoffe, dass wir auch dieses Argument während der Ausschussberatungen noch einmal würdigen können.

Was den Weg - Gesetz oder Verordnung? - angeht, so gibt es eine Kooperationsverordnung. Diese hat sich allerdings im Laufe der Jahre - das ist immerhin schon sieben oder acht Jahre alt - als nicht ausreichend erwiesen. Bei einer solch gravierenden Sache wie der Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger damit rechnen müssen, dass die Polizei verdachtsunabhängig bestimmte Fahrzeuge kontrolliert, ist es doch angemessen, das nicht in einem Erlass, sondern in einem Gesetz zu regeln.

(Glocke der Präsidentin)

Nun noch eine Bemerkung zu der Behauptung, die Polizei könne das nicht, und die Ausbildung von Fachleuten würde unheimlich viel kosten. Nach meiner Kenntnis und nach dem, was ich auch in anderen Zusammenhängen beobachten konnte, sind bei der Polizei bereits Fachkräfte ausgebildet. Ich weiß, dass weitere Ausbildung ohnehin in Zusammenarbeit mit den Gewerbeaufsichtsämtern stattfindet. Es gibt, Herr Dr. Stumpf, bereits die entsprechenden Labors bzw. Untersuchungseinrichtungen. Dass sie verbesserungsbedürftig und Verbesserungen möglich sind, will ich nicht bestreiten. Ich würde aber nicht so sehr auf dem hohen Ross sitzen und sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, wie die plötzlich auf der Autobahn eine Analyse ziehen sollen. Es gibt tragbare Laboreinrichtungen. Dass man weitere Untersuchungen nicht mehr vor Ort, sondern in einer entsprechenden Einrichtung vornimmt, ist doch klar. Es geht darum, Anfangsverdachte zu bestätigen und das zu intensivieren.

Ehrlich gesagt - das frage ich einmal den Innenminister -, weiß ich nicht, warum sich insbesondere die Verwaltung des Innenministeriums gegen eine solche Lösung sträubt. Darauf hätte ich in den Ausschussberatungen gern eine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Der Kollege Inselmann hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Inselmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu dem, was Frau Steiner gerade ausgeführt hat, nur noch zwei Bemerkungen machen.

Unter Rot-Grün sind wir in Niedersachsen, Frau Steiner, ganz bewusst den Weg gegangen - das mag heute von den Grünen anders gesehen werden -, das nicht über ein Gesetz, sondern über eine Zuständigkeitsverordnung zu regeln. Das war Absicht und ist sozusagen ein Erbe von Rot-Grün. Wenn Sie sagen, Sie wollten dieses Erbe nun nicht mehr antreten, dann habe ich nichts dagegen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]:
Wir wollen das weiterentwickeln!)

Ich möchte aber festhalten, dass es seinerzeit gute Gründe dafür gegeben hat, diesen Weg zu gehen und das nicht gesetzlich zu regeln. Sie sollten in sich gehen und prüfen, welche Gründe seinerzeit eine Rolle gespielt haben könnten. Dann werden Sie bestimmt klüger werden und einräumen müssen, dass der Weg richtig ist, das über eine Verordnung zu regeln.

Ich wundere mich über das, was Sie zu der Frage ausgeführt haben, ob die Polizei denn nun Kontrollbefugnisse habe oder nicht, um eine verdachtsunabhängige Kontrolle durchzuführen. Der Stand meiner Erkenntnisse ist - ich muss mich darauf verlassen, wenn mir das Innenministerium das so erklärt -, dass die Polizei diese Kontrollbefugnisse nach §§ 12 und 13 des Gefahrenabwehrgesetzes hat. Lassen Sie uns die Frage klären. Wir werden ja die Polizei und das Innenministerium dazu anhören. Dann werden wir sehen, Frau Steiner, ob Sie oder wir Recht haben.

(Glocke der Präsidentin)

Ich gehe davon aus, dass der Innenminister und das Innenministerium wissen, welche Kompetenzen die niedersächsische Polizei hat, und dass der Innenminister das besser weiß als Sie, Frau Steiner. Nehmen Sie mir das nicht übel. Das ist meine kühne These, die ich hier einmal in den Raum stellen will. Ich hoffe, Sie können verstehen, dass wir der Auffassung des Innenministers eher zuneigen als Ihrer.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, federführend den Ausschuss für Umweltfragen und mitberatend die Ausschüsse für innere Verwaltung sowie für Häfen und Schifffahrt zu beauftragen. Wenn Sie so beschließen möchten, dann bitte ich um Ihr Handzeichen. - Sie haben so beschlossen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7, die ich vereinbarungsgemäß gemeinsam aufrufe:

Tagesordnungspunkt 6:

Zweite Beratung:

Fahrgastfreundlicher Schienenpersonen-nahverkehr in Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/526 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1174

und

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Flächendeckende Verkehrsverbünde für Niedersachsen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/305 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1176

Die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurden in der 21. Sitzung am 17. Februar 1999 und in der 15. Sitzung am 12. November 1998 an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Wenzel, dem ich das Wort erteile.

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie öfter mit Bus oder Bahn unterwegs sind, wissen Sie sicherlich, wie oft es vorkommt, dass man seinen Anschlusszug oder seinen Anschlussbus verpasst. Ihnen ist sicherlich auch aus der Diskussion in der regionalen Presse bekannt, auf

wie vielen Bahnstrecken Fahrzeiten verlängert worden sind, weil Langsamfahrstrecken nicht repariert wurden. Ich nehme an, dass Ihnen des Weiteren bekannt ist, dass man auf vielen Nahverkehrsstrecken in Niedersachsen oft noch froh sein muss, wenn man gerade noch einen Stehplatz ergattert.

Wir haben einen Antrag eingereicht, der zum Ziel hat, auf eine durchgreifende Verbesserung von Pünktlichkeit, Sicherung und Verkürzung von Fahrzeiten, Sicherung von Anschlussverbindungen und Zustand von Bahnhöfen und Zügen hinzuwirken, und wir wollen - ganz simpel -, dass die Landesregierung ihre Zahlungen an die Verkehrsträger, an die Bahn, kürzt, wenn diese Leistungen nicht so wie vereinbart erbracht wurden.

Nun hat die SPD-Fraktion diesen Vorgang ungefähr ein Dreivierteljahr lang geprüft und ist schließlich zu dem Ergebnis gekommen, dass hier eigentlich alles in Butter ist und dass das Problem in Niedersachsen nicht besteht.

(Schwarzenholz [fraktionslos]: Die sollten alle jeden Tag Bahn fahren!)

Der Kollege Schurreit hat deshalb im Ausschuss vorgeschlagen, diesen Antrag abzulehnen. Dem ist seine Fraktion dann auch gefolgt.

Frau Präsidentin, ich will bei dieser Gelegenheit einmal aus der Bremer Bürgerschaft, aus einem Dringlichkeitsantrag von SPD und CDU zitieren. Dort heißt es:

„Der Nahverkehr der Deutschen Bahn von und nach Bremen bzw. Bremerhaven“

- das sind ja Züge, die aus Niedersachsen kommen -

„ist seit Wochen geprägt von regelmäßigen und massiven Verspätungen sowie Zugausfällen. Dies hat ausweislich der Aussagen durch die befragten Pendler offenbar bereits dazu geführt, dass zahlreiche Berufstätige die Bahn nicht mehr nutzen und ihren Arbeitsweg per Auto bewältigen, um den mit häufigem Zuspätkommen am Arbeitsplatz verbundenen Nachteilen vorzubeugen. Die aktuelle Situation deutet darauf hin, dass die Deutsche Bahn AG die in dem Vertrag mit

dem Land Bremen vereinbarten Leistungen derzeit nicht in ausreichendem Maße erbringt.“

Dann werden Konsequenzen gefordert.

So liegt die Sache in Bremen. Ihre Kollegen und auch die Kollegen der CDU in Bremen haben das Problem offensichtlich erkannt und haben Konsequenzen gefordert. Gleiches ist der Fall in Nordrhein-Westfalen, Gleiches ist der Fall in Rheinland-Pfalz. Auch dort hat man gesagt, dass es nicht angehen könne, dass man für eine Leistung bezahle, die in der Qualität nicht erbracht werde.

Nun haben wir in Niedersachsen die Situation, dass seit über zwei Jahren mit der Bahn verhandelt wird und noch immer kein Vertrag zustande gekommen ist. Wir haben also erschwerend mit der Situation zu leben, dass wir hier einen vertraglosen Zustand haben. Meine Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass das Land hier viel zu sehr auf Schmusekurs fährt und auch in Bezug auf Ausschreibungen viel zu zögerlich ist. Man könnte ja dann, wenn der eine Verkehrsträger seine Leistung nicht erbringt, einmal überlegen, ob man die Leistung ausschreibt und einen Dritten findet, der die Leistung besser erbringen kann. Es hat nur eine einzige Ausschreibung gegeben. Herr Fischer, ich habe immer wieder das Gefühl, dass die Bahn Sie über den Tisch zieht.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zum Thema Verkehrsverbünde sagen, weil wir am Ende dieser Beratung auch über beide Anträge Beschluss fassen. Bei diesem Thema ist etwas mehr Bewegung gewesen. Sie haben sich letztlich zu einer Formulierung durchgerungen, die im Kern Folgendes beinhaltet: Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Bildung weiterer Verkehrsverbünde hinzuwirken. - Das ist ein Fortschritt, aber leider noch nicht der von uns geforderte flächendeckende Ansatz. Meines Erachtens ist ein Verkehrsverbund letztlich ein zentrales, vielleicht das zentrale Marketinginstrument auch für den öffentlichen Personennahverkehr. Eine Firma wie VW gibt 25 mal so viel Geld für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing aus wie alle Verkehrsträger und Unternehmer im Bereich des ÖPNV und das Land zusammen. Ich gehe davon aus, dass VW nicht ohne Grund so viel Öffentlichkeitsarbeit und Marketingarbeit leistet. Dadurch würde es gelingen, das Produkt - in diesem Falle den Nahverkehr - viel besser an den Mann und die Frau zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten: Stimmen Sie entgegen der Ausschussempfehlung für Pünktlichkeit, für schnelle und leistungsfähige Züge und für mehr Qualität in den Bahnen in Niedersachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Wir werden Ihrem Änderungsantrag zum Thema Verkehrsverbünde zustimmen, auch wenn er hinter unseren Erwartungen zurückbleibt. Immerhin ist er ein erster Schritt. Herr Schurreit, Herr Fischer, geben Sie sich einen Ruck! - Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Schirmbeck, bitte!

Schirmbeck (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe Minister Fischer gesagt, dass ich mich künftig friedlicher als in der Vergangenheit verhalten werde. Ich mache das auch deshalb gerne, weil ich die Auffassung vertrete, dass es uns überhaupt nicht hilft, dass wir die Bahnen - es gibt ja mehrere in Niedersachsen, die die Verkehrsleistungen erbringen - und die Bahn AG schlechtreden. Wenn wir wirklich etwas bewegen wollen, dann müssen wir diese Themen differenziert aufgreifen und die Missstände, die wir feststellen, abstellen. Ich habe vorhin von der Kollegin Frau Vockert gehört, dass es z. B. zwischen Bremerhaven und Bremen erhebliche Probleme geben soll und dass sie diesbezüglich noch auf eine Antwort des Ministeriums wartet. Wie bei jedem großen Unternehmen gibt es immer eine Abteilung oder einen Betrieb, die oder der nicht wie gewünscht funktioniert. Dort muss gezielt daran gearbeitet werden, dass diese Missstände abgestellt werden.

Es gibt aber auch andere Beispiele für Projekte, die das Land, die Bahn AG und andere Bahnen gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Wir sollten feststellen, dass insoweit eine ganze Menge erreicht worden ist. So ist z. B. im Bereich der Infrastruktur, insbesondere an den Bahnhöfen und im Bahnumfeld, eine ganze Menge erreicht worden. Ich meine, dass der Baufortschritt im Hauptbahnhof, den die Abgeordneten sehen, die regelmäßig mit der Bahn nach Hannover fahren, beachtlich ist.

Der Bahnhof wird demnächst ein Schmuckstück Hannovers sein. Wir können sicherlich ein wenig stolz darauf sein, dass wir in Hannover einen solchen Bahnhof haben werden. Wir sollten der Bahn auch zugestehen, dass in einer Zeit, in der im Umfeld von Hannover in erheblichem Umfang in den Gleiskörper investiert worden ist, mit Auswirkungen auf den konkreten Betrieb der Bahnen gerechnet werden muss. Ich will damit nicht infrage stellen, dass es das eine oder andere Problem gibt. Der Minister ist mit seinem Team, der Landesnahverkehrsgesellschaft und den in diesem Bereich zuständigen Verantwortlichen aufgefordert, sich um diese Missstände zu kümmern. Es hilft uns aber nicht weiter, wenn wir immer nur Negatives hervorheben.

Was die Pünktlichkeit angeht, erlaube ich mir einmal den Hinweis, dass wir auch dabei die Verhältnismäßigkeit berücksichtigen müssen. Ich fahre etwa zur Hälfte mit der Bahn von Osnabrück nach Hannover und zur anderen Hälfte mit dem Auto. Ich habe auch schon erlebt, dass ich mit dem Zug eine Stunde Verspätung hatte. Ich habe aber mit dem Auto auch schon drei Stunden Verspätung gehabt. Aber das, so sagt man, sei ein individuelles Problem. Darüber regt man sich nicht so sehr auf. Aber wenn das bei der Bahn geschieht, dann wird das als ein erheblich größeres Problem angesehen. Ich verkenne dabei überhaupt nicht, dass es im Einzelfall natürlich ein erhebliches Problem sein kann, wenn man Anschlusszüge nicht bekommt. Deshalb muss es unser Bemühen sein - die Bahn AG hat wiederholt darauf hingewiesen, dass sie das tut -, an dem Thema Pünktlichkeit zu arbeiten. Aber dies muss man, wie gesagt, auch vor einem realistischen Hintergrund sehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir von der Qualität der Bahn reden, dann gibt es sicherlich einiges, was die Bahn erledigen kann, und einiges, was das Land erledigen kann, aber es gibt sicherlich auch einiges, was wir, die Fahrgäste, erledigen können. Wenn beispielsweise über die Qualität des Bahnangebots, über verschmutzte Züge und über verschmutzte Bahnhöfe gesprochen wird, dann muss man sich die Frage stellen: Wer ist der Verursacher dieser Verschmutzungen? Ich muss leider feststellen, dass es eine ganze Reihe - um nicht zu sagen: viele - Fahrgäste gibt, die in erheblichem Umfang dazu beitragen, dass wir Missstände zu beklagen haben. Ich meine, es gehört, wenn wir hier eine redliche Diskussion führen, dazu, dass wir das auch so ansprechen; denn dadurch werden Kosten verursacht, die ein Wirtschaftsbetrieb wie

die Bahn AG auf die Fahrpreise umlegen muss. Dann, wenn die Fahrpreise erhöht werden, jammern wir anschließend gemeinsam und sagen z. B.: Das ist doch eigentlich unverschämte, das passt überhaupt nicht in die Zeit, darunter leidet die Attraktivität des Bahnangebotes. - Es gehört also redlicherweise dazu, dass wir nach den Ursachen fragen, punktuell eingreifen und die Mängel abstellen. Dann werden wir sicherlich das bekommen, was wir alle wollen, nämlich ein qualitativ relativ hochwertiges Angebot der Bahn.

Wenn ich mit dem einen oder anderen Kollegen über die Leistungen der Bahn spreche, muss ich sagen, dass der eine oder andere, der die Bahn im negativen Licht erscheinen lässt, das Verkehrsangebot der Bahn schon sehr lange nicht mehr angenommen hat. Ich stelle jedenfalls fest, dass es punktuell erhebliche Verbesserungen gibt, und ich meine, dass man gerade für den Großraum Hannover feststellen kann, dass sich bis zur EXPO-Eröffnung am 1. Juni ganz Wesentliches getan haben wird bzw. schon getan hat.

Lassen Sie mich noch einige wenige Sätze zu den Verkehrsverbänden sagen. Bei den Verkehrsverbänden, durch die sich regionale Verkehrsträger auf kommunaler Ebene zusammengeschlossen haben, ist Beachtliches geleistet worden, und zwar nicht nur im Großraum Hannover oder im Großraum Braunschweig, sondern auch in den anderen Regionen, wobei es dabei natürlich ganz unterschiedliche Prioritäten gibt. In den wirklich ländlichen Regionen Niedersachsens ist dabei vieles viel schwieriger zu organisieren - an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch gar nicht -, weil man dort ein Verkehrsangebot unter wirtschaftlichen Bedingungen nicht so organisieren kann, wie man es in den Ballungsräumen kann. Das Schlimmste, was man in diesem Zusammenhang tun könnte, wäre, wenn man den Regionen mit der Weisheit des Landtages oder der Landesverwaltung Vorschriften machen würde. Wir sollten stattdessen darauf vertrauen, dass die Regionen schon wissen, was für sie gut ist, und darauf, dass sie sich nach eigener Erkenntnis Konzepte schneiden und versuchen, diese umzusetzen. Ich meine, wir haben überwiegend erlebt, dass das Land dann auch mitfinanziert hat.

In diesem Zusammenhang sollte man auch ein anderes Thema ansprechen. Es gibt auch Regionen, in denen man überhaupt nicht mehr die Möglichkeit hat, ÖPNV-Mittel zu investieren, weil es dafür gar keinen sachbezogenen Bedarf mehr gibt, aber

Bedarf beispielsweise für Straßenbau. In diesen Regionen haben wir viel mehr Interesse daran, dass zukünftig auch die eine oder andere Mark aus ÖPNV-Mitteln zusätzlich für den Straßenbau zur Verfügung gestellt wird, weil man das, was sich mancher so sehr wünscht, in diesen dünn besiedelten Räumen eben gar nicht auf den Weg bringen kann. Ich meine, das gehört auch zur Realität.

Von daher, Herr Wenzel, glaube ich nicht, dass es einen großen Bedarf für Ihren Antrag gibt. Deshalb haben wir im Wirtschaftsausschuss dem Änderungsvorschlag der SPD zugestimmt. Wir werden deshalb, weil es sachlich korrekt ist, diese beiden Anträge gemeinsam mit der SPD beschließen, ihnen also zustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Nunmehr spricht der Herr Wirtschaftsminister Dr. Fischer zu uns.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihren Beitrag, Herr Schirmbeck, als sehr wohltuend empfunden, weil er, wie ich finde, in angemessener Weise die Probleme der Bahn, die es zweifellos gibt, dargestellt hat. Ich finde, dass es nichts nützt, hier dauernd auf die Bahn einzuschlagen und zu schimpfen und damit letztlich das, was in den letzten Jahren an Fortschritten erreicht worden ist, sozusagen schlecht zu machen. Ich finde, wir müssen in der Tat sehen: Die Bahn ist über Jahrzehnte hinweg vernachlässigt worden. Es ist zu wenig investiert worden. Sie ist in keinem guten Zustand. Das müssen wir registrieren. Wir können sie deshalb nicht überfordern. Mit der Bahnreform ist ein erster Schritt getan worden, die Bahn in eine bessere Situation zu bringen. Dieser Schritt war in manchen Punkten vielleicht etwas halbherzig, aber die Bahn ist auf dem Wege der Besserung. Wir können das auch bei uns im Lande spüren, und das sollten wir nicht unterschlagen.

Herr Wenzel, ich kann auch Ihren Vorwurf nicht akzeptieren, wir hätten von den Möglichkeiten der Bahnreform, z. B. davon, mehr Wettbewerb zuzulassen, keinen Gebrauch gemacht. Wir haben in Niedersachsen inzwischen rund 10 % unseres

Nahverkehrsnetzes ausgeschrieben. Damit sind wir bundesweit an der Spitze. Das macht wohl deutlich, dass wir schon versuchen, die Chancen, die sich mit der Bahnreform ergeben haben, auch für uns zu nutzen.

Nun zu den beiden Anträgen, mit denen wir uns hier jetzt erneut beschäftigen müssen. Das eine Thema ist der fahrgastfreundliche Schienenpersonennahverkehr. Ich habe an dieser Stelle schon mehrfach gesagt und wiederhole es gerne: Die Qualitätsmerkmale, die hier eingefordert werden – nämlich Pünktlichkeit, Verkürzung von Fahrzeiten, der Zustand von Bahnhöfen oder auch die Infrastruktur –, spielen bei allen Verhandlungen mit unseren Partnern – darüber sollten Sie, Herr Wenzel, sich einmal informieren – eine herausragende Rolle. Das sind für uns Dinge des täglichen Geschäfts.

(Wenzel [GRÜNE]: Warum kommt dann so wenig dabei heraus?)

Das wissen Sie vermutlich nicht, weil Sie sich nicht ausreichend informiert haben. Deshalb will ich hier ein paar Zahlen nennen.

Erstens. Wir investieren bis zum Jahre 2002 rund 140 Millionen DM in die Schieneninfrastruktur aufgrund des Nachholbedarfs von früher.

Zweitens. In den nächsten vier Jahren wollen wir Zuschüsse in Höhe von rund 345 Millionen DM für die Beschaffung neuer Fahrzeuge gewähren. Wir werden moderne Doppelstockwagen, die wir zum Teil schon haben, Elektro- und Dieseltriebwagen bekommen. Der alte Fahrzeugpark, den wir jetzt leider immer noch kennen, wird mehr und mehr verschwinden.

Drittens. Mit rund 71 Millionen DM werden wir Bahnhöfe in Niedersachsen erneuern und damit auch ihr Erscheinungsbild verbessern. Das heißt, dass wir eine Menge auf den Weg gebracht haben, und es gibt schon erste Resultate, Herr Wenzel. Auch das sollten Sie nicht verschweigen.

Wir haben also Erfolge zu verzeichnen. Wir haben einmal die Zuwächse im Schienenpersonennahverkehr ermittelt und festgestellt: Bundesweit gibt es im Zeitraum von 1997 bis 1999 Zuwächse von 3 %. In Niedersachsen gibt es Zuwächse von 11 %. Wir liegen also ganz erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

(Frau Pruin [CDU]: Der ländliche Raum ist noch vernachlässigt!)

Ich meine, das zeigt, dass wir gerade in unserem Land die Verantwortung und die Möglichkeiten, die wir als Landesregierung durch die Bahnreform für den Schienenpersonennahverkehr bekommen haben, auch genutzt haben.

Aber auch andere Dinge, die Sie hier erwähnt haben - z. B. die Einbehaltung von Geldern bei Schlechtleistungen und die Vereinbarung von Qualitätsmerkmalen -, gehören bei uns ebenso wie die eben schon von mir genannten Dinge zum täglichen Geschäft. Ich will Ihnen, Herr Wenzel, einmal sagen - darüber haben Sie sich auch nicht informiert und stellen hier falsche Behauptungen auf -, dass wir in den Jahren 1997 bis 1999 wegen Nichteinhaltung von Pünktlichkeitszusagen im Durchschnitt etwa 5 Millionen und 7 Millionen DM Minderung bei unseren Zahlungen an die Deutsche Bahn AG geleistet haben. Das gehört auch zum täglichen Geschäft. Insofern meine ich, dass der Antrag, den Sie eingebracht haben, absolut ins Leere geht, weil Sie sich nicht ausreichend informiert haben.

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Minister Dr. Fischer, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Wenzel?

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Gerne.

Vizepräsidentin Litfin:

Bitte!

Wenzel (GRÜNE):

Ich wollte mich zu Wort melden!

Vizepräsidentin Litfin:

Gut. Wenn er sich zu Wort melden möchte, muss er beim Präsidium einen Zettel abgeben.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Wenn Sie keine Frage stellen wollen, darf ich nun auf den zweiten Antrag eingehen, der sich auf die

Einrichtung flächendeckender Verkehrsverbünde bezieht.

Die Position der Landesregierung ist schon in dem Konzept für den Schienenpersonennahverkehr deutlich gemacht worden. Das ist dem hohen Hause bekannt. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir eine Anschubfinanzierung für Verkehrsverbünde leisten. Wir haben das beim Zweckverband Südniedersachsen und auch beim Großraum Braunschweig getan. Auch für die Neuordnung der Verkehrsverbünde beim Hamburger Verkehrsverbund haben wir dies angekündigt und haben zugesagt, solche Zahlungen leisten zu wollen.

Wir haben aber gesagt, wir wollen keine flächendeckende Zwangseinführung von Verkehrsverbünden durchführen, weil wir meinen, dass dies kontraproduktiv ist. Auch hierbei kann ich nur Herrn Schirmbeck beipflichten, der dies zu Recht gesagt hat. Denn es hat keinen Zweck, das Land Niedersachsen in kurzer Zeit mit flächendeckenden Verkehrsverbünden zu überziehen - insbesondere nicht gegen den Willen der Beteiligten. Denn wir sind auf eine Kooperation mit den regionalen Verkehrsträgern angewiesen. Wir wollen also keinen Zwang ausüben, sondern - das haben wir auch immer wieder gesagt - wir werden die Fördermodalitäten, die sich bewährt haben, gemeinsam mit den Verkehrsträgern und den kommunalen Gebietskörperschaften weiter anwenden. Diesen Grundsatz werden wir auch in Zukunft nicht verlassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Biel.

Biel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein dauerhafter Prozess, die Pünktlichkeit, Sicherung und Verkürzung von Fahrzeiten, die Anschlussverbindungen, die Ausgestaltung von Bahnhöfen und die Verbesserung des Zugangs für alle zu ermöglichen - ein Prozess, dem sich die Landesregierung und die Nahverkehrsgesellschaft permanent stellen. Dies geschieht z. B. folgendermaßen:

Erstens. Mit großen Sachleistungen - auch mit GVFG-Mitteln - sind die zentralen Umsteigemöglichkeiten an den jeweiligen Bahnhöfen in den Regionen Niedersachsens so ausgestaltet worden,

dass der Bürger ein Verkehrsmittel des ÖPNV der Region nutzen und dann bequem auf die Bahn umsteigen kann. Aus- und Umbaupläne für Bahnhöfe in Niedersachsen liegen vor. Das Land wird auch weiterhin Mittel für die Aus- und Umbauten zur Verfügung stellen. Dies ist keine Selbstverständlichkeit, aber es gehört zu einem Gesamtkonzept, wie es die Landesregierung zur Verbesserung des ÖPNV im gesamten Land verfolgt.

Zweitens. Riesige Investitionszuschüsse sind für besucherfreundliche Ausgestaltungen der Bahn geleistet worden. Dies ist normalerweise nicht die Aufgabe eines Landes oder einer Kommune, sondern alleinige Aufgabe der Bahn AG. Die Landesregierung ist hierbei zugunsten der Bürgerinnen und Bürger behilflich und unterstützt damit die Bahn AG. Zehn solcher gelungenen Bahnhofprojekte wird die Parlamentarische Gruppe Bahn im ersten Quartal dieses Jahres fotografisch hier im Landtag ausstellen. Diejenigen, die das bisher nicht glauben, können das dann im Landtag sehen.

Drittens. Durch Zuschüsse bemüht sich die Landesregierung, in Nahverkehrszügen - seien es S-Bahn-Züge, Doppelstockwagen oder Regionaltriebwagen - die Benutzerfreundlichkeit für die Menschen, die zur Arbeit und wieder nach Hause fahren, zu verbessern und damit die Akzeptanz für das Benutzen der Bahn entscheidend zu erhöhen. Das alte Fahrwerk wird Zug um Zug verschwinden. Meine Damen und Herren, ich will an dieser Stelle auch nicht verhehlen, dass es dort die eine oder andere berechtigte Kritik gibt, aber dies ist auch nicht alles mit einem Mal zu erledigen.

Viertens. Die positive Haltung der Landesregierung zur Einrichtung von Verkehrsverbänden unterstützen wir voll. Diese Verbände können aber nicht von der Landesregierung im ganzen Land flächendeckend übergestülpt werden. Gemeinsam mit den Verkehrsträgern und den kommunalen Gebietskörperschaften wird sie weiter auf die Bildung von Verkehrsverbänden hinwirken.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Die Landesregierung ist auf einem sehr guten Weg. Wir sollten sie dabei unterstützen und nicht mit überflüssigen Anträgen unnötig beschäftigen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Vockert [CDU] und Schirmbeck [CDU])

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Wenzel hat noch einmal um das Wort gebeten. Die Redezeit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war ausgeschöpft, aber die Kollege Wenzel bzw. seine Fraktion hat die Möglichkeit, zusätzliche Redezeit über den so genannten Ministerzuschlag nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zu beantragen. - Kollege Wenzel, bis zu zwei Minuten!

(Plaue [SPD]: Das kann ja gar nicht sein! Die Einleitung der Präsidentin war schon drei Minuten lang!)

Wenzel (GRÜNE):

Das reicht aber völlig.

Herr Minister Dr. Fischer, es liegt mir fern, alles schlechtzureden, was Sie tun oder sagen.

(Zuruf von Plaue [SPD])

Ganz im Gegenteil: Ich habe mich z. B. über Ihren Beitrag zu den Aussagen des neuen Bahnchefs Mehdorn sehr gefreut, der heute im „Pressespiegel“ nachzulesen ist.

Aber ich möchte noch eine Bemerkung zu Ihrem Hinweis auf die allseits beliebte Frage machen, wie gut sich die Abgeordneten informiert haben, bevor sie sich zu Wort gemeldet haben. Ich sage dazu ganz deutlich: Es liegt mir völlig fern, von jedem Referenten in Ihrer Verwaltung einen Tätigkeitsnachweis einzuholen, bevor ich mich hier zu Wort melde. Ich halte viel von dem Prinzip „learning by doing“. Allein beim Thema Pünktlichkeit reicht mir meine eigene Erfahrung, um zu sehen, dass das, was auf den Schienen in Niedersachsen passiert, nicht ausreichend ist.

(Plaue [SPD]: Das ist aber sehr selektiv!)

In diesem Bereich möchte ich eine Verbesserung. Ich habe oft genug meinen Bus verpasst.

(Plaue [SPD]: Dann müssen Sie früher aufstehen!)

Ich weiß das auch von anderen Fahrgästen. Ich meine, es ist notwendig, hier etwas zu verbessern. Wenn Sie ab und zu Ihren Dienstwagen stehen lassen und diesem Prinzip auch hin und wieder Rechnung tragen würden, würden wir vielleicht an

dieser Stelle eine andere Debatte führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 6. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 1174 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 526 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Das Erste war die Mehrheit.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 7. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 1176 zustimmen und damit den Antrag in geänderter Fassung annehmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Mit einer Gegenstimme sind Sie der Empfehlung des Ausschusses gefolgt.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung:

Schnelle Bahnverbindung von Hamburg nach Berlin über Uelzen - Stendal - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1030 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1245

Der Antrag wurde am 7. Oktober 1999 an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Biel.

Biel (SPD), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich gebe den Bericht zu Protokoll.

(Zu Protokoll:)

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 1245, den Antrag der Fraktion Bündnis

90/Die Grünen in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Anlässlich der Ausschussberatungen machte der Sprecher der SPD-Fraktion deutlich, dass seine Fraktion die von den Grünen erhobene Forderung nach einer ICE-Verbindung von Hamburg über Uelzen – Stendal nach Berlin für unrealistisch halte. Darüber hinaus sei zu bedenken, dass ICE-Züge nicht an allen Bahnhöfen hielten. Seine Fraktion plädiere daher - auch im Hinblick auf einen möglichen zweigleisigen Ausbau der Strecke Uelzen – Stendal - für die Ausgestaltung einer schnellen Fernverkehrsverbindung von Hamburg über Lüneburg, Uelzen, Stendal nach Berlin auf der bisherigen Trasse.

Der Abgeordnete betonte des Weiteren, dass die SPD-Fraktion im Übrigen die Forderung der Grünen ablehne, die Planungen zum Bau einer Transrapid-Strecke von Hamburg nach Berlin abzubrechen. Er unterstrich, seine Fraktion stehe vielmehr hinter dieser neuen Technologie und wolle das Ergebnis der zurzeit geführten Diskussion über den Bau einer entsprechenden Trasse zunächst abwarten. Im Übrigen sei es durchaus nachvollziehbar, dass ausländische Investoren nicht nur an einem Beweis der technischen Realisierbarkeit des Transrapid, wie er auf der Versuchsstrecke in Lathen bereits erbracht wurde, sondern auch an einem Nachweis der Wirtschaftlichkeit, wie er nur im praktischen Einsatz erbracht werden könne, interessiert seien.

Die Vertreter der CDU-Fraktion wiesen insbesondere auf die sicherheitstechnischen und umweltpolitischen Vorteile des Transrapid hin und zeigten sich enttäuscht, dass die Fraktion der Grünen die großen Möglichkeiten, die in dieser Technologie steckten, nicht erkennen. Die CDU-Fraktion lehne daher den Antrag der Grünen ab, sei aber - ebenso wie die SPD-Fraktion - im Rahmen eines geeigneten Änderungsvorschlages bereit, sich im Interesse der Region Uelzen/Stendal für eine schienengebundene Fernverkehrsverbindung von Hamburg nach Berlin einzusetzen.

Das Ausschussmitglied der Grünen erläuterte zu Beginn der Ausschussberatungen den von seiner Fraktion eingebrachten Antrag im Sinne der vorliegenden Antragsbegründung. Nach Vorlage des von der SPD- und der CDU-Fraktion erarbeiteten Änderungsvorschlages, der Ihnen heute als Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vorliegt, erklärte der Abgeordnete der

Grünen, dass auch er diese Formulierung durchaus mittragen und daher dem Änderungsvorschlag zustimmen könne. Er behalte sich jedoch vor, gegebenenfalls bei der Schlussberatung im Plenum nach wie vor einen Abbruch der Planungen zum Bau einer Transrapid-Strecke von Hamburg nach Berlin zu fordern.

Einstimmig empfahl sodann der Wirtschaftsausschuss dem Landtag die Annahme des Antrages in geänderter Fassung. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr bittet Sie daher, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1245 Ihre Zustimmung zu geben.

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zehn Jahre - die Schneckenpost von Hamburg nach Berlin hat sozusagen gerade eine volle runde Zahl erreicht. Vor diesem Hintergrund freue ich mich über die Zustimmung der anderen Fraktionen dieses Hauses zu den zentralen Punkten unseres Antrags. Ich zitiere:

„Der Landtag fordert die schnellstmögliche Realisierung einer Fernverkehrsverbindung von Hamburg nach Berlin über Uelzen - Stendal.“

Meine Damen und Herren, das war die Kernaussage und der wichtigste Punkt unseres Antrags. Ich freue mich, dass wir in dieser Frage Einstimmigkeit erzielt haben.

Wenn diese Strecke ausgebaut und beschleunigt worden sein wird - das soll nach Auskunft des Bahnchefs schon für eine Summe von weniger als 1 Milliarde DM möglich sein -, wird die Fahrzeit um fast eine Stunde verkürzt. Wenn es diese Strecke schon gäbe, meine Damen und Herren, bin ich sicher, dass die gesamte Transrapid-Debatte, die in den letzten Jahren in der Bundesrepublik geführt wurde, nie geführt worden wäre. Das gilt vor allem vor dem Hintergrund der Bahnreform. Die lässt nämlich zu, dass, wenn eine schnelle Bahnverbindung existiert, jeder sozusagen in Konkurrenz zu bestehenden Angeboten fahren kann. Ich bin mir sicher, dass niemand für 20 Minuten Fahrtzeitgewinn den doppelten Fahrpreis auf dieser Strecke zahlen würde, wenn es gelingt, die von diesem

Landtag geforderte Strecke, die wir heute als Absichtserklärung, als Wunsch, als Aufforderung an den Bund beschließen wollen, zu schaffen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch eines sagen. Die technische Anwendungsstrecke für den Transrapid steht in Lathen im Emsland. Viele von Ihnen haben sie vielleicht schon einmal ausprobiert. Die zweite Anwendungsstrecke - ich betone: die zweite Anwendungsstrecke - für den Transrapid, über die zurzeit in der Bundesrepublik diskutiert wird, muss die wirtschaftliche und die ökonomische Leistungsfähigkeit des Transrapids nachweisen. Ich habe ernsthafte Zweifel, ob das mit der zurzeit ins Auge gefassten Variante Berlin - Hamburg möglich wäre.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch eines zu den Argumenten sagen, die hier oft genannt worden sind. Nicht alles, was wir tun können, ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Wir könnten z. B. auch einen Shuttle zum Mond einrichten, meine Damen und Herren. Das ist technisch durchaus eine interessante Herausforderung und schafft Arbeitsplätze. Aber ist das wirtschaftlich wirklich ein sinnvolles Unterfangen, meine Damen und Herren? - Wir können es ja einmal prüfen. Ich habe daran meine Zweifel.

Nun liegt uns seit gestern der Vorschlag von dem Kollegen Gabriel auf dem Tisch. Meine Damen und Herren, ich kann ihn nicht so ganz ernst nehmen. Ich habe mir noch einmal angesehen, was in den vergangenen Jahren mit den Schienenverbindungen in unser Nachbarland geschehen ist. Leer - Groningen, das ist eine Bahnstrecke, über die seit Jahren diskutiert wird. In der Region besteht der dringende Wunsch, diese Strecke auszubauen. Es gibt pro Tag drei Direktverbindungen hin und vier Direktverbindungen zurück. Amsterdam - Hannover: zwei bzw. drei Direktverbindungen pro Tag. Amsterdam - Osnabrück: zwei bzw. drei Direktverbindungen pro Tag. Über diese Verbindungen haben wir oft geredet, weil die Grafschaftler gesagt haben: Wir wollen endlich bessere Verbindungen nach Holland. Wir wollen endlich dort hinkommen, und zwar nicht nur zweimal am Tag, sondern mehrmals täglich. Auch in Bezug auf die Strecke Leer - Groningen stellt sich die Frage: Wie soll man denn bei einer Strecke, die dreimal am Tag befahren wird, morgens zur Arbeit und nachmittags wieder nach Hause kommen? Das kann doch niemand machen.

(Frau Pruin [CDU]: Da sind doch nur zehn Leute drin!)

Deshalb, meine Damen und Herren, befürchte ich, dass die Ankündigung von Gabriel eher als Drohung empfunden werden muss. In der Region heißt das nämlich, dass wieder zehn Jahre lang alles still steht, bis man irgendwann feststellt, dass nichts passiert oder dass es sich nicht rechnet. Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass die Landesregierung erst einmal ihre Hausaufgaben macht und dafür sorgt, dass die Verbindungen über Osnabrück, Bad Bentheim, Hengelo nach Amsterdam ausgebaut, beschleunigt und deutlich mehr Fernverkehrszüge eingesetzt werden und dass endlich Leer - Groningen realisiert wird. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Wenzel, der Kollege Beckmann möchte Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie das zulassen?

Wenzel (GRÜNE):

Gerne.

Beckmann (SPD):

Ist Ihnen bekannt, dass aus der Region heraus unter der Überschrift „Hanse Interregio“ mit Beteiligung der Grünen genau diese Strecke gefordert worden ist?

Wenzel (GRÜNE):

Ich halte es für eine Ente, dass das mit Beteiligung der Grünen erfolgt ist. Darüber ist mir jedenfalls nichts bekannt. Wenn Sie mit den Claqueuren aus der Region Herrn Theilen meinen, ein ehemaliges Mitglied der SPD-Landtagsfraktion, dann kann man wohl nicht sagen, dass dahinter die ganze Region steht. Ich habe meine Zweifel, ob das richtig ist.

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU spricht der Kollege Wojahn.

Wojahn (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich sage für die CDU-Fraktion - das ist wohl auch schon in den Ausschussberatungen klar geworden -, dass wir der gemeinsam erarbeiteten

Beschlussempfehlung zustimmen werden. Es ist für uns eine Freude, dies zu tun.

Ich möchte zum Thema Transrapid zwei Bemerkungen machen. Dieses Thema ist ja von den Grünen angesprochen worden. Meine Damen und Herren, eigentlich könnte man froh sein, dass der Ministerpräsident Gabriel für den Transrapid eine Strecke ins Gespräch bringt, die unser Fraktionsvorsitzender schon vor vier oder fünf Jahren im Landtag eingebracht hat. Ich möchte den Grünen aber eines sagen: Ich kann mich noch an die Zeit erinnern, als die SPD und der jetzige Bundeskanzler Schröder, der frühere Ministerpräsident, gegen den Transrapid polemisiert haben. Was hat da geholfen? - Der Herr Ministerpräsident ist nach Lathen gefahren und hat eine Fahrt mit dem Transrapid unternommen. Und siehe da, auf einmal hatte sich seine Einstellung zum Transrapid geändert. Vielleicht sollte man das den Grünen auch einmal empfehlen. Das wäre vielleicht gar nicht so schlecht. Denn man kann immer dazulernen. Das gilt für uns und für andere auch.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, Sie und auch einige Kollegen aus dem Hause waren dabei, als vor Weihnachten das Schienenprojekt Deutsche Einheit Nr. 3, und zwar die Strecke von Uelzen bis Salzwedel - das war ja die Strecke, die durch die Grenze zerstört wurde und damit nicht mehr befahrbar war, nämlich die alte Amerikalinie Bremen - Berlin; das ist ja die historische Strecke -, eingeweiht wurde. Man kann natürlich froh sein, dass wir dies geschafft haben. Natürlich gab es damals die Intention, eine Schnellstrecke zu bauen, um die schnellen Fernverbindungen herzustellen. Das ist aber aus finanziellen Gründen gescheitert. Wir müssen uns alle nach der Decke strecken und erst einmal das tun, was im Augenblick notwendig ist. Natürlich müssen wir an die Schnellverbindungen denken. Aber wir sind Niedersachsen und niedersächsische Abgeordnete. Ich sage Ihnen: Für Niedersachsen, insbesondere für Nordostniedersachsen - das ist jetzt machbar, Herr Minister -, ist eine InterRegio-Verbindung auf dieser Strecke essentiell wichtig. Denn wir sind - das sagen die Raumplaner - periphere Mitte. Wenn wir nicht mit den großen Zentren verbunden werden, dann nutzt uns das nicht allzu viel, dass wir in der Mitte sind.

Deshalb geht meine Aufforderung an den Minister: Auch wenn in ferner Zeit eine schnelle Fernverbindung von Hamburg nach Berlin, aber auch von

Bremen nach Berlin - das ist ja die gleiche Tangente; diese trifft sich in Uelzen - angedacht ist, brauchen wir jetzt eine InterRegio-Strecke. Ich weiß, dass auch mein Kollege Hederich im Bundestag dies laufend einfordert und dass auch Herr Struck daran arbeitet. Der sagt das aber nicht so laut, denn er will ja nicht so gerne einen Misserfolg haben. So ist das, wenn man als Fraktionsvorsitzender einer Regierungsfraktion Verantwortung trägt.

Ich freue mich, dass wir dieses zusammen betreiben. Ich fordere den Minister auf, dazu ein paar Worte zu sagen. Im Jahre 2001 wäre das noch möglich. Das ist eine Strecke, die uns in Niedersachsen weiterbringt. Sie behindert nicht die fernere Planung auf einen möglichen ICE hin. Bei dem Bau dieser Strecke ist das den Bürgern versprochen worden. Der Bau der Strecke ist sehr schwierig gewesen, weil in 50 Jahren um diese Strecke herum viel zusammengewachsen ist. Bei dem jetzigen Ausbau sind eben keine Kreuzungsfreiheit und kein Schallschutz vorgeschrieben gewesen. Deswegen mussten wir oft mit den Bürgern kämpfen. Solange ich im Landtag bin - das liegt ja fast ganz in meinem Wahlkreis und in dem Wahlkreis des Kollegen Voigtländer -, hatte ich damit zu tun. Ich meine, die Politik und die Bahn - das hat sie zugesagt - sollten sich bemühen, diesen InterRegio zu schaffen, damit wir den Menschen nachweisen können, dass gewisse Unbequemlichkeiten und Einschnitte in Zukunft verkehrliche Vorteile bringen.

Ich möchte das noch mit zwei anderen Fakten begründen. Herr Minister, Sie wissen genau, dass Nordostniedersachsen von der damaligen Schröder-Trittin-Landesregierung im verkehrlichen Bereich nicht begünstigt wurde.

(Unruhe bei der SPD)

Die A 39 und die A 14 sind gescheitert. Das ist bedauerlich.

(Schurreit [SPD]: Das habt ihr doch nicht in den Bedarfsplan hineinbekommen!)

- Mal langsam. - Aber wir haben ja jetzt eine gemeinsame Chance, wenigstens den InterRegio gemeinsam mit der Bahn vernünftig hinzubekommen. Ich möchte das auch begründen, und das tue ich auch für die Öffentlichkeit.

Ich weiß - das sage ich auch in Bezug auf die Debatte von heute Morgen -, dass die Arbeitnehmer in der Zukunft noch weiter werden fahren müssen. Wenn die Ökosteuer erhöht und das individuelle Fahren verteuert werden, müssen wir bessere Möglichkeiten bieten. Auch Salzwedel und Stendal sind Mittelzentren, und es arbeiten Menschen aus unserer Region in Berlin. Deswegen brauchen wir solche Verkehrsverbindungen. Denn wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Man muss den Menschen die Möglichkeit geben, auch mit einem anderen Verkehrsmittel dorthin zu kommen.

Dazu gehört, dass wir uns alle bemühen - ich bitte Sie darum, Herr Minister -, dass wir diese InterRegio-Linie zunächst im Zweistundentakt mit der Bahn gemeinsam verwirklichen können. Wir sind ja Bahnfahrer. Überlegen Sie bitte: der Bahnhof Uelzen als neuer Knotenpunkt. - Dies ist er heute ja auch in gewisser Weise. - Das Parkhaus, in dem wir parken können, um auf die Bahn umzusteigen, ist 1994/95 gebaut worden. Damals war ich schon Landtagsabgeordneter. In den ersten Jahren war es halb voll. Wenn Sie heute zu einer Nachmittagsitzung des Landtages fahren wollen, bekommen Sie im Parkhaus keinen Parkplatz mehr. So gut wird dies angenommen, wenn Sie eine vernünftige Bahnverbindung haben.

(Schurreit [SPD]: Eine gute Politik haben wir gemacht!)

Wir bauen gerne noch ein größeres Parkhaus, wenn wir den anderen InterRegio haben, sodass noch mehr Menschen ihre Berufstätigkeit, aber auch ihr Geschäftsleben über diese Strecke abwickeln können. Unterstützen Sie uns deswegen bei der Schaffung dieser InterRegio-Linie als ersten Schritt. Dies können wir nämlich mittelfristig verwirklichen. Dies ist zunächst einmal wichtig - wichtig für die Bürger in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Nunmehr hat sich der zuständige Minister Dr. Fischer zu Wort gemeldet.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um in einer ersten Vorbemerkung gleich auf Herrn Wojahn zu antworten: Ich kann das, was Sie gesagt

haben, nur unterstützen. Auch ich bedauere, dass z. B. die Bahn zu wenig in die Offensive geht, Angebote macht. Da, wo sie vernünftige Angebote macht, werden diese auch angenommen. Das beobachte ich auch. Ich habe beim vorigen Tagesordnungspunkt bereits erwähnt, dass wir in den letzten Jahren in Niedersachsen beim Schienenpersonennahverkehr weit überdurchschnittliche Zuwachsraten gehabt haben, weil wir, wie ich meine, vernünftige Angebote gemacht haben.

Eine bessere Angebotspolitik wäre also wichtig. Aber, Herr Wojahn, Ihr Appell in Ehren. Sie wissen: Seit der Bahnreform von 1994 ist die Bahn dafür alleine zuständig und entscheidet alleine darüber. Das geschieht ohne Mitwirkung der Länder.

(Oestmann [CDU]: Sie ist für Ratschläge doch zugänglich, oder nicht?)

- Ich werde es gleich sagen. Wir wollen natürlich versuchen, gemeinsam darauf hinzuwirken, und haben dies ja auch kürzlich gemeinsam getan.

Ich möchte gern eine zweite Vorbemerkung machen, und zwar zu dem Antrag der Grünen. Es ist vielleicht etwas untergegangen, aber er ist insofern bemerkenswert, als Sie, Herr Wenzel, zum ersten Mal eine Hochgeschwindigkeitsstrecke fordern. Bisher haben Sie sich meist für ziemlich unrentable Nebenbahnen eingesetzt. Dies ist ein Novum, und das sollte man auch anerkennen.

(Beifall bei der SPD - Frau Harms [GRÜNE]: Wir setzen uns aber schon seit vielen Jahren für diese Strecke ein!)

Eine weitere Vorbemerkung, weil wir das auch nicht ganz untergehen lassen wollen: Herr Wenzel, ich habe Ihnen eben schon gesagt, wir stehen für Informationen immer zur Verfügung. Sie können uns immer ansprechen. Sie haben soeben die Situation im Zusammenhang mit der Strecke Leer - Groningen beklagt. Diese Strecke - ich will das als Faktum sagen - befindet sich im Ausbau. Für 30 Millionen DM wird sie ausgebaut, 6 Millionen DM schießt das Land dazu, und Ende dieses Jahres wird diese Strecke fertig sein. Das ist doch auch etwas. Das haben Sie offenbar noch nicht gewusst.

(Beifall bei der SPD)

Zum Transrapid will ich hier nichts sagen. Damit könnte ich die Debatte noch verlängern, aber ich will mich auf das eigentliche Thema konzentrieren.

Der Antrag ist eigentlich erst in der Beratung im Ausschuss richtig rund geworden. Es ist nämlich zu Recht darauf hingewiesen worden, dass der wieder eröffnete Lückenschluss zwischen Stendal und Uelzen nicht nur Möglichkeiten für eine direkte Verbindung zwischen Hamburg und Berlin eröffnet. Auch wir Niedersachsen haben ein großes Interesse an dieser Relation. Das war ja auch der Inhalt Ihrer Ausführungen, Herr Wojahn. Deshalb meine ich, wenn wir uns gemeinsam für eine Fernverkehrsverbindung auf dieser Strecke stark machen, dann sollten wir auch unsere niedersächsischen Belange in den Mittelpunkt der Argumentation stellen. Ich meine, mit dem Änderungsantrag, der hier zur Abstimmung steht, ist dies auch gelungen.

Ich begrüße es sehr, dass die Fraktionen des Niedersächsischen Landtages zu einer gemeinsamen Auffassung gefunden haben. Denn das stärkt unsere Position gegenüber der Deutschen Bahn AG, gegenüber der wir diskutieren und unsere Argumente einbringen müssen.

Ich will noch einmal zusammenfassen, worauf es mir dabei ankommt. Drei Aspekte scheinen mir wichtig zu sein.

Erstens müssen wir uns davor hüten, bei der Diskussion immer nur die Streckenendpunkte, also Hamburg und Berlin, im Munde zu führen. Für uns steht die Anbindung von Lüneburg und Uelzen an die Bundeshauptstadt im Mittelpunkt. Das sollten wir auch immer deutlich sagen, und insoweit kann ich Herrn Wojahn nur voll zustimmen.

(Zustimmung von Schurreit [SPD])

Zweitens - ich meine, dies ist auch wichtig - bietet uns der Lückenschluss Uelzen - Stendal nicht nur neue Chancen auf der Strecke, die ich hier angesprochen habe. Vielmehr ist Uelzen damit wieder zu einem echten Eisenbahnkreuz geworden. Denn neben der Strecke Hamburg - Berlin wollen wir auch die Ost-West-Verbindung von Bremen über Uelzen nach Berlin nicht außer Acht lassen. Auch dafür müssen wir Niedersachsen uns stark machen.

Drittens gilt dies umso mehr, als die Deutsche Bahn AG den gerade geöffneten Lückenschluss zwischen Uelzen und Stendal jetzt anscheinend gar nicht mehr als Fernverbindung nutzen will.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ja!)

Über Jahre hat die Deutsche Bahn AG die Einbindung der Strecke Uelzen - Stendal in den Fernverkehr in Aussicht gestellt. Jetzt, da die Voraussetzungen dafür geschaffen sind, tut sich die Bahn hierbei auf einmal ausgesprochen schwer.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das sage ich Ihnen! In Stendal steht man stundenlang!)

Das wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb sollten wir uns auch gemeinsam - da kann ich allen nur zustimmen - einsetzen. Die Bahn darf sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, und dafür müssen wir gemeinsam eintreten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Pruin [CDU] und von Frau Harms [GRÜNE])

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der SPD spricht der Kollege Schurreit.

Schurreit (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich wollte noch einmal deutlich machen, dass es uns gelungen ist, die Positionen aller drei Fraktionen in einer gemeinsamen Resolution und in einem gemeinsamen Antrag zusammenzuführen. Daher weiß ich auch die kontroverse Diskussion nicht richtig zu gewichten und zu bewerten.

Herr Wojahn, aus Ihrem Bereich heraus immer wieder zu erklären, dass zu Zeiten, in denen wir die Mehrheit im Land hatten, eine A 39 nicht realisiert worden ist und dass wir deshalb Schuld haben, ist eine Propaganda, die Herr Grill über Ewigkeiten betrieben hat. Wer hat denn nicht realisieren können, dass die A 39 oder die A 14 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrsweplans aufgenommen worden sind?

(Beifall bei der SPD - Wojahn [CDU]: Niedersachsen hat nicht angemeldet! - Zuruf von Wenzel [GRÜNE])

Ich will es noch einmal verdeutlichen: Das seid ihr gewesen, nicht wir. Dieses Spiel kann ich angesichts des gemeinsamen Antrages, den wir verfasst haben, nicht zulassen.

(Frau Harms [GRÜNE]: Ich dachte, wir reden hier über schnelle Bahnverbindungen, Herr Schurreit!)

- Einverstanden. Aber das war nur ein Vorwort zu einer Aussage eines Abgeordneten der Region, der andere als Verursacher festlegen will.

(Frau Harms [GRÜNE]: Das sind eben Ihre verkehrspolitischen Schwerpunkte!)

- Ich komme jetzt dazu, Rebecca Harms.

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz)

Mit dem Antrag der Grünen haben wir uns im Fachausschuss auseinander gesetzt. Ich bitte, genau zuzuhören, vor allem Herrn Wenzel, der sagt, er hätte gerne eine schnelle ICE-Verbindung von Hamburg über Lüneburg, Uelzen und Stendal nach Berlin. Als ihm klar wurde, dass dieser Antrag so formuliert war, hat er auch festgestellt, dass nur an den Endpunkten, nämlich in Hamburg oder in Berlin, eingestiegen werden konnte. Ansonsten fährt der ICE durch und hält nirgendwo. Diese Erkenntnis betrifft die Politik der Bahn insgesamt. Deshalb haben wir den Teil natürlich sofort korrigiert. Wir brauchen im Interesse der Region einen regionalen Halt. Herr Wojahn hat dies hier sehr deutlich gemacht, der Minister auch. Das heißt, mit der Ausgestaltung einer schnellen Verbindung, mit dem InterRegio-Angebot, hätten wir die Alternative, schneller von Lüneburg, von Uelzen und von Stendal nach Berlin zu kommen. Das ist der erste Ansatz, weshalb eine Korrektur schon im ersten Teil vorzunehmen war.

Im zweiten Teil wird vom Abbruch der Transrapid-Planung gesprochen. Das können wir natürlich nicht mitmachen. Dies ist auch sehr deutlich artikuliert worden. Dies ist eine zukunftsweisende Technologie, und so wird sie auch vom Bundeskanzler und vom Ministerpräsidenten dargestellt. Im Stadium der Erprobung hat eine deutsche Technologie einen Vorsprung zu verzeichnen. Das ist bewiesen. Wir haben eine Referenzstrecke in Lathen vorzuweisen. Aber es fehlt an der Anwendungsreife.

In diesem Zusammenhang ist auf die Idee zu verweisen, die der neue Europaminister dargestellt hat. Man könnte auf der Basis der holländischen Überlegungen sagen: Ausgestaltung der transeuropäischen Netze. Wir sind bereit, von Amsterdam

nach Groningen auf der Basis privater Finanzierung eine Transrapid-Strecke zu installieren. Es wäre von uns als Niedersachsen konsequent und auch im niedersächsischen Interesse, diese Strecke über Bremen nach Hamburg fortzuführen,

(Beifall bei der SPD)

um dort das Projekt in die Strecke von Hamburg nach Berlin einmünden zu lassen und um die Strecke in einem zusammenwachsenden Europa dann natürlich auch nach Warschau oder Moskau weiterzuführen. Das ist das Gesamtkonzept transeuropäischer Netze.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]:
Das haben wir doch immer gesagt!)

- Entschuldigen Sie bitte, das ist doch nicht das Thema! Ich verdeutliche hier eine von allen Fraktionen getragene Beschlussempfehlung.

(Dinkla [CDU]: Alter Wein in neuen
Schläuchen!)

Weil es sich hierbei um ein europäisches Gesamtkonzept handelt, besteht auch die Möglichkeit, diese Maßnahme wenigstens zu 50 % aus europäischen Töpfen zu fördern.

Das Interesse des Landes Niedersachsens muss es sein - insofern bedanke ich mich, dass es gelungen ist, eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu formulieren -, unter dem Gesichtspunkt der Stärkung des Nordostens Niedersachsens und der Anbindung von Lüneburg über Uelzen eine schnelle Verbindung von Hamburg nach Berlin zu realisieren.

Sie wissen, wir haben gerade die Strecke Uelzen - Stendal eingeweiht. Die ursprüngliche Zielvorstellung war, diese Strecke zweigleisig zu elektrifizieren und für Geschwindigkeiten bis zu 200 km/h auszubauen. Bislang ist es lediglich gelungen, sie einseitig zu elektrifizieren und für Geschwindigkeiten bis zu 160 km/h auszubauen. Deshalb müssen wir gemeinsam den Minister darin unterstützen, auf den weiteren Ausbau und darauf hinzuwirken, den Eisenbahnknotenpunkt Uelzen so auszugestalten, dass am Ende die Amerikalinie, die von Berlin über Uelzen, Soltau, Langwedel und Bremen nach Wilhelmshaven geführt hat, wieder aufgenommen werden kann. Ich möchte hier noch einmal deutlich machen, dass dieses Eisenbahnkreuz auch in unserem Interesse liegt und insofern der Initiative des Ministers bedarf.

Alle Fraktionen stehen gemeinsam hinter diesem Vorgehen des Ministers. Ich bin froh, dass das gelungen ist. Ich bedanke mich bei den Fraktionen - das ist ja im Prinzip meine Idee gewesen -, dass sie mir in diesem Sinne gefolgt sind. Ich sehe in diesem Punkt auch keine Kontroverse.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Schurreit. - Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wenzel hat zusätzliche Redezeit beantragt. Ich gewähre ihm bis zu zwei Minuten. Herr Kollege Wenzel, bitte schön!

Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Schurreit, ich wollte nur kurz darauf hinweisen, dass wir gestern in der Zeitung lesen konnten, dass es 25 % EU-Förderung gibt. Heute hören wir, dass es sogar 50 % sind.

Meine Information ist, dass die Europäische Union allergrößte Probleme mit der Aufnahme des Transrapid-Systems in die transeuropäischen Netze gehabt hat. Sie hat gesagt, dies sei ein Fremdkörper im Rad-Schiene-System, das möglichst lang laufende, schnelle und umsteigefreie Verbindungen - beispielsweise von Skandinavien über Hamburg und Berlin nach Dresden oder Prag - anstrebt. Von daher halte ich auch diese ganzen Überlegungen mit Holland für Augenwischerei. Sie entbehren jeder ökonomischen Grundlage.

Herr Mehdorn hat dies ganz genau erkannt und Ihren Leuten ja auch einiges ins Stammbuch geschrieben. Der hessische FDP-Wirtschaftsminister, der sich in Sachen Bürgschaften jetzt aus dem Fenster gelehnt hat, hat im Vorfeld ja auch gerechnet und festgestellt, dass das eine ganz schwierige Sache und wirtschaftlich eigentlich gar nicht darstellbar ist.

Nachdem Bahnchef Mehdorn dies also auch noch einmal vorgerechnet hat, ist ein anderer Zungenschlag in die Debatte gekommen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Verkehrsbedingungen und Pendlerbeziehungen zwischen Amsterdam und Bremen - Sie können das in den Verkehrsmengenkarten nachlesen - gibt es dafür keine ökonomische Grundlage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr in der Drucksache 1245 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen, meine Damen und Herren.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung:

Rechnung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs Epl. 14 Kap. 14 01 für das Haushaltsjahr 1997 - Antrag des Niedersächsischen Landesrechnungshofs - Drs. 14/1201 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 14/1308

Der Antrag des Niedersächsischen Landesrechnungshofs in der Drucksache 1201 wurde am 3. Dezember 1999 an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen, jedenfalls waren sich die Fraktionen im Ältestenrat darüber einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen in der Drucksache 1308 zustimmen will und damit dem Niedersächsischen Landesrechnungshof für die Rechnung über die Einnahmen und Ausgaben bei Einzelplan 14 Kapitel 14 01 für das Haushaltsjahr 1997 Entlastung erteilen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Dann haben Sie einstimmig so beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 10:

Zweite Beratung:

Hauptschule stärken - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/874 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1314

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde in der 31. Sitzung am 15. Juli 1999 an den Kultusausschuss zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist Herr Kollege Koch. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön, Herr Koch!

Koch (CDU), Berichtersteller:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit seiner Beschlussempfehlung in der Drucksache 1314 empfiehlt Ihnen der Kultusausschuss mit den Stimmen der Vertreter der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen. Die Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU stimmten gegen diese Empfehlung.

Die Beratungen im Kultusausschuss waren zunächst geprägt von dem Bemühen, einen von allen drei Fraktionen getragenen Entschließungstext zu erarbeiten. Dies gelang jedoch nicht, da das Maß an Gemeinsamkeiten zu gering war, als dass es als tragfähige Basis für eine einvernehmliche Position zum Thema Hauptschule hätte dienen können.

In der abschließenden Beratung des Antrages betonte ein Mitglied der antragstellenden Fraktion, die CDU-Fraktion wolle die Hauptschule stärken und für eine größere Akzeptanz der Hauptschule in der Bevölkerung sorgen. Die gegenwärtige Form der Hauptschule mit ihren Jahrgängen 7 bis 9 und gegebenenfalls auch 10 stelle eine Kurzzeitschule dar, welche die CDU-Fraktion, aber auch die Lernenden und die Lehrenden für problematisch hielten. In dieser Schulform wäre ein anderes Lernen möglich, wenn sie schon mit dem Schuljahrgang 5 begänne. Den Schülerinnen und Schülern würden sich andere Perspektiven und Erfolgserlebnisse eröffnen, als dies bislang in der Orientierungsstufe der Fall sei. In der Orientierungsstufe seien die Lerngruppen so heterogen, dass es nicht möglich sei, jedem einzelnen Schüler gerecht zu werden. Von daher fordere die CDU-Fraktion, die Orientierungsstufe abzuschaffen.

Der Hauptschulabschluss solle künftig als Gütesiegel der Hauptschule vorbehalten bleiben. Ein Erwerb dieses Schulabschlusses an Realschulen oder Gymnasien solle nicht mehr möglich sein. Die derzeitige Form der Hauptschul- und der Real-

schullehrerausbildung halte die CDU-Fraktion für nicht sehr förderlich. Ein Hauptschüler solle künftig nur von einer für ihn und seine Bedürfnisse speziell ausgebildeten Lehrkraft unterrichtet werden.

Die Hauptschule müsse von der Gesellschaft insgesamt anerkannt werden. Ein erster Schritt in diese Richtung sei mit der Einführung des Hauptschulförderpreises inzwischen gegangen worden. Schließlich müsse die Wirtschaft alles tun, um noch mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen. Auf diese Weise werde die Hauptschule die ihr gebührende Anerkennung erfahren. Letztlich müsse auch die Durchlässigkeit und die Kooperation zwischen Hauptschulen und anderen Schulformen noch verbessert werden.

Das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, seine Fraktion lehne den Antrag der CDU-Fraktion ab. Die von der CDU-Fraktion angedachten Veränderungen im Bereich der Hauptschule seien nach hinten gerichtet. Um den Bestand der Hauptschule langfristig zu ermöglichen, müssten andere als die im Antrag der CDU-Fraktion geforderten Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Hierbei wäre es sehr wichtig, wenn die Hauptschulen mit anderen Schulformen intensiv kooperierten.

Damit auch Hauptschüler die Möglichkeit hätten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, müssten wieder mehr Ausbildungsplätze angeboten werden. Insoweit bedürfe es keiner Veränderungen an den Schulen. Um den Schulabgängern wirtschaftliche Kompetenz zu vermitteln, müsse der Arbeitswelt in allen Schulformen ein größerer Raum gegeben werden.

Nach Auffassung der Grünen ist der vorliegende Antrag nicht geeignet, das Thema Orientierungsstufe komplett abzuarbeiten. Hierzu bedürfe es eines gesonderten Antrags, bei dessen Behandlung die Landesregierung darlegen solle, wie die Orientierungsstufe bislang gearbeitet habe und welches die Gründe für die Landesregierung seien, an der Orientierungsstufe weiterhin festzuhalten.

Ausschussmitglieder der SPD-Fraktion erklärten, der Antrag der CDU-Fraktion werde auch von verschiedenen Verbänden und den Hochschulen abgelehnt. Mit ihrem Antrag strebe die CDU-Fraktion weniger eine Stärkung der Hauptschule an, sondern in erster Linie die Abschaffung der Orientierungsstufe. Die SPD-Fraktion hingegen

spreche sich eindeutig für eine Stärkung der Hauptschule aus. Dies sei auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Sigmar Gabriel deutlich zum Ausdruck gekommen.

Die Forderung der CDU-Fraktion, dass der Hauptschulabschluss nur noch an der Hauptschule erlangt werden solle, widerspreche der Struktur des Sekundarbereichs I mit seinen Abschlussverordnungen, die nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht aufgeweicht werden sollten. Die SPD-Fraktion halte an ihrer Auffassung fest, die sie schon bei der ersten Beratung des Antrags vorgetragen habe.

Der Kultusausschuss bittet Sie, seiner Beschlussempfehlung in der Drucksache 1314 zuzustimmen und damit den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen. - Danke.

Vizepräsidentin Goede:

Wir danken Ihnen auch, Herr Kollege Koch, für den Bericht. - Jetzt hat sich die Kollegin Vogelsang zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Vogelsang!

Frau Vogelsang (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem der Kollege Koch uns über die Beratungen so ausführlich berichtet hat, könnte ich eigentlich sagen, dass wir das zu den Akten geben,

(Beifall bei der SPD)

aber ich meine, Herr Meinhold, erstens haben Sie sich hier auf ein anderes Gegenüber eingeschossen und zweitens ist uns die Hauptschule so wichtig, dass wir alles doch noch einmal austauschen möchten.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass das Schülerklientel und die Arbeit in der Hauptschule gerade in problematischen sozialen Umfeldern, die wir häufig in Großstädten antreffen, ausgesprochen schwierig sind. Aber auch in ländlichen Bereichen gibt es solche sozialen Krisenherde. Wir haben kürzlich über bauliche Maßnahmen im Bereich der Gemeinde Belm gesprochen, wo soziale Krisenpunkte behoben werden sollten. Das sind Orte, an denen soziale Konflikte entstanden sind, weil eine übergroße Zahl von noch nicht integrierten Kindern mit ihren Familien dort wohnt. Ausländer oder Aussiedler, die versuchen

sollen, die Schulpflicht ihrer Kinder zu erfüllen und dennoch häufig auf der Strecke bleiben, Zank und Streit, Drogenbeschaffungskriminalität sind gerade bei Jugendlichen und heranwachsenden Kindern das Ergebnis davon, dass diese mit ihrem Lebensumfeld nicht zufrieden sind.

Meine Damen und Herren insbesondere von der SPD-Fraktion, ich bitte Sie deshalb, lassen Sie uns gemeinsam die Weichen dafür stellen, dass wir gerade im Hauptschulbereich mehr zufriedene und motivierte Schülerinnen und Schüler haben und dann natürlich auch gemeinsam viele Betriebe finden, die froh darüber sind, wenn sie Jungen und Mädchen für eine Ausbildung gewinnen, die sozusagen genau in den jeweiligen Betrieb hineinpassen, weil es im Vorfeld zwischen Hauptschule, Berufsschule und Betrieben enge Kooperationen gegeben hat.

Welche ermutigenden Ergebnisse es bundesweit gerade bei den Hauptschulen gibt, nach denen Hauptschulen, die sozusagen ihr eigenes Unterrichtsmodell entwickeln, die durch besonderes Engagement, durch freiwillige Leistungen, durch Elternvereine, oft durch ganztägige Zusatzangebote viele Schüler an sich ziehen, das wurde bei der erstmaligen Verleihung des Hauptschulpreises der Initiative Hauptschule im Jahre 1999 im Bundespräsidialamt in Berlin deutlich.

(Zustimmung von Frau Mundlos
[CDU])

In dieser Initiative Hauptschule haben sich insgesamt mehr als 25 Spitzenverbände aus Wirtschaft und Handwerk, Lehrer- und Elternverbänden, Berufsschulen und Verlagen, um nur einige zu nennen, zusammengeschlossen.

Was können, was müssen wir nach unserer Überzeugung tun, um die Hauptschule zu stärken? - Wir als CDU wollen - das möchte ich deutlich vorausschicken, damit das nicht immer wieder falsch interpretiert wird - keine Abschottung der Hauptschule. Wir wollen keine Isolation, keine Abschottung. Wir wollen die Stärkung der Hauptschule und schlagen dazu einen Weg vor, der von dem in den zurückliegenden Jahren in Niedersachsen eingeschlagenen Weg allerdings erheblich abweicht.

Wir stehen dafür, dass die Schüler länger zusammenbleiben können, nicht nur ab der 7. oder 8. Klasse, also lediglich zwei Jahre. Wir möchten, dass die Kinder fünf Jahre oder sechs Jahre zu-

sammenbleiben können und dass gerade in dieser Zeit ihre Fähigkeiten gefordert werden in den Bereichen, in denen sie Leistungen erbringen, die ihnen Selbstvertrauen vermitteln. Wir wissen doch alle als Eltern nur allzu gut, dass Kinder Erfolge erleben müssen, dass sie das Gefühl haben müssen: Heute habe ich aber was ganz Tolles geschafft. - Wenn ein Schüler zwei Jahre lang in einer Klasse mit teils erheblich intelligenteren anderen Schülern sein muss, dort immer zu den Schlusslichtern gehört und stets gesagt bekommt „Das kannst du nicht, das machst du schlecht, da stellst du dich aber wieder blöde an“,

(Unruhe bei der SPD)

dann ist das mit der Motivation für die Schule jedoch bald vorbei.

(Zuruf von der SPD: Wer macht denn so etwas in der Schule? - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

- Ihre Erregung, meine Damen und Herren von der SPD, macht deutlich, dass ich den Nagel auf den Kopf getroffen habe.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Wenn dann noch Sprachschwierigkeiten hinzukommen, dann können unsere Schulen in den Jahrgängen 5 und 6, d. h. in der Orientierungsstufe, den Anforderungen weiß Gott nicht gerecht werden.

Da der vorliegende Antrag eindeutig zum Ziel hat, die Hauptschule zu stärken, müssen wir auch über die Vorgängerschule, d. h. über die Orientierungsstufe, sprechen. Die Aussagen von Herrn Pieper dazu möchte ich Ihnen heute ersparen, weil diese schon beim letzten Mal hier vorgetragen worden sind.

Sie wissen genauso gut wie ich, dass die überwiegende Zahl von Grundschullehrerinnen und -lehrern sehr wohl eine menschliche, aber auch leistungsmäßige Einschätzung von Schülerinnen und Schülern geben kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das hat in keiner Weise mit zu frühem Druck oder gar mit Stress zu tun. Wenn Sie, Herr Meinhold, sich beim letzten Mal hier hingestellt und von vier Jahren Lernruhe in der Grundschule gesprochen haben,

(Meinhold [SPD]: Ja!)

dann kann ich das nicht fassen, vertritt die Kultusministerin doch offensichtlich die Ansicht, dass Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit besonders leicht lernen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie, lieber Herr Meinhold, dann auch noch die Herausnahme einer frühen Entscheidung für das gegliederte Schulwesen als besonderes Entgegenkommen allein erziehenden Frauen gegenüber werten,

(Meinhold [SPD]: Auch!)

dann kommt mir das genauso lächerlich vor,

(Buß [SPD]: Walter, lass dir das nicht gefallen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung, dass das Beispiel nicht ganz passt! -, als wenn wir bei Vorschriften zur Klärschlammbeseitigung nach der frauenpolitischen Relevanz des betreffenden Gesetzes fragten.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir großen Wert auf einen eigenständigen Hauptschulabschluss legen, d. h. auf einen Schulabschluss besonderer Form als Gütesiegel. Die Vergabe von Hauptschulabschlüssen an Realschulen und Gymnasien verfälscht das Bild total und sorgt im Übrigen für eine große Verunsicherung der Handwerksmeister, die ja erwarten, dass Jugendliche mit einem Hauptschulabschluss z. B. für das Handwerk besonders notwendige Fähigkeiten mitbringen. Da ist es meiner Ansicht nach einfach besser und ehrlicher, abgehenden Realschülern und Gymnasiasten ein Abschlusszeugnis der jeweiligen Schule zu geben.

Gleichwohl ist es für uns selbstverständlich zu sagen - auch das wurde immer falsch interpretiert -: Es darf in unserem Bildungssystem keine Sackgasse geben, d. h. es darf keinen Abschluss ohne einen Anschluss geben. Mit dem gesonderten Hauptschulabschluss wird es dazu auch nicht kommen.

Sie wissen ferner, dass wir auch die zwischenzeitlich eingeführte Ausbildung zum Einheitslehrer ablehnen. Hauptschullehrer haben es mit einem besonders schwierigen Klientel zu tun. Sie müssen in ganz besonderer Weise unter den Schülern

Vertrauen schaffen, wichtige Sekundärtugenden vermitteln, die Schüler fördern und fordern und zu viel Toleranz und zu ausgeprägtem Sozialverhalten anhalten. Da diese Arbeit so schwierig ist, benötigen die Hauptschullehrer eine ganz besondere Ausbildung, die auch den sozialpädagogischen Gedanken mit einbringt.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident dieses Landes ist auf dem richtigen Weg - er ist ja auch vom Fach -, wenn er sagt, dass an den Hauptschulen Ganztagsangebote geschaffen und Sozialarbeiter eingesetzt werden müssen.

(Frau Vockert [CDU]: Das soll er dann aber auch umsetzen!)

Hierbei ist aber auch darauf zu achten, dass die Grundfertigkeiten und die elementaren Kulturtechniken vermittelt werden.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich komme jetzt zum Schluss, Frau Präsidentin.

Eines ist auf jeden Fall noch zu erwähnen - lassen Sie mich das bitte noch sagen -: Die Arbeit in den Hauptschulen muss in kleinen Klassen und in auf Dauer angelegten Lerngruppen erfolgen. Zu nennen sind des Weiteren die Stärkung des Klassenlehrerprinzips und die Vermeidung eines häufigen Lehrerwechsels.

Ich meine, wir sollten unsere Hauptschüler und unsere Hauptschulen auszeichnen, und zwar beispielsweise durch einen Förderpreis Niedersachsen. Ich könnte mir auch zentrale Hauptschultage vorstellen.

(Fasold [SPD]: Oder einen Orden, das niedersächsische Hauptschulkreuz!)

Unser Vermittlungsversuch ist, wie Herr Koch bei der Berichterstattung eben schon erwähnt hat, gescheitert. Wir wollten der Hauptschule Rückenwind vermitteln. Daraus ist aber ein erbärmlicher Luftstillstand geworden. Das bedauern wir im Interesse der Sache sehr.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Der nächste Redner ist der Kollege Meinhold.

Meinhold (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag, Frau Vogelsang, ist von der CDU am 15. Juli 1999 eingebracht worden. Heute, sechs Monate später, legt die CDU diesen Antrag ohne jede Änderung vor. Sie tut so, als ob der Antrag in der Zwischenzeit in der Fachöffentlichkeit unkommentiert hingenommen worden ist. Das aber war nicht der Fall.

(Klare [CDU]: Fachöffentlichkeit?
Wer ist das?)

Der VBE erteilt Ihrem Modell in seiner Verbandszeitschrift zeitnah - Ausgabe August/September 1999 - mit der Aussage, Hauptschüler dürften nicht isoliert werden, eine klare Absage. Frau Vogelsang, Ihre Aussage, dass Sie die Schüler nicht isolieren wollten, scheint dort nicht angekommen zu sein. Man versteht Ihren Antrag ganz anders.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Meinhold, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Meinhold (SPD):

Nein, ich gestatte keine. Ich bitte darum, dass ich jetzt genau so wie vorhin Frau Vogelsang die Erwiderung gebe. - Am 12. Oktober 1999 titelt der VBE-Pressedienst: „VBE begrüßt Maßnahmen der Kultusministerin.“ Dolle Sache.

(Beifall bei der SPD - Lanclée [SPD]:
Sehr gut!)

Wenn ich den VBE zitiere, dann deshalb, weil ich als jemand, der 30 Jahre in der GEW ist, schlecht meinen eigenen Verein zitieren kann. - Aus dem Hochschulbereich gibt es zu Ihrem Antrag keine Stellungnahme.

(Lanclée [SPD]: Warum wohl?)

Auch aus den Hauptschulen gibt es keine Stellungnahmen. Wer mit seinen bildungspolitischen Vorstellungen zur Hauptschule so daneben liegt, täte gut daran, Herr Klare, einen solchen Antrag zurückzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Dies wäre, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Zeichen dafür, dass Sie lernfähig sind.

(Lanclée [SPD]: Ein Zeichen von Einsicht!)

Warum hält die CDU nun aber an ihrem Antrag fest? - Die Antwort steht in der Mitte ihres Antrages: Verzicht auf die Orientierungsstufe. Unter dem Vorwand, die Hauptschulen stärken zu wollen, geht es der CDU in Wahrheit um eine gravierende strukturelle Veränderung der niedersächsischen Schullandschaft. Die Entscheidungen über die Schullaufbahn der Kinder sollen wieder in der Grundschule getroffen werden. Sie stellen die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer an der Orientierungsstufe mit Ihrem Vorschlag komplett infrage.

(Widerspruch bei der CDU)

Was Sie uns eben erzählt haben, wie die Lehrerinnen und Lehrer im fünften Jahrgang mit den so genannten schwächeren Schülern umgehen, ist schlimm, Frau Vogelsang. Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen dort die Kinder nicht entmutigen, ihnen nicht ständig ihr Versagen vorhalten, sondern dabei sind, ihnen auf alle erdenkliche gute pädagogische Art und Weise zu helfen. Dies hätte ich gerne gewünscht. Ich hätte mir gewünscht, dass dies gehört wird. Nachgewiesen ist ganz eindeutig, liebe Kollegin, unter anderem die hohe Prognosesicherheit der Orientierungsstufen. Mit der SPD - ich möchte Sie nun bitten zuzuhören, weil dies eine Antwort auf Ihre Äußerung ist - ist ein Verzicht auf die Orientierungsstufe aus entwicklungspsychologischen, familien- und bildungspolitischen Gründen nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird eine verbesserte Unterrichtsversorgung gefordert. Das ist immer gut und hört sich auch gut an.

(Frau Vogelsang [CDU]: Wir vertrauen heute auf Ihren Ministerpräsidenten!)

In der Begründung heißt es dazu: Notwendig sind kleine Klassen. In Niedersachsen beträgt die durchschnittliche Klassenfrequenz in den Hauptschulen - das können Sie übrigens mit Ihrem eigenen Antrag nachrechnen - 20,2 Schüler. Damit steht Niedersachsen bundesweit an der Spitze. Was wollen Sie noch mehr? - Sagen Sie das einmal.

Sie fordern ferner das Klassenlehrerprinzip. Das gibt es aber seit eh und je. Sie müssen einmal in die Schulen gehen. Dies ist im Erlass verankert, ist

sozusagen ein konstitutives Moment der Hauptschule. Nicht anders sieht es bei der Zuweisung von Förderstunden aus. 13,3 % aller Förderstunden gehen bei einem Schüleranteil von 9,2 % an die Hauptschulen.

(Zuruf von der CDU: Aber doch nur auf dem Papier!)

Diese Zahlen ließen sich beliebig fortsetzen. Ihnen sind diese Zahlen in Wirklichkeit jedoch egal. Schlechtreden ist im Übrigen das Gegenteil von stärken, wie Sie in Ihrem Antrag behaupten. Das hat ja auch Methode, Herr Klare. Da lassen Sie sich detaillierte Zahlen über die Unterrichtsversorgung in den Landkreisen und in den Städten geben. Mit genauesten Ausführungen des Ministeriums. Was machen Sie dann aber mit den Zahlen? - Anstatt diese Zahlen realistisch widerzugeben, suchen Sie sich die ungünstigsten Werte heraus und reden alles schlecht.

Ihre Forderung nach der so genannten Eigenständigkeit der Abschlüsse und der Lehrerbildung ist überhaupt nicht zeitgemäß. Kooperation und Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wird der Lernfähigkeit der Schülerinnen und Schüler am ehesten gerecht. Durchlässigkeit und Kooperation sind übrigens auch Prinzipien, die in jedem Unternehmen gepflegt werden, das Erfolg haben will.

Beide Teile Ihres Antrags sind so angelegt, dass die Ablehnung der SPD auf der Hand liegt. Das heißt aber nicht, dass wir nicht weiter über die Stärkung der Hauptschule - ich spreche eher von „Weiterentwicklung“ - diskutieren wollen. Nichts, was gut ist, kann nicht noch besser werden. Lassen Sie die Hände weg von der Orientierungsstufe, und hören Sie auf mit dem Miesmachen der Leistungen unserer Schulen. Lassen Sie uns genau überlegen, welche strukturellen Maßnahmen der Hauptschule tatsächlich helfen können, um sie in ihrer Gleichwertigkeit im gegliederten Schulwesen zu stärken.

Was kann also getan werden, die Hauptschulen bei der berufspraktischen Ausrichtung weiterhin nachhaltig zu stärken? Oder was können wir tun, um Hauptschulen mit besonderen Herausforderungen verstärkt zu fördern? Was können wir tun, um das Negativimage der Hauptschule in der Gesellschaft zum Positiven hin zu wenden? - Das ist leider auch schon unter den Schülerinnen und Schülern zu spüren, bestärkt die Eltern in der Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und zeigt sich in den gerin-

gern Bewerbungschancen der Hauptschulabgängerinnen und -abgänger.

Unter dieser Perspektive erarbeitet die SPD-Landtagsfraktion Vorschläge und Konzepte und wird dem Parlament dazu einen entsprechenden Antrag zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

So wichtig es auch ist, dass die Politik die Rahmenbedingungen einzelner Politikfelder regelmäßig überprüft und den Erfordernissen entsprechend weiter entwickelt, so kann dies aber nicht heißen, dass gesellschaftliche Gruppen nicht auch ihren Teil dazu beitragen müssen. Konkret heißt dies, die Schülerinnen und Schüler haben es schon heute verdient, einen Ausbildungsplatz oder zumindest einen Arbeitsplatz angeboten zu bekommen. Dafür aber trägt maßgeblich die Wirtschaft die zentrale Verantwortung. Damit sollen übrigens nicht die bisher erbrachten Leistungen insbesondere des Handwerks geschmälert werden, sondern es muss klar sein, dass die Verantwortung für das Ansehen der Hauptschule sowohl beim Staat und damit bei uns als auch bei der Gesellschaft liegt.

(Frau Vockert [CDU]: Dann tun Sie etwas zur Stärkung der Hauptschule, und reden Sie nicht nur dumm herum!)

Fazit: Die SPD-Landtagsfraktion kann den Antrag der CDU nicht unterstützen,

(Frau Vockert [CDU]: Weil sie keine Vorschläge hat!)

weil darin keine Stärkung zu sehen ist. Wir sind darauf gespannt, wie Sie in der weiteren Diskussion mit uns umgehen werden. Vielleicht werden Sie versuchen, mit uns in einigen Punkten noch einmal ins Gespräch zu kommen. Dies ist kein Antrag zur Stärkung, sondern zur Isolierung. Wir lehnen ihn deshalb - wie gesagt - ab.

(Beifall bei der SPD - Frau Vogelsang [CDU]: Das haben Sie vor einigen Monaten noch anders gesagt!)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Frau Kollegin Litfin ums Wort gebeten.

Frau Litfin (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der einzige Punkt im Forderungskatalog der CDU, der der Überschrift des Antrages, nämlich „Hauptschule stärken“ gerecht wird, ist der letzte Punkt: öffentliche Würdigung und Unterstützung der Hauptschularbeit. Das ist meiner Meinung nach dringend und bitter nötig. Wir sollten gemeinsam versuchen, dies zu leisten. Aber gerade zu diesem Punkt ist Ihr Antrag kein Beitrag; denn derjenige, der den Antrag liest, muss den Eindruck gewinnen, dass sich die Hauptschulen nicht bemühen, zum Wohle der in ihnen zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler zu arbeiten, dass sie sich nicht darum bemühen, Nähe zu Ausbildungsplatzbetrieben zu erreichen, dass sie sich nicht darum bemühen - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Litfin, ich muss Sie kurz unterbrechen.

Frau Litfin (GRÜNE):

Bitte!

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, es ist wirklich sehr schwierig, gegen diesen Lärmpegel anreden zu müssen. Ich bitte Sie um so viel Höflichkeit, dass Frau Litfin hier ihren Redebeitrag darbringen kann. - Einen Moment bitte.

Frau Litfin (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Horrmann, seien Sie doch auch so freundlich! Es ist unglaublich laut hier. Ich bitte Sie sehr herzlich, jetzt diesem Redebeitrag zu folgen.

Bitte schön, Frau Litfin!

Frau Litfin (GRÜNE):

Ihr Antrag ist nicht geeignet, die öffentliche Würdigung und Unterstützung der Hauptschularbeit zu leisten. Ich denke, dass Sie es versäumt haben,

einfach mal mehrere Hauptschulen in diesem Land aufzusuchen und zu gucken, wie gut die Arbeit der Lehrer und Lehrerinnen an dieser Schulform ist.

Wenn Sie, Frau Kollegin Vogelsang, meinen, dass durch eine andere Arbeit in den Hauptschulen Absolventen dieser Schulform besser einen Ausbildungsplatz bekämen, dann muss ich sagen: Diese Vorstellung gehört ins Reich der Utopie. Solange wir ein so knappes Angebot auf dem Ausbildungsstellenmarkt haben, wird es so sein, dass Hauptschüler und -schülerinnen geringere Chancen als Realschulabsolventen und -absolventinnen und als Gymnasiasten und Gymnasiastinnen haben. Solange es das Phänomen gibt, dass immer mehr junge Menschen mit Abitur zunächst eine Ausbildung absolvieren, wird es so sein, dass Hauptschüler und -schülerinnen diejenigen sind, die bei den Ausbildungsbetrieben hinten runterfallen. Daran ändert eine Änderung der Arbeit in den Hauptschulen überhaupt nichts.

(Frau Vockert [CDU]: Aber trotzdem muss die Hauptschule gestärkt werden!)

Ich denke auch nicht, dass Sie das Schulwahlverhalten der Eltern mit den Maßnahmen beeinflussen können, die Sie vorschlagen und die letztlich bedeuten, dass Sie eine Schulform isolieren. Ich glaube nicht, dass es gelingen wird, die Eltern davon abzuhalten, zu versuchen, ihre Kinder auch gegen die Empfehlung der Orientierungsstufe in eine andere Schulform zu schicken. Wir werden den Hauptschulen nur dann helfen, ihr Image zu verbessern, wenn wir zu erreichen versuchen, dass sie an möglichst vielen Standorten mit anderen Schulformen kooperieren können. Deshalb wünschte ich mir, dass es im Lande mehr Sekundarschulen, mehr kooperative Gesamtschulen, ja, auch mehr integrierte Gesamtschulen gäbe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich spreche mich entschieden dagegen aus, den letztgenannten Schulformen zu verbieten, den Hauptschulabschluss zu erteilen. Damit helfen wir den betroffenen Schülern und Schülerinnen überhaupt nicht weiter.

Ihr Anliegen, die Hauptschule zu stärken, wird, glaube ich, von allen Fraktionen in diesem Hause geteilt;

(Wernstedt [SPD]: Vor 25 Jahren wollte Remmers schon die Hauptschule zur Hauptsache machen!)

nur: Es wäre schön gewesen, wenn Sie realistische Vorschläge gemacht hätten, die tatsächlich dazu beitragen würden, den Hauptschulen ein Stück weiterzuhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, zu diesem Antrag hat sich Frau Ministerin Jürgens-Pieper zu Wort gemeldet.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Frau Litfin gesagt hat. Es handelt sich bei diesem Antrag leider um einen Schwächungs- und nicht um einen Stärkungsantrag. Das ist auch der Grund dafür, glaube ich, dass die anderen Fraktionen nicht zu einer Gemeinsamkeit finden können, was gut gewesen wäre, weil das Anliegen - das Anliegen an sich! - gut ist.

Sie haben im Kultusausschuss beraten, und die wesentlichen Kritikpunkte sind benannt worden. Ich will noch einmal zusammenfassen:

Erstens. Der Antrag ist nur vermeintlich ein Stärkungsantrag. Er will sich eigentlich mit der Orientierungsstufe befassen, sagt aber nicht in aller Klarheit, was Sie da eigentlich genau wollen. Was ist mit dem Elternwillen? Wohin wollen Sie den verlagern? Wie wollen Sie die Orientierungsstufe oder die fünfte und sechste Klasse positionieren? Wo soll die Prognose stattfinden? - Da haben Sie sich gedrückt. Sie wollen mit diesem Antrag sozusagen eine Orientierungsstufendebatte führen, die bei den Eltern ja immer auch vorhanden ist, weil man in einer solchen Stufe, in der eine Prognose gestellt wird, bei den Kindern natürlich Probleme erzeugt. Das ist nun einmal so. Wenn man für ein gegliedertes Schulwesen ist, dann muss man diese Prognose stellen. Sie wird in unserer Orientierungsstufe bisher so sicher wie an keiner anderen Stelle gestellt.

Zweitens. Mit dem Ansinnen „Hauptschulabschluss ausschließlich an der Schulform Hauptschule“ wollen Sie nun wirklich eine Isolierung vornehmen, die wir nicht akzeptieren können. Sie

wissen vielleicht selbst, dass an den anderen Schulformen nur 10 % Hauptschulabschlüsse vergeben werden. Das heißt: Es ist eine Marginalie, an die Sie sich da gewagt haben und die das eigentliche Problem der Hauptschule überhaupt nicht erfasst.

Drittens. Sie sind mal wieder bei der Lehrerbildung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie wissen vielleicht davon, dass wir Schwierigkeiten haben, die jetzt ausgebildeten Lehrer noch an die Hauptschule zu bringen. Die meisten wollen an die Grundschule, und das hat Gründe. Mit der Lehrerbildung, die wir jetzt machen und aus der nun die ersten Absolventen kommen, werden wir, mit den verschiedenen Schwerpunkten, mehr Lehrer an der Hauptschule einsetzen können. Das heißt: Diese Lehrerbildung wird gerade dazu führen, dass wir auch künftig Lehrer haben, die an die Hauptschule gehen, manchmal auch gehen müssen.

Es erstaunt mich nicht, dass Sie auch an dem Punkt Ihres Antrags, in dem es um die Sicherung von Grundwissen in der Hauptschule geht, festgehalten haben. Da wundere ich mich nur darüber, dass Sie die Konzepte und selbst den Erlass, über den wir hier im Plenum schon mehrmals geredet haben, den Kooperationserlass, gar nicht wahrgenommen haben. Sie fordern hier etwas, was die Schulen bereits tun. Da halte ich es doch für ratsam, dass ich Ihnen eine Liste gebe und Sie sich dann einige richtig gut entwickelte Hauptschulen, die kooperieren, angucken. Sie können das in Vechta, in Sandhorst oder auch im Landkreis Gifhorn tun. Wir können Ihnen dazu eine Liste geben.

Ich habe solche Schulen auch bereits ausgezeichnet, in der Öffentlichkeit gewürdigt und gesagt: Da wird eine tolle Arbeit in Kooperation mit der Wirtschaft gemacht. - Das setze ich gerade fort. Da ist Ihr Anliegen zwar völlig richtig, aber es ist bereits in Gang. Ich fände es schön, wenn Sie es vor Ort durch Besuche an den Schulen mit würdigten.

(Frau Vockert [CDU]: Es wäre schön, wenn wir es flächendeckend hinbekommen würden!)

- Ja, das wäre sehr schön. Deshalb wollen wir ja auch etwas tun.

Das gesamte Maßnahmenpaket zur Qualitätssicherung, das ich gemacht habe, kennen Sie. Wir ma-

chen vertrauensbildende Maßnahmen für die Hauptschule, gerade auch mit den Betrieben und den Kammern, und zwar dadurch, dass wir z. B. auch Sozialkompetenzen im Zeugnis darstellen - das ist eine Maßnahme, die sehr begrüßt worden ist -, damit Schülerinnen und Schüler, die aus der Hauptschule kommen, bessere Chancen haben.

Eines ist auch klar - Frau Litfin, das sage ich, auch wenn Sie nicht zuhören -

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ich höre immer zu!)

- vielleicht können Sie beides -:

(Frau Litfin [GRÜNE]: Ja!)

Das Ausbildungsplatzproblem ist nicht nur ein quantitatives Problem. Wir haben inzwischen so hoch qualifizierte Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze, dass wir Probleme haben, einen Teil der Jugendlichen, die Schwierigkeiten haben, gerade in der Hauptschule oder in der Sonderschule L, überhaupt an diese Qualifikationen heranzuführen. Es ist nicht nur ein Mengenproblem, sondern es ist ein qualitatives Problem, das wir hier zu bewältigen haben und das nicht so leicht zu bewältigen ist.

Ein weiterer Punkt Ihres Forderungskatalogs basiert auf einer Fehleinschätzung.

(Unruhe)

Ich bin erstaunt darüber, dass das im Kultusausschuss offenbar nicht an Sie herangetragen worden ist. Vielleicht haben Sie es aber auch nicht aufnehmen wollen; ich weiß es nicht. Die Schülerinnen und Schüler in der Hauptschule erhalten den weitaus größten Anteil der Förderstunden, die wir vergeben; Gesamtpool: 900 Stellen. Die Hauptschule - das ist gesagt worden - hat die niedrigsten Klassenfrequenzen, und sie weist die günstigste Schüler-Lehrer-Relation auf. Wenn Sie es mir nicht glauben, dann empfehle ich Ihnen, einmal den Vorsitzenden des Philologenverbands zu fragen. Der trägt mir bei jedem Termin vor, dass die Schulform Gymnasium wesentlich schlechter ausgestattet ist als die Schulform Hauptschule. Reden Sie doch einmal mit dem! Vielleicht glauben Sie dem!

In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident angekündigt, dass wir die Hauptschule stärken werden, und deshalb wundere ich mich auch darüber, wie das hier diskutiert wird. Das wird nicht einfach sein, aber wir haben vor, in den

Haushaltsjahren 2001 bis 2003 dafür Geld einzusetzen. Das wird die Fraktion unterstützen. Wir haben vor, dafür 40 Millionen DM einzusetzen. Mit diesem Geld werden wir die Hauptschule in der Tat stärken. Voraussetzung ist, dass sich in der Region auch wirklich die Kräfte bündeln, die die Hauptschule stärken können. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Antragstellung. Wir werden die Kriterien demnächst vorstellen. Die Schulen haben in diesem Jahr Zeit, sich darauf vorzubereiten, sodass dann, wenn das Geld in den Haushalt eingestellt ist, dieses Konzept Platz greifen kann.

Ich kann in Ihrem Antrag, wie gesagt, eine solche Stärkung, wie wir sie vorhaben, nicht erkennen. Deshalb bitte ich die SPD-Fraktion, ihn abzulehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Darum schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

(Unruhe)

- Ich bitte diejenigen, die mit abstimmen möchten, die Plätze einzunehmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Kultusausschusses in der Drucksache 1314 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 874 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer möchte dagegen stimmen? - Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass bei der ersten Abstimmung die Mehrheit war und dass damit der Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt ist.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 11:

Besprechung:

Sport und Sportförderung in Niedersachsen

- Große Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 14/1069 - Antwort der Landesregierung - Drs. 14/1191

Ich eröffne die Besprechung zu dieser Großen Anfrage. Dazu hat sich Frau Kollegin Lau gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

(Unruhe)

- Frau Kollegin Lau, ich bitte Sie zu warten, bis etwas mehr Ruhe im Plenarsaal eingekehrt ist. - Bitte schön, Frau Lau!

Frau Lau (SPD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Große Anfrage zum Sport und zur Sportförderung in Niedersachsen zu sprechen komme, möchte ich mich recht herzlich bei den zuständigen Ministerien für die ausführliche Beantwortung der Fragen bedanken.

(Zustimmung bei der SPD)

Das sind das Innenministerium und das Kultusministerium. Aber auch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie das Umweltministerium waren gefordert.

(Möllring [CDU]: Knien Sie sich doch wenigstens hin, wenn Sie so viel zu danken haben!)

- Wenn das alles ist, was Sie zum Sport zu sagen haben, dann ist das so wenig, dass ich an Ihrer Stelle schweigen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was der Sport und die Sportvereine für unseren Staat und für unser soziales Gemeinwesen leisten, ist unersetzlich. Kein anderer Bereich unserer Gesellschaft bindet und verbindet so viele Menschen wie der Sport. Bei uns in Niedersachsen beispielsweise ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Sportvereinen organisiert. Das ist ein Spitzenwert in Deutschland, auf den wir alle stolz sind.

Die Sportvereine sind also ein ganz selbstverständlicher und wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen und des privaten Lebens geworden. Jeder von uns, die wir hier sitzen, hat bestimmt schon wiederholt über die große Bedeutung des Sports gesprochen. Deshalb darf sich Politik aber nicht nur mit dem Ist-Zustand zufrieden geben, sondern muss sich auch mit der Zukunft auseinandersetzen, so wie es mancherorts bereits in den Sportsymposien zur Zukunft des Vereinssports geschehen ist.

Die SPD-Fraktion will sich nicht sagen lassen, dass sie sich auf dem Geleisteten ausruht, obwohl wir natürlich auch darauf recht stolz sein können. Wir verfahren nicht nach dem Motto „Kommt Zeit,

kommt Rat; kommt Rat, kommt Zeit“. Aus diesem Grunde haben wir die Große Anfrage zum Sport und zur Sportförderung gestellt. Ich gehe davon aus, Herr Pörtner, dass, auch wenn Sie mir kürzlich gesagt haben „Ach, dann kämpfen wir wieder gegen einander“, es ein sportlicher Kampf mit einem gemeinsamen Ziel zur Stärkung des Sportes ist.

(Frau Vockert [CDU]: Das war es immer!)

Die Antwort auf unsere Große Anfrage macht deutlich, dass es richtig war, zum 1. Januar 1999 ein neues Verfahren zur Sportförderung in Niedersachsen in Kraft treten zu lassen, welches auf der Grundlage des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotteriede- und Wettwesen beruht. Durch diese gesetzliche Neuregelung erhält der Landessportbund die Sportfördermittel in einer vereinfachten und auf die Belange des Sports zugeschnittenen Form. Das neue Gesetz, welches mit den Stimmen der SPD und der CDU verabschiedet wurde, bringt nicht nur Verwaltungsvereinfachung, sondern für die Sportorganisationen auch Planungssicherheit und eine jährliche Steigerung, die mindestens die inflationsbedingten Mehrkosten ausgleicht. Mit der neuen Förderung hat das Land einen im Ländervergleich einmaligen und von den Sportorganisationen begrüßten Weg der Förderung beschritten. Es war auch richtig, den Schutz und die Förderung des Sportes vor gut zwei Jahren als Staatsziel in die Niedersächsische Verfassung aufzunehmen. Damit haben wir die Wichtigkeit und die Anerkennung für den Sport deutlich gemacht.

Mehr denn je ist der Sport also heute in seinen vielfältigen Formen gefordert, mit seiner gemeinschaftsbildenden Kraft und seinen pädagogischen und gesundheitlichen Werten die Entwicklung in unserer Gesellschaft mit zu gestalten, die durch negative Einflüsse bedroht wird.

Gleichzeitig muss der Verein seine alten und bewährten Strukturen stützen. Er muss etwas anderes sein und etwas anderes tun als kommerzielle und andere Anbieter im Bereich des Sports.

Wie die Ergebnisse der vom Deutschen Sportbund, dem Landessportbund und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Auftrag gegebenen und von der Universität Mainz erarbeiteten aktuellen Finanz- und Strukturanalyse zur Situation der Sportvereine im Landessportbund zeigen, reicht das Potential der Sportvereine aus, um künftige Her-

ausforderungen zu meistern und bewährte Kernelemente ihrer Struktur zu bewahren. Es wurde deutlich, dass die am Gemeinwohl orientierten Sportvereine den entscheidenden Beitrag zur flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit einem vielseitigen, attraktiven Angebot leisten. Nach wie vor sind die Sportvereine im Landessportbund insgesamt durch eine weiter steigende Mitgliederzahl gekennzeichnet. In den verschiedenen Alterskategorien sind Zuwächse zwar differenziert zu betrachten, aber nach wie vor gelingt es den Vereinen, Kinder und Jugendliche zu begeistern. So ist die Sportjugend Niedersachsen im Landessportbund bei weitem die größte Jugendorganisation in Niedersachsen. Ebenso scheint die Fluktuation Jugendlicher weniger ausgeprägt zu sein als in anderen Jugendverbänden.

Nach den jetzt vorliegenden Angaben der Finanz- und Strukturanalyse auf der Basis der von den Sportvereinen gemeldeten Daten für das Jahr 1996 sind in den Vereinen des Landessportbundes Niedersachsen rund 250.000 Menschen - das ist eine viertel Million Männer und Frauen - ehrenamtlich tätig. Fast 80.000 davon arbeiten auf der Ebene der Führung der Verwaltung in den Vereins- oder Verbandsvorständen und nahezu 170.000 auf der sportpraktischen Ebene als Übungsleiter, Jugendleiter oder Trainer. Mit etwa 2.500 hauptberuflichen Mitarbeitern in den Sportvereinen, die sich in einem weisungsgebundenen, abhängigen Beschäftigungsverhältnis befinden, wird deutlich, dass die Basis des Vereinssportes nach wie vor die ehrenamtliche Mitarbeit ist. Der an manchen Stellen diskutierte Trend einer Professionalisierung der Arbeit in den Vereinen wird mit diesen Zahlen nur zum Teil bestätigt. Weniger als 5 % der Vereine im Landessportbund haben auf der Ebene der Führung und Verwaltung hauptberufliches Personal. Auf der Ausführungsebene sind es aber bereits mehr als 20 % der Vereine, die hauptberufliche Mitarbeiter beschäftigen. Wichtig ist also, dass die ehrenamtlich Tätigen in ihrer Arbeit anerkannt und unterstützt werden.

Mit dem Gesetz über das Lotteriewesen wird das Ehrenamt gewürdigt, denn dadurch wurde ein wesentlicher Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung bei den Vereinen und Verbänden und somit für die ehrenamtlich Tätigen geleistet. Es ist für die SPD-Fraktion richtig und wichtig, dass die Landesregierung durch eine solide und verlässliche Sportförderung anerkennt, dass durch ehrenamtlichen Einsatz in den Sportvereinen und Sportverbänden

Leistungen erbracht werden, die öffentliche Anerkennung und Würdigung finden.

Meine Fraktion begrüßt auch, dass in Niedersachsen regelmäßig Landesempfänge für ehrenamtlich Tätige stattfinden, an denen auch der Sport beteiligt ist. Der Jahresempfang des niedersächsischen Sportes, der gemeinsam von der Landesregierung und vom Landessportbund durchgeführt wird, dient ebenfalls der Anerkennung und Herausstellung ehrenamtlicher Leistungen. Außerdem wird alljährlich bis zu viermal die niedersächsische Sportmedaille in Anerkennung herausragender ehrenamtlicher Leistungen verliehen, und eine große Anzahl verdienstvoller Mitarbeiter im Sport wird mit dem Bundesverdienstorden bzw. dem Landesverdienstorden ausgezeichnet.

Das alles reicht aber nicht aus. Von daher begrüßen wir, dass es in Niedersachsen zahlreiche konkrete Programme gibt, die zum Ziel haben, ehrenamtlich Tätige im Sport zu gewinnen und zu qualifizieren. Hier ist der Landessportbund mit seinem Programm „Vereins-Service“ auf dem richtigen Weg. Darüber hinaus hat der Landessportbund ein Vereinshandbuch herausgegeben, welches zahlreiche praktische Hinweise auch zur Gewinnung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Mitarbeitern gibt. Die dezentral angebotenen Qualifix-Maßnahmen des Landessportbundes zeigen nach unseren Informationen großen Erfolg und werden im Lande von den Vereinen gut angenommen. Auch mit der neuen Akademie des Sportes wird das Ziel verfolgt, die Bildungsarbeit insbesondere für ehrenamtlich Tätige im Sport weiter zu verstärken und auszuweiten.

Ferner ist zu begrüßen, dass die Landesregierung seit kurzem auch die ehrenamtliche Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern in Sportvereinen fördert. Dies geschieht durch entsprechende Erlasse, mit denen den Schulen die Möglichkeit eröffnet wird, ehrenamtliche Tätigkeit auch außerhalb des Verantwortungsbereichs der Schule in einem Beiblatt zum Jahreszeugnis zu würdigen. Als ehrenamtliche Tätigkeit kann aber auch ein Einsatz im Sport anerkannt werden. Schüler und Schülerinnen, die eine Würdigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit außerhalb der Schule wünschen, bekommen von den Schulen ein Formblatt, das von der jeweiligen Sportorganisation auszufüllen ist und der Schule zuzuleiten ist. Wenn die bescheinigte Tätigkeit den Grundsätzen des Erlasses entspricht, wird das Formular als Beiblatt zum Zeugnis ausgehändigt. Auch darin sehen wir eine Möglichkeit,

ehrenamtliche Tätigkeit von Schülerinnen und Schülern zu fördern. Wir freuen uns darüber, dass auch Teile der Wirtschaft sehr großen Wert auf dieses Beiblatt legen.

Die Schule ist ein hervorragender Lernort für soziales Handeln, an dem Solidarität eingeübt und ehrenamtliches Bewusstsein entwickelt werden können. Die Entdeckung und Förderung sozialer Talente gehört daher mit zu den Aufgaben der Schule.

Der Schulsport kann in zweifacher Weise das Ehrenamt fördern: Einerseits kann er an ehrenamtlicher Tätigkeit interessierte Schülerinnen und Schüler an den Sport heranführen, andererseits kann er selbst Ort sein, an dem soziale Fähigkeiten entwickelt werden, die dann zu ehrenamtlichen Tätigkeiten im Sportverein führen. Eine ernsthafte Förderung kann nur gelingen, wenn Schülerinnen und Schülern innerhalb von Schule und Verein Raum für eigenverantwortliches Tun gegeben wird und sie für Engagement auch entsprechende Anerkennung erfahren.

Die Große Anfrage zum Thema Sport unterstreicht, dass auch der Sport in den niedersächsischen Schulen in seiner unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Vielfalt an inhaltlichen Angeboten und Organisationsformen, wie z. B. Schülersportgemeinschaften, Talentsichtungs- bzw. Talentfördergruppen, Förder- und Fitnessgruppen, Sportfeste, Schulwettkämpfe, Pausensport, tägliche Bewegungszeiten, Sportprojekte, einen durch andere Fächer nicht abzudeckenden Beitrag zur körperlichen, seelischen und kognitiven Entwicklung der Heranwachsenden leistet. Er trägt zur Bereicherung des schulischen Lebens bei und kann Belastungsformen, die im Schulalltag auftreten, kompensieren.

Die Landesregierung hat dem durch ihre Maßnahmen im Bereich der Lehreraus- und -weiterbildung, mit der verstärkten Einstellung von Lehrkräften im Hauptfach Sport und mit ihrer von mir bereits erwähnten Vielfalt an inhaltlichen Angeboten Rechnung getragen. Denn ein qualitativ hochwertiges Sportangebot in der Schule und dessen überzeugende Vermittlung durch engagierte Sportlehrerinnen und Sportlehrer im Rahmen eines zugleich verbindlichen und unverzichtbaren Mindestumfanges an Sport in der Schule unterstützt die Ausbildung eines sportorientierten Lebensstils bei Kindern und Jugendlichen und trägt zu einer attraktiven schulischen und außerschulischen Sport-

kultur bei. Dadurch, dass niedersächsische Schulen - rechtlich abgesichert - mit außerschulischen Partnern kooperieren, können Kinder und Jugendliche an Sportvereine herangeführt werden. Diese Bindung von Kindern und Jugendlichen an Sportvereine entspricht der in den Richtlinien und Lehrplänen für das Fach Sport formulierten Forderung, über die Schulzeit hinaus zu lebenslangem Sporttreiben zu motivieren.

Schule und Sportverein sind natürliche Partner auf der kommunalen Ebene. Sie leisten einen nicht austauschbaren vielseitigen Beitrag zur altersgemäßen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.

(Mientus [SPD]: Wem sagst du das!)

Die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen ist entscheidend für die Zukunft des Sports in unserer Gesellschaft. Deshalb ist das Aktionsprogramm zwischen dem Niedersächsischen Kultusministerium und dem Landessportbund weiter in Umfang und Qualität zu festigen und auszubauen. Wir sind erfreut darüber, dass seit 1996, seitdem dieses gemeinsame Aktionsprogramm besteht, mehr als 3.500 Kooperationsgruppen durchgeführt werden. Aus Mitteln der Konzessionsabgabe des Kultusministeriums zur Förderung des Schulsports sind dafür bisher rund 150.000 DM zur Verfügung gestellt worden. Das Innenministerium hat dieses Programm bisher aus Konzessionsabgaben zur Sportförderung mit 250.000 DM unterstützt.

Auch das seit dem Schuljahr 1998/1999 laufende Projekt „Bewegte Schule“, das für die ersten sechs Schuljahrgänge gilt, erfreut sich einer positiven Resonanz. Einem Zwischenbericht der Uni Göttingen vom September 1999 zufolge haben sich bisher etwa 1.000 Schulen beteiligt. Dieses Projekt verfolgt das Ziel, die Schulen zu beraten, wie Bewegung integraler Bestandteil des Lernens und der Gestaltung des Schullebens werden kann. Dies wird von der SPD-Fraktion sehr befürwortet, und zwar vor allem deshalb, weil die Lebensbedingungen von Heranwachsenden einem ständigen Wandel unterliegen. Die Lebensbedingungen vor allem in den städtischen Siedlungs- und Ballungsräumen engen die natürlichen Bewegungs- und sozialen Entfaltungsmöglichkeiten junger Menschen zunehmend ein. Sie beeinträchtigen deren ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig. Da Kinder ihre räumliche und soziale Umwelt schrittweise und zunehmend selbstständig gerade durch Bewegung entdecken, da der Lernort „Straße“

Bewegungsmöglichkeiten heute nicht mehr in dem erforderlichen Umfang gewährleistet, müssen die so entstandenen Defizite auf andere Art und Weise, u. a. durch Sport in der Schule, außerschulischen Sportunterricht und - wegen der herausragenden Bedeutung frühkindlicher Bewegungserfahrungen - durch Bewegungserziehung in Kindergärten, im Vorschulalter und in den Sportvereinen so weit wie möglich ausgeglichen werden.

Aus der Beantwortung der Großen Anfrage geht hervor, dass Landesregierung und Landessportbund sich dieser Verantwortung bewusst sind und dementsprechend Bewegungsangebote unterbreiten, Materialien anbieten und Räumlichkeiten und Spielflächen schaffen.

Das Gesetz über Tageseinrichtungen (kita) beschreibt in § 2 den Auftrag des Kindergartens und führt dazu aus, dass zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages die Tageseinrichtungen so zu gestalten sind, dass sie als anregender Lebensraum u. a. auch dem Bedürfnis der Kinder nach Bewegung gerecht werden können. Mit den Richtlinien über Mindestanforderungen für den Betrieb von Tageseinrichtungen wird mit Hinweis auf eine erforderliche Bewegungs- und Mehrzweckfläche die räumliche Grundlage dafür geschaffen. Wir sind auch sehr froh darüber, dass bei der Architektenkammer Niedersachsen Sport und Bewegungsmöglichkeiten im Hinblick auf die Gestaltung von Mehrzweckflächen und Außenspielbereichen die entsprechende Berücksichtigung bei der Planung von Kindertagesstätten finden.

Auch das Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes bietet regelmäßig für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Tageseinrichtungen ein- und mehrtägige Fortbildungsangebote an, bei denen der Zielsetzung einer ganzheitlichen Sporterziehung entsprechend zumeist auch die Elemente Wahrnehmungsförderung, Spiel, Tanz und Musik Berücksichtigung finden.

Auch in den Sportvereinen werden Kindern im Vorschulalter Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote unterbreitet. Sie haben in den vergangenen Jahren an Bedeutung und Umfang zugenommen. Die Sportjugend Niedersachsen, vor allem aber der Niedersächsische Turnerbund unterstützen durch ihre Programme zur elementaren Sporterziehung, zum Kinderturnen, zu den Angebotsformen Mutter-und-Kind-Turnen oder auch Eltern-und-Kind-Turnen die Bemühungen der Vereine, Kinder durch Bewegungs-, Spiel- und Sportan-

gebote zu fördern. Zurzeit werden in Niedersachsen 163.658 Kinder im Vorschulalter von diesen Vereinsangeboten erreicht.

Nun ist es sicherlich auch richtig, dass Sportvereine keine Reparaturbetriebe für die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft sind und sein können. Aber sie sind sehr wichtige und unverzichtbare Partner für den Staat, wenn es darum geht, soziale Probleme lösen zu helfen. Viele Beispiele von guter und erfolgreicher Vereinsarbeit zeigen, wie wichtig der Sport heute z. B. auch als vorbeugendes Mittel gegen wachsende Gewalt geworden ist, gegen Kriminalität und auch Drogenkonsum in der Jugend.

(Glocke der Präsidentin)

Ich nenne in diesem Zusammenhang, weil meine Redezeit abgelaufen ist, nur ganz kurz einige Beispiele. Unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten führt die Sportjugend Niedersachsen seit mehreren Jahren die Aktion „Go Sports“ durch, die das Ziel hat, in Zusammenarbeit mit den Kommunen, der Polizei, der örtlichen Jugendhilfe und den Schulen mithilfe des Sports gewaltpräventiv zu wirken. Dieses Programm hat sich bewährt und soll auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Ich meine, dass wir der Landessportjugend für ihren engagierten Einsatz danken können.

(Beifall bei der SPD - Glocke der Präsidentin)

Wichtig sind aber auch die im Rahmen des so genannten Mitternachtssports durchgeführten Angebote, die im Dienste der Kriminalprävention unterbreitet werden. Das sollte weiter unterstützt werden. Ich glaube, dass auch die Fußballfanprojekte in Hannover und Wolfsburg allen ein Begriff sind. Auch dieses Angebot sollte fortgeführt werden.

Meine Damen und Herren, die EXPO steht vor der Tür, und ich begrüße es, dass die Landesregierung auch in diesem Zusammenhang den Sport weiterhin unterstützt und fördert. Ich stelle es jetzt dem Sportminister anheim, darauf weiter einzugehen.

Ich finde, dass es für die Zukunft des Sportes sehr wichtig war, dass wir die Große Anfrage gestellt haben. Wir haben für unsere gemeinsame Debatte eine vernünftige Grundlage, die in unser aller Interesse sein sollte. Ziel sollte es sein, in Zusammenarbeit mit dem Sport ein sportfreundliches

Niedersachsen zukunftsfähig, ehrgeizig und integrativ zu gestalten und zu erhalten. - Ich danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Pörtner, Sie sind der nächste Redner. Bitte schön!

(Beckmann [SPD]: Eigentlich ist alles gesagt!)

Pörtner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, dass es meine Fraktion ausdrücklich begrüßt, dass die die Landesregierung stützende SPD-Mehrheitsfraktion diese Große Anfrage zum Thema Sport und Sportförderung in Niedersachsen eingebracht hat und damit auch der Opposition die Möglichkeit gibt, dazu etwas Konkretes zu sagen.

Vorausschicken möchte ich außerdem, dass wir auf jeden Fall an unserer schon mehrmals geäußerten Position festhalten, dass es unsere grundsätzliche sport- und gesellschaftspolitische Überzeugung ist, dass der Sport nicht zum Vehikel der Parteipolitik und der Parteitaktik missbraucht werden darf,

(Beifall bei der CDU)

oder anders ausgedrückt, dass wir von der Union immer dann bereit sind, aus sportfachlichen, aus überregionalen Gründen auf partikuläre parteipolitische Interessen zu verzichten, wenn es darum geht, dem Sport zu dienen, und dass wir auch in Zukunft daran festhalten werden, möglichst, wie in der Vergangenheit insbesondere mit der Fraktion der SPD geschehen, eine gemeinsame Furche im Interesse des Sports in Niedersachsen zu pflügen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte aber nicht versäumen, noch einmal - das sei uns von der Opposition auch gestattet - ganz kurz auf das aufmerksam zu machen, was wir insbesondere in der letzten Wahlperiode nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch hier im Parlament vonseiten der Union für den Sport in Niedersachsen getan haben. Es sei erinnert an den Gesetzentwurf für ein neues Sportgesetz in Niedersachsen mit dem Ziel, insbesondere Planungssicherheit für die Sportvereine und Sportverbände zu schaffen und für eine bessere materielle Ausstat-

tung zu sorgen - was dann auch in das neue Gesetz zum Lotteriede- und Wettwesen eingeflossen ist -, aber auch daran, was wir hinsichtlich der Aufnahme des Sports als Staatsziel in die neue Niedersächsische Verfassung getan haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang zudem ausdrücklich auf unsere parlamentarischen Initiativen zur Situation und Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen, zum Leistungs- und Breitensport, zur Situation des Schulsports, zur Problematik der Olympiastützpunkte und auch auf das Beiblatt für Zeugnisse an allgemein bildenden Schulen, was das ehrenamtliche Engagement für Schülerinnen und Schüler angeht, ausdrücklich verweisen.

Da die mir zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreicht, um auf alle relevanten Fragen bzw. Antworten auf die Große Anfrage substantiiert einzugehen, ist es erforderlich, eine Auswahl der Aspekte vorzunehmen, die aus unserer Sicht einer besonderen Beachtung - sowohl positiv als auch negativ - bedürfen.

Positiv hervorzuheben ist nach unseren Vorstellungen z. B. der Hinweis in der Regierungsantwort, dass die Zahl der Sportvereinsmitglieder im LSB Niedersachsen in den letzten zehn Jahren von ca. 2,4 Millionen auf ca. 2,8 Millionen zugenommen hat. Damit liegen die jährlichen Zuwächse zwischen 1 und 2 %, was die beständig vorhandene Attraktivität der Sportvereine in Niedersachsen und damit die Bedeutung des organisierten Sports in unserem Bundesland insgesamt eindrucksvoll unterstreicht. Damit im Zusammenhang steht die Erhöhung der Zahl der im LSB zusammengeschlossenen Vereine, die von 8.861 im Jahre 1990 auf derzeit 8.994 gestiegen ist. Diese Zahlen sagen viel über den sportlichen und sozialen Stellenwert des organisierten Sports in Niedersachsen aus, und sie stehen darüber hinaus - darauf lege ich Wert - in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was ein so genannter Freizeitforscher aus Hamburg hin und wieder zum Besten gibt, der den Stellenwert des Sports nämlich fast immer grau in grau malt, insbesondere was die Zukunft angeht.

Weiterhin kann nicht oft genug herausgestellt werden, dass Sportvereine und Sportverbände zunehmend - Frau Kollegin Lau hat darauf hingewiesen - einen exemplarischen Beitrag zur Integration von besonderen Gruppen in unserer Gesellschaft leisten, z. B. bei der Ausländerintegration, der Eingliederung von Aussiedlern sowie durch die

erfolgreiche und nachahmenswerte Arbeit des Behindertensportverbandes Niedersachsen und seiner Vereine für körperlich und geistig behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gleichzeitig wird der Sport auch zunehmend als ein wirksames Mittel der Gewaltprävention erkannt. Zu Recht wird in der Antwort der Landesregierung auf eine diesbezügliche Bewertung des Leiters des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Professor Dr. Pfeiffer, hingewiesen, der die Arbeit der Sportvereine in der Gewaltprävention kürzlich als „Schutzimpfung“ für die Jugend gekennzeichnet hat.

Sport- und gesellschaftspolitisch relevant ist für uns von der Union auch die ministerielle Aussage über das Verhältnis der erwerbswirtschaftlichen Sportangebote zu der gemeinwohlorientierten Arbeit in Sportvereinen und -verbänden. Zwar sind die kommerziellen Sportangebote in der letzten Zeit stark angewachsen. Sie können wegen ihrer Beschränkung auf bestimmte Personengruppen und Angebotssegmente die Arbeit der gemeinnützigen Sportvereine und Sportverbände jedoch nicht ersetzen. Für die Union ist politisch sehr wichtig - ich will dies von dieser Stelle aus mit allem Nachdruck noch einmal betonen -, dass die - wie es in der Antwort heißt - „am Gemeinwohl orientierten Sportvereine den entscheidenden Beitrag zur flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit einem vielseitigen, attraktiven Sportangebot leisten“ und dass deshalb die Sicherung und Stärkung der Arbeit dieser Vereine und Verbände als vorrangige Aufgabe der Sportpolitik und Sportförderung in Niedersachsen angesehen werden müssen.

Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Sport in Niedersachsen auf das ehrenamtliche Engagement seiner Mitglieder angewiesen ist. Ohne Ehrenamt würden die Sportstrukturen in Niedersachsen zusammenbrechen,

(Beifall bei der CDU)

insbesondere auch gerade im gesellschaftlichen und politischen Bereich. Deshalb von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön für die vielen zehntausend, hunderttausend Menschen, die sich ehrenamtlich im Sport und darüber hinaus in Niedersachsen engagieren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wo Licht ist, ist leider - physikalisches Gesetz - auch Schatten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Davon hat Frau Lau gar nichts gesagt!)

Damit komme ich zu den kritikwürdigen Punkten der Anfrage bzw. der Antwort der Landesregierung. Ich kann sehr gut verstehen, Herr Sportminister Bartling, dass Sie in der letzten Zeit häufiger zu verstehen gegeben haben, dass Sie sehr gerne an Veranstaltungen teilnehmen, die vom Sport ausgerichtet werden, weil in der Regel - das kann ich nachvollziehen - durchaus mit angenehmen Reaktionen zu rechnen ist. Aber wahrscheinlich wird das nicht dann der Fall sein, wenn Sie einmal vor Repräsentanten des Sports in Niedersachsen zu dem Thema Sportstättenbau und insbesondere zu den Perspektiven des Sportstättenbaus sprechen müssen. Ihre heranzuziehenden Teilantworten im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt sind aus unserer Sicht mehr als unbefriedigend, sowohl quantitativ als qualitativ. Zwar wird in Ihrer Antwort darauf hingewiesen, dass in Niedersachsen ein erheblicher Sanierungsbedarf bestehe - 24,6 % sämtlicher Sportanlagen in Niedersachsen weisen erkennbare Mängel auf, und weitere 12 % sind sanierungsbedürftig -, aber die für 1998 und 1999 ausgewiesenen Haushaltsmittel bzw. LSB-Konzessionsabgabemittel in Höhe von durchschnittlich rund 3,5 Millionen DM bzw. gut 5 Millionen DM sind beileibe nichts anderes als der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Mit schwammigen Formulierungen wie „die Landesregierung räumt ein“, „sie erwägt“, „sie sieht mit Sorge“ oder „es ist das Ziel der Landesregierung“ will die Landesregierung von der sportpolitischen Notwendigkeit ablenken, dass ein klares mittel- bis langfristiges Konzept zur Förderung des Sportstättenbaus in Niedersachsen auf den Tisch gelegt werden muss, das gleichzeitig konkrete Zahlen dazu enthält, wie dieses Konzept realistischweise finanziert und umgesetzt werden kann und soll.

So, wie es jetzt in der Antwort auf die Große Anfrage dargestellt wird, kann nur die berechtigte Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Landesregierung den schwarzen Peter den Kommunen zuschiebt.

(Frau Vockert [CDU]: Befürchte ich auch!)

Aber das, meine Damen und Herren, kann bei dem völlig unbefriedigenden kommunalen Finanzausgleich nicht klappen. Deshalb muss in dieser Beziehung gesagt werden, dass sich die Landesregierung in Niedersachsen auf dem Gebiet der Förde-

rung des Sportstättenbaus wahrlich kein gutes Zeugnis ausstellt.

(Beifall bei der CDU – Frau Vockert [CDU]: Da gibt es erheblichen Nachholbedarf!)

Noch düsterer sieht es auf dem Gebiet der Pro-Kopf-Beträge der Sportförderung im Vergleich zu den anderen Bundesländern aus. Hierbei stehen wir mit 5,93 DM Förderung pro Kopf der Bevölkerung an vorletzter Stelle aller Bundesländer.

(Frau Vockert [CDU]: Erschreckend!)

Vergleichszahlen: Bremen fast 29 DM, Hamburg 26,60 DM, das arme Mecklenburg-Vorpommern 15,06 DM, Nordrhein-Westfalen 13,67 DM, das arme Saarland 16,26 DM. Ähnlich sieht es mit der Pro-Kopf-Förderung der Vereinsmitgliedschaften aus. Wenn dann in der diesbezüglichen Antwort der Landesregierung darauf hingewiesen wird, dass diese niedrigen Werte für Niedersachsen im Wesentlichen darauf zurückzuführen seien, dass sich das Land seit 1983 aus der Förderung des kommunalen Sportstättenbaus zurückgezogen habe, dann muss daran erinnert werden, dass dies für mehrere andere alte Bundesländer, z. B. Hessen und Baden-Württemberg, auch zutrifft und sich Niedersachsen - ganz egal, wie man es rechnet - immer im letzten Drittel der Ländervergleichstabelle hinsichtlich der Sportfördermittel wiederfinden wird.

(McAllister [CDU]: Das ist ärgerlich!)

Dieses ist alles andere als ein Ruhmesblatt für das Sportland Niedersachsen und bedarf einer umgehenden Korrektur.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Macht mal einen ordentlichen Haushaltsvorschlag!)

Für uns von der Union wird dies ein sportpolitischer Bereich sein, der von großer Bedeutung insbesondere bei der Diskussion im vorpolitischen Raum sein wird.

Meine Damen und Herren, ich bekomme angezeigt, dass meine Redezeit abgelaufen ist. Deshalb muss ich auf zwei Dinge verzichten. Das können wir dann in einem anderen Zusammenhang besprechen.

(Plaue [SPD]: Wahrscheinlich waren das Ihre Deckungsvorschläge, die Sie leider nicht mehr vortragen können!)

Ich wollte insbesondere auf die unbefriedigende Situation im Bereich der Leistungssportförderung aufmerksam machen, insbesondere darauf, was in Berlin von Rot-Grün geplant ist - das wird mit Sicherheit einige Auswirkungen für Niedersachsen haben -, und auf andere Dinge, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Ich kann aus Zeitgründen auch nicht auf die unbefriedigende Situation im Unterrichtsfach Sport an den Schulen, das Durchschnittsalter der Sportlehrerinnen und Sportlehrer in Niedersachsen

(Frau Lau [SPD]: Das wird sich ja jetzt ändern durch die Pensionswelle!)

und das Süd-Nord-Gefälle bei den Investitionsmitteln, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden, eingehen.

Zusammengefasst dürfte hoffentlich eines deutlich geworden sein: Es gibt hinsichtlich der Sportpolitik und Sportförderung Niedersachsens sowohl positive als auch negative Aspekte. Das erkennen wir sehr wohl an. Aber es ist auch deutlich geworden - so hoffe ich -, dass doch auch einiges zu reparieren und zu sanieren ist.

Ich darf wiederholen, was ich zu Beginn meiner Rede gesagt habe: Wir von der Union sind dazu bereit, im Interesse des Sports in Niedersachsen mit den Fraktionen der SPD und der Grünen an einem Strang zu ziehen, wenn es darum geht, dem Sport zu helfen.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Diese Rede, Herr Kollege Pörtner, hole ich bei den Haushaltsberatungen wieder hervor, und dann schaue ich sie mir genau an!)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegen Janßen-Kucz, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe SPD-Fraktion,

(Zuruf von der SPD: Oh, Meta!)

vielen Dank für diese Anfrage und natürlich auch für die Antworten.

(Beckmann [SPD]: Das Boßeln haben wir vergessen! Das stimmt schon!)

Ich meine, es gehört irgendwie zu den Sternstunden eines Parlaments, dass für mich immer noch etwas neu ist.

(Zuruf von Mühe [SPD])

- Kalle, komm. - Es ist schon beeindruckend, wie zum Thema Sport und Sportförderung fast alle Bereiche der Landespolitik in einem Ritt gestreift wurden - manche mehr und manche weniger.

(Mühe [SPD]: Das ist eine Querschnittsaufgabe!)

Aber im Wesentlichen handelt es sich doch um eine Jubelanfrage mit Jubelantworten oder -feststellungen.

(Zustimmung von Frau Harms [GRÜNE])

Neue sportpolitische Perspektiven, die in die Zukunft weisen, wurden nämlich nicht aufgezeigt.

(Frau Lau [SPD]: Soll ja auch nicht! Soll ja gut für eine gemeinsame Diskussion sein, was wir daraus machen!)

- Auf diesen Einwurf gehe ich lieber nicht ein.

(Mühe [SPD]: Du hast nichts zu bieten!)

Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports werden Fragen gestellt, die wiederum mit rein statistischem Material beantwortet werden. Obwohl die Landesregierung feststellt, dass die traditionelle Sportangebotsgestaltung, die gesundheitsorientierte, sozialkompensatorische und trendorientierte Angebotsgestaltung überwiegt und dass auch in diesem Bereich immer noch ein Defizit besteht, wird nicht aufgezeigt, wie man an einer strukturellen Weiterentwicklung arbeiten könnte. Ich habe den Verdacht, dass aufseiten der Ministerien bzw. des Ministeriums wenig eigenständige Konzepte vorhanden sind, über die wir wirklich diskutieren könnten.

Das Gleiche gilt auch für die Bereiche, in denen Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Ältere und Behinderte unterrepräsentiert sind. Auch hier wird wieder die Feststellung getroffen, dass die Entwicklungszahlen aufzeigen, dass es den Sportvereinen gelingt, Angebotsformen für besondere Gruppen zu entwickeln. Wie die Landesregierung gedenkt, die Sportvereine und den Landessport-

bund konkret bei dieser Aufgabenstellung zu unterstützen, bleibt im Dunkeln. Dennoch wird aber die Feststellung getroffen, dass die Landesregierung es nicht für erforderlich hält, darüber hinaus spezielle Steuerungsinstrumente zu entwickeln bzw. anzuwenden. Aber eine einleuchtende Begründung habe ich in der Antwort nicht gefunden.

Dieses Strickmuster erleben wir auch bei der Frage nach den Aufgaben in der Präventionsarbeit. Der Sport wird als wirksames Mittel der Gewaltprävention erkannt. Es wird zwar festgestellt, dass eine gezielte Strategie notwendig ist, die die Vereine und Verbände im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit entwickeln und auch mittragen können. Doch von einer konkreten Unterstützung vonseiten der Landesregierung ist nicht die Rede. Nicht einmal der Ansatz einer Strategie wird aufgezeigt.

An dieser Stelle muss man die Arbeit der Sportvereine und des Landessportbundes loben, die gerade im gewaltpräventiven Bereich gute - wenn nicht sogar herausragende - Arbeit leisten, die es aber massiv zu unterstützen und weiter auszubauen gilt, statt eine Anfrage zu stellen und wieder jahrelang zu diskutieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Frau Lau [SPD])

Zwar wurde ein Handlungsbedarf erkannt, aber ich hatte immer wieder den Eindruck, dass man sich mit dem Handeln lieber etwas zurückhält.

(Frau Lau [SPD]: So unsportlich sind wir nicht!)

- Wir wollen uns hier besser nicht über Unsportlichkeit auslassen, sonst müssen wir noch demnächst joggen oder so etwas.

(Heiterkeit - Frau Harms [GRÜNE]: Wettlauf mit Frau Lau! Meta, da gewinnen wir!)

- Ja, einen Wettlauf oder Eierwerfen zu Ostern können wir auch noch machen. - Gut, lasst uns wieder ernst werden.

Noch ein Beispiel für Hilflosigkeit, wie ich es einmal nennen will: Die Sportminister der Länder haben im Dezember 1996 in Dresden eine dringend notwendige Aufgabe darin erkannt, die Entwicklung in dem bisher kaum regulierten Sektor erwerbswirtschaftlicher Unternehmen zu beobachten und daraus für die Weiterentwicklung des Sportsystems die entsprechenden sportpolitischen

Positionen zu klären. Jetzt - vier Jahre später! - erklärt die Landesregierung, dass sie nun langsam eine entsprechende Initiative ergreifen will. Aber auf die Initiative bzw. darauf, wie lange sie noch auf sich warten lässt, sind wir sehr gespannt. Wenn man eine Dringlichkeit erkennt, sollte man handeln und nicht vier Jahre ins Land ziehen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt noch einen weiteren dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf die Rahmenbedingungen für die erwerbswirtschaftlichen Sportanbieter, nämlich die rechtlichen Unsicherheiten und die Klärung, welche Instrumente des Verbraucherschutzes ein Minimum an Qualitätsanforderung und Verhinderung von Missbrauch gewährleisten. Hierbei geht es konkret um Verbraucherschutz und damit um Gefahren für Leib und Gesundheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Auch hier gilt es zu handeln und nicht weiter abzuwarten.

Ich möchte einmal daran erinnern, dass auf der Grundlage des Koalitionsvertrags zwischen der SPD Niedersachsen und dem Landesverband der Grünen mit Ergebnis im Jahr 1992 eine Experten-Gruppe eingesetzt wurde.

(Zuruf von Frau Vockert [CDU])

- Ja. - Dieses Gutachten bietet vielfältige Ansätze. Ich habe aber den Eindruck, es ist in irgendeiner Schublade verschwunden. Denn ansonsten hätte die Landesregierung - aufbauend auf den Empfehlungen - auch neue Organisationsformen, konkrete Konzepte und deren Umsetzung präsentiert.

(McAllister [CDU]: Nicht umgesetzt!
- Zuruf von Pörtner [CDU])

Ich möchte noch auf den Bereich Sport und Umwelt zu sprechen kommen. Für mich ist es beeindruckend, wie in diesem Bereich auf zwei Seiten so wenig gesagt wurde. Die Regierung hat nicht einmal die Chance genutzt, sich gehörig zu loben. Stattdessen wurden Allgemeinplätze und die Rechtslage zitiert. Lassen Sie mich nur einen Satz zitieren: Konflikte zwischen dem Sport und Naturschutz können insbesondere durch die Ausübung des Sports im Freien entstehen. - Danke, liebe Landesregierung, für diese tief greifende Erkenntnis.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Du hast das ja alles gelesen!)

- Ich habe alles gelesen. Ich fahre täglich Bahn und habe dabei Zeit zum Lesen. - Die Mittel, die die Landesregierung aufzählt, um die Konflikte zwischen Sport und Naturschutz zu vermeiden, sind unzureichend, auch wenn die Landesregierung behauptet, dass mit ihnen praktisch alles ausgeräumt wird. In diesem Konfliktfeld ziehen die Natur und der Naturschutz größtenteils den Kürzeren.

(McAllister [CDU]: Das stimmt nicht!)

- Das stimmt wohl. Wir können uns demnächst einmal differenzierter darüber unterhalten.

Es ist notwendig, eine Strategie für die Umsetzung einer mittelfristigen Perspektive für die spiel- und sportfreundliche Umwelt in der Raumordnung, Landesplanung sowie in der Bauleitplanung zu entwickeln.

Ich muss noch einige Sätze zu dem Thema Sport und Gesundheit sagen.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Janßen-Kucz, ich muss Sie aber darauf hinweisen, dass Sie keine Redezeit mehr haben.

(Pörtner [CDU]: Wir haben uns auch daran gehalten!)

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Darf ich noch eine Minute?

Vizepräsidentin Goede:

Sie dürfen noch eine Minute reden.

Frau Janßen-Kucz (GRÜNE):

Wenn es ernst gemeint wäre, hätte die Landesregierung die Auswirkungen der Streichung des § 20 SGB V nicht so unzureichend beschrieben. Denn die Angebote im Bereich Gesundheitsprävention sind nicht nur bei den Sportverbänden weggebrochen, sondern auch bei den Trägern der Erwachsenenbildung mit langfristigen gesundheitspolitischen Folgeerscheinungen.

Ich benenne noch andere konkrete Defizite - Frau Lau hat sie positiv hervorgehoben, aber auch da sollten wir noch einmal in das Gutachten der Expertenkommission schauen -

(Glocke der Präsidentin)

und zwar die Erprobung neuer Konzepte in der Bewegungserziehung der Kitas, die Erarbeitung von Handreichungen für Erzieherinnen und Erzieher sowie die Intensivierung der Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Ich frage mich, was daraus nun werden soll. Wollen wir das komplett den Kommunen überlassen?

Ich meine, wir haben im Bereich Sport viel zu tun, wenn Sie diese Anfrage ganz gründlich durcharbeiten wollen. Ich hoffe, dass wir im Interesse des Sports gemeinsam etwas auf den Weg bringen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Bartling das Wort.

(Zuruf von der SPD: Endlich mal einer, der aktiver Sportler ist!)

Bartling, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr darüber, dass 40 Kolleginnen und Kollegen, die natürlich alle Sportler sind, unserer intensiven Debatte heute Nachmittag folgen.

(Heiterkeit - Pörtner [CDU]: Das ist doch erfreulich, Herr Minister!)

- Natürlich, das ist überaus erfreulich, weil es in anderen Debatten auch noch weniger sind. Das weiß ich wohl.

Zu Frau Janßen-Kucz möchte ich gern sagen: Wenn Sie feststellen, dass in der Antwort auf die Große Anfrage überwiegend Jubel verbreitet wurde, hat das wohl seine Begründung, die vielleicht auch darin liegt, dass die Sportpolitik im Land Niedersachsen nicht die schlechteste ist, um es ganz vorsichtig und zurückhaltend zu sagen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN - Zuruf von Frau Litfin [GRÜNE])

Was ich gern hinzufügen möchte - Dieter Möhrmann hat das ja durch einen Zwischenruf schon zum Ausdruck gebracht -, ist Folgendes: Herr Pörtner, wir sind uns bestimmt darin einig, dass es im Sportstättenbau eine Fülle von Problemen gibt

und dass man in diesem Bereich viel mehr machen könnte. Aber Sie folgen da einem alten Rezept, nämlich immer wieder Dinge zu fordern, die Geld kosten. Sagen Sie doch einmal, wie Sie das bezahlen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Auch ich könnte Ihnen in vielen anderen Bereichen sagen, was denkbar, wünschenswert und erforderlich ist. Allerdings muss man dafür staatliche Mittel zur Verfügung stellen, die uns leider in dem Umfang nicht zur Verfügung stehen. Ich würde es begrüßen, wenn wir sie hätten, aber wir müssen mit dem auskommen, was wir haben. Deswegen ist das eine Forderung, die man zwar immer wieder erheben kann, die sich aber an der Realität messen lassen muss. Ich bin sicher, dass Sie, wenn Sie einen Haushalt zu gestalten hätten, nicht in der Lage wären, einen Beitrag zu leisten, der diese wilden Forderungen erfüllen könnte.

(McAllister [CDU]: Da unterschätzen Sie uns! - Pörtner [CDU]: Wild?)

- Das Wort „wild“ nehme ich zurück, und ich sage: die etwas leicht überzogenen Forderungen. - Herr Pörtner, wir machen ja einiges. Ich erinnere nur daran, dass wir z. B. durch die Änderung der Bestimmungen für die Glückspirale dazu beitragen wollen, dass der Anteil, der mehr an Erträgen in dieser Glückspiralenlotterie zur Verfügung stehen wird, dem Sportstättenbau in Niedersachsen zugute kommt. Das ist für mich ein Ansatzpunkt, den ich für richtig und für gut halte, obwohl diese Mittel noch lange nicht ausreichen. Das gebe ich gerne zu. Aber wir haben Mittel zur Verfügung, die wir in der Vergangenheit nicht hatten. Diese werden wir zum überwiegenden Teil zur Sanierung der Sportstätten nutzen, weil ich den Eindruck habe, dass wir im Sportstättenbau - sei er überdacht oder frei - eine gute Situation in Niedersachsen haben. Kleine Beiträge, aber auch solche Dinge, die wir in Szene gesetzt haben, z. B. Wettbewerbe um eine vorbildlich sanierte Sportstätte, mit denen wir Anreize geben wollen, etwas zu tun, halte ich für ein sinnvolles Mittel. Ich halte es für nicht realistisch, den Eindruck zu erwecken, dass wir in einem überschaubaren Zeitraum in der Lage wären, für neue Sportstätten oder für die Sanierung von Sportstätten Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen.

(Pörtner [CDU]: Wir rutschen immer weiter ab!)

- Herr Pörtner, ich habe nicht den Eindruck, dass wir abrutschen. Lassen Sie uns einmal in aller Ruhe gemeinsam mit den Fachleuten reden. Ich glaube, wir kommen auch dann zu anderen Ergebnissen, wenn wir uns mit anderen Ländern vergleichen, wobei ich Vergleiche zwischen den Ländern immer für ein bisschen problematisch halte, weil man die Strukturen der anderen Länder berücksichtigen muss.

Lassen Sie mich einige Anmerkungen zu grundsätzlichen Elementen von Sportpolitik in Niedersachsen machen. Das ist zum Teil bei den Vorrednern angeklungen, vielleicht kann ich es ein wenig verstärken.

Sport spielt im Rahmen einer Politik für Staat und Gesellschaft eine immer bedeutendere Rolle. Fast 9.000 Vereine in Niedersachsen sind damit Kristallisationskerne aktiven, allgemeinen, gemeindlichen Lebens und bilden die Basis für eine Sport- und Jugendarbeit, die wir als Aufgaben von öffentlicher Bedeutung schätzen. Der Landtag hat vor zwei Jahren in einem einstimmigen Votum den Schutz und die Förderung des Sports als Staatsziel in der Verfassung verankert. Die Landesregierung bekennt sich zu dieser Entwicklung und der Aufwertung des Sports.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben dem, was an Chancen für Fitness, Gesundheitsprophylaxe und mehr Lebensqualität in der sportlichen Betätigung enthalten ist, will ich darauf hinweisen, dass auch für sozialbenachteiligte und für gefährdete Gruppen der Sport als eine besondere Form der Lebenshilfe immer wichtiger geworden ist. Eine Sozialarbeit, ohne die Möglichkeiten des Sports zu nutzen, wird heute als antiquiert oder auch defizitär angesehen. Als Vorbild sei hier nur ein Beispiel zu nennen, nämlich die Sportjugend im LSB, die, unterstützt von der Landesregierung, auf diesem Sektor mit Aktivitäten wie „Go Sports“ wichtige und unterstützende Pionierarbeit geleistet hat.

(Zustimmung von Frau Vockert
[CDU])

Meine Damen und Herren, die Landesregierung weiß auch, dass unsere Sportvereine bereits mit ihrer normalen alltäglichen Arbeit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen und Gefahren vorbeugen, die nur mit Stichworten wie „Sucht“, „Jugendkriminalität“, „Drogenmissbrauch“, „Gewalteskalation“ und „Ausländer-

feindlichkeit“ angedeutet werden können. Die Förderung des in Vereinen und Verbänden organisierten Sports ist deshalb ein Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung im Rahmen der Sportpolitik. Unsere Leistungen auf diesem Sektor gipfeln letztlich in der Schaffung einer gesetzlichen Grundlage - Herr Pörtner hat es bereits erwähnt - für die Sportförderung, wie sie wohl in Deutschland und im Ländervergleich einmalig sein dürfte.

Das Niedersächsische Gesetz über das Lotterien- und Wettwesen gibt unserem Landessportbund und den in ihm zusammengeschlossenen Sportorganisationen und -vereinen einen Rechtsanspruch auf Sportförderung dem Grunde und der Höhe nach. Frau Janßen-Kucz, deswegen muss ich mir auch den Vorwurf, wir würden nicht genug lenken und gestalten, gefallen lassen. Ich lasse ihn mir aber gerne gefallen, weil ich möchte, dass der Landessportbund mit den Mitteln, die wir ihm gesetzlich gesichert zur Verfügung stellen, selbst die Prioritäten setzt. Ich könnte mir vorstellen, dass ich als Sportminister segnend über das Land laufen und diese round about 50 Millionen DM, die natürlich auch viel zu wenig sind, verteilen würde. Wir haben es aber anders geregelt, um dem Sport eine dauerhafte und gute Grundlage für Kalkulation und für Zukunftsperspektiven zu geben. So kann er seine eigenen Prioritäten setzen. Bei manchen Dingen - das ist für mich ein Beispiel dafür - sollte sich der Staat ein wenig fern halten und es denen überlassen, die es ehrenamtlich vielleicht besser können.

(Beifall bei der SPD und bei der
CDU)

So, meine Damen und Herren, ist der Sport durch diese Entscheidung aus der Rolle eines Zuwendungsempfängers und damit aus der Position des Bittstellers befreit. Die neue Rechtslage verschafft ihm Planungssicherheit, verstärkt Autonomie und macht ihn zu einem kompetenten Partner des Staates in der Versorgung unserer Bevölkerung mit qualifizierten Sportangeboten.

Die Wahrnehmung dieser Rolle stellt unsere Sportvereine - das möchte ich gerne hervorheben - vor besondere Herausforderungen und auch vor zunehmende finanzielle Belastungen. Es sind neue Finanzierungskonzepte gefragt, um die Finanzbasis der Vereine zu stärken. Beispielsweise kann man sich fragen, warum in dieser Zeit private erwerbswirtschaftliche Sporteinrichtungen im Fitness-,

Gesundheits- und Freizeitsportbereich offenbar Geld verdienen können, jedoch Sportvereine die marktfähigen Segmente des Breitensports nicht oder noch nicht genug zur Eigenfinanzierung nutzen. Das sollte man fragen und auch versuchen, diese Frage zu beantworten. Ich begrüße es deshalb, dass der Landessportbund im Rahmen der Vereinsberatung das Bewusstsein dafür stärkt, dass man auch in unseren Vereinen durch rationales ökonomisches Handeln in diesem Bereich finanziell erfolgreich sein und damit zugleich ein wenig unabhängiger von öffentlicher Sportförderung werden kann.

Meine Damen und Herren, unabhängig davon ist die Sportförderpolitik der Landesregierung sehr erfolgreich. Sie können dies an den Daten ablesen, die die Entwicklung der Mitgliedszahlen in den Sportvereinen und -verbänden des Landessportbundes markieren. Mit über 35 % des Organisationsgrades der Bevölkerung in Sportvereinen liegt Niedersachsen im Ländervergleich an der Spitze und ist damit gewissermaßen deutscher Meister im Breitensport.

(Pörtner [CDU]: Sehr erfreulich!)

- Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir hoffentlich auch beibehalten können, Herr Pörtner.
- Aber auch in der Entwicklung des Leistungssports hat Niedersachsen in den vergangenen Jahren erheblich aufgeholt. Der Olympiastützpunkt Niedersachsen wurde durch gemeinsame Anstrengungen der Landesregierung, des LSB und der Verbände mit Unterstützung des Bundes ausgebaut und damit leistungsfähiger gemacht.

(Pörtner [CDU]: Herr Minister, da droht Gefahr aus Berlin!)

- Herr Pörtner, ich habe die Hoffnung, dass aufgrund guter Beziehungen - ich habe zwar noch keine konkreten Ergebnisse; das gebe ich gerne zu - die Unwucht, die in den vergangenen Jahrzehnten aufgetreten ist, als sehr viel nach Süddeutschland lief, etwas - ich sage das mit aller Vorsicht - ausgeglichen werden kann.

(Beckmann [SPD]: Vorgängerregierung!)

Meine Damen und Herren, der Landessportbund kann heute landesweit immerhin 354 Kaderathletinnen und -athleten betreuen.

Neben der Sportförderung durch das Land spielt die kommunale Sportförderung eine nicht zu unterschätzende Rolle. So haben niedersächsische Landkreise, Städte und Gemeinden nach Ausweis der Haushaltsystematik der Gemeinden und Gemeindeverbände z. B. im Jahre 1997 mehr als 363 Millionen DM zur Förderung des Sports und zur Errichtung oder Unterhaltung eigener Sportanlagen bereitgestellt.

Meine Damen und Herren, die Sportförderpolitik der Landesregierung hat sich in der Vergangenheit nicht auf rein finanzielle Aspekte beschränkt und wird sich auch in Zukunft nicht darauf reduzieren lassen. Der Sport wird mit seinen vielfältigen Ausprägungen und Facetten von einer Reihe anderer Politikbereiche berührt und beeinflusst und über den nationalen Rahmen hinaus auch von Tendenzen und Regelungen der europäischen Ebene tangiert. Eine erfolgreiche Sportpolitik ist vernetzt deshalb nur im Zusammenwirken verschiedener Ressourcen möglich. Die Antwort auf die Anfrage zeigt, wie viele - auch Landesministerien - in den Prozess einer gedeihlichen Sportentwicklung eingebunden sind und im sportpolitischen Rahmen der Landesregierung an der Entwicklung mitwirken. In erster Linie gilt dies für das Kultusministerium, das in seiner Verantwortung für den Schulsport entscheidende Entwicklungsimpulse für den gesamten Sport setzt. Gerade die Schule leistet - das wissen Sie alle - einen wesentlichen Beitrag zur Sportförderung in Niedersachsen, weil sie alle Schülerinnen und Schüler von früh an mit Bewegung und Sport vertraut macht.

(Pörtner [CDU]: Dann müssen aber wieder jüngere Sportlehrer eingestellt werden!)

- Zu den jüngeren Sportlehrern komme ich noch, Herr Pörtner.

(Glocke der Präsidentin)

- Ist meine Redezeit schon abgelaufen? - Entschuldigung. - Ziel ist es, für ein Sporttreiben außerhalb und nach der Schulzeit zu motivieren. Dazu dienen ergänzend auch zahlreiche Angebote des Schulsports, von denen ich an dieser Stelle mit den Arbeitsgemeinschaften, mit Spiel- und Sportfesten sowie mit dem Bundeswettbewerb der Schulen „Jugend trainiert für Olympia“ nur wenige erwähnen möchte.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister Bartling, die Frau Kollegin Litfin möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Bartling, Innenminister:

Frau Präsidentin, ich gestatte die Frage gerne. Ich bin nur ein wenig verwirrt, was meine Redezeit betrifft. Wenn sie schon abgelaufen ist, dann muss ich wohl aufhören.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Sie dürfen so lange reden, wie Sie wollen!)

- Nein, ich halte mich an die Vorgaben des Präsidiums, Frau Kollegin.

Vizepräsidentin Goede:

Frau Litfin, im Moment haben wir hier oben die Sitzungsleitung. Insofern entscheiden wir das, wenn dies möglich ist. Wir haben aber Redezeiten vereinbart, Herr Minister. Insofern bitte ich Sie ganz herzlich, zum Schluss zu kommen.

Bartling, Innenminister:

Ich hatte nur diese Uhr vor Augen. Sie verwirrt mich etwas. - Aber Frau Litfins Frage will ich gerne noch beantworten. Dann werde ich hier abtreten.

Vizepräsidentin Goede:

Bitte sehr!

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Minister, Sie haben von der Zusammenarbeit der Ressorts gesprochen, und zwar gerade auch beim Schulsport. Wären Sie bereit und in der Lage, die Kultusministerin davon zu überzeugen, dass der Berufsschulsport stärker auf die einseitigen Belastungen der Ausbildungsberufe eingehen sollte, um so den Auszubildenden auch präventive Maßnahmen und sportliche Übungen zu zeigen, mit denen sie etwa bei sitzenden Tätigkeiten dem vorprogrammierten Rückenschaden entgegen können?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Bartling, Innenminister:

Frau Litfin, zu diesem Thema befinden wir uns selbstverständlich im konstruktiven Dialog mit der Frau Kultusministerin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie können sicher sein, dass solche Dinge einfließen werden. Ich bitte aber in einem Bereich um Verständnis. In der Teilzeitberufsschule haben wir Probleme mit dem Schulsport. In den anderen berufsbildenden Bereichen ist dies nicht so sehr der Fall, aber in der Teilzeitberufsschule ist dies ein Problem, das wir auch aus anderer Sicht berücksichtigen müssen. Aber zu der Problematik, die Sie angesprochen haben, sind wir in der Tat - das ist nicht nur ein Spruch - im Dialog und versuchen, vernünftige Regelungen zu finden. Wie ich die Frau Kultusministerin bisher erlebt habe, ist sie zu jeder vernünftigen Lösung mit uns gemeinsam bereit.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, weil mich die Präsidentin auf die vereinbarten Zeiten aufmerksam gemacht hat, mit dem Hinweis schließen, dass ich sehr dankbar dafür bin, dass im Großen und Ganzen im Landtag eine breite Bereitschaft vorhanden ist, die Sportpolitik in Niedersachsen zu unterstützen. In Einzelheiten werden wir das in dem genannten konstruktiven Dialog bestimmt weiter besprechen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Vockert [CDU] und von Heineking [CDU])

Vizepräsident Jahn:

Der Kollege McAllister erhält bis zu drei Minuten zusätzliche Redezeit für seine Fraktion. Bitte sehr!

McAllister (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich möchte zunächst auch einen Dank für die Beantwortung dieser Großen Anfrage an die Beteiligten in den Ministerien richten. Die Antwort

enthält in der Tat viele wertvolle Informationen für sportpolitisch Interessierte.

Vorab möchte ich eine Aussage aus der Antwort auf die Große Anfrage unterstreichen: In der Europapolitik muss der Sport einen höheren Stellenwert erhalten.

(Zustimmung von Frau Litfin [GRÜNE] und Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE])

Die fehlende Verankerung des Sports im EU-Vertragswerk ist ein grundlegendes Problem.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Dafür haben wir jetzt einen Minister!)

Das haben wir auch während unserer Ausschussreise nach Brüssel nachdrücklich erfahren. Ich meine, dies wäre auch ein Betätigungsfeld für den neuen Europaminister, der leider gerade nicht anwesend ist.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

- Da ist er ja! - Einige Aussagen habe ich in der Antwort vermisst. Das liegt natürlich daran, wer hier wie und was gefragt hat. Bei Antworten sind aber auch kritische Punkte weggelassen worden. Drei Bereiche möchte ich ansprechen.

Erstens. Im Themenkomplex V - Ehrenamtlichkeit - hätte ich mir gewünscht, dass auch einige Sätze zu den Folgen des 630 DM-Gesetzes und zur schwierigen Situation der Sportvereine niedergelegt worden wären.

(Beifall bei der CDU - Beckmann [SPD]: Das wäre ja peinlich für euch geworden! - Endlein [SPD]: Das 630 DM-Gesetz hat nichts mit der Ehrenamtlichkeit zu tun, mein lieber Freund!)

Zweitens. Zum Themenbereich II - Sport und Umwelt -, Herr Minister: So ungetrübt ist das Verhältnis nun wirklich nicht. Bei der Auswahl von FFH-Schutzgebieten hat es von Fachverbänden insbesondere der Natursportarten erhebliche Kritik am Beteiligungsverfahren gegeben. Viele Bedenken wurden in den Stellungnahmen der Bezirksregierungen nicht hinreichend berücksichtigt. Das gilt leider insbesondere auch für meine heimatliche Bezirksregierung in Lüneburg.

Beim dritten Themenkomplex geht es um das Problem, dass wir bei der Errichtung von Sportstätten zunehmend Schwierigkeiten bau- und planungsrechtlicher Art haben. Dies kennen wir auch aus der kommunalpolitischen Arbeit. Hierzu hätte ich gerne noch zwei Fragen an den Minister gestellt. Herr Minister, Sie können mir die Fragen gerne schriftlich beantworten.

Erstens. Kann die Landesregierung praktische Beispiele dafür nennen, dass die Sportanlagen-Lärmschutzverordnung Belange des Sports und der Nachbarschaft ausreichend geregelt hat?

Zweitens. Wie ermöglicht diese Verordnung eine bedarfsgerechte Entwicklung?

Auf eine weitere Frage bin ich im Verlauf der Diskussion gestoßen: Plant die Landesregierung weitere gesetzgeberische Initiativen, um Fragen des Sports und des Baurechts besser zu vereinbaren? - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister, Sie möchten gerne antworten? Ich bin davon ausgegangen, dass die Fragestunde erst morgen stattfindet, aber ich gebe Ihnen gerne Gelegenheit dazu.

(Heiterkeit)

Bartling, Innenminister:

Herr Präsident! Ich will die Diskussion nicht künstlich verlängern. Die Fragen, die ich beantworten kann, möchte ich aber gleich beantworten. Zu den anderen Fragen erhalten Sie eine schriftliche Antwort, Herr McAllister.

Die europäische Dimension, die Sie vermisst haben, war in meiner Rede enthalten. Zu diesen Ausführungen bin ich aber nicht gekommen. Ich darf darauf hinweisen, dass sich Niedersachsen auch in der Sportministerkonferenz des Bundes in diese europäische Dimension stark eingeschaltet hat und auch gehört wird. Was die Doping-Problematik angeht, so haben wir unsere Vorstellungen bis in die Weltsportministerkonferenz hineingetragen. Ich durfte in Vertretung daran teilnehmen. Ich will damit deutlich machen, dass wir diese Dimension nicht vernachlässigt haben.

Zu Ihrer Frage bezüglich der Übungsleiter und des 630 -DM-Gesetzes: Wir haben die Übungsleiterpauschale von 2.400 DM auf 3.600 DM erhöht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Derzeit arbeiten wir die Ergebnisse des Gutachtens zur Überprüfung der Probleme mit dem 630 -DM-Gesetze ab, das Glogowski und Clement in Auftrag gegeben haben, und hoffen, zu Lösungen zu kommen, die dem Sport helfen.

Nun zu dem, was Sie zu FFH gefragt haben: Es gibt nicht nur Gespräche mit Wolfgang Jüttner und dem Umweltministerium, sondern auch eine Fülle von guten Ergebnissen, bei denen Sport und Umweltschutz nicht in einem Gegensatz stehen, sondern bei denen wir in der Regel zu vernünftigen Vereinbarungen gekommen sind.

Erlauben Sie mir bitte, die anderen Fragen schriftlich zu beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, damit ist die Besprechung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion abgeschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 12:

Einzige (abschließende) Beratung:

Sicherung und Ausbau des Regional- und Forschungsflughafens Braunschweig - Antrag der Fraktion der CDU - Drs 14/876 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1316

Der Antrag war an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen worden. Berichtersteller ist der Kollege Beckmann, dem ich das Wort erteile.

Beckmann (SPD), Berichtersteller: :

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der federführende Ausschuss empfiehlt Ihnen mit den Stimmen von CDU und SPD, dem jetzt in geänderter Form vorliegenden Antrag zuzustimmen. Es findet sicherlich Ihren Beifall,

wenn ich meinen Bericht im Übrigen zu Protokoll gebe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(Zu Protokoll:)

Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1316 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, den vorliegenden Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlages der SPD-Fraktion anzunehmen.

Zu Beginn seiner Beratungen führte der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr eine Anhörung durch, in der Sachverständigen und Interessenvertretern Gelegenheit gegeben wurde, zu der Thematik des Antrages Stellung zu nehmen. Im Anschluss an diese Anhörung machte der Sprecher der SPD-Fraktion darauf aufmerksam, dass das vorrangige Ziel des CDU-Antrages, den Flughafen Braunschweig aufzuwerten und dort ein Kompetenzzentrum für den Bereich Mobilität und Verkehr zu schaffen, auch von seiner Fraktion unterstützt werde und deshalb eine von allen Fraktionen getragene Formulierung erarbeitet werden sollte. Er betonte jedoch, dass die von der CDU-Fraktion erhobene Forderung nach Überarbeitung des FFH-Gebietsvorschlags 101 entbehrlich sei, da nach Auskunft der Landesregierung den Planungen für eine Landebahnverlängerung keine grundsätzlichen Hindernisse entgegenstünden. Seine Fraktion plädiere im Übrigen dafür, bei den Aussagen zur Verlängerung bzw. der Verbreiterung der Start- und Landebahn auf konkrete Maße zu verzichten, damit den weiteren Entwicklungen jeweils angemessen Rechnung getragen werden könne.

Von Vertretern der antragstellenden CDU-Fraktion wurde vorgetragen, dass es für die Region wichtig sei, die Sicherung und den Ausbau des Forschungsflughafens Braunschweig mit einer großen Mehrheit im Landtag zu unterstützen. Sie begrüßten daher den Vorschlag der SPD-Fraktion, sich auf eine gemeinsame Formulierung des Antragstextes zu verständigen. Nach CDU-Ansicht müsse allerdings für den Ausbau des Forschungsflughafens insbesondere gegenüber der örtlichen „Bürgerinitiative gegen Fluglärm“ um mehr Verständnis geworben werden, um auf diesem Wege auch die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. In diesem Zusammenhang müsse herausgestellt werden, dass die bereits geschaffenen und die noch

zu erwartenden Arbeitsplätze sowie die Stärkung der Wirtschaftskraft der Region überzeugende Argumente seien. Der Bevölkerung müsse klar werden, dass Betriebe abwanderten, wenn sie beim Flughafen Braunschweig nicht die Bedingungen vorfänden, konkurrenzfähig zu bleiben. Die im Rahmen der Anhörung vorgebrachten Befürchtungen, dass der Forschungsflughafen ähnliche Ausmaße wie Langenhagen annehmen könnte, seien im Übrigen abwegig, da es sich hierbei nicht um einen Passagierflughafen handele. Ziel sei vielmehr, den Flughafen als Forschungsflughafen zu sichern und auszubauen und damit die Chancen für die Ansiedlung neuer Betriebe und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erhöhen.

Das Ausschussmitglied der Grünen brachte hingegen zum Ausdruck, zwar stehe seine Fraktion der angestrebten Weiterentwicklung des Forschungsflughafens und damit der Bündelung von Forschungsaktivitäten am Flughafen Braunschweig und einer Förderung der Leistungsfähigkeit der dort ansässigen Unternehmen grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber, aus Sicht der Grünen sei es jedoch erforderlich, noch vor der Verabschiedung des Antrages eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen, um vorab die finanziellen Folgen für das Land zu klären. Probleme sehe seine Fraktion allerdings bei der beabsichtigten Verlängerung der Start- und Landebahn sowie der Ausweisung weiterer Gewerbeflächen. Aus diesen Gründen könne weder dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Änderungsvorschlag noch dem CDU-Antrag zugestimmt werden.

Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung, die auf einen Formulierungsvorschlag der SPD-Fraktion zurückgeht, wurde sodann im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Grünen verabschiedet. Die mitberatenden Ausschüsse haben sich diesem Votum jeweils mehrheitlich angeschlossen.

Namens des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr bitte ich Sie, seiner Empfehlung zu folgen und damit den Antrag der CDU-Fraktion in der Ihnen als Beschlussempfehlung vorliegenden Fassung anzunehmen.

Vizepräsident Jahn:

Ich danke dem Berichterstatter. - Wir kommen gleich zur Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Mundlos.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich auch im Namen von Hermann Eppers all denen, die an der Erarbeitung dieses Antrages beteiligt waren, herzlich danken, vor allem dafür, dass diese Entschliebung sehr ruhig und konstruktiv diskutiert wurde. Auch dies hat dazu beigetragen, dass wir zu einem gemeinsamen, für die Sache positiv formulierten Antrag kommen konnten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

In den Beratungen im Ausschuss ist für alle deutlich geworden, dass es nicht vorrangig darum geht, wieder einmal etwas für Braunschweig zu tun. Es geht vielmehr um Niedersachsen insgesamt. Dieser Forschungsflughafen ist eine Perle Niedersachsens. Diese zu pflegen und weiterzuentwickeln sollte für alle politisch Verantwortlichen selbstverständlich sein.

Was zeichnet nun diesen Forschungsflughafen aus, was macht ihn so bedeutsam für Braunschweig und für Niedersachsen? - Am Standort des Forschungsflughafens hat sich bereits eine große Kompetenz für Sicherheit im Flugverkehr, für Satellitennavigation und Flugvermessung sowie für den Transfer von Luftfahrtkompetenz in Straßen- und Schienenverkehrssysteme angesiedelt. Lassen Sie mich einige Institutionen benennen, um diese geballte Kompetenz deutlich zu machen.

Da gibt es: ein Unternehmen, das als TÜV für Flugnavigationsanlagen wirkt, eine Firma, die Flugvermessungssysteme herstellt, das Luftfahrtbundesamt, das die Zertifizierung von Flugzeugen vornimmt, eine Institution, die Piloten mithilfe von Flugsimulatoren testet, und eine „Aka Flieg“, etwas Besonderes, nämlich eine akademische Studentengemeinde, die Segelflugzeuge baut und als Botschafterin Niedersachsens mit innovativen Entwicklungen weltweit wirkt.

(Beifall bei der CDU)

Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt forscht hier unter anderem mit einem fliegenden Flugsimulator und wird seine Forschungen dem-

nächst auf einen fliegenden Hubschraubersimulator ausweiten. Die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchungen ist hier angesiedelt, ebenso der Deutsche Aeroclub. VW benutzt diesen Flughafen, um weltweit flexibler und beweglicher zu sein. Die TU Braunschweig forscht mit einem Luft- und Raumfahrtzentrum in Zusammenarbeit mit allen anderen dort Ansässigen und beschäftigt sich als einzige Institution in Niedersachsen hochschulmäßig mit Luft- und Raumfahrt.

Alle diese Einrichtungen und Unternehmen haben diesen Standort gewählt, weil sie erstens die Kompetenz im Bereich Flugtechnik brauchen und weil für die Aufgabenstellung zweitens ein Flughafen benötigt wird, der nur eine bestimmte Anzahl an Starts und Landungen verzeichnet; Hannover oder Magdeburg wären zu lebhaft dafür. Drittens sind dort fachlich gut geeignete Arbeitskräfte vorhanden, die aus- und weitergebildet werden können und sollen. Als viertes ist zu benennen, dass Stadt und Land gemeinsam signalisiert haben, die Weiterentwicklung zu unterstützen.

Dieser Standort bietet die Möglichkeit, Maßstäbe für mehr Sicherheit im Flugverkehr zu setzen, die weltweit Anerkennung finden. Dieser Standort ist also im besonderen Maße auch als Standort für europäische Institutionen geeignet.

Flugsicherheit, Fluginnovation made in Niedersachsen, das ist das Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Dazu sind einige Maßnahmen erforderlich, die ich auszugsweise benennen will:

Erstens. Die vorgesehenen Kürzungen des nationalen Luftfahrtforschungsprogramms müssen rückgängig gemacht werden.

Zweitens. Die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten müssen gezielt gefördert werden.

Drittens. Wir brauchen die Bereitstellung von öffentlich gefördertem Risikokapital für Neugründungen und Ansiedlungen.

Viertens. Wir brauchen Ausweisungen von Gewerbeflächen.

Fünftens. Die Start- und Landebahn muss nach Osten verlängert werden.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass es, wie wohl im Umfeld eines jeden Flughafens,

auch hier eine Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm gibt, mit der der Flughafen und alle Ansässigen sich immer wieder auseinander setzen müssen. Anmerkenswert ist dabei, dass es diesen Bürgern überwiegend um mehr gegenseitige Rücksichtnahme und Lärmbeschränkung geht. Deshalb sollte die Verlängerung der Start- und Landebahn nach Osten, weg von der Wohnbebauung, Präferenz haben.

Im Antrag nicht ausdrücklich erwähnt ist die begleitende Infrastrukturmaßnahme einer internationalen Schule. Aber es dürfte ein Leichtes sein, das schulische Angebot der Stadt mit minimalem Aufwand hierum zu ergänzen und zu optimieren. Frau Ministerin, es wäre sehr schön, wenn Sie sich dieser Sache annehmen könnten.

Lassen Sie mich mit zwei Bemerkungen schließen:

Erstens. 1.600 Arbeitsplätze sind an diesem Standort bisher entstanden. Leider sind in letzter Zeit Aufträge durch die Lappen gegangen, weil bestimmte Voraussetzungen fehlten. Damit sind an diesem Standort Arbeitsplätze verloren gegangen, die dann woanders und eben leider nicht hier in Niedersachsen entstanden sind. Damit muss Schluss sein. Niedersachsen kann es sich nicht leisten, so mit seinem Arbeitsplatzpotential umzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Eine Verstärkung der innovativen Leistungsfähigkeit der Region Braunschweig im Bereich des Forschungsflughafens ist zweifellos gut für das gesamte Land Niedersachsen.

In diesem Sinne bleibt mir nur, nochmals für die konstruktiven Beratungen zu danken und zu hoffen, dass dieser breit getragenen Entschliebung von heute Morgen zielstrebige Taten folgen, zum Wohle der Stadt Braunschweig und des Landes Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Steiner hat das Wort.

Meine Damen und Herren, ich darf die Zwischenzeit nutzen, um darauf hinzuweisen, dass uns heute Mittag im Präsidium beschäftigt hat, dass die Mikrofonanlage teilweise unbefriedigend funktioniert hat und man nicht alles hören konnte. Ich empfehle daher, erst einmal deutlich ins Mikrofon

zu sprechen und darüber hinaus den Geräuschpegel etwas abzusenken, damit wir verstehen können, was die Rednerinnen und Redner von hier vorne aus sagen wollen.

Bitte sehr, Frau Steiner, Sie haben das Wort.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben ja Verständnis für das Motiv der Stärkung der Region Braunschweig, das wir entgegen den Ausführungen von Frau Mundlos trotzdem hinter diesem Antrag sehen. Aber das ist ein legitimes Motiv, und wir denken auch nicht, dass die Region Braunschweig für manche Begünstigung, die sie in den letzten Jahren im Verhältnis zu anderen Regionen Niedersachsens vielleicht erfahren hat, bestraft werden sollte.

Die Ausschussberatungen und die Anhörung haben bei meiner Fraktion zu einer unterschiedlichen Bewertung der einzelnen Teile des Antrags geführt.

Wenn Sie in Teil 1 a des Antrags den Ausbau des Forschungsflughafens befürworten, dann können wir uns dem anschließen und feststellen, dass die Bündelung von Kompetenz in der Region Südostniedersachsen den Wirtschaftsstandort stärkt und Arbeitsplätze sichert und es von daher sinnvoll und notwendig ist, die vorhandenen Kapazitäten auszubauen. Wir würden es auch durchaus begrüßen, wenn eine internationale Luftfahrtbehörde in Deutschland, in Niedersachsen und möglicherweise dann am Standort Braunschweig angesiedelt würde.

Wir möchten uns aber lieber nicht in den Spekulationen ergehen, die auch schon im Ausschuss erörtert wurden, nämlich dass man in Braunschweig ja auch die Umrüstung der russischen Antonow-Flugzeuge vornehmen könnte, wenn sich die Bundesregierung für diese und nicht für den Airbus entschiede, der dann ja nach Spanien ginge. Das wurde gerade von der Flughafengesellschaft als Beispiel angeführt. Das halte ich für eine Spekulation, die man nicht noch ins Feld führen muss.

Frau Kollegin Mundlos hat die verschiedenen Aspekte angeführt, warum es sinnvoll ist, den Forschungsflughafen zu stärken. Das ergibt sich auch aus der Antragsbegründung. Dagegen haben wir im Wesentlichen keine Einwände. - So weit zu Teil 1 a.

Etwas anders sieht es bei Teil 1 b aus. Darin wird gefordert, die Start- und Landebahn zu verbreitern und nach Osten zu verlängern, den Fluggastterminal auszubauen und gleichzeitig erhebliche Gewerbeflächen für die Ansiedlung von luftfahrtaffinen Unternehmen auszuweisen.

Die Diskussionen laufen schon eine ganze Weile. Wir empfinden das auch als problematisch. Im Moment ist ein Planfeststellungsverfahren im Gange, um die Start- und Landebahn, die im Moment nach Westen geht, derartig nah an die Wohnbebauung heranzuführen, dass die bisher schon erhebliche Lärmbelastung der Bewohner durch die zusätzlichen Starts und Landungen ins Unerträgliche ansteigen würde.

Gleichzeitig wird in dem Antrag vorgeschlagen, die Ostverlängerung der Startbahn in Angriff zu nehmen. Wir sehen sie als problematisch an und hinterfragen, ob das aus betriebswirtschaftlichen Gründen tatsächlich notwendig ist. Wir stellen uns die Frage, ob beides sein muss, die Ost- und die Westverlängerung, ob Sie den Anwohnern tatsächlich beides zumuten wollen. Wenn man überhaupt über eine Verlängerung diskutiert - wir haben immer noch erhebliche Zweifel, ob diese allein für den Forschungsflughafen überhaupt notwendig ist; das ist uns bisher nicht schlüssig nachgewiesen worden -, warum stoppt man dann nicht das Planfeststellungsverfahren für die Westverlängerung und prüft die Ostverlängerung?

Gleichzeitig hat die Landesregierung jetzt schon wieder vollendete Tatsachen für die Osterweiterung geschaffen. Im vorauseilenden Kompromiss hat das MU nicht nur ein Stück aus den FFH-Flächen herausgenommen, wie es die Bezirksregierung noch vorgeschlagen hat, sondern hat gleich die ganze riesige FFH-Fläche herausgenommen.

(Beifall bei der CDU)

um keiner Argumentation bezüglich Naturschutz irgendwie Raum zu geben. Genau darin sehen wir wieder das Problem: Bevor man die Bedeutung der Sache abgewogen erörtert hat, bevor man sich mit der West- und Ostverlängerung befasst hat, schafft man hier Tatsachen, indem man sagt: Na gut, dann gehen wir dem Konflikt aus dem Weg, indem wir dort keine FFH-Fläche vorschlagen.

Für uns läuft der gesamte zweite Teil des Antrags auf die Stärkung des Regionalflughafens Braunschweig hinaus. Dazu fordere ich Sie jetzt auf, folgende Fragen zu beantworten: Erstens. Inwie-

fern ist es notwendig, den Regionalflughafen Braunschweig auszubauen, wenn schon Hannover überhaupt nicht vollständig ausgelastet ist?

(Glocke des Präsidenten)

Zweitens. Wer soll die Defizite tragen?

(Eppers [CDU]: Sie waren doch bei der Anhörung! - Weitere Zurufe von der CDU und der SPD)

12.000 Flugbewegungen kommerzieller Art im Jahr gibt es, wovon 50 % auf VW entfallen. Jetzt fragen wir uns: Sollen wir - das Land ist hinsichtlich der Übernahme des Defizits mit einem bestimmten Prozentsatz betroffen - den Ausbau des Regionalflughafens, der verkehrspolitisch hier nicht notwendig ist, bzw. des VW-Betriebsflughafens auch noch mit Landesmitteln zusätzlich fördern, das Defizit erhöhen, das das Land jährlich mit 600.000 DM belastet?

(Glocke des Präsidenten)

Von der Kostenseite her kann man das also nicht unterstützen. Deswegen lautet unsere Konsequenz: Forschungsflughafen ja, Regionalflughafen nein. - Da Sie das in dem Antrag verknüpft haben, können wir dem nicht zustimmen, d. h. lehnen wir den Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Nun möchte sich Minister Dr. Fischer äußern. Bitte sehr!

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, dass es bei diesem Thema eine so breite Unterstützung gibt, d. h. dass die Zukunft des Forschungsflughafens Braunschweig uns doch sehr am Herzen liegt.

Lassen Sie mich Folgendes feststellen:

Was in Braunschweig bereits entstanden ist, ist eine regelrechte Perle in unserer Technologielandschaft in Niedersachsen. Der Forschungsflughafen verfügt heute - Frau Mundlos hat das, wie ich meine, schon erwähnt - über eine stattliche Anzahl von Arbeitsplätzen, nämlich über 1.600 Arbeitsplätze, und zwar vor allem im hoch qualifizierten,

im wissenschaftlichen Bereich. Diese Konzentration von wissenschaftlichem und technologischem Know-how im Bereich Luftfahrtforschung und Luftverkehrsmanagement sucht in Europa wahrlich ihresgleichen.

(Zustimmung von Frau Mundlos [CDU])

Insofern verfügen wir in Braunschweig über ein hervorragendes Entwicklungspotential, das es weiterhin zu nutzen gilt.

Durch den vorliegenden Antrag der beiden großen Fraktionen sehe ich mich in dieser Zielsetzung unterstützt. Vielen Dank dafür.

Frau Steiner, ein wenig bedauere ich, dass sich die Grünen diesem Antrag nicht anschließen können. Sie haben das eben begründet. Vielleicht gibt es doch noch die Chance, dass Sie Ihre Haltung überprüfen; denn es geht hier nicht, wie Sie mit Ihrer These „Regionalflughafen“ sagen, um eine Ausweitung des Luftverkehrs, sondern es geht vor allem um die Sicherung des Standorts, um Arbeitsplätze und um Beschäftigung. Das ist sicherlich in unser aller Interesse, auch in Ihrem Interesse.

Ich kann an dieser Stelle nicht auf alle Aspekte dieses interessanten Themas eingehen. Deswegen möchte ich mich auf drei Punkte beschränken, die ich hier kurz ansprechen möchte.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Punkt: Kompetenzzentrum. Die Landesregierung hat den Standort in den letzten Jahren mit einer gezielten Ansiedlungspolitik nachhaltig unterstützt und wird dies auch in Zukunft tun. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen:

Die Ansiedlung von Unternehmen wie Aerodata oder Simtec an dem Flughafen wie auch die Ansiedlung einer Reihe anderer Einrichtungen wie der Luftfahrtakademie Braunschweig oder auch des Aeromedical Center Germany können hier als besonderer Erfolg gewertet werden. Das Luft- und Raumfahrtzentrum der Technischen Universität Braunschweig siedelt in diesen Tagen zum Flughafen um. Diesen Umzug haben wir von Landesseite aus mit 25 Millionen DM gefördert. Damit wird sogar der durch das Airbus-Werk begünstigte Standort Toulouse, soweit es das Forschungspotential betrifft, in den Schatten gestellt. Solch eine Bedeutung hat Braunschweig!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bin sicher, dass es uns auch in dem bundesweiten scharfen Wettbewerb gelingen wird, das neue DLR-Institut für Verkehrsführung und Fahrzeugsteuerung endgültig an den Forschungsflughafen Braunschweig zu holen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ausschlaggebend hierfür ist neben der Förderung, die wir als Land gewähren, die an diesem Forschungsflughafen jetzt schon vorhandene wissenschaftliche Kompetenz. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse sind ermutigend. Dieses Institut wird sich sicherlich zu einem dynamischen Motor mit großer weiterer Integrationskraft innerhalb der in Südostniedersachsen, in der Region Braunschweig angesiedelten Mobilitätswirtschaft entwickeln. Davon bin ich überzeugt.

Wir sollten uns damit - auch das möchte ich hier sagen - aber nicht begnügen. Zurzeit wird deshalb auch im Auftrag des Kommunalverbandes Braunschweig eine wissenschaftliche Potenzialanalyse für den Forschungsflughafen erarbeitet. Auf dieser Grundlage wird die IPA, die landeseigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft, ein Marketingkonzept erstellen, um weitere internationale Hightech-Firmen für die Ansiedlung auf dem Flughafengebiet zu gewinnen.

Meine zweite Bemerkung zur Startbahnverlängerung, über die eben schon diskutiert worden ist.

Für die in dem Antrag angesprochene Verlängerung der Start- und Landebahn in dem für Zwecke eines Forschungsflughafens erforderlichen Umfang ist bei der zuständigen Luftverkehrsbehörde zu gegebener Zeit ein Genehmigungsverfahren zu beantragen.

Frau Steiner, ich möchte in diesem Zusammenhang eines klarstellen: Es geht hierbei nicht um das Thema Regionalflughafen, sondern es geht um die Verbesserung der Standortqualität des Flughafens als Forschungsflughafen.

(Zustimmung von Frau Mundlos [CDU])

mit dem Ziel, hier neue Unternehmen anzusiedeln, um das vorhandene Potential auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen.

Meine dritte Bemerkung zu der FFH-Richtlinie.

Im Rahmen der Beschlussfassung des Kabinetts zu dem Gesamtkomplex ist besonders zum Ausdruck gebracht worden, dass der Gebietsvorschlag für den Bereich ostwärts des Flughafens Braunschweig aus den Gründen, die ich eben genannt habe, einer künftigen Verlängerung der Start- und Landebahn nicht im Wege steht. Der Kollege Jüttner hat deutlich gemacht, dass die FFH-Ziele für dieses Gebiet mit der geplanten Flughafenerweiterung nicht kollidieren.

Abschließend möchte ich noch eine Feststellung treffen. Dass die beiden großen Parteien im Niedersächsischen Landtag diesen Antrag gemeinsam formuliert haben, freut mich sehr; denn mit dieser Unterstützung wird es uns viel leichter fallen, die zum Ausbau des Forschungsflughafens Braunschweig erforderlichen Maßnahmen zu realisieren. Vielen Dank also für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD und von Frau Mundlos [CDU])

Vizepräsident Jahn:

Der Kollege Schwarzenholz erhält bis zu zwei Minuten Redezeit.

(Frau Mundlos [CDU]: Jetzt kommt eine glühende Rede für den Forschungsflughafen!)

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was der Minister eben hier dargestellt hat, ist zumindest im rechtlichen Sinne eine Fantasieerfindung. Das deutsche Luftfahrtrecht kennt keinen Forschungsflughafen. Es kennt den Regionalflughafen und in dieser Kategorie sonst gar nichts. Der Begriff Forschungsflughafen ist als Marketingbegriff speziell für Braunschweig erfunden worden.

(Beckmann [SPD]: Eine gute Idee!)

Dieser Begriff hat rechtlich überhaupt keine reale Bedeutung. Wenn dort Ausbaumaßnahmen laufen, dann laufen die für einen Regionalflughafen.

Es ist festzustellen, dass hiermit der in unmittelbarer Nähe zu der Stadt Hannover und damit zu dem Flughafen Langenhagen wirtschaftlich gescheiterte Versuch, der schon seit langem wirtschaftlich gescheiterte Versuch, gemacht wird, einen Lufthafenbetrieb aufzumachen, der einigermassen über die Runden kommt. Dieser Versuch ist deshalb ge-

scheitert, weil in dieser Nähe zu dem Zentrum Hannover ein vernünftiger Regionalverkehr nicht sinnvoll zu organisieren ist. Das ist faktisch ein Betriebsflughafen des VW-Werks mit Freizeitflugverkehr, und es gibt ab und zu den Versuch, dort wieder Regionalverkehr zu installieren.

Wenn es nur um Forschungszwecke ginge, dann könnte man ja ernsthaft darüber diskutieren, dass das Minimum, was an Flugverkehr dort notwendig ist, tatsächlich stattfindet. Das geht aber rechtlich gar nicht. Es geht auch wirtschaftlich nicht.

Was in dem Antrag steckt, bedeutet einen systematischen Ausbau des Regionalflughafens. Was mit den Stichworten Passagiergebäude, Fluggastterminal usw. darin steht, läuft darauf hinaus, dass das, was die Bürgerinitiativen bekämpfen, wobei auch Sie, Frau Mundlos, zu einer dieser Bürgerinitiativen gehört haben - - -

(Frau Mundlos [CDU]: Ich gehöre noch immer dazu!)

- Frau Mundlos gehört, wie Sie hier gerade sagt, immer noch zu der Bürgerinitiative, die gegen den Luftlärm kämpft. Das finde ich ganz toll, super. Ich möchte nur sagen, dass die Bürgerinitiativen mich - und wahrscheinlich auch Sie - angeschrieben und noch einmal dargestellt haben, welche Auswirkungen das für die Lebensverhältnisse der Menschen dort hat.

Dieser Flughafen liegt an der falschen Stelle. Er ist faktisch in die Stadt hineingewachsen, weil über Jahrzehnte hinweg eine Bebauung um diesen Flughafen herum entwickelt worden ist. Sie können den Menschen den im Antrag festgelegten Ausbau des Flughafens in einem Wohngebiet nicht zumuten. Wenn Sie diesen Flughafen sichern wollen, müssen sie ihn verlegen. Dafür aber fehlt die finanzielle Kraft, wie Sie ganz genau wissen. Folglich bricht man sogar europäisches Naturschutzrecht nach dem Motto: Der Zweck heiligt die Mittel. Diesem Antrag kann auf keinen Fall zugestimmt werden; denn er beinhaltet zutiefst eine Aufforderung zum Rechtsbruch. Im Übrigen ist er in vielen Punkten ein reines Fantasieprodukt.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich! Gegen die Interessen der Region haben Sie gerade geredet!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Wendhausen.

Wendhausen (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beide große Fraktionen haben sich mit diesem Thema intensiv beschäftigt. Die SPD-Fraktion hat auf Einladung der Braunschweiger Abgeordneten einen ganzen Tag lang die Situation auf dem Forschungsflughafen Braunschweig begutachtet. Wir haben mit allen Beteiligten Gespräche geführt, von der Flughafengesellschaft bis hin zum Campus. Wir haben dieses Thema mehrmals im Wirtschaftsausschuss, im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten rauf und runter diskutiert. Außerdem haben wir alle Beteiligten - auch die Bürger - in einer öffentlichen Anhörung zu Wort kommen lassen. SPD- und CDU-Fraktion sind sich darin einig geworden, dass der Ausbau zur Sicherung des Flughafens notwendig ist.

Wir sind dann zu einem gemeinsamen Antrag gekommen, der Ihnen heute zur Abstimmung vorliegt. Fachliche und sachliche Argumente, die dazu geführt haben, dem im Wirtschaftsausschuss zuzustimmen, haben meine Vorredner, Herr Wirtschaftsminister Dr. Fischer und Frau Mundlos, bereits belegt.

Nun noch zwei Schlaglichter von mir dazu. - Die vorhandenen Forschungsflugzeuge sind in die Jahre gekommen. Die neu zu beschaffenden sind so groß, dass sie auf der bestehenden Landebahn nicht mehr starten und landen können. Blindflugeinrichtungen können auf der vorhandenen kurzen Landebahn nicht weiter erforscht werden. Das bedeutet einen Verlust von 1.600 Arbeitsplätzen in einer Zukunftsbranche in einer sonst eher schlecht aussehenden Region. Außerdem wünscht sich auch Volkswagen als größter privater Nutzer des Flughafens eine Erweiterung, um seinen weltweiten VW-Flugverkehr in Waggum in Zukunft sicher starten und landen zu können.

Die Befürchtung, dass Charterflüge die Anwohner des Flughafens belasten werden, kann man leicht zerstreuen. Charter und Forschung schließen sich gegenseitig aus. Außerdem zeigt der Rückzug von Noeske-Airlines, die Urlauber auf Mittelmeerinseln geflogen haben, dass Braunschweig kein Pflaster für Charterflüge ist.

Ich freue mich über diesen gemeinsamen Antrag und eine Zukunft für den Forschungsflughafen Braunschweig.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratungen. - Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach Gegenstimmen. - Ich stelle fest, dass das so beschlossen ist.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 13:

Einzig (abschließende) Beratung:

Reaktivierung der Moorexpressstrecke im Landkreis Osterholz - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1050 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr - Drs. 14/1317 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1346

Dieser Antrag war an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur Beratung und Berichterstattung überwiesen worden. Berichterstatteerin ist Frau Kollegin Rühl, der ich das Wort für die Berichterstattung erteile. Nach der Berichterstattung wird sie für die Fraktion der CDU gleich auch noch zur Sache sprechen.

Rühl (CDU), Berichterstatteerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1317 empfiehlt Ihnen der Ausschuss, den Antrag der CDU-Fraktion in einer geänderten Fassung anzunehmen. Es ist Ihnen sicherlich recht, wenn ich den Bericht über diese positive Beschlussempfehlung zu Protokoll gebe.

(Beifall)

(Zu Protokoll:)

Bereits während der öffentlichen Erörterung des Antrages im federführenden Ausschuss zeichnete sich ab, dass alle Fraktionen die Initiative zur Reaktivierung der Moorexpressstrecke im Landkreis Osterholz grundsätzlich begrüßen und an einer gemeinsamen Landtagsentschließung zu diesem Thema interessiert sind. Aufgrund interfraktioneller Gespräche haben die SPD- und die CDU-Fraktion sodann einen Änderungsvorschlag erarbeitet, zu dem im Verlauf der weiteren Bera-

tungen auch die Grünen ihre Zustimmung signalisieren konnten.

Deshalb empfiehlt der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr dem Landtag einstimmig, die Initiative zur Wiederbelebung des „Moorexpresses“ im Rahmen der EXPO 2000 und zu nachhaltigen touristischen Zwecken zu begrüßen und die Landesregierung zu bitten, die technischen Möglichkeiten der Reaktivierung zu prüfen sowie die Kosten zu ermitteln. Des Weiteren verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, dass die Landesregierung hinsichtlich der Finanzierung gebeten werden solle, zu prüfen, ob eine Förderung aus EU-Mitteln im Zusammenhang mit dem Programm zur Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes möglich und eine Beteiligung der betroffenen Kommunen zu realisieren sei. Dem Landtag soll außerdem noch in diesem Monat über das Ergebnis der Prüfung berichtet werden.

Die mitberatenden Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie für Freizeit, Tourismus und Heilbäderwesen schlossen sich ebenfalls einstimmig diesem Votum an.

Ich bitte Sie daher, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1317 Ihre Zustimmung zu geben.

Frau Rühl (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist nicht nur ein Antrag der CDU oder ein gemeinsamer Antrag von SPD- und CDU-Fraktion, sondern auch eine gemeinsame Initiative einer Region für die Region. Abgeordnete wie Herr Ehlen, Herr Brauns oder Herr Hepke haben sich der Initiative für die touristische Entwicklung der Region Teufelsmoor und Worpsswede angeschlossen. Auch eine Reihe von Vertretern der Gebietskörperschaften und der touristischen Organisationen der Region inklusive der Gemeinden sowie des Landkreises Osterholz arbeiten nun eng zusammen, um die Reaktivierung des Moorexpresses voranzutreiben. Die Bezeichnung „Moorexpress“ stammt übrigens aus einer Zeit, in der der Torfkahn noch Maßstab für die Geschwindigkeit bei uns im Teufelsmoor war.

Angesichts der vorangeschrittenen Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, werde ich mich jetzt selbstverständlich kurz fassen. Ich vertraue darauf, dass Sie die ausführliche Begründung unseres Antrages lesen und ich daraus nichts mehr wiederholen muss. Zusätzlich habe ich Ihnen unsere

touristische und meiner Meinung nach sehr gut gelungene Mappe „Worpswede und das Teufelsmoor“ auf Ihre Plätze gelegt, um deren Beachtung ich Sie bitte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute geht es natürlich nicht um die Frage, ob diese 50 km lange Strecke des Moorexpresses es wert ist, auf den neuesten Stand gebracht zu werden, ob diese Landschaft von außergewöhnlichem Reiz einmalig ist oder ob es sich lohnt, mit den hübschen rot-gelben historischen Triebwagen durch das Teufelsmoor zu reisen. Hier und heute geht es vielmehr um die erforderlichen Aufwendungen für eine Reaktivierung der Moorexpressstrecke. Hier geht es um die Frage, ob die Bahn während der Expo 153 Tage lang fährt oder ob wir es mit Unterstützung des Landes hinbekommen, die Betriebsdauer vielleicht sogar über ein ganzes Jahr laufen zu lassen. Trotz der Befürwortung vor Ort übersteigen die Aufwendungen die finanziellen Möglichkeiten der Kommunen, zumal sie nicht Aufgabenträger des Schienenverkehrs sind. Ein Betrieb während der Expo 2000 würde neben einer attraktiven Zugverbindung aus dem Worpsweder Raum über Bremen von und nach Hannover in das Künstlerdorf Worpswede und insbesondere auch den Pendlern nach Bremen verdeutlichen, welche Vorteile eine attraktive Bahnverbindung hier bietet.

Auch mich haben die Zahlen zu den Investitions- und Betriebsaufwendungen - durch das MW ermittelt und uns am vergangenen Freitag im Ausschuss vorgelegt - etwas erschrocken. Ich habe sie aber auch mit etwas Skepsis aufnehmen dürfen. Inbetriebnahme dauerhaft, OHZ-Worpswede 7 Millionen DM, Inbetriebnahme Expo, von OHZ nach Worpswede 4,2 Millionen DM. Wir haben in einem Gespräch nach der Ausschusssitzung aber feststellen können, dass wir hier und da vielleicht noch kürzen können. Nach Prüfung der Tischvorlage ist mir allerdings aufgefallen, dass die Investitionen in diesen Summen in vollem Umfang enthalten waren und keine Fahrgeldeinnahmen ermittelt worden sind.

Im August letzten Jahres stellte die EVB fest: Um einen hinreichend attraktiven Betrieb durchführen zu können, sind Investitionen im Infrastrukturbereich von ca. 2,2 Millionen DM erforderlich. Die Betriebskosten belaufen sich bei stündlichen Fahrten zwischen 5 und 20 Uhr auf ca. 1,6 Millionen DM. Auch der EVB lagen noch keine Einnahmeermittlungen vor. Das hat sich jetzt aber geändert. An vier ausgewählten Sonntagen war die

Bahn im vergangenen Jahr auf der Strecke Bremervörde - Bremen unterwegs, und jedes Mal war diese Bahn voll ausgebucht. Die Veranstaltungen waren kostendeckend. Die Fahrten waren ein richtiger Knaller, ein richtiger Erfolg. 82,5 % der Fahrtkosten konnten im vergangenen Jahr durch den Ticketverkauf gedeckt werden. Mehr als 150 Charterfahrten haben inzwischen bewiesen, dass auf der Strecke neben Güter- auch Personenverkehr interessant sein würde.

Ich bitte Sie: Lassen Sie uns nicht über einen voraussichtlichen Mangel an Fahrgästen als Folge geringer Bevölkerungsdichte reden, auch nicht über ein volkswirtschaftliches und ein betriebswirtschaftliches Defizit. Ich glaube, wir werden es nicht haben. Sondern begrüßen Sie mit mir die Initiative zur Wiederbelebung der Moorbahn wenigstens im Rahmen der Expo 2000. Helfen Sie bei der Finanzierung mit. Suchen Sie mit uns einen Weg! Ich hoffe sehr auf das Gespräch des morgigen Nachmittags; denn daran werden das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium, der Landkreis Osterholz sowie ein Vertreter der EVB teilnehmen, und wir können die ganz Sache noch einmal besprechen. Ich hoffe dann auf die kleine Lösung, vielleicht als Testphase, nämlich während der EXPO. Ich hoffe also, dass wir dies realisieren können,

(Unruhe)

und ich hoffe auch sehr, dass diese 153 Tage ein voller Erfolg werden, sodass wir dann vielleicht erneut über eine größere Lösung sprechen.

(Zustimmung bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 1908 hatten die Künstler und die Bewohner in Worpswede Angst vor dem Moorexpress. Die haben sich gegrußelt, hatten Angst, dass es mit der Ruhe und der Gelassenheit vorbei sein würde. Wenn ich das heute lese, dann fällt mir der Transrapid ein. Auch wenn wir mit dem Transrapid demnächst vielleicht nach Amsterdam fahren sollten - „Blumen pflücken während der Fahrt verboten“, das können wir nur im Teufelsmoor erleben! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]:
Was heißt das denn? Willst du einen
Halt in Worpswede?)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Brauns ist der nächste Redner.

Brauns (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ist es Wunschenken, oder kann die Wiederinbetriebnahme der Moorexpressstrecke als ÖPNV im Landkreis Osterholz Realität werden? - Das ist die Frage, die sich auch vor Ort viele interessierte Menschen stellen. Ich denke, dies wird wohl ein Wunsch bleiben müssen.

Das hat natürlich seine Vorgeschichte. Im Jahre 1978 musste der fahrplanmäßige Personenverkehr aus Kostengründen eingestellt werden. Zu hoch waren die Zuschüsse, die das Land für den Erhalt der Bahnlinie ausgeben musste. Als Ersatz dafür wurden die Bedingungen des Individualverkehrs wesentlich verbessert. Im Laufe der Zeit haben sich die Rahmenbedingungen des ÖPNV verändert - dies haben die Kommunen vor Ort als eine Chance gesehen -, aber auch die Struktur des Landkreises Osterholz hat sich wesentlich verändert. In den letzten Jahren hat sich insbesondere der Tourismus im Landkreis Osterholz und auch im Künstlerdorf Worpswede sehr positiv entwickelt. Dies, meine Damen und Herren, war für die Verantwortlichen im Landkreis Osterholz, aber auch für die an der Bahnlinie liegenden Gemeinden des Landkreises Rotenburg in den letzten Jahren Veranlassung, darüber nachzudenken, ob nicht der Personenverkehr wieder aufgenommen werden könnte.

In letzter Zeit haben viele Gespräche der Verantwortlichen vor Ort mit dem Betreiber der Bahnlinie, mit der Landesnahverkehrsgesellschaft und mit dem Wirtschaftsministerium stattgefunden. Das Ergebnis war, dass eine Reaktivierung der Bahnlinie als ÖPNV aus Kostengründen nicht zu verantworten ist. Das müssen wir als Fakt sehen.

Im letzten Jahr haben die Kommunen der Region dann eine gemeinsame Resolution beschlossen, nach der die Wiederinbetriebnahme des Personennahverkehrs für die Gesamtentwicklung der Teufelsmoorregion von großer Bedeutung und eine Chance ist, sich im Bereich Tourismus und Erholung, aber auch in der gesamten Infrastruktur weiterzuentwickeln. Eine Kostenbeteiligung wurde aber nicht in Aussicht gestellt.

Meine Damen und Herren, der zuständige Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich mit dem vorliegenden Antrag befasst und alle Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme des Personenverkehrs generell ausgelotet. Teilstrecken der Bahnlinie wurden auf ihre Wirtschaftlichkeit hin

untersucht, z. B. Bremen - Worpswede oder Osterholz-Scharmbeck - Worpswede. Bei allen Überprüfungen wurde eindeutig festgestellt, dass die Reaktivierung als ÖPNV nicht bezahlbar ist. Die jährlichen Kosten - meine Kollegin Frau Rühl hat das bereits angesprochen - sind einfach zu hoch. Hinzu kommen noch die Kosten der Zubringerstrecken.

Die Frage, ob der Verkehr auf der Bahnlinie für die Dauer der EXPO von Bremen nach Bremervörde oder auf anderen Streckenabschnitten für den Tourismusverkehr weiterentwickelt werden kann, war ebenfalls Gegenstand der Überprüfungen. Die Kosten für die Zeit während der EXPO für die Strecke von Bremen nach Bremervörde würden sich auf ca. 5,4 Millionen DM belaufen. Für die Inbetriebnahme für den Tourismusverkehr müsste etwa noch einmal die gleiche Summe investiert werden. Diese erforderlichen Mittel müssten bereitgestellt werden, und zwar kurzfristig, wenn denn die Bahnlinie bis zum Beginn der EXPO reaktiviert werden soll. Deshalb bitten wir die Landesregierung, hinsichtlich der Finanzierung Gespräche mit den Beteiligten zu führen und eine Mitfinanzierung zu erreichen, wenn das denn überhaupt hinzubekommen ist.

Ebenso ist eine Beteiligung der betroffenen Kommunen zur Realisierung dieses Vorhabens unbedingt notwendig. Wenn sich unsere Region in Einigkeit und wie in der beschlossenen Resolution hinter dieses Projekt stellt, d. h. wenn die Finanzierung nicht nur dem Land und anderen überlassen wird, sondern wenn sich auch die Kommunen an den Betriebskosten beteiligen, dann sehen wir eine Chance, diese touristische Attraktion, zunächst begrenzt für die Dauer der EXPO, in der Region auszuweiten und dann, wenn dieses Angebot gut angenommen wird, für den Tourismus auf Dauer zu erhalten. Das wäre für die Region ein Erfolg.

Zu dem vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist zu sagen, dass die Fragen bereits im Ausschuss besprochen worden sind. Wir lehnen diesen Änderungsantrag ab. - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Herr Kollege Wenzel.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir begrüßen die Initiative der CDU-Fraktion, diese Strecke zu reaktivieren und dies zunächst für touristische Zwecke zu tun.

Herr Brauns, mir ist sehr wohl bewusst, dass dieses Thema im Ausschuss diskutiert wurde und dass die Förderfähigkeit nach dem Regionalisierungsgesetz vom MW in Zweifel gezogen wurde. Gerade deshalb haben wir diesen Änderungsantrag eingebracht. Wir sind der Meinung, dass man hier nicht so einfach argumentieren kann

(Unruhe)

und dass man für diese Maßnahme sehr wohl das Regionalisierungsgesetz in Anspruch nehmen kann; schließlich handelt es sich, wenn es denn so zum Tragen kommt, um regelmäßige öffentliche Verkehre, die von jedem und von jeder genutzt werden können. Deswegen denke ich, dass das möglich ist.

Ich freue mich, dass bei dieser Sache über alle Fraktionen hinweg so viel Gemeinsamkeit an den Tag gelegt wurde, aber ich hatte doch so ein bisschen das Gefühl, dass im MW sehr, sehr kritisch geprüft wurde. Dass am Ende nur noch das ML für die Reaktivierung dieser Bahnlinie zuständig sein soll,

(Zuruf von Schurreit [SPD])

obwohl der Tourismus in der Zuständigkeit von Herrn Fischer liegt, obwohl der Verkehr in der Zuständigkeit von Herrn Fischer liegt, dass also alles bei Herrn Bartels abgeladen werden soll - da habe ich so meine Zweifel. Da fände ich es besser, wir prüften noch einmal ehrlich, ob nicht auch Herr Fischer etwas aus seinem Etat auf den Tisch legen kann.

(Zurufe von der SPD)

- Ich bin mir sicher, dass das geht. Meine Damen und Herren, wenn wir das wollen, dann geht das!

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Rühl [CDU]: Das sehe ich auch so!)

Insgesamt ist das ein ganz interessantes Projekt, meine ich, das geeignet ist, das touristische Potential im Bremer Umland, in diesem Landkreis zu stärken und hier vor allem auch Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist auch wieder eine Zuständigkeit

von Herrn Fischer. Also dreimal Fischer und eigentlich gar nicht Bartels.

(Biel [SPD]: Noch ein paar mal Fischer, dann gibt es einen Chor!)

Das ist ein Grund mehr, meine Damen und Herren, und auch aus diesem Grunde würde ich mich freuen, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen. Letztlich geht es nur um einen Prüfvorgang. Sie vergeben sich da nichts, wenn Sie dem zustimmen.

Andere Länder haben in diesen Fragen längst Zeichen gesetzt. Niedersachsen plant und überlegt seit vier Jahren, seit die Zuständigkeit durch die Bahnreform beim Land ist. Das wäre jetzt der erste Fall, in dem etwas passieren könnte. Also: Ich hoffe, es klappt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Schurreit [SPD]: Du hast im Ausschuss alles beantwortet bekommen!)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister Dr. Fischer hat das Wort.

Dr. Fischer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Wenzel, es klappt - aber anders, als Sie sich das vorstellen.

Meine Damen und Herren, die Bahnstrecke, um die es hier geht, die so genannte Moorbahn, verläuft durch eine schwach besiedelte und überwiegend ländlich strukturierte Region. Das Fahrgastpotential ist gering. Diese Bahnstrecke wird deshalb schon seit 20 Jahren nicht mehr für den Personennahverkehr genutzt.

Die Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen hat ebenso wie bei vielen anderen Projekten, die Sie auch immer unterstützen, Herr Wenzel, geprüft, ob die Strecke reaktiviert werden kann. Aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen - das ist schon gesagt worden - rechnet sich das Vorhaben allerdings nicht. Verkehrspolitisch macht also eine Wiederinbetriebnahme für den ÖPNV unter Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten keinen Sinn.

Aber, meine Damen und Herren - nun führe ich die Diskussion auf eine andere Ebene -, Herr Wenzel

hat natürlich Recht damit, dass ich nicht nur Verkehrs-, sondern auch Tourismusminister bin. Und da muss ich nun zugestehen - insofern betrachte ich die Initiative der CDU-Fraktion als positiv -, dass der eigentliche Wert dieser Strecke nicht im öffentlichen Personennahverkehr liegt. Das muss ich Ihnen kritisch sagen, Herr Wenzel. Der immer wieder ins Feld geführte Erfolg der touristisch geprägten Sonderfahrten macht nämlich eindrucksvoll deutlich: Das, was einer Reaktivierung im öffentlichen Personennahverkehr entgegensteht, macht gerade den besonderen Reiz für eine touristische Nutzung aus. Auf den ersten Blick mag dies paradox erscheinen. Aber die Siedlungsstruktur und der ländliche Charakter, also die Gründe, die eine Reaktivierung verkehrspolitisch nicht sinnvoll erscheinen lassen, machen den besonderen Reiz der Region aus. Dies gilt es im Interesse der Förderung des Tourismus zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb begrüße ich auch die Ausweitung der bereits bestehenden eisenbahntouristischen Aktivitäten. Wir wollen in den nächsten Tagen versuchen - Frau Rühl hat das bereits erwähnt -, für den Zeitraum der EXPO 2000 die bestehenden touristischen Verkehre auf ein nach einem festen Fahrplan verkehrendes Angebot auszuweiten. Über die Einzelheiten der Finanzierung werde ich mit allen Beteiligten verhandeln.

Aber eines muss ich jetzt bereits feststellen. Damit komme ich zu Ihrem Änderungsantrag, Herr Wenzel. Ich gebe Herrn Brauns Recht, dass eine Finanzierung aus Regionalisierungsmitteln nicht infrage kommt. Denn diese Mittel sind zweckgebunden für verkehrspolitische Maßnahmen. Um eine solche Maßnahme handelt es sich hierbei nicht, wie ich bereits ausgeführt habe. Es gilt also, andere Quellen zu erschließen. Wenn wir dies aus Regionalisierungsmitteln finanzieren würden, Herr Wenzel, dann würden wir ein Fass ohne Boden aufmachen.

(Zustimmung von Plaue [SPD])

Dann würden wir das Geld, das uns zur Verfügung steht, verpulvern. Wir würden alles das, was Sie heute Morgen gefordert haben, nämlich Verbesserung der Qualität durch den Ausbau von verkehrspolitisch wichtigen Strecken und durch Beschaffung neuer Wagen, nicht mehr finanzieren können.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb muss das anders gefördert werden.

(Plaue [SPD]: Ich verstehe nicht, dass wir das hier debattieren! Im Ausschuss ist das alles erörtert worden!)

Ich sehe - das möchte ich einmal zur Frage der Perspektive sagen - die Realisierung dieser zeitlich begrenzten Aktivitäten auch als Test an, dieses Angebot vielleicht auf Dauer zu etablieren und damit eine dauerhafte zusätzliche touristische Attraktion für die Region zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU
- Frau Pruin [CDU]: Das war dein Aufschlag, Brunhilde!)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung und erbitte Ihre Aufmerksamkeit für die Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 1346 abstimmen, die Beschlussempfehlung des Ausschusses um einen Punkt zu ergänzen. Anschließend lasse ich über die Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen.

(Unruhe)

- Ich darf Sie bitten, zu überlegen, ob Sie mitstimmen oder lieber Ihre Gespräche fortsetzen wollen. - Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Zweite war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Ich rufe nun auf

Tagesordnungspunkt 14:

Einzige (abschließende) Beratung:

Integration behinderter Kinder in der Schule - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1116 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 14/1327

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Körtner, der ich das Wort erteile.

Körtner (CDU), Berichterstatterin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In diesem Fall gebe ich den Bericht zu Protokoll.

(Zu Protokoll:)

Mit seiner Beschlussempfehlung in der Drucksache 1327 empfiehlt Ihnen der Kultusausschuss mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der CDU, den Antrag abzulehnen. Das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmte gegen diese Empfehlung.

Das Ausschussmitglied der antragstellenden Fraktion wies in der den Beratungen vorangestellten öffentlichen Erörterung darauf hin, dass das Niedersächsische Schulgesetz seit mehreren Jahren vorrangig eine integrative Beschulung behinderter Schülerinnen und Schüler vorsehe. Tatsächlich sei jedoch der Anteil behinderter Kinder an Regelschulen nicht nennenswert gestiegen. Dagegen sei der Anteil der in Sonderschulen beschulten Kinder drastisch angestiegen. In Zukunft müsse verstärkt daran gearbeitet werden, dass Behinderungen in der Gesellschaft als normal angesehen würden. Dieses Ziel werde aber nicht erreicht, wenn behinderte Kinder in Sondereinrichtungen beschult würden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde entgegnet, dass die Forderungen der Grünen-Fraktion nicht in die Struktur des niedersächsischen Schulsystems passten und auch nicht zu finanzieren seien. Die Landesregierung habe vor einiger Zeit das Konzept „Lernen unter einem Dach“ aufgelegt. Mit diesem werde angestrebt, in der Grundschule nach Möglichkeit alle Kinder mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und Verhalten zu unterrichten. Diese präventiv wirkende sonderpädagogische Grundversorgung werde von der SPD-Fraktion befürwortet. Die Zahl der Kinder mit einem ausgewiesenen sonderpädagogischen Förderbedarf solle möglichst gering gehalten werden. Für Kinder, deren Defizite durch die sonderpäda-

gogische Grundversorgung nicht aufgefangen werden können, werde auch in Zukunft ein individueller Förderbedarf bestehen. Der Forderung der Grünen, das Konzept „Lernen unter einem Dach“ auf die Sekundarstufe I zu übertragen, könne sich die SPD-Fraktion nicht anschließen, weil in einem gegliederten Schulsystem die Probleme viel schwieriger zu lösen seien als in der Grundschule. Die SPD-Fraktion sei daher der Meinung, dass mit dem regionalen Integrationskonzept zunächst einmal Erfahrungen gesammelt werden sollten. Auch müsse die Kooperation der unterschiedlichen Schulformen weiter ausgebaut werden. Dabei dürfe sich dieser Ausbau aber nicht nur auf Schulfeste und Ausflüge beschränken, sondern müsse sich auf das Schulleben insgesamt erstrecken.

Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion erklärten, ihre Fraktion plädiere für ein differenziertes Sonderschulwesen. Auch an die Integration müsse differenziert herangegangen werden. Dies halte die CDU-Fraktion für kindgemäßer. Ein Kind könne immer nur entsprechend seinem Förderbedarf gefördert werden. Pauschale Ansätze widersprächen dem Geist von Integration. Auch müsse in den Einzelfällen der Elternwille berücksichtigt werden. Dieser gehe in zunehmendem Maße in Richtung Sonderschule. Insgesamt sei die Zielrichtung des Antrages der Grünen-Fraktion zwar richtig. Der Ansatz des Antrages sei aber überzogen, da er ideologisch sei. Im Übrigen müsse darauf hingewiesen werden, dass die sonderpädagogische Grundversorgung, so wie sie derzeit laufe, fatal sei. Ohne die Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs könnten behinderte Kinder nicht einfach in die Grundschule übernommen werden, wo dann pro Klasse nur zwei Förderstunden zugestanden würden.

Eine Annäherung der Standpunkte konnte im Zuge der Beratungen nicht mehr erzielt werden.

Die mitberatenden Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie Sozial- und Gesundheitswesen schlossen sich der Beschlussempfehlung bei gleichem Abstimmungsverhalten an.

Der Kultusausschuss bittet Sie, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 1327 zuzustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

(Beifall)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Körtner, ich danke Ihnen. - Wir treten in die Beratung ein. Der Kollege Klare hat das Wort.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gedacht, dass die Antragsteller zuerst das Wort ergreifen würden. Aber das macht nichts. Wir haben bereits im Kultusausschuss über den Antrag gesprochen. Die Fraktion der Grünen fordert mit ihrem Antrag - ich formuliere das einmal so - die totale Integration. Das ist nicht abwertend gemeint, sondern stellt eine Beschreibung der Gesamtforderungen dar. Das ist, so glaube ich, der dritte oder vierte Antrag, der dieselbe Zielrichtung hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Das war auch nicht abwertend gemeint.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick, Herr Kollege Klare. Ich muss erst einmal die Wanderungsbewegungen hier im Plenarsaal beenden. Das gilt auch für die beiden Herren, die mir im Augenblick den Rücken zudrehen.

(Beckmann [SPD]: Das ist aber nicht persönlich gemeint, Herr Präsident!)

Klare (CDU):

Ich will durchaus anerkennen, dass Sie von den Grünen sich treu bleiben. Vielleicht muss man hier im Landtag auch drei- oder viermal einen Antrag stellen, um mit dem einen oder anderen Antrag Erfolg zu haben. Trotzdem geht der Antrag in die falsche Richtung, weil Sie nämlich die Differenzierung außer Acht lassen, die bei der Förderung von behinderten Kindern unbedingt notwendig ist. Jeder, der sich mit den Bedürfnissen von behinderten Kindern näher befasst, weiß, wie viel Unterstützung diese Kinder brauchen, wie viel Einfühlungsvermögen diese Kinder brauchen, und der weiß auch, wie viel fundiertes Wissen notwendig ist, damit man diesen Kindern gerecht werden kann. Deshalb muss man bei der Förderung von behinderten Kindern immer die einzelne Persönlichkeit in den Vordergrund stellen und immer die

Förderung an dem einzelnen Kind ausrichten. Deswegen ist jegliche pauschale Aussage falsch. Pauschale Aussagen widersprechen auch meinem Verständnis von dem Geist von Integration überhaupt. Das heißt, pauschale Aussagen verbieten sich hier.

Das Gleiche gilt auch für die Organisation, in diesem Fall für die schulische Organisation von Integration. Das Wort Sonderschulen z. B. kommt in Ihrem Antrag nicht vor. Ich finde, das ist ein entscheidender Fehler.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Ich halte das trotzdem für einen entscheidenden Fehler, denn ich glaube, dass Sie damit die großen Verdienste der Sonderschule außer Acht lassen. Die Sonderschule ist eine besondere Schule für besondere Kinder mit besonders ausgebildeten Lehrkräften.

Zweitens. Meine Damen und Herren, jeder, der über Integration - in welcher Form auch immer - redet, muss wissen, dass Integration unabhängig davon, wie man sie organisieren will, sehr teuer ist. Auch hier liegt meiner Ansicht nach ein Fehler, denn mit den 50 Stellen, die Sie über die nächsten Jahre einplanen wollen, werden Sie Ihre Forderung auch nicht annähernd umsetzen können. Das muss klar sein. Wenn Integration funktionieren soll, kostet das Geld. Wenn wir gemeinsam Integration wollen, dann müssen wir dafür auch die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.

Drittens glaube ich, dass Sie sich auf einem gefährlichen Weg befinden. Auch die Landesregierung musste schon erfahren, dass man den Betroffenen sehr, sehr große Hoffnungen macht, als sei totale Integration gewissermaßen so einmal eben möglich. Den Eltern, den Betroffenen wird etwas vorgegaukelt, am Ende kann man aber die Versprechungen, die man macht, nicht einhalten. Ich glaube, dass das insbesondere bei dem sehr sensiblen Thema Integration eine besondere Problematik ist. Wir haben in der Vergangenheit viele Änderungen gehabt, durch die insbesondere Eltern von behinderten Kindern zutiefst enttäuscht wurden. Ich halte das angesichts der massiven Belastungen psychischer und physischer Art, der Eltern und Verwandte von Behinderten ausgesetzt sind, für fatal.

(Beifall bei der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Grundlage für die Förderung muss das einzelne Kind sein, und das bedeutet ganz konkret: der persönliche Förderbedarf. Dieser Förderbedarf muss immer für das einzelne Kind gesondert festgestellt werden.

(Zustimmung von Frau Vockert
[CDU])

Bei der Feststellung des Förderbedarfes entscheiden dann Fachleute, wie, mit wie viel Fördermitteln und an welcher Schule das Kind am besten gefördert werden kann. Wenn das festgestellt worden ist, muss diese Maßnahme auch sehr konsequent umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz kurz auf die Rahmenplanungen der Landesregierung zur Förderung der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eingehen, was besser bekannt ist unter dem Begriff „Lernen unter einem Dach“. Hier wird, was die Integrationsklassen, die Frage der mobilen Dienste oder die Förderung von Kooperationsklassen anbetrifft, in Teilen differenziert herangegangen.

Undifferenziert geht man aber heran in der Frage des sonderpädagogischen Grundbedarfs. Das kann so nicht bleiben. Ich habe schon an anderer Stelle gesagt, dass das dringend geändert werden muss, weil sich daraus wieder pauschale Antworten ergeben werden.

(Beifall bei der CDU)

Im Bereich der Kooperationsklassen, der mobilen Dienste und der Förderung in Kooperationsklassen gibt es sehr positive Ergebnisse; diese Maßnahmen können fortgeführt werden. Ich warne nur davor, dass man auch bei diesen Maßnahmen, wie in jüngster Zeit geschehen, kürzt. Wenn Integration in Integrationsklassen funktionieren soll, dann müssen sie optimal ausgestattet sein. Wenn sie nicht optimal ausgestattet sind, drohen sie zu scheitern. Wir haben leider die Erfahrung gemacht, dass diese Modelle dann, wenn die Mittel nicht optimal eingesetzt werden, nicht funktionieren. Das geht dann massiv zulasten der behinderten Kinder. Das können wir uns in dieser Frage überhaupt nicht leisten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sie haben auch an anderen Stellen gekürzt, z. B. im Bereich der Kooperation von Grund- und Sonderschule. Diese Maßnahme zeitigt wirklich hervorragen-

gende Ergebnisse. Wenn man sämtliche Kooperationsstunden aus der Grundschule herausnimmt, wird diese Maßnahme aber nicht fortgeführt werden können. Dann werden die Kinder, die von Behinderung bedroht sind, zur Sonderschule gehen müssen und nicht, wie bei dieser Maßnahme vorgesehen, in der allgemein bildenden Schule, der Grundschule, verbleiben können.

Lassen Sie mich ganz kurz noch ein Wort zu Ihren Planungen hinsichtlich der sonderpädagogischen Grundversorgung sagen, die fatale Auswirkungen haben werden. Die Landesregierung plant, dass die Kinder, die heute zu einer Sonderschule für Lernbehinderte, zu einer Sonderschule für Sprachbehinderte und zu einer Sonderschule für Verhaltensgestörte gehen, demnächst automatisch in die jeweilige Grundschule eingeschult werden, ohne dass ihr individueller pädagogischer Förderbedarf festgestellt wird. Dafür ist nur ein Fördervolumen von zwei Stunden je Klasse vorgesehen. Dieses Fördervolumen kommt übrigens zustande, indem man alle Lehrerstunden an diesen Sonderschulformen zusammenzählt und diese Lehrerstunden durch die Grundschulklassen teilt. Wenn man dann noch 300 weitere Sonderschullehrkräfte hinzuzählt, die übrigens noch eingestellt werden müssen, dann errechnet sich ein Förderbedarf von zwei Stunden je Klasse.

(Frau Vockert [CDU]: Unglaublich! -
Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Klare, einen Augenblick bitte! - Meine Damen und Herren, das Gemurmel im Parlament stört in der Tat bei der Aufnahme dessen, was der Redner zu sagen hat. Darum bitte ich, die Lautstärke, wenn es denn irgendwie möglich ist, herunterzufahren. Sie würden uns allen einen großen Gefallen tun. - Bitte sehr, Herr Klare!

Klare (CDU):

Danke sehr. - Dieses Modell ist eher ein arithmetisches, aber kein an den pädagogischen Bedürfnissen orientiertes Modell. Deshalb müssen wir dieses Modell ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich einmal vorstellen, dass nur ein einziges verhaltensgestörtes Kind je Grundschulklasse dazu führen wird, dass kein Unterricht mehr stattfinden kann, und gleichwohl integrieren Sie

jetzt Lernbehinderte, Verhaltensgestörte und Sprachbehinderte und gewähren lediglich zwei zusätzliche Stunden. Ich kann nur feststellen, dass das keine Integration ist. Das hat mit Integration überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das geht zulasten von behinderten Kindern, aber eben auch zulasten der anderen Kinder. Ich habe den Eindruck, dass Sie ein möglichst preiswertes Modell der Integration verkaufen. Das ist unredlich und meines Erachtens unverantwortlich. Die Folge des Modells, das Sie in diesem einen Bereich planen - ich habe ansonsten sehr differenziert vorgetragen -, ist, dass es demnächst die Grundstufen der Sonderschulen nicht mehr geben wird. Das ist der Anfang vom Ende eines differenzierten Sonderschulsystems.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Teile der Rahmenplanung der Landesregierung werden sich bewähren. Sie müssen aber auch fortgeführt werden. Und das kostet Geld. Aber die pädagogische Grundversorgung mit diesen pauschalen Ansätzen ist fehlerhaft und darf so nicht umgesetzt werden. Es gibt übrigens keinen ernst zu nehmenden Pädagogen, der das Konzept, das Sie für diesen Bereich vorschlagen, zur Umsetzung empfiehlt. Es gibt von diesem Modell viele Abweichungen, an denen man sich orientieren sollte. Ansonsten werden wir den Antrag der Grünen ablehnen, weil er pauschale Antworten auf Fragen gibt, die wir individuell lösen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nun Frau Kollegin Litfin. Ich nehme an, dass Sie jetzt, nachdem Sie bei Herrn Klare etwas lauter gewesen sind, auf Frau Litfin Rücksicht nehmen, weil wir Männer es ja ohnehin gewohnt sind, Rücksicht zu nehmen.

(Heiterkeit)

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident, Letzteres war mir neu. Aber ich fände es klasse, wenn es so wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Klare, Sie haben natürlich Recht: Ich fordere die totale Integration, und ich stehe auch dazu. Ich meine, dass Behinderung etwas ganz Normales ist und dass behinderte Kinder ganz normal gemeinsam mit anderen Kindern groß werden sollten und gemeinsame Einrichtungen im Kindertagesstättenbereich, aber auch in den Schulen besuchen sollten.

Sie werfen uns vor, pauschale Aussagen zu treffen, die untauglich seien. Das tun wir nicht. Wir fordern ja gerade Differenzierung. Wir fordern ein Konzept, durch das abgesichert ist, dass Integrationsklassen, bei denen natürlich der jeweilige individuelle Förderbedarf der zu integrierenden Kinder festgestellt werden muss, fortbestehen. Darauf hat die Landesregierung keine Antwort. Das werfen wir der Landesregierung vor.

Sie sagen, am Ende könnten wir Grüne unsere Versprechungen nicht einhalten. Wir werden diese Versprechungen einhalten können, aber die Landesregierung hält sie nicht.

(Klare [CDU]: Das sehe ich genauso!)

Sie nimmt ihr Versprechen, dass die totale Integration stattfinden wird, nicht zurück, setzt dieses Versprechen aber auch nicht um. Sie versucht, mit preiswerten Modellen, die letztlich nicht dazu taugen werden, dem Integrationsgedanken gerecht zu werden, etwas an die Wand zu malen, was in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Ich fände es ehrlicher, wenn man sagen würde, dass das etwas sei, was man nicht mehr umsetzen wolle, als die Kritik der Oppositionsfraktion der Grünen und dem Behindertenbeauftragten, der übrigens die gleiche Linie wie meine Fraktion verfolgt, zu überlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben zu Recht festgestellt - auch das geht aus unserem Antrag hervor -, dass das Modell der sonderpädagogischen Grundversorgung so nicht bleiben kann. Es geht einfach nicht, dass flächendeckend allen Grundschulklassen des Landes nur zwei Stunden Sonderpädagogik je Woche zugewiesen werden.

(Widerspruch von Fasold [SPD])

Damit werden wir, Eckhard Fasold, einzelnen Schulen bzw. Schülerinnen und Schülern nicht gerecht werden, denn wir wissen doch ganz genau, dass Schulen in sozial besonders belasteten Ge-

bieten einen viel, viel höheren Förderbedarf haben. Leider gibt es oftmals in einem Bezirk mehrere Schulen, die genau die gleichen Probleme haben, denen diese jeweils zwei Stunden aber trotzdem nur pauschal zugewiesen werden und die sich um diese Stunden dann letztlich prügeln können, denn sie alle benötigen mehr.

Wir wollen, dass das Konzept der sonderpädagogischen Grundversorgung auch in der Sekundarstufe I fortgesetzt wird. Wir fordern nicht etwa, wie uns die SPD-Fraktion unterstellt hat, dass dort Grundschulpädagogik fortgesetzt werden soll. Verhaltensstörungen z. B. sind nicht an das Alter von Kindern gebunden. Diese Kinder können sie sehr wohl noch in der Orientierungsstufe oder in der 7. oder 8. Klasse entwickeln. Wir möchten, dass auch für diese Fälle Vorsorge getroffen wird. Insbesondere möchten wir, dass die Lehramtsausbildung, und zwar in jedem Bereich, so geändert wird, dass Sonderpädagogik obligatorischer Bestandteil jeglicher Ausbildung ist. Wir sind nämlich der Meinung, dass eine Grundschullehrerin, die etwas von Sonderpädagogik versteht, etwas davon gelernt hat, auf lange Sicht tatsächlich in der Lage sein wird, einen Beitrag dazu zu leisten, dass sehr viele Sonderpädagogik-Stunden, die man in den Klassen sonst zusätzlich bräuchte, überflüssig werden. All diesen Forderungen wird die Landesregierung nicht gerecht.

Meine Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass der Behindertenbeauftragte mit seiner massiven Kritik an eurer Arbeit im Integrationsbereich völlig Recht hat, und wir werden den Behindertenbeauftragten an dieser Stelle auch weiterhin unterstützen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

obwohl ich sagen muss, Kollege Klare, dass es auch mir langsam reicht, weil ich hier seit nahezu sieben Jahren das Gleiche zu diesem Thema sage und immer wieder feststellen muss, dass die Landesregierung ihre hehren Worte nicht ernst meint.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Zu der vorliegenden Beschlussempfehlung möchte sich jetzt Frau Kultusministerin Jürgens-Pieper äußern. Bitte sehr!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Litfin hat eben den Behindertenbeauftragten zitiert. Ich kann ihn auch für mich in Anspruch nehmen.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Ich glaube, das möchte er nicht!)

- Durchaus. Er ist an dieser Stelle vielseitig einsetzbar. - Er hat zumindest deutlich gesagt, dass das Konzept „Lernen unter einem Dach“ regional ein durchaus wichtiger Schritt ist. Dass man sich als Behindertenbeauftragter mehr wünschen muss, ist auch klar, und Sie formulieren das hier auch.

Die Landesregierung und wohl auch die SPD-Fraktion wollen auch mehr Integration, da wir wissen, dass in dieser Gesellschaft zu viele Spaltungstendenzen vorhanden sind. Wir wissen, dass der Umbau in Richtung mehr gemeinsamem Unterrichts und mehr gemeinsamer Erziehung besonderer Bemühungen bedarf und dass angesichts der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen nur mit großer Verantwortung an diese Angelegenheit herangegangen werden kann. Das hat Herr Klare heute erfreulicherweise auch betont.

Die in der Rahmenplanung ausgewiesenen Vorschläge zum Umbau der sonderpädagogischen Förderung entsprechen der Einsicht, Frau Litfin, dass den Beteiligten Zeit gegeben werden muss, Erfahrungen zu sammeln, sich auszutauschen und sich auf die Aufgaben im gemeinsamen Unterricht vorzubereiten. Eine flächendeckend verordnete Umsetzung von Integrationskonzepten kann es deshalb nicht geben. Dazu sind die Auffassungen in unserer Gesellschaft darüber, wie viel gemeinsamer Unterricht sein soll und wer gerne eine Sonderschule für sein Kind haben möchte, zu unterschiedlich und zu widersprüchlich. Wenn man mit Eltern redet, erkennt man, dass es dabei sehr viel Widersprüchliches gibt. Einige wollen ihre Kinder gemeinsam erziehen und andere gar nicht. Dazu gibt es die regionalen Konzepte, und der Konsens muss vor Ort hergestellt werden.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthält leider einige unrichtige Behauptungen. Ich muss hier deshalb feststellen, dass für alle Kinder und Jugendlichen mit allen Förderschwerpunkten eine angemessene sonderpädagogische Förderung nicht nur in der Sonderschule, sondern auch in den kooperativen und integrativen Formen vorgesehen ist. Um einige wenige Beispiele zu nennen: Geistig

behinderte Kinder können auch weiterhin in Integrationsklassen unterrichtet werden, und dort stehen, Herr Klare, je Kind fünf zusätzliche Sonderschullehrerstunden zur Verfügung. Bis zu drei Kinder pro Klasse sind dabei vorgesehen. Das wird irgendwie immer negiert und in einen Topf geworfen. Diese Kinder können ebenso in Kooperationsklassen unterrichtet werden. Diese Klassen, die dann maximal sieben behinderte Kinder besuchen, sind an eine Regelschule angegliedert und erhalten dort die entsprechenden Stundenzuweisungen - 30 Stunden - wie in der Sonderschule. Herr Klare hat heute - ich habe das wohl zum ersten Mal gehört - gesagt, wir gingen mit diesen verschiedenen Ansätzen der Kooperationsklasse durchaus differenziert vor.

(Klare [CDU]: Das habe ich schon im Ausschuss gesagt!)

- Ich bitte um Entschuldigung. Ich war nicht in der Sitzung des Ausschusses. - Ich fand es aber gut, dass Sie sagen, dass wir in der Tat differenziert vorgehen und sowohl die Integrationsklasse als auch die Kooperation sowie für blinde, sehbehinderte, gehörlose, schwerhörige und körperbehinderte Kinder auch noch die mobilen Dienste anbieten.

Abgesehen von solchen und ähnlichen Behauptungen ist festzustellen, dass zwei elementare Bedingungen eines Umbaus unseres Systems von den Antragstellern nicht berücksichtigt werden. Ich wundere mich, dass zur Finanzierbarkeit kein Wort gesagt worden ist, außer: Wir wollten die totale Integration. - Das ist übrigens ein schrecklicher Begriff.

(Frau Litfin [GRÜNE]: Das hat Herr Kollege Klare für mich gesagt! - Gegenruf von Klare [CDU]: Ich habe das in Anführungszeichen gesetzt!)

- Ich habe gehört: Wir wollen die totale Integration. Entschuldigung. - Berücksichtigt wurde auch nicht die Umsetzbarkeit Ihres Anliegens im Hinblick auf die Akzeptanz. Vor allem Eltern, Lehrkräfte und auch Schulträger wollen dies eben nicht so verordnet haben. Sie haben jetzt einen Schritt getan, der neu ist. Ich erinnere nur daran, dass Sie den § 4 des Schulgesetzes - Integration - selbst sozusagen mitgetragen haben. Er ist ja in der Koalition entstanden,

(Frau Litfin [GRÜNE]: In der wir keine Mehrheit hatten!)

und Sie haben dieses eingeschränkte Elternrecht damals akzeptiert, weil wir gemeinsam gemeint haben, dass dann auch eine angemessene Förderung sichergestellt werden muss. Heute gehen Sie von diesem Punkt ab.

Sie haben eine wunderschöne Reihung von Vorschlägen gemacht. Es sollen mehr als die vorgesehenen Stunden in die sonderpädagogische Grundversorgung einfließen, die Grundversorgung im Primarbereich soll auf den Sekundarbereich ausgeweitet werden, die Anzahl der I-Klassen soll erhöht werden, sonderpädagogische Hilfen sollen vorgehalten werden, zugleich sollen die Klassenfrequenzen gesenkt werden, und Eltern sollen das Wahlrecht bekommen. Das ist ein wunderschöner Katalog alles Wünschbaren, was man sich so vorstellen kann und was natürlich auch die Befürworter der Integration gut finden. Wir müssen aber sagen - damit komme ich auf etwas zurück, was hier heute schon gesagt worden ist -: Man kann nicht alles versprechen, wenn man es nicht halten kann. Die Ressourcen sind nun einmal nicht so, dass wir solche massiven Kataloge erfüllen können. Sie machen dabei denen etwas vor, die uns vertrauen, dass wir gemeinsam eine Politik machen, die umsetzbar ist.

Ich meine, dass wir mit der Rahmenplanung Anstöße gegeben und neue Möglichkeiten geschaffen haben. Wir haben gerade die Kooperationsklassen geschaffen. Ich meine, wir brauchen keine unrealistischen Vorschläge, sondern wir brauchen eigentlich alle Fraktionen und Abgeordneten vor Ort, damit sie sich in die schwierige Phase des regionalen Konzeptes einmischen und versuchen, dort vor Ort ein solches Konzept im Konsens hinzubekommen. Ich kenne einige Abgeordnete, die das bei sich im Wahlkreis schon gemacht haben. Denen danke ich noch einmal herzlich dafür und hoffe, noch mehr Abgeordnete dafür zu gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Kollegin Seeler hat nun das Wort.

Frau Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Forderung der Grünen, die sonderpädagogische Grundversorgung nun auch in der Sekundarstufe I fortzuführen, werden erstens Rahmenbedingungen

unseres Schulsystems nicht beachtet, und zweitens wird der Sinn sonderpädagogischer Grundversorgung dabei nicht berücksichtigt. Sonderpädagogische Grundversorgung soll doch zum einen präventiv wirken, also verhindern, dass Kinder überhaupt Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprachen oder Verhalten bekommen, und zum anderen sollen Defizite in diesen Bereichen aufgefangen und abgebaut werden. Ziel der sonderpädagogischen Grundversorgung ist es, dass diese Kinder nach der Grundschulzeit keinen Förderbedarf mehr haben.

Für alle Kinder, bei denen dieses Ziel während der Grundschulzeit nicht erreicht werden kann, weil die Defizite zu groß sind und damit der Förderbedarf zu hoch ist, muss auch in Zukunft der individuelle Förderbedarf festgestellt werden. Eine sonderpädagogische Grundversorgung würde diesen Kindern nämlich nicht gerecht. Deshalb werden auch geistig oder mehrfach behinderte Kinder nicht über die sonderpädagogische Grundversorgung gefördert, sondern mit einem individuell erstellten Förderplan. Ihre Behauptung, eine Integration dieser Kinder sei nicht mehr vorgesehen, ist falsch. Ich muss sie deswegen auch zurückweisen. Es zeigt, wie nachlässig Sie das vorgelegte Integrationskonzept überhaupt aufgenommen haben.

(Klare [CDU]: Wer hat das behauptet?)

Nun komme ich zu den Rahmenbedingungen unseres bestehenden Schulsystems. In Niedersachsen gibt es nach der Orientierungsstufe außer bei den integrierten Gesamtschulen ein nach Leistungskriterien auch äußerlich gegliedertes Schulsystem.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gibt Sonderschulen, Hauptschulen und Realschulen sowie die Gymnasien. Welche Schulform soll integrierten Unterricht für Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen ermöglichen? Sollen die Gymnasien oder sollen die Realschulen mit sonderpädagogischer Grundversorgung ausgestattet werden? Wollen die Grünen, dass es an allen Schulen Niedersachsens zieldifferenten Unterricht gibt und deshalb auch lern- und geistig behinderte Schülerinnen und Schüler integrativ in Gymnasialklassen unterrichtet werden?

(Frau Litfin [GRÜNE]: Nein, aber z. B. blinde Schüler!)

Mit welcher Logik werden dann aber nicht auch die Hauptschüler und die Realschüler an den Gymnasien aufgenommen und wird bei uns ein integriertes Schulsystem eingeführt? Oder sollen es nach Auffassung der Grünen allein unsere Hauptschulen sein, die alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf aufnehmen und damit wahrscheinlich in der öffentlichen Wahrnehmung mehr und mehr zu Sonderschulen werden, was die Chancen sämtlicher Absolventen dieser Schulform auf dem Arbeitsmarkt weiter vermindern würde? - Schon diese Fragen zeigen, dass die Übertragung des Konzeptes „Lernen unter einem Dach“ auf die Schulen der Sekundarstufe nicht so einfach ist, wie es die Grünen behaupten. Die zu lösenden Probleme sind viel komplexer.

Deshalb müssen wir nach Auffassung meiner Fraktion erst einmal auswerten, welche Erfahrungen mit den regionalen Integrationskonzepten gemacht werden. Bedenken Sie, dass die ersten Schulen noch nicht einmal ein halbes Jahr nach diesen Konzepten arbeiten. Da können übertragbare Erfahrungen doch noch gar nicht vorliegen.

In einem sind sich SPD und Grüne allerdings einig: Die Integration von Schülerinnen und Schülern darf nach der Grundschule nicht beendet sein, sondern muss auch im Sekundarbereich weitergehen. Vielfältige Ansätze dazu gibt es auch in Niedersachsen schon. So muss z. B. die Kooperation der unterschiedlichen Schulformen weiter ausgebaut werden, nicht nur bei besonderen Ereignissen wie Schulfesten oder Ausflügen, sondern auch im täglichen Schulleben. Dabei sind wir dann gut beraten, auf die Erfahrungen anderer Länder zurückzugreifen.

Erinnern Sie sich doch an unseren Ausschussbesuch in Dänemark, wo uns die Eltern behinderter Kinder erklärten, dass die Integrationsklassen in den Grundschulen hervorragende Ergebnisse bringen und sich die Kinder dort auch wohlfühlen, dass aber in den höheren Klassen Probleme auftreten, weil sich die behinderten Kinder wegen ihrer Behinderung isoliert fühlen. Dänemark schwenkt deshalb bei der Integration in der Sekundarstufe auf Kooperationsklassen um, rückt aber nicht vom Prinzip „Lernen unter einem Dach“ ab - allerdings eben nicht in einer Klasse.

Pädagogisch leichter haben es unsere nördlichen Nachbarn mit der Integration alle Mal. Dänemark hat nämlich - im Gegensatz zu Deutschland - auch im Sekundarbereich I ein Gesamtschulsystem.

Zum Schluss noch zu den Forderungen unseres Behindertenbeauftragten Karl Finke, den Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, in Ihrem Antrag zitieren: Sein wirklich leidenschaftliches Plädoyer für schulische Integration wird von ihm selbst viel realistischer eingeschätzt, als es diese EntschlieÙung tut. Er schreibt nämlich in seiner Broschüre „Eine Schule ohne behinderte Kinder ist keine normale Schule“ Folgendes: Die große gesellschaftliche Vision einer humanen und demokratischen Schule, die eine Schule für alle Kinder ist, lässt sich nur in konkreten gesellschaftlich und politisch akzeptierten Schritten verwirklichen. - Dem ist meiner Meinung nach nichts hinzuzufügen. Undurchdachte Schnellschüsse, wie sie mit dem Antrag der Grünen abgegeben werden, helfen bei einer flächendeckenden Integration nicht, sondern schaden eigentlich nur. Deswegen lehnen wir den Antrag der Fraktion der Grünen ab.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt abschließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Ich bedanke mich für Ihre Mitarbeit und schlieÙe die heutige Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18.53 Uhr.